

RÜSTUNGSATLAS BADEN-WÜRTTEMBERG



Informationsstelle
Militarisierung e.V.

Bundeswehr und Militär

u.a.: Bundeswehrreform in Baden-Württemberg; Bundeswehrstandorte in Baden-Württemberg; Konversion: Was kommt nach der Bundeswehr; Kommando Spezialkräfte in Calw; Deutsch-Französische Brigade; Werbeoffensive der Bundeswehr

Rüstungsstandort Baden-Württemberg

u.a.: Schwäbische Präzision für den Krieg; Rüstungsexport; Rüstungsstandorte; Firmenportraits: Diehl, Heckler&Koch, Kärcher Futuretech, MTU Friedrichshafen, EADS; Gewerkschaften und Rüstung; Der Rüstungsraum Bodensee; Drohnen

Forschung für Krieg und Sicherheit

u.a.: Wo beginnt der Krieg?; Erklärung des Tübinger Zivilklauselkongresses; Blackbox: Drittmittel – Externe Forschungsfinanzierung; Wehrforschung in Baden-Württemberg; Forschen für die zivile Sicherheit; Zivilklausel – Chancen und Probleme

Friedensbewegung und Protest

u.a.: Die Friedensbewegung in Baden-Württemberg; Schulfrei für die Bundeswehr; Atomwaffenfrei Jetzt; Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel; Adressen für antimilitaristische und Friedensarbeit; Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung

Teil 1: Bundeswehr und Militär5

Bundeswehrreform in Baden-Württemberg	6
Daten und Fakten zur Reform der Bundeswehr	7
Bundeswehrhaushalt	8
Bundeswehrstandorte in Baden-Württemberg	9
Konversion: Was kommt nach der Bundeswehr	10
Ohne Sprit keinen Krieg	11
EUCOM/AFRICOM	12
Kommando Spezialkräfte in Calw	13
US-Spezialeinheiten: Geheime Kriege von baden-württembergischen Boden	15
Deutsch-Französische Brigade	17
Karlsruhe: Patenschaft mit Kriegsschiff hinterfragt	18
Kein Job wie jeder andere	20
Bundeswehr im Einsatz	21
Aussetzung der Wehrpflicht als Konsequenz der „Armee im Einsatz“	21
Werbeoffensive der Bundeswehr	22

Teil 2: Rüstungsstandort Baden-Württemberg 23

Schwäbische Präzision für den Krieg	24
Rüstungsexport	25
Rüstungskontrollberichte der Bundesregierung	26
Rüstungsstandorte	28
Firma: Diehl	28
Firma: Heckler&Koch	30
Firma: Kärcher Futuretch	32
Firma: MTU Friedrichshafen	34
Green IT – White IT	35
Gewerkschaften und Rüstung	36
Was die Landesregierung nicht wissen wollte	39
Position aus der Friedensbewegung: Der Rüstungsraum Bodensee .	40
Der militante Graf	42
Firma: EADS – European Aeronautic Defense and Space Company ..	44
Drohnen – neues Produkt für den Krieg	46
Index zu den Firmen	48

Teil 3: Forschung für Krieg und Sicherheit 49

Wo beginnt der Krieg?	50
Spaßige Spielchen: ELROB und andere Wettbewerbe	52
Erklärung des Tübinger Zivilklauselkongresses	55
Blackbox: Drittmittel – Externe Forschungsfinanzierung	56
Duale Hochschule Baden-Württemberg	57
Wehrforschung in Baden-Württemberg	58
EU-Sicherheitsforschung	59
Forschen für die zivile Sicherheit	60
Zivilklausel – Chancen und Probleme	62

Teil 4: Friedensbewegung und Protest64

Die Friedensbewegung in Baden-Württemberg	65
Schulfrei für die Bundeswehr	66
Atomwaffenfrei Jetzt	67
Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel	68
Adresse für antimilitaristische und Friedensarbeit	69
Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung	70

Impressum	2
Einleitung	3
Bildhinweise	71

Impressum:

Herausgeber des Rüstungsatlas sind die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. und die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (Landesverband Baden-Württemberg)

Verantwortlich:
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen
www.imi-online.de

Das Projekt wurde unterstützt durch die DFG-VK (Landesverband Baden-Württemberg und Ortgruppe Tübingen), attac-Karlsruhe, Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee, Die AnStifter Stuttgart, Die LINKE Landesverband Baden-Württemberg, Die LINKE Kreisverband Stuttgart, Die LINKE Kreisverband Ravensburg, Friedensbeauftragte des Ev. Kirchenbezirks Tübingen, Initiative gegen Militärforschung an Universitäten, Initiative Waffen vom Bodensee, Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung in Stuttgart, pax christi Rottenburg-Stuttgart.

Die abgedruckten Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle oder der Unterstützer wieder – für die Richtigkeit aller Detailinformationen und Adressen wird keine Gewähr gegeben.

Hinweise - zu den Autoren

Der vorliegende Rüstungsatlas Baden-Württemberg hat viele Autoren und nicht wenige Texte oder Auszüge von Texten sind bereits an anderer Stelle erschienen. Der Atlas ist somit eine Zusammenstellung aus vielen Perspektiven und mit unterschiedlichen Zeitbezügen - er ist so bunt, wie die Perspektiven auf Krieg und Frieden in diesem Land. Ihn ohne namentlich gekennzeichnete Beiträge zu präsentieren soll auf das gemeinsame Element verweisen, das dem Atlas zugrunde liegt: die ausdrückliche Ablehnung einer Produktion für den Krieg. Über die unten genannten Personen, die unmittelbar mit ihren Texten an dem Atlas mitgewirkt haben hinaus, geht ein herzlicher Dank an all jene, die mit Tipps und Texthinweisen wesentlich zu dem hier abgedruckten Informationsbestand beigetragen haben.

Am Atlas haben mitgewirkt:

Roland Blach, Manfred Dietenberger, Dirk Eckert, Michael Haid, Claudia Haydt, Dieter Lachenmeier, Ullrich Lochmann, Christoph Marischka, Jonna Schürkes, Andreas Seifert, Jürgen Wagner, Initiative Waffen vom Bodensee.

Einleitung

Die Idee eines Rüstungsatlases für Baden-Württemberg ist schon öfters aufgekommen. Schon in den 1990er Jahren wurde diskutiert, dass man mit einem solchen Atlas das angenommene Informationsdefizit der Friedensbewegung beheben und einer Vernetzung der Akteure für Frieden in Baden-Württemberg Vorschub leisten könnte. So vielfältig die Ideen und so zahlreich die Diskussionen waren, so schwierig entpuppte sich die tatsächliche Umsetzung.

In anderen Bundesländern sind seither Rüstungsatlase erschienen. In Hessen und Nordrhein-Westfalen z.B., aber auch in Bremen hat es Publikationen gegeben, die den Namen Rüstungsatlas tragen. Auch innerhalb Baden-Württembergs gibt es bereits verschiedene Ansätze, wie z.B. der Atlas zur Rüstungsregion Bodensee, der auch Teile der Schweiz berücksichtigt, oder jener, der in Ravensburg zusammengestellt wird und die Region Oberschwaben behandelt. Sie alle haben in gewisser Weise Pate für das vorliegende Projekt gestanden, das sich vorgenommen hat, ein bisschen mehr zu sein, als ein Verzeichnis der Rüstungsindustrie und von Militärstandorten.

Bei allen Überlegungen im Vorfeld zu diesem Atlas hat auch die Frage eine Rolle gespielt, ob denn eine Printpublikation überhaupt noch das Mittel der Wahl sein sollte, oder ob man nicht gleich und konsequent auf das Internet setzen müsse, um auch jüngere Leute gezielt anzusprechen. Brauchen der antimilitaristische Widerstand oder die Friedensbewegung, die immer mehr und intensiver auf Kampagnen setzen, noch den „Überblick“, den ein Atlas sich anschickt, zu geben?

Auch für das Internet gibt es bereits eine Vielzahl von „Rüstungsatlanten“, die mal Regionen wie Hamburg oder auch ganz Deutschland in den Fokus nehmen. Im Internet gibt es natürlich auch die Spezialverzeichnisse wie die des BICC (Global Militarization Index, Verzeichnis der Empfängerländer deutscher Rüstungsexporte) oder des HIIK (Konfliktbarometer), die auch immer Fragen von Rüstung und Militarisierung in Deutschland mit einschließen.

Wir haben uns dazu entschieden, eine Printpublikation zu produzieren, um über die explizit Interessierten hinaus, die im Zweifel auch selbst recherchieren würden, auch jene anzusprechen, die eher durch Zufall mit dem Thema in Berührung kommen werden. Sie soll überdies einen „Überblick“ geben, der die Einordnung von Details und Einzelinformationen überhaupt erst möglich macht. Der Atlas ist somit als „Einstieg“ konzipiert, der einer Vertiefung bedarf. Wir begreifen unsere Broschüre hier somit auch nicht als „Endpunkt“ und finales Produkt, mit dem alles Notwendige gesagt ist – vielmehr sehen wir es als einen „Einstieg“ der erweiterbar und verbesserungswürdig ist. Am Ende der Broschüre haben wir versucht, dieser Vision in einem Beitrag gerecht zu werden.

Anregung zum Nachdenken

Ziel ist, mit diesem Atlas lokale Ansatzpunkte für Kritik aufzuzeigen. Der regionale Bezug der Informationen soll anregen, sich mit den Ereignissen und Institutionen vor Ort auseinander zu setzen und lokalen Protest zu unterstützen. Der Atlas soll in seinen Textteilen auch Argumente für diese Kritik zur Verfügung stellen. Mit dem Verzeichnis der verschiedenen Initiativen im hinteren Teil bietet er nicht nur ein Bild des rüstungsstarrten Baden-Württemberg, sondern zeigt auch auf, dass es Alternativen gibt – auch in der Region!

Es gibt unserer Ansicht nach nicht nur nostalgische Gründe, ein Projekt wie den Rüstungsatlas aufzugreifen, es gibt auch handfeste politische Gründe dafür, daran zu erinnern, dass die Rüstungsindustrie und Militär hier beheimatet sind. Intervention und Krieg sind in den letzten 20 Jahren als Normalität ins Bewusstsein der Bevölkerung gesickert. Unter dem Aspekt von „man muss doch was tun“ sind auch viele Friedensbewegte von einst zu Vertretern einer kriegsrischen Interventionspolitik mutiert. Die Krisenhaftigkeit der Politik suggeriert dabei die unausweichliche Notwendigkeit gewaltsamer Konfliktbefriedung und blendet damit die Vorgeschichte von Konflikten und ihre tatsächlichen Gegenstände weitgehend aus. Dass in den Bedingungen unter denen in Europa Rüstungsproduktion stattfinden *muss*, zum Teil auch der Schlüssel für das Verständnis der Eskalation von Konflikten am anderen Ende der Welt liegt, tritt dabei in den Hintergrund. Rüstungsexport trägt massiv zur Gefahr der gewaltsamen Eskalation von Konflikten in anderen Erdteilen bei – Rüstungsexport ist aber notwendig, wenn die Rüstungsproduktion in Europa und besonders in Deutschland aufrechterhalten werden soll: Sie wäre sonst gar nicht zu finanzieren. Der Deutsche Anspruch, jüngst vom Bundespräsidenten geradezu beschworen, friedensstiftend zur Waffe greifen zu können, trägt so als Paradox dazu bei, dass Kriege überhaupt erst entstehen, die wir dann wieder befrieden „müssen“. Man kann dies als bewussten Akt der Einmischung und Herrschaft verstehen – denn die Bundeswehr dient in ihrem weltweiten Einsatz massiv „deutschen Interessen“ und nicht einem deutschen Willen zur Herstellung einer friedlichen Welt. Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee, der vor über 15 Jahren mit der Einrichtung des Kommando Spezialkräfte in Calw begonnen hat, hat Fahrt aufgenommen.

Der weltweite Einsatz der Bundeswehr mündet auch in einer Veränderung der deutschen Gesellschaft: Sicherheit ist eine bestimmende Vokabel geworden. Im Namen der „Sicherheit“ werden Bürgerrechte beschnitten und erfolgt eine umfassende Bespitzelung. Die Bevölkerung steht unter Generalverdacht - inhaltlicher Dissens wird zu Zuarbeit zum Terrorismus diffamiert. Neue Sicherheitstechnologie sollen

Sicherheit „schaffen“, sind allerdings vor allem Instrumente der Überwachung. Der Export dieser Technologien sollte genauso in Frage gestellt werden, wie der von Kriegsgütern - egal wo das Zielland ist, sie werden keine positive Wirkung entfalten.

Aufbau und Schwerpunkte

Der vorliegende Atlas gliedert sich in vier Teile, die jeweils einen Aspekt näher behandeln, aber auch Querverweise auf andere Teile enthalten. Der Anfang wird mit der Bundeswehr in Baden-Württemberg gemacht. Wir behandeln die Standorte und die Folgen der Bundeswehrreform. Dabei werden einzelne Stichwörter, wie z.B. der Haushalt des Verteidigungsministeriums, aufgegriffen und näher behandelt. Besonderes Augenmerk haben wir auf die Truppen und Spezialkräfte gelegt, die in Baden-Württemberg ihren Standort haben oder von hier aus eingesetzt werden – sie symbolisieren für uns die Speerspitze eines expansiven und interventionistischen Militärs. Im zweiten Teil stehen die

Rüstungsunternehmen in unserem Bundesland im Fokus. Wir behandeln einige grundsätzliche Fragestellungen wie Rüstungsexport oder das Verhältnis von Rüstung und Gewerkschaften, aber auch einzelne ausgewählte Unternehmen aus der Branche. Hauptelement in diesem Teil ist das Verzeichnis der Rüstungsunternehmen. Wir führen sie Ort für Ort auf und beschreiben kurz, was dort gemacht wird. Rüstungs- und Sicherheitsforschung werden im dritten Teil behandelt, der die Institutionen der Forschung auflistet und grundlegende Fragen wie die Zivilklausel und Sicherheitsforschung anspricht. Der abschließende vierte Teil führt die Alternativen und den Protest gegen die Militarisierung auf. In zwei Adressverzeichnissen zeigen wir unter anderem auf, in welchen Teilen sich Widerstand gegen Krieg gebildet hat und wo man Ansprechpartner finden kann.

Es gibt viele Details, die man noch ergänzen müsste, würde man das Feld „vollständig“ bearbeiten. Wir hoffen, mit diesem Atlas einen Anlass geschaffen zu haben, sich mit der Frage von Rüstung im lokalen Kontext auseinander zu setzen.

Über die Herausgeber



“Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“

Diese Grundsatzerklärung unseres Verbandes bestimmt das friedenspolitische Handeln und Wirken der Mitglieder. Als größte pazifistische Organisation in Deutschland mit einer 120-jährigen Geschichte ist die DFG-VK Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Strömungen in der deutschen Friedensbewegung. Mit eigenen Landesverbänden und mit Gruppen sowie aktiven Mitgliedern in vielen Orten in allen Bundesländern, ist die DFG-VK die einzige Friedensorganisation mit bundesweiter Verankerung. Dabei engagieren sich die Mitglieder je nach ihrem Interesse in allen Bereichen friedenspolitischer Fragestellungen und bringen sich in thematische oder regionale Bündnisse aktiv ein.

Die DFG-VK Baden-Württemberg ist mit etwa 900 Mitgliedern der zweitgrößte Landesverband und arbeitet derzeit insbesondere innerhalb verschiedener Kampagnen aktiv mit: atomwaffenfrei.jetzt, Schulfrei für die Bundeswehr, Aktion Aufschrei. Stoppt den Waffenhandel.

Unsere friedenspolitische Arbeit wird durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert. Regelmäßige Unterstützung aus öffentlichen Haushalten oder durch wirtschaftliche Zusammenhänge erhalten wir nicht.“



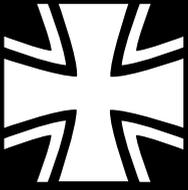
Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. arbeitet seit 1996 in einem breiten Spektrum friedenspolitischer Themen mit einem starken Fokus auf Deutschland und seine Rolle in der Welt.

Als gemeinnütziger Verein ist es unser Ziel, mit unseren Analysen und Informationen einen Beitrag zur Völkerverständigung zu leisten. Wir verstehen uns dabei als ein Mittler zwischen der Friedensbewegung und der wissenschaftlichen Bearbeitung von Konflikten und Konfliktkonstellationen durch die Wissenschaft.

Die Informationsstelle gibt die Internet-Zeitschrift IMI-List und die Printpublikation AUSDRUCK heraus. Alle IMI-Texte sind gratis im Internet verfügbar.

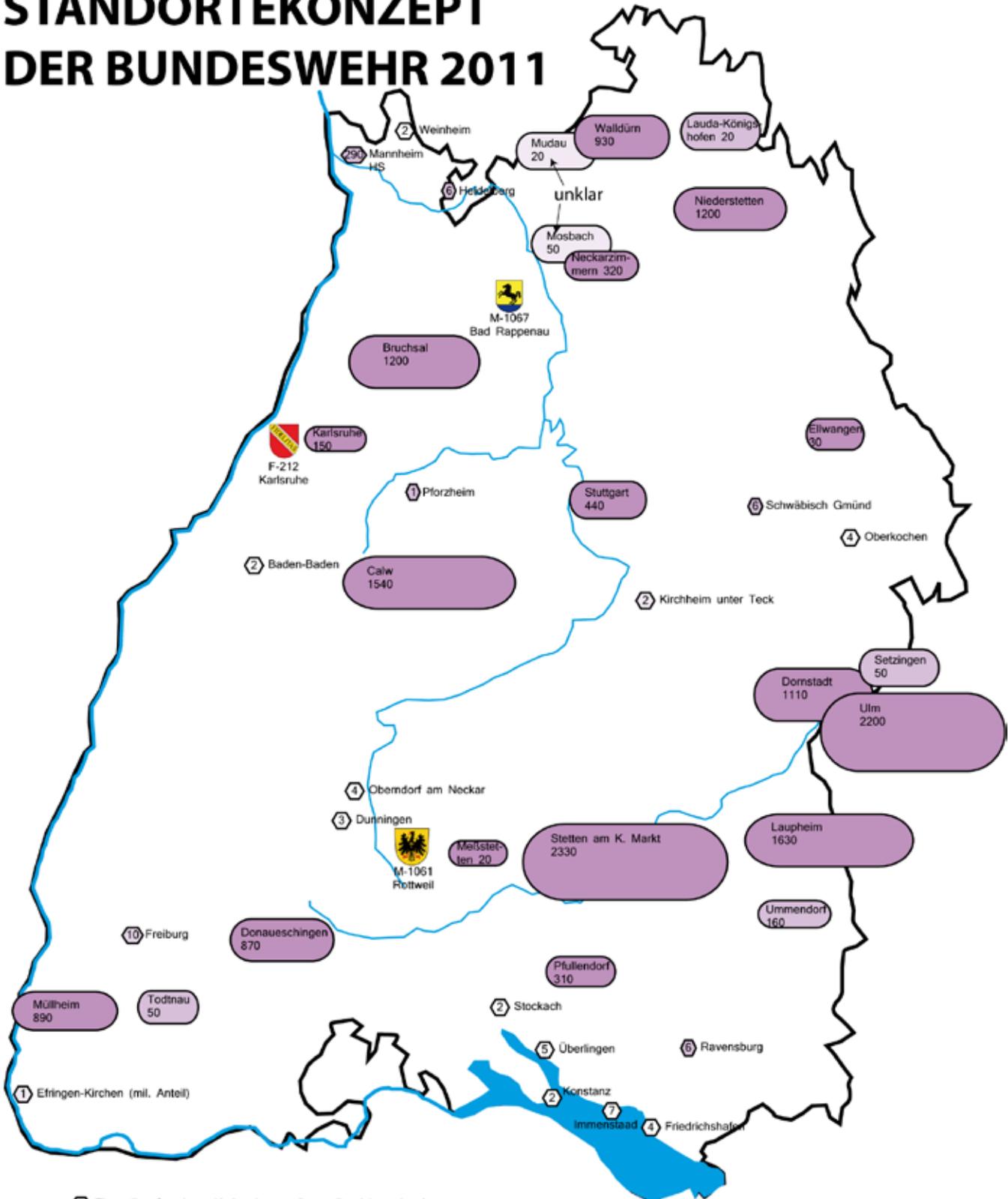
Über unsere Publikationstätigkeit hinaus führt die Informationsstelle auch regelmäßig eigene Veranstaltungen durch. Der jährliche Kongress im November und diverse Vorträge geben Gelegenheit, sich aktiv in eine laufende, aktuelle Diskussion einzubringen und Informationen zu sammeln.

Die Informationsstelle Militarisierung e.V. finanziert sich über Beiträge der Mitglieder und Spenden und wird durch einen Förderkreis unterstützt. Wenn Sie wissen wollen, wie Sie unsere Arbeit unterstützen können oder wenn Sie noch fragen zu IMI haben, können sie gerne direkt Kontakt aufnehmen.



BUNDESWEHR

STANDORTEKONZEPT DER BUNDESWEHR 2011



- (A) Ehemalige Standorte, Kreiswehersatzämter die nicht mehr als Standort geführt werden (Efringen/Kirchheim: zustand unklar)
 - (B) Standorte mit Rüstungsbezug
 - (C) Kasernen/Kommandostäbe/Sportzentren
- Wappen = Patenschaften mit Schiffen der Marine
A = Anzahl der Dienstposten

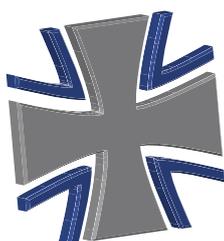
Daten & Fakten zur aktuellen Reform der Bundeswehr

Eine Reform der Bundeswehr wurde bereits im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP vom Oktober 2009 angekündigt. In der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts Anfang Juni 2010 wurde das Bundesverteidigungsministerium offiziell beauftragt, die Machbarkeit des grundlegendsten Umbaus der Bundeswehr seit ihrer Gründung zu prüfen. Dieser Reformauftrag hatte allerdings wenig mit den knappen Kassen der öffentlichen Haushalte aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise zu tun, wie vielfach verlautbart wurde. Viel entscheidender war, dass die Bundeswehr in der bisherigen Form „nur“ durchschnittlich 7.000 Soldaten gleichzeitig in Auslandseinsätze entsenden konnte. Damit drohte der erhöhte Machtanspruch der Bundesregierung durch die Teilnahme an Militäreinsätzen der NATO, der EU und der UN gefährdet zu werden. Im Mai 2011 wurden deshalb schließlich mit den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ und mit den „Eckpunkten für die Neuausrichtung der Bundeswehr“ sowie der erläuternden Rede im Bundestag von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) die Grundlagen der Reform präsentiert: Der Umfang der Bundeswehr soll von gegenwärtig noch 220.000 auf 185.000 Soldaten sowie 55.000 zivile Angestellte (heute 75.000) reduziert werden. Diese Größenordnung werde sich aus 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten sowie Reservisten und 5.000-15.000 Freiwillige zusammensetzen. Der Kern der Reform ist, die Anzahl der für Interventionen einsatzbereiten Soldaten von 7.000 auf 10.000 zu steigern. Wenn der Rotationszyklus, alle vier Monate die Einsatzkontingente auszutauschen, miteinberechnet wird, ist es das Ziel der Reform, pro Jahr 30.000 Soldaten in

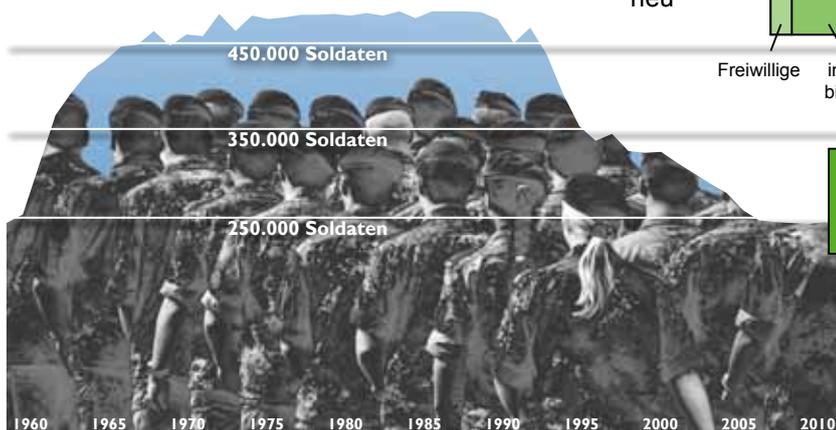
den Einsatz schicken zu können. Aber nicht nur die schlichte Anzahl der Truppen soll erhöht werden, sondern auch ihre Fähigkeiten soll auf das „hochintensive Gefecht“ optimiert werden. Das bedeutet, dass das Profil der Einsatzkontingente von Kampftruppen dominiert sein wird. Damit ist beabsichtigt, für die Bundeswehr das Töten und Kämpfen weiter ins Zentrum ihrer Aufgaben zu rücken. Zukünftig dürfte die Bedeutung von Missionen zurückgehen, mit denen die Bundeswehr als „bewaffnetes THW“ verbunden wurde. Die noch vorhandenen Strukturen der Landesverteidigung werden abgebaut. Im Zuge dessen wurde folgerichtig zum 1. Juli 2011 die Wehrpflicht ausgesetzt. Die Reform soll mit einem neuen Stationierungskonzept abgeschlossen werden, das für Oktober 2011 erwartet wird.

„Clausewitz‘ Gedanke, dass Mittel zum erstrebten Zweck passen sollten, lenkt den Blick auch auf die aktuelle Bundeswehrreform unter Thomas de Maizière. (...) „Waffen ja, schießen nein“ macht keinen Sinn. Ohne die Glaubhaftigkeit und Wahrscheinlichkeit ihrer gewaltsamen Durchsetzung ergibt eine diplomatische Drohung keinen Sinn. Wenn Politiker schon militärische Einsätze beschließen, dann geht es ausschließlich um Gewalt. Für den Brunnenbau haben wir das THW.“

Wosnek, Horst H.: Das Ziel eines Militäreinsatzes ist der Friede danach, in: Zeit Online vom 24. Juni 2011. Der Autor ist Politikwissenschaftler und berät Einzelpolitiker und Parteien.

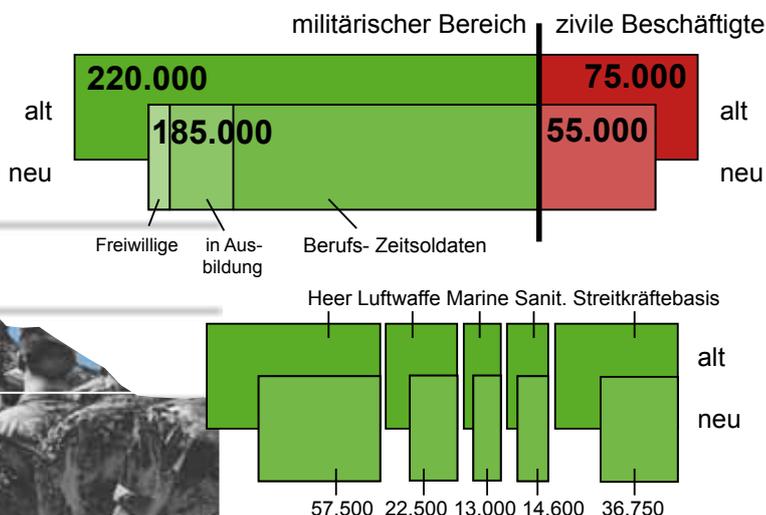


Zahl der Bundeswehrsoldaten (Jahresdurchschnitt) 1959-2010



1959 = 248.800, 1983 = 495.875 (Höchststand), 2010 = 245.823 - Zahlen nach 52. Bericht des Wehrbeauftragten

Zielgrößen der Reform





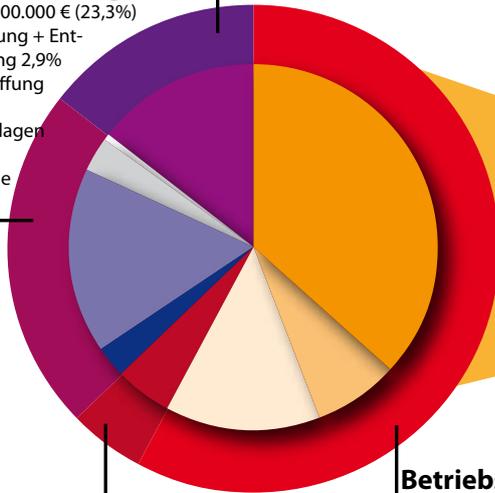
Bundshaushalt 353 Mrd. €

Verteidigungs-investitive Ausgaben

7.347.200.000 € (23,3%)
 Forschung + Entwicklung 2,9%
 Beschaffung 16,8%
 mil. Anlagen 3,1
 sonstige 0,5

Versorgungsausgaben

4.632.200.000 € (14,7%)



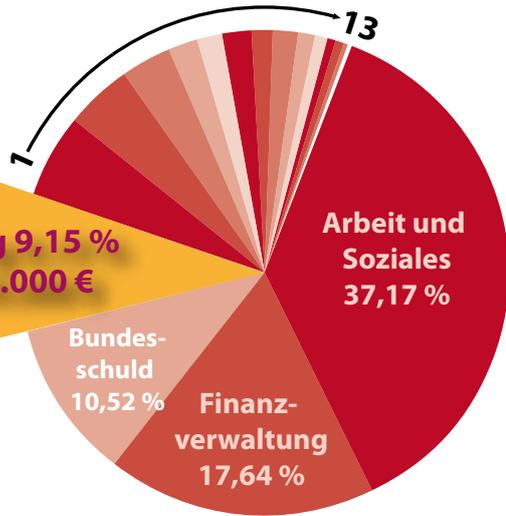
Verteidigung 9,15 %
32.327.400.000 €

Betreiberverträge zur Weiterentwicklung der Bundeswehr

1.600.800.000 € (5,1%)

Betriebskosten

18.747.100.000 € (59%)
 Personalausgaben 37,8%
 Materialerhaltung 7,6%
 Betriebsausgaben (Mieten, Treibstoffe, etc.) 14%



1-13 = 25,52 %

1 Verkehr, Bau 5,74%; 2 Gesundheit 4,47%; 3 Bildung und Forschung 3,36%; 4 Familie, Senioren, Frauen, Jugend 1,86%; 5 Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 1,76%; 6 Wirtschaft und Technologie 1,75%; 7 Ernährung, Landwirtschaft 1,56%; 8 Inneres 1,49%; 9 Finanzen 1,26%; 10 Auswärtiges Amt 0,89%; 11 Kanzleramt 0,52%; 12 Umwelt, Reaktorsicherheit 0,47%; 13 Weitere: Bundespräsident, Bundestag, Bundesrat, BM Justiz, Verfassungsgericht, Bundesrechnungshof 0,40%

Verteidigungshaushalt

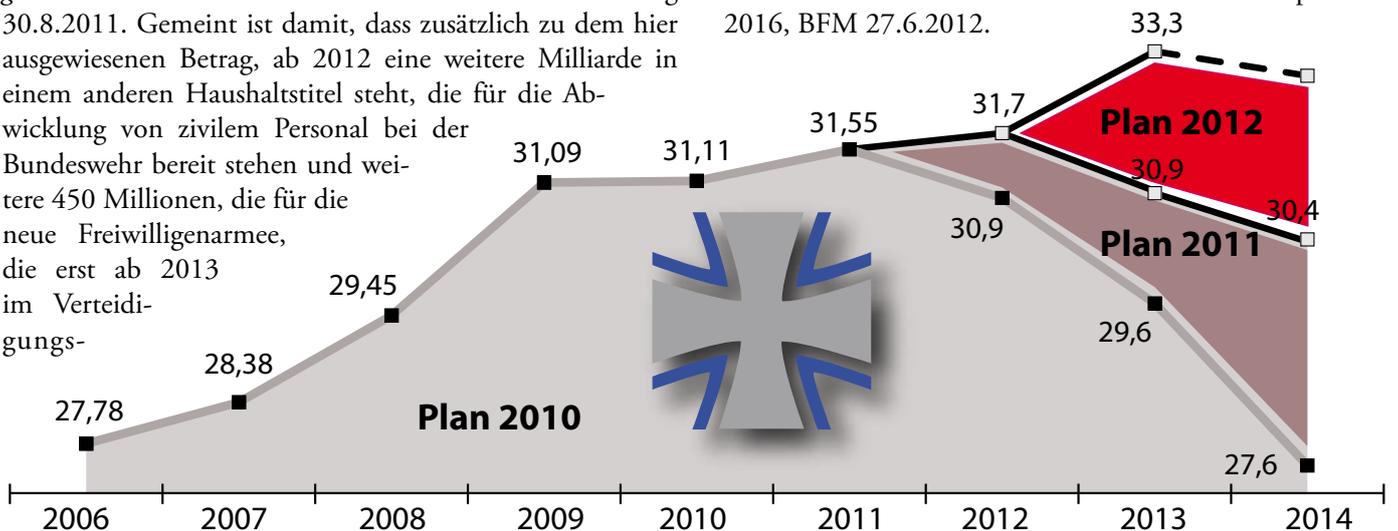
Quelle/Anmerkung: Zahlen des Bundshaushalts nach bund.offenerhaushalt.de; Zahlen des Verteidigungshaushalts nach Angaben auf der Seite des BMVg zum Haushalt 2011/12. Die Angabe von 32 Mrd. € für den Gesamthaushalt des BMVg wäre um eine globale Minderausgabe von 778 Mio zu reduzieren - die Prozentzahlen addieren sich auf 102,5%. Grafik: IMI 2012

Einzelplan 14 - Die eingesparte Einsparung

Seit Jahren wird behauptet, die Bundeswehr sei chronisch unterfinanziert und könne die an sie gestellten Aufgaben nicht ohne eine erhebliche Steigerung ihres Budgets bewältigen. Welchen Stellenwert das Militär bei der Bundesregierung einnimmt, lässt sich deutlich am Haushaltsentwurf 2011 ablesen: Mit 31,7 Mrd. Euro (nach Abzug der globalen Minderausgabe von 778 Mio. Euro) verfügt das BMVg über den drittgrößten Posten im Bundshaushalt. Das entspricht einem Anteil von rund 9,15 % am Gesamthaushalt.

„Was die Etatplanung betrifft, hat sich einiges verändert. Nach jetziger Planung stehen für den Wehretat 2014 rund 30 Milliarden Euro zu Buche, rund drei Milliarden mehr als zuvor veranschlagt. Das ist nicht schlecht und vergrößert unseren Spielraum. Außerdem werden Personalversorgungslasten ausgegliedert.“ de Maizière im Interview mit der Ostsee-Zeitung 30.8.2011. Gemeint ist damit, dass zusätzlich zu dem hier ausgewiesenen Betrag, ab 2012 eine weitere Milliarde in einem anderen Haushaltstitel steht, die für die Abwicklung von zivilem Personal bei der Bundeswehr bereit stehen und weitere 450 Millionen, die für die neue Freiwilligenarmee, die erst ab 2013 im Verteidigungs-

haushalt ausgewiesen werden. Der im Juni 2012 vorgelegte neue Haushaltsplan setzt diesem ohnedies schon als Farce zu bezeichnenden Treiben ein Sahnhäubchen auf. Die Rüstungsindustrie jubelt: „Die gute Nachricht: Die Kürzungen sind nicht so stark wie von vielen befürchtet und der Verteidigungshaushalt steigt insgesamt sogar ein wenig an.“ Newsletter Defence (Behördenpiegel) 46, 10. Juli 2012. Oder in Zahlen: statt abzusinken, steigt der Haushaltsansatz wiederum von 31,7 Milliarden im Jahr 2012 auf 33,4 Milliarden im Jahr 2013 und wird zukünftig lediglich auf 32,5 Milliarden im Jahr 2016 absinken. Damit ist der vom Verteidigungshaushalt laut Plan 2010 zu erbringende Einsparungsanteil im Bundshaushalt von 8,3 Milliarden bis 2014 komplett wieder gestrichen: die eingesparte Einsparung. Zahlen nach: Bundshaushalt 2013 und Finanzplan bis 2016, BFM 27.6.2012.



Bundeswehrstandorte in Baden-Württemberg

Nach dem Stationierungskonzept vom Oktober 2011 wird die Zahl der Standorte im Bundesgebiet drastisch reduziert werden: Von den 394 Standorten im Jahre 2010 sollen noch 264 bleiben. Dieser „Beitrag“ zur Abrüstung in Europa ist bei näherem Besehen vor allem Augenwischerei. Die Ausgangslage der Reduktion ist um die 13 Standorte zu vermindern, deren Schließung bereits feststand – und es sind 58 Standorte in einer Reduktion enthalten, die eigentlich gar nicht geschlossen werden, sondern nur nicht mehr „Standort“ heißen werden – umgekehrt werden fünf Standorte erstmals als solche erfasst. Unterm Strich werden also 31 Standorte neu geschlossen und 33 Standorte so weit reduziert, dass man sie nicht mehr als „Standort“ bezeichnen

muss. In Baden-Württemberg verbleiben von den bisherigen knapp 2,4 Dienstposten pro 1000 Einwohner noch 1,5 Dienstposten – es liegt damit im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich unter dem Durchschnitt (Spitze: Schleswig-Holstein, früher 9,2 per 1000 Einwohner, zukünftig noch 5,4; Schlusslicht: Sachsen, früher 1,1 zukünftig 0,9 per 1000 Einwohner). Von 25.500 Dienstposten verbleiben in Baden-Württemberg noch 15.800. Geschlossen werden Hardheim, Hohentengen, Immendingen und Sigmaringen. Freiburg, Heidelberg, Pforzheim, Ravensburg und Schwäbisch Gmünd werden auf unter 15 Dienstposten reduziert und zukünftig nicht mehr als Standort bezeichnet. Dafür wird Lauda-Königshofen erstmals als Standort erfasst.

Was bleibt – und doch zu viel ist:

Verbleibende Standorte:

Bruchsal

1.200 Dienstposten (DP): ABC-Abwehrbataillon 750(SBK), 6./Feldjägerregiment 3 (SBK), Sportfördertruppe der Bundeswehr (SKB), Bundeswehr-Dienstleistungszentrum (IUD), Regionale Sanitätsversorgung (ZSan), ABC-Abwehrkommando der Bundeswehr (SKB), weitere Dienststellen.

Calw

1.540 (eine Steigerung um 210) DP: Kommando Spezialkräfte (H), Regionale Sanitätsversorgung (ZSan), weitere Dienststellen.

Donaueschingen

870 DP: Deutscher Anteil 3./Deutsch-Französisches Versorgungsbataillon (H), Jägerbataillon 292 (H), Regionale Sanitätsversorgung (ZSan), weitere Dienststellen.

Dornstadt

1.110 DP: Kraftfahrerausbildungszentrum Fahrsimulator F/G (SKB), Kraftfahrerausbildungszentrum (SKB), Sanitätsregiment 3 (ZSan), Regionale Sanitätsversorgung (ZSan), weitere Dienststellen.

Ellwangen

30 DP: Bundessprachenamt (P).

Karlsruhe

150 DP: Materiallager (SKB), Bundeswehrfachschule (P), weitere Dienststellen.

Lauda-Königshofen

20 DP: Einsatzführungsbereich (L).

Laupheim

1.630 DP: Hubschraubergeschwader (L), Regionale Sanitätsversorgung (ZSan), Bundeswehrfeuerwehr Flugplatz (IUD), weitere Dienststellen.

Mannheim

290 DP: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (P), Bildungszentrum der Bundeswehr (P).

Meißen

20 DP: Einsatzführungsbereich (L).

Müllheim

890 DP: Deutscher Anteil Deutsch-Französische Brigade (H), Deutscher Anteil Deutsch-Französisches Versorgungsbataillon (H), Regionale Sanitätsversorgung (ZSan), weitere Dienststellen.

Neckarzimmern

320 DP: Materiallager (SKB), Bundeswehrfeuerwehr Materialdepot (IUD), weitere Dienststellen.

Niederstetten

1.200 DP: Transporthubschrauberregiment 30 (H), Regionale Sanitätsversorgung (ZSan), Bundeswehrfeuerwehr (IUD), weitere Dienststellen.

erwehr (IUD), weitere Dienststellen.

Pfullendorf

310 DP: Ausbildungs- und Übungszentren Spezielle Operationen (H), weitere Dienststellen.

Setzingen

50 DP: Munitionslager (SKB), weitere Dienststellen.

Stetten am kalten Markt

2.330 (+690) DP: 5./Jägerbataillon 292 (H), Truppenübungsplatz (SKB), Bundeswehrdienstleistungszentrum, Regionale Sanitätsversorgung (ZSan), Ausbildungs- und Übungszentrum Kampfmittelabwehr (H), Artilleriebataillon 295 (H), Panzerpionierkompanie 550 (H), Rekrutenkompanie 6 (H), Bundeswehrfeuerwehr Truppenübungsplatz (IUD), Schule für ABC-Abwehr und Schutzaufgaben – Ausbildungszentrum (IUD), 2./Feldjägerregiment 3 (SKB), weitere Dienststellen.

Stuttgart

440 DP: Landeskommando Baden-Württemberg (SKB), Kompetenzzentrum Baumanagement (IUD), Bundesamt für das Personalmanagement Süd (P), Karrierecenter der Bundeswehr (P), Personalabrechnung, weitere Dienststellen.

Todtnau

50 DP: Sportfördergruppe der Bundeswehr (SKB), weitere Dienststellen.

Ulm

2.220 DP: Bundeswehrmusikkorps (SKB), 7./Feldjägerregiment 3 (SKB), Kommando Operative Führung (SKB), Unterstüzungsbataillon Kommando Operative Führung (SKB), Bundeswehr-Dienstleistungszentrum (IUD), Bundeswehrkrankenhaus (ZSan), Regionale Sanitätsversorgung (ZSan), Bundeswehrapotheke (ZSan), weitere Dienststellen.

Ummendorf

160 DP: Waffensystemunterstützungszentrum (L), weitere Dienststellen.

Walldürn

930 DP: Logistikbataillon 461 (SKB), Regionale Sanitätsversorgung (ZSan), Bundeswehrapotheke (ZSan), weitere Dienststellen.

nicht mehr als Standort gezählt:

Freiburg im Breisgau

10 DP: weitere Dienststellen.

Heidelberg

6 DP: weitere Dienststellen.

Pforzheim

1 DP: weitere Dienststellen.

Ravensburg

6 DP: weitere Dienststellen.

Schwäbisch Gmünd

6 DP: weitere Dienststellen.

weitere Dienststellen:

- Baden-Baden Güteprüfstelle Bundeswehr Freiburg (Rü) 2 DP.

- Dunningen Güteprüfstelle Bundeswehr Oberndorf (Rü) 3 DP.

- Friedrichshafen Güteprüfstelle Bundeswehr Friedrichshafen (Rü) 2 DP.

- Immenstaad am Bodensee Güteprüfstelle Bundeswehr Immenstaad (Rü) 7 DP.

- Konstanz Güteprüfstelle Bundeswehr Immenstaad (Rü) 2 DP.

- Oberkochen Güteprüfstelle Bundeswehr Ulm (Rü) 4 DP.

- Oberndorf am Neckar Güteprüfstelle Bundeswehr Oberndorf (Rü) 4 DP.

- Stockach Güteprüfstelle Bundeswehr Immenstaad (Rü) 2 DP.

- Überlingen Güteprüfstelle Bundeswehr Immenstaad (Rü) 5 DP.

- Weinheim Güteprüfstelle Bundeswehr Heidelberg (Rü) 2 DP.

Unklar:

- o Efringen-Kirchen Streitkräfteunterstützungskommando Mil Anteil Ernst Mach Institut (SKB) 1 DP

- o Kirchheim unter Teck Güteprüfstelle Bundeswehr Ulm (Rü) 2 DP

- o Mudau Fernmeldesystemtrupp Reisenbach Sektor für Informationstechnik 2 (L) 20 DP

Karriereberatungsbüros:

Donaueschingen, Freiburg, Heilbronn, Karlsruhe, Mannheim, Offenburg, Ravensburg, Schwäbisch-Gmünd, Stuttgart (Karrierecenter), Ulm

Abkürzungen: Streitkräftebasis (SKB), Infrastruktur Umweltschutz und Dienstleistungen (IUD), Sanitätsdienst (ZSan), Rüstungsbereich (Rü), Heer (H), Luftwaffe (L), Personal (P).

Quelle: Broschüre des Bundesministeriums der Verteidigung: Die Stationierung der Bundeswehr - Oktober 2011



Konversion: Was kommt nach der Bundeswehr?

Angesichts der bevorstehenden Schließung von Standorten und dem teilweise Abzug der britischen und us-amerikanischen Truppen aus Deutschland herrscht in vielen Kommunen Weltuntergangsstimmung und Bürgermeister, Landräte und Ministerpräsidenten kämpfen für den Erhalt „ihrer“ Standorte. Gleichzeitig setzen sich in vielen Regionen Bürgerinitiativen zum Teil schon seit Jahren für die Schließung militärischer Übungsplätze, gegen militärischen Lärm, gegen Umweltverschmutzung und für eine zivile Nutzung von Militärgeländen ein. Angesichts dieser widersprüchlichen Aktivitäten und der zunehmenden Dringlichkeit des Themas, lohnt es sich zurückzublicken, welche Erfahrungen in den letzten zwanzig Jahren bei der Liegenschaftskonversion gemacht wurden.

Bei der Frage von Konversion militärischer Liegenschaften in zivile Nutzung betritt man in Deutschland kein Neuland. So gab es in der ehemaligen DDR zur Zeit der Wende circa 1.100 militärische Liegenschaften der NVA, heute werden, verteilt auf 75 Standorte, weniger als 500 davon von der Bundeswehr genutzt. Zudem wurden bis 1994 alle sowjetischen Truppen aus den neuen Bundesländern komplett abgezogen. Auch in den alten Bundesländern gibt es Erfahrungen mit solch grundlegenden Veränderungen der Nutzungsstruktur. Die französischen Truppen sind nahezu vollständig abgezogen, auch die kanadische, belgische und niederländische Militärinfrastruktur steht seit einigen Jahren für zivile Nutzung zur Verfügung. US-Truppen wurden in der Vergangenheit bereits stark reduziert. Das relativ strukturschwache Land Rheinland-Pfalz¹ galt lange Zeit wegen der starken Präsenz von US-Army und Airforce als „Flugzeugträger der USA“. Durch deren großflächigen Abzug seit Anfang der 1990er Jahre wurden 600 Liegenschaften auf 13.000 Hektar frei. Beinahe zwanzig Jahre später sind anstelle der 26.000 zivilen Arbeitsplätze, die durch den Abzug kurzfristig verloren gingen, über 50.000 (z.T. deutlich höher qualifizierte) Arbeitsmöglichkeiten neu entstanden. Diese erfolgreiche Umstrukturierung der Region war unter anderem möglich durch etwa 2 Milliarden Euro Konversionszuschüsse aus verschiedenen Töpfen (vor allem EU-, Bundes und Landesmittel).

Für die Beurteilung der Chancen einer erfolgreichen Konversion lohnt sich auch ein Blick auf einen etwas späteren Zeitraum (2003-2007). Damals waren die makroökonomischen Rahmenbedingungen für Unternehmensneugründungen und andere Nachnutzung ungünstiger als in den 1990er Jahren. Zudem standen viele Konversionsmittel bereits nicht mehr zu Verfügung. Dennoch kommt eine Untersuchung² von über 100 Regionen, in denen Bundeswehrstandorte geschlossen wurden, zu sehr ermutigenden Ergebnissen. Es wurden vor allem kurzfristige Effekte auf die Regionen betrachtet, wie z.B. Entwicklung der Arbeitslosigkeit, der Einkommens- und Mehrwertsteuer, der Gewerbesteuer und der Haushaltseinkommen. Nahezu überall gab es Strukturveränderungen, aber im Gesamtblick stellt die Stu-

die fest: „Negative Auswirkungen der Standortschließungen existieren nicht.“³ Das Ausbleiben selbst kurzfristiger negativer Auswirkungen wird von den Forschern in den „Ruhr Economic Papers“ wie folgt erklärt: „Die Ressourcenallokation [bei militärischer Nutzung] ist suboptimal und die Schließung von Militärbasen sorgt für produktivere Nutzung von Kapital und Arbeit.“⁴ Tatsächlich sind die meisten Bundeswehrstandorte ökonomisch relativ schwach mit ihrer Umgebung verzahnt – sie versorgen sich weitgehend selbst. Seit 2002 wird etwa die Verpflegung der SoldatInnen durch das Verpflegungsamt Oldenburg zentral organisiert. Größere Infrastrukturarbeiten werden ebenfalls zentral durch die „Territoriale Wehrverwaltung“ vergeben, sodass auch für das lokale Handwerk relativ wenig positive Impulse gesetzt werden. Die zivile Nachnutzung ist ökonomisch häufig besser regional eingebunden und während die Bundeswehr keine Steuern zahlt, sorgen gewerbliche Nachnutzungen meist für mehr Steuereinnahmen.

Neben solchen eher allgemeinen Erhebungen über die Entwicklung der Regionen nach dem Abzug von Militär gibt es eine ganze Reihe konkreter Beispiele dafür, wie ein Truppenabzug für Regionen wichtige Entwicklungsimpulse herbeiführen kann. Aus dem ehemaligen US-Atomwaffenstützpunkt Eberhard-Finckh-Kaserne zogen die Soldaten 1993 ab. In dieser strukturschwachen Region (Schwäbische Alb / Großengtingen) war es für die erfolgreiche Nachnutzung wichtig, dass die Planungen schon begannen, während die Militärs noch vor Ort waren. Die umliegenden Gemeinden gründeten dafür bereits 1992 einen Zweckverband, um die Liegenschaften der Bundesvermögensverwaltung (heute BImA; Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) abzukaufen. Zwischennutzungen wurden schnell gefunden, wegen der starken Munitionsbelastung zog sich der Abschluss des Kaufvertrags mit dem Bund jedoch bis 1995 hin. Heute ist das Gesamtareal von rund 100 Hektar ein ökonomischer Motor für die Region. Handwerkliche Nutzung, Solar- und Biogasstromerzeugung existieren auf dem Gelände neben touristischen Einrichtungen und Reha-Angeboten. Wegen der guten Verkehrsanbindung dieses Militärstandortes (sowie der meisten), war diese Entwicklung relativ einfach. Sie wurde zudem durch Landesfördermittel (Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum, ELR) unterstützt.

Doch es gibt auch Negativbeispiele, denn die Nachnutzung stadtnaher Liegenschaften stellt Stadtplaner vor besondere Herausforderungen. Die Militärflächen können durch BürgerInnen nicht betreten werden (außer evtl. bei einem Tag der offenen Tür). Die Orte werden folglich nicht als Teil der Stadt erlebt und haben häufig einen schlechten Ruf. Wenn dann noch als erste Nachnutzung Personengruppen, die ohnehin häufig in Städten nicht gerne gesehen sind (Obdachlose, AsylbewerberInnen etc.), dorthin „abgeschoben“ werden, dann bleiben die anderen BewohnerInnen der Städte häufig weiterhin diesem Viertel fern und es können leicht

neue „Problembezirke“ entstehen. Besonders drastische Auswirkungen hatte dies in der süddeutschen Stadt Lahr, wo nach Abzug der kanadischen Streitkräfte in den 1990er Jahren die freigewordenen Wohnungen der Armeeingehörigen mit 8.000 AussiedlerInnen „aufgefüllt“ wurden. Bei einer besseren Nutzungsmischung wären der Stadt Lahr, aber vor allem den AussiedlerInnen wahrscheinlich viele der bis heute andauernden Probleme in den neuen Stadtteilen erspart geblieben. Deswegen ist es sinnvoll, sehr frühzeitig auch für die Bürger die neuen Stadtteile als Teil ihrer Stadt erfahrbar zu machen. Die wenigen Beispiele für gescheiterte Konversion, die es leider auch gibt, sind überwiegend darauf zurückzuführen, dass die Entwicklung der Liegenschaften Großinvestoren überlassen wurde und diese sich verspekuliert haben. Deswegen ist eine Entwicklung und Planung „von unten“ durch Bürgerinitiativen und Kommunen demokratisch und ökonomisch sinnvoll.

Ein gelungenes Beispiel für umfangreiche Bürgerbeteiligung ist das so genannte Französische Viertel in Tübingen. BürgerInnen, Familien einschließlich der Kinder wurden in zahlreichen Anhörungen und Workshops in die Nachnutzung einbezogen. Auch in Tübingen wurden in den ersten Jahren Asylbewerber in den freien Gebäuden untergebracht, allerdings nur in begrenztem Umfang und parallel zu anderer Nutzung wie Volkshochschule, Gastronomie, Werkstätten und zahlreichen Wohnungen für StudentInnen, sodass das Viertel selbst in der Zwischennutzungsphase von vielen BürgerInnen besucht wurde. Da von Anfang an klar war, dass in den neuen Stadtteilen zusätzliche Infrastruktur (Kinderhorte, Schulen, Spielplätze, Sporthallen etc.) notwendig sein würde, wählte die Kommune die in §165ff des Baugesetzbuches vorgesehene Möglichkeit einer „Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“. Dabei kauft die Kommune die Militärfächen zu einem niedrigen Preis (für unentwickelte Flächen), verkauft anschließend die Grundstücke an die EndnutzerInnen zu einem höheren Preis und investiert die Bilanz in die soziale Infrastruktur des neuen Viertels. Die Preise für die Baugrundstücke waren so gestaltet, dass auch junge Familien mit niedrigeren Einkommen und Existenzgründer sich die Miete oder den Kauf von Wohnraum und Gewerbeflächen leisten konnten. Der Vergabeprozesse der Grundstücke fand in transparenter und demokratischer Weise statt und wurde über einen Gemeinderatsausschuss abgewickelt (den so genannten Südstadtausschuss). Der gesamte Konversionsprozess zog sich über 15 Jahre hin und wurde finanziell über einen Sonderhaushalt abgewickelt, was gerade für arme Kommunen wie Tübingen ein wichtiges Instrument ist, um trotz leerer Kassen noch handlungsfähig zu bleiben und die Entwicklung der eigenen Stadt nicht allein Investoren überlassen zu müssen. Heute gibt es auf dem Gelände circa 6.000 neue Wohnungen und etwa 2.500 Arbeitsplätze. Festzuhalten bleibt, dass sich für Kommunen, wenn sie frühzeitig ihre Planungshoheit ernst nehmen, wenn BürgerInnen mit einbezogen werden und die Prozesse transparent ablaufen, sich durch den Abzug von Militär in jedem Fall eine ein-

malige Chance für eine erfolgreiche zivile Nachnutzung bietet. Bereits die letzten zwanzig Jahre Konversionsgeschichte haben gezeigt: etwas Besseres als das Militär findet sich in jedem Fall. Wenn auch die nächste Etappe der zivilen Wiederaneignung gelingt, dann könnte dies helfen, den Druck zu vergrößern, sodass die Bundeswehr überall und vollständig abzieht - im Inland und im Ausland.

Anmerkungen

- 1 Landesregierung Rheinland-Pfalz: WIR MACHEN'S EINFACH, 20 Jahre Konversion in Rheinland-Pfalz, 2010.
- 2 Ruhr Economic Papers #181, A. Paloyo u.a.: The Regional Economic Effects of Military Base Realignment and Closures in Germany, 2010.
- 3 ebenda, Übersetzung aus dem Englischen und Erläuterungen C.H.
- 4 ebenda, Übersetzung C.H.

Schließungsplan Baden Württemberg

Jahr	Quartal	Ort	Liegenschaft
2012	IV	Karlsruhe	Dienstgebäude Kantstr.
2013	I	Hohentengen	Oberschwaben-Kaserne Osterfeldstr.
2014	I	Freiburg	Dienstgebäude Stefan Meier Str.
	I	Donaueschingen	Kreiswehrrersatzamt Irmastr.
	I	Ravensburg	Kreiswehrrersatzamt Schützenstr.
	I	Schwäbisch Gmünd	Kreiswehrrersatzamt Bismarckstr.
2015	IV	Meßstetten	Zollernalb-Kaserne Geissbuehlerstr. Teilabgabe!
	I	Ellwangen (Jagst)	Reinhardt-Kaserne Hohenstaufenstr. Teilabgabe!
	II	Ulm	Hindenburg-Kaserne Weinbergweg
	IV	Sigmaringen	Aus- und Fortbildungsstätte In der Vorstadt
	IV	Sigmaringen	Graf Stauffenberg Kaserne Binger Str.
2016	IV	Karlsruhe	Musikkorps Kaiserallee
	I	Immendingen	Betriebsgelände Hardstr.
	I	Immendingen	Dienstgebäude Schwarzwaldstr.
	III	Immendingen	Oberfeldweibel Schreiber Kaserne Talmannsberg
2017	IV	Meßstetten	Luftverteidigungsanlage Martin I/II Ringstr.
	II	Hardheim	Carl-Schurz-Kaserne Alte Würzburger Str.
	II	Walldürn	Munitionsdepot Altheim Erfelderstr.
2018	?	Mannheim	Kreiswehrrersatzamt Badener Platz
	?	Ulm	Bleidorn-Kaserne Westerlinger Str.
2019	?	Hardheim	Materiallager Am Wurmberg

? = Zeitpunkte und ggf. Umfang sind abhängig von Baumaßnahmen, bzw. weiterer Planungen (Privatisierungen)



Ohne Sprit kein Krieg

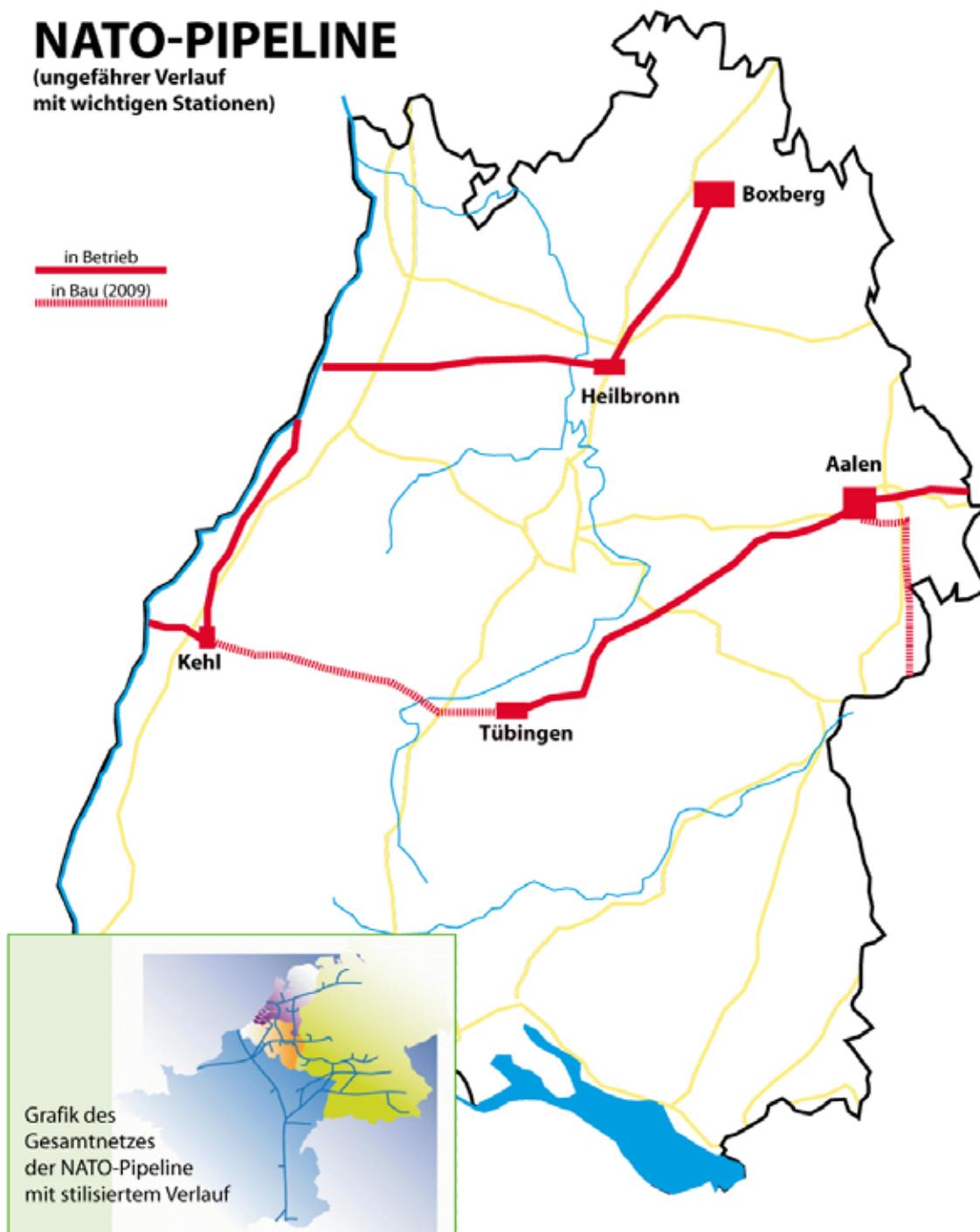
Das Central Europe Pipeline System (CEPS) ist Teil eines ganz West-, Nord- und Südeuropa überspannenden militärischen Pipeline-Netzes der NATO. Mit über 5000 Kilometern ist es das umfangreichste Netz der NATO und liefert Flugzeugtreibstoffe von Tanklagern und Häfen in Frankreich zu Armeebasen und zivilen Flughäfen in ganz Europa.

Das Netz wurde in den 1950er Jahren erbaut und stellte den Nachschub an Treibstoffen für die NATO-Truppen in der Konfrontation mit dem Ostblock sicher. Auch nach Zusammenbruch der Sowjetunion wurde, nun mit neuer Begründung, das Netz aufrechterhalten und wurde in Teilstrecken sogar erneuert. Die Strecke verläuft meist unterir-

disch und ist mit rot-weißen Pfeilern gekennzeichnet. Zur Verteilung der Kosten wird das Netz auch für private Transporte von Treibstoffen zur Verfügung gestellt - so gehört der Flughafen Frankfurt a.M. zu den größten Abnehmern innerhalb des CEPS. In der Vergangenheit gab es immer wieder Proteste gegen die Pipeline und vereinzelte Anschläge Mitte der 1980er Jahre. Der Transport von hochgiftigen Treibstoffen (u.a. Kerosin aber auch der noch giftigere NATO-Universaltreibstoff JP8) birgt erhebliche Gefahren für die Umwelt entlang der Strecke – umso bedenklicher ist, dass die Pipeline nicht selten durch Wasserschutzgebiete (z.B. bei Bodelshausen) verläuft.

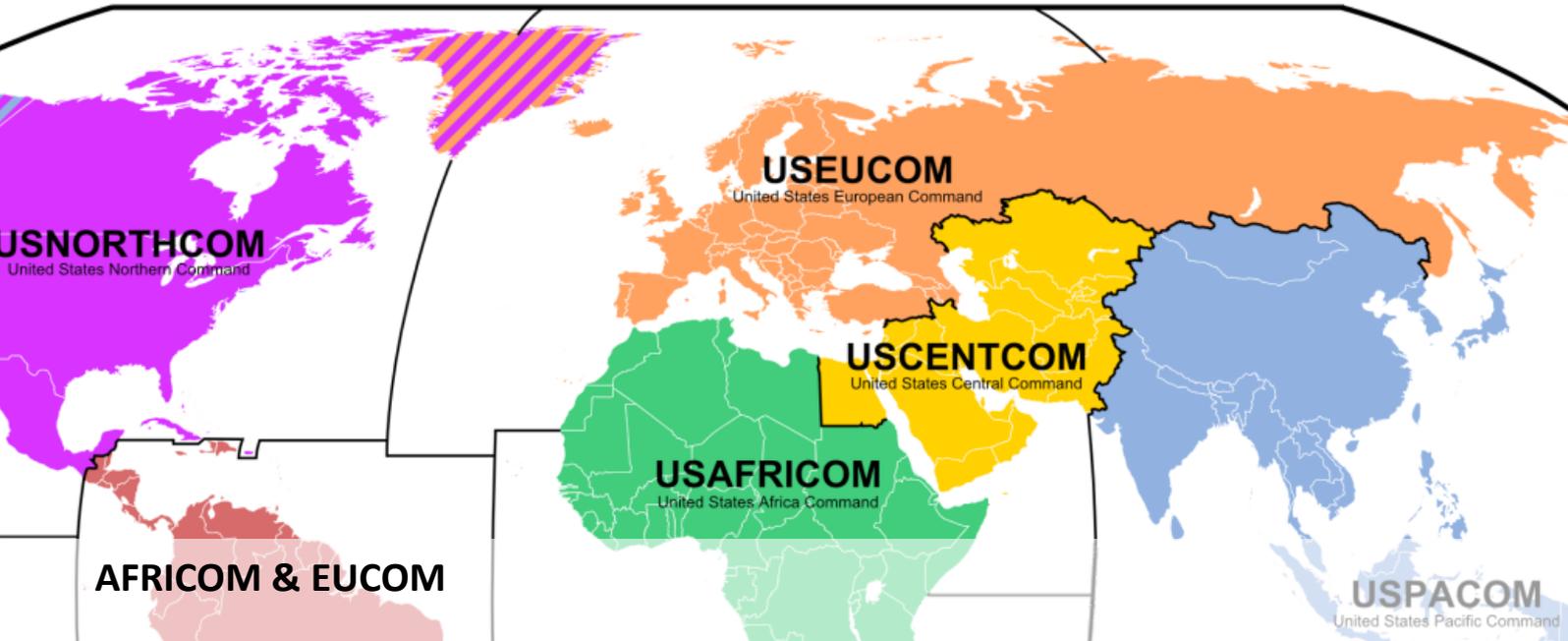
NATO-PIPELINE

(ungefährer Verlauf mit wichtigen Stationen)



Die NATO gibt an, dass es die CEPS ihre Notwendigkeit unter anderem in der Unterstützung von Operationen außerhalb Europas erweisen habe und verweist unter anderem auf den Kosovo-Krieg und Afghanistan. In beiden Fällen erlaubt die CEPS, durch die Bereitstellung von Treibstoff an Basen in Deutschland den ungehinderten Nachschub in die Kampfzonen sicherzustellen. Die Pipeline ist einer der zentralen Bausteine in der offensiven Kriegsinfrastruktur der NATO und hat nichts mit Landesverteidigung zu tun.

Auch durch Baden-Württemberg und damit direkt vor unserer Haustüre verläuft ein Teilstück des CEPS: Anlass genug, sich kritisch damit auseinander zu setzen.



AFRICOM & EUROM

In Stuttgart haben zwei von weltweit sechs Regionalkommandos der US-Streitkräfte ihren Sitz: das Africa Command (AFRICOM) und das European Command (EUCOM). Aus der baden-württembergischen Landhauptstadt werden Militäreinsätze in Afrika und Europa befehligt.

Das AFRICOM hat seinen Sitz in einer Kaserne in Stuttgart-Möhringen, den Kelley Baracks. Es ist beinahe für den ganzen afrikanischen Kontinent zuständig, nur Ägypten fällt unter das Central Command (CENTCOM), das amerikanische Militäreinsätze im Nahen Osten führt. Es ist das jüngste der Regionalkommandos und hat am 1. Oktober 2008 offiziell seine Arbeit aufgenommen.

Die Vereinigten Staaten haben in den vergangenen Jahren die Militärkooperation mit afrikanischen Staaten stetig ausgebaut. Hintergrund sind die Rohstoffvorkommen in Afrika, zum Beispiel Öl, aber auch die Konkurrenz durch China, das ebenfalls auf dem afrikanischen Kontinent um Verbündete wirbt. Ursprünglich sollte AFRICOM in Afrika aufgebaut werden. Doch fand sich kein Land, das die Einsatzzentrale aufnehmen wollte, hieß es. Die afrikanischen Staaten fürchteten einen neuen amerikanischen Imperialismus und Kolonialismus.

Das AFRICOM, so versprach das Pentagon deshalb, werde eine ganz neue Art von Regionalkommando werden: nicht so sehr auf Kriegsführung, mehr auf Kriegsprävention spezialisiert. Doch es kam anders: Noch keine drei Jahre alt, führte das AFRICOM 2011 seinen ersten Feldzug. Es war zuständig für die US-Militäroperation mit dem Namen „Odyssey Dawn“, die auf Grundlage der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates eine Flugverbotszone in Libyen durchsetzte.

Unter dem AFRICOM-Kommando schossen US-Kriegsschiffe im Mittelmeer allein am ersten Tag der Operation über einhundert Marschflugkörper vom Typ „Tomahawk“ auf Libyen ab und Kampfflugzeuge griffen Flugplätze des libyschen Militärs an. Später wurden die Angriffe – allerdings ohne den Sicherheitsrat noch mal zu fragen – auf Militär-

fahrzeuge ausgeweitet, um Gaddafis Truppen zu schwächen und so die Rebellen im Osten des Landes zu unterstützen. Letztlich führte das zum Sturz Gaddafis.

Nach dem Libyen-Krieg bemühte sich das AFRICOM, den eigenen Beitrag am Krieg gegen Gaddafi möglichst herunterzuspielen. Auf der eigenen Homepage kam er kaum vor, dafür fanden sich Berichte über Gesundheitsvorsorge in Afrika, Armut und gute Regierungsführung, dazu einige Bilder von gegenseitigen Truppenbesuchen.

Vor dem AFRICOM war das European Command (EUCOM) für Afrika „zuständig“. Es hat seinen Sitz ebenfalls in Stuttgart. Offiziell gegründet am 15. März 1947, saß es zunächst im I.G.-Farben-Haus in Frankfurt, später zog es um nach Camp-de-Loges bei Paris. Seit dem 15. März 1967 sitzt das EUCOM in den Patch Barracks in Stuttgart-Vaihingen. Dem EUCOM unterstehen Einheiten von Army, Navy und Air Force. Dazu gehören etwa die US-Luftwaffen-Einheiten in Ramstein und Spangdahlem.

Das EUCOM ist dafür zuständig, US-Truppen für die NATO bereitzuhalten. Es sind aber auch eigenständige Einsätze ohne die Bündnispartner möglich. Das mögliche Einsatzgebiet umfasst ganz Europa und Russland, geht bis in den Kaukasus und schließt im Nahen Osten Israel mit ein. Insgesamt umfasst es 51 Staaten.

Unter dem Kommando von EUCOM fanden viele Kriegseinsätze im Jugoslawien-Krieg in den 1990er Jahren statt sowie im Kosovo-Krieg. Der Kommandant des EUCOM ist zugleich der Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) der NATO. Dieser ist für die Planung und Durchführung aller NATO-Operationen verantwortlich.

Der Widerstand gegen das EUCOM/AFRICOM ist aktiv: bawue.dfg-vk.de www.otkm-stuttgart.tk



Kommando Spezialkräfte in Calw

Mit der aktuellen Reform der Bundeswehr wird in erster Linie das Ziel verfolgt, Auslandseinsätze effektiver führen zu können und die Armee auf künftige Interventionsformen vorzubereiten. Das Kommando Spezialkräfte (KSK), das 1996 aufgestellt wurde und seither in Calw stationiert ist, ist eine der Einheiten, die weiter an Bedeutung gewinnen werden, steht es doch geradezu exemplarisch für die „Armee im Einsatz“. In dem Zusammenhang ist auch zu erklären, dass der Standort in Calw einer der wenigen ist, der ausgebaut wird: Dem Stationierungskonzept 2011 zufolge werden dort zukünftig statt 1330 Soldaten 1540 stationiert sein.

Das KSK ist eine der Spezialeinheiten der Bundeswehr. Begründet wurde die Aufstellung mit fehlenden Fähigkeiten Deutschlands, Geiseln im kriegerischen Umfeld zu befreien. Allerdings war das Aufgabenspektrum von vornherein wesentlich weiter gefasst, die Befreiung von Geiseln spielt insgesamt wohl eine eher untergeordnete Rolle. Der Homepage der Spezialeinheit zufolge sind die Aufgaben des KSK vor allem der Kampf in der „Tiefe“ des Interventionsgebietes, d.h. sie führen verdeckte Operationen durch, um die Infrastruktur des Gegners zu zerstören, Informationen zu beschaffen, Einzelpersonen festzunehmen und „subversive Kräfte“ zu bekämpfen. Zudem werden KSK-Einheiten als Ausbilder für Spezialeinheiten „befreundeter“ bewaffneter Gruppen oder Regierungen eingesetzt.¹

Das Kommando Spezialkräfte in Afghanistan

Der Einsatz des KSK ist geheim. Nicht einmal über abgeschlossene Einsätze werden die Abgeordneten des Bundestages – geschweige denn die Öffentlichkeit – informiert. Nur den Obleuten des Verteidigungsausschusses und teilweise des Auswärtigen Ausschusses werden Informationen zur Verfügung gestellt, allerdings keinesfalls umfassend, zudem sind sie zur Geheimhaltung verpflichtet.²

Das KSK spielt insbesondere im Krieg gegen den Terror, inzwischen aber auch in so genannten Stabilisierungsmissionen, eine wichtige Rolle. Im November 2001 erteilte der Bundestag das Mandat, im Rahmen der Mission „Enduring Freedom“ bis zu 100 Spezialeinheiten zu entsenden. Auch wenn 2008 das Mandat beendet wurde, sind Spezialeinheiten weiterhin im Einsatz in Afghanistan, inzwischen allerdings im Rahmen der „Stabilisierungsmission“ ISAF der NATO. Lange Zeit war vollkommen unklar, was die Soldaten der KSK in Afghanistan treiben, erst über Skandale wurden einige Einsätze bekannt.

2002 bewachten KSK-Soldaten offenbar mit US-Einheiten ein Gefangenenlager in Kandahar, in dem Gefangene misshandelt und teilweise später nach Guantanamo verschleppt wurden. Bekannt wurde dieser Einsatz im Zusammenhang mit dem Skandal um die Gefangennahme, Misshandlungen und Verschleppung von Murat Kurnaz, der

Soldaten der KSK vorwarf, ihn in Kandahar misshandelt zu haben. Das KSK leugnete, mit Kurnaz überhaupt in Kontakt gekommen zu sein, musste allerdings zugeben, an der Bewachung des Lagers beteiligt gewesen zu sein.³

Im September 2009 bombardierten US-Kampfflugzeuge auf Aufforderung des deutschen Oberst Georg Klein Tanklastzüge in der Nähe von Kunduz, es wurden nach NATO-Angaben 142 Menschen getötet und verletzt – darunter auch viele Kinder. Im Rahmen der Untersuchungen dieses Massakers wurde bekannt, dass Oberst Klein aus einem Kommandostand der „Task-Force 47“ heraus agierte. Die Aufgaben und auch die Zusammensetzung dieser Task-Force wurde erst im Verlauf der Untersuchung bekannt: es handelt sich um eine Einheit bestehend aus Soldaten der KSK und der Division Spezielle Operationen, die vom Bundesnachrichtendienst und dem Militärischen Abschirmdienst unterstützt wird. Die Aufgaben der Einheit besteht vor allem in der Aufklärung und der Festnahme von Aufständischen bzw. Personen, die auf Fahndungslisten (Joint Prioritized Effects List) stehen, die teilweise auch auf Veranlassung deutscher Stellen auf dieser Liste gelandet sind.⁴ Die Festnahmen selber erfolgen formell durch afghanische Sicherheitskräfte, die die KSK-Einsätze begleiten. Dabei handelt es sich häufig um Spezialeinheiten der afghanischen Polizei, die von militärischen Spezialeinheiten – auch dem KSK – ausgebildet werden.⁵ Im März 2011 wurde mithilfe des KSK eine Person gefangen genommen, die für einen Anschlag auf deutsche Soldaten verantwortlich gewesen sein soll. Nach einigen Monaten stellte sich dann heraus, dass – aufgrund ähnlicher Namen – eine unschuldige Person festgenommen worden war.⁶

An gezielten Tötungen, wie sie von US-Spezialeinheiten durchgeführt werden, sei das KSK nicht beteiligt, so die Bundesregierung. Allerdings erklärte 2008 der damalige ISAF-Sprecher, Brigadegeneral Josef Dieter Blotz recht widersprüchlich: „Gezielte Tötungen durch Spezialkräfte der Bundeswehr hat das Verteidigungsministerium definitiv ausgeschlossen. Das Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr ist jedoch auch dafür eingesetzt worden, Netzwerke von Extremisten auszuschalten.“⁷

Über andere Einsätze des KSK ist noch weniger bekannt. Gesichert ist nur, dass es sowohl nach Bosnien-Herzegowina als auch in den Kosovo geschickt wurde, die Frankfurter Rundschau meldete im Februar 2011, es sei auch an der „Operation Pegasus“ in Libyen beteiligt gewesen.⁸

Traditionsbewusstsein und rechte Tendenzen innerhalb der KSK

Dass es innerhalb der KSK deutliche Tendenzen zu rechtsradikalem Gedankengut gibt und sich innerhalb der Einheit immer wieder positiv auf die Wehrmacht bezogen wird, wird

ebenfalls nur vereinzelt durch Skandale bekannt und von der Bundesregierung dann meist als „bedauerliche Einzelfälle“ bezeichnet. Sie tut dies obwohl 2003 der Kommandeur der KSK, Reinhard Günzel, wegen eines Briefes zur Unterstützung des CDU-Abgeordneten Hohmann, der in einer Rede „die Juden“ in Verbindung mit dem Begriff „Tätervolk“ gebracht hatte, entlassen wurde.

Günzel, der zwischen 2000 und 2003 Kommandeur des KSK war, veröffentlichte nach seiner Entlassung ein Buch unter dem Titel „Geheime Krieger - Drei deutsche Kommandoverbände im Bild“. In diesem macht er deutlich, dass er das KSK in der Tradition der „Brandenburger“, eine Sondereinheit innerhalb der Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges, sieht. Auch wenn die Bundesregierung die Aussage von Günzel als eine persönliche Aussage eines ehemaligen Generals abtat und behauptet, dass dieser in seiner Amtszeit nicht versucht habe „einen Traditionsbezug zwischen KSK und der ‚Division Brandenburg‘ herzustellen“⁹, gibt es Berichte darüber, dass innerhalb des KSK die Aktionen der Brandenburger kriegsgeschichtlich aufgearbeitet werden, um aus deren Erfolgen und Niederlagen Schlussfolgerungen für eigene Taktiken ziehen zu können.¹⁰ Dass sich KSK-Soldaten durchaus positiv auf die Wehrmacht beziehen, zeigt beispielsweise der Skandal um das leicht veränderte Symbol von Hitlers Afrika-Korps, das KSK-Soldaten im Rahmen einer Vorbereitung auf den Afghanistaneinsatz in Masirah im Oman auf einen Jeep sprühten. Dabei wurde lediglich das Hakenkreuz durch das Bundeswehremblem ersetzt.

Die Verwendung des Symbols hatte für die KSK-Soldaten offenbar keine Folgen. Wie sicher sich die KSK-Soldaten sein müssen, für solche und ähnliche Aktionen nicht oder nur sehr zaghaft belangt zu werden, zeigt ein weiteres Beispiel: 2007 beschimpfte und bedrohte der KSK-Hauptmann Daniel K. in einer E-Mail den bundeswehrkritische Oberstleutnant Jürgen Rose. Aufgrund dessen Kritik an der KSK schrieb Daniel K.: „Ich beurteile Sie als Feind im Inneren und werde mein Handeln danach ausrichten, diesen Feind im Schwerpunkt zu zerschlagen. [...] Sie werden beobachtet, nein nicht von impotenten instrumentalisierten Diensten, sondern von Offizieren einer neuen Generation, die handeln werden, wenn es die Zeit erforderlich macht.“ Aus seiner rechtsradikalen Gesinnung machte er ebenfalls keine Hehl, es beendete die E-Mail mit dem Satz: „Es lebe das heilige Deutschland.“ Für die Drohungen und Aussagen wurde Daniel K. gegenüber lediglich „eine einfache Disziplinarmaßnahme“ verhängt.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Spezialeinheit

Ganz im Gegensatz zur sonstigen Scheue gegenüber einer Öffentlichkeit, die gerne mehr über die Strukturen innerhalb der Spezialeinheit und ihre Einsätze wissen würde, ste-



hen Aktionen, die das KSK in ein positives Licht rücken und die Bevölkerung in Deutschland von der Notwendigkeit der Kriegseinsätze der Bundeswehr und auch der Spezialeinheiten überzeugen sollen.

Im November 2011 fand bei Wendelsheim in der Nähe von Tübingen eine gemeinsame Fallschirmspringerübung des KSK und US-Amerikanischer Spezialeinheiten statt, die von Grundschulern aus Wendelsheim und Oberndorf bestaunt wurde. Das Spektakel diente ganz offensichtlich der Imagepflege der beteiligten Streitkräfte, denn die Schulen waren zuvor ausdrücklich dazu eingeladen worden, die Kinder wurden am Rande der Übung bewirtet und konnten beim Zusammenlegen der Fallschirme mithelfen.¹¹

Zu Weihnachten wurden dann Grundschüler aus Calw zur Imagepflege der Spezialeinheit und zur „Würdigung“ des gefährlichen Einsatzes des KSK-Soldaten missbraucht. Auf „Initiative eines Elternteils“ bastelten die Schüler Weihnachtskarten und schickten diese dann nach Afghanistan: „Jede der Grußkarten ist mit einer persönlichen Weihnachtsbotschaft beschriftet und zeugt von kindlichem Mitgefühl und überraschendem Verständnis für die gefährliche Situation“, schreibt die Bundeswehr auf ihrer Homepage.¹²

KSK auflösen!

Man weiß – wie gesagt – nicht viel von dem, was die „Elitetruppe“ der Bundeswehr in ihren Auslandseinsätzen so treibt. Das Agieren des KSK in Afghanistan wurde im Zusammenhang mit massiven Menschenrechtsverletzungen bekannt – von der Bombardierung von Zivilisten über die Festnahme eines Unschuldigen und Misshandlung von Ge-



fangenen. Die Öffentlichkeit und auch die Abgeordneten erfuhren darüber meist erst aus den Medien, erst dann sah sich die Bundesregierung veranlasst, über einzelne Aspekte der „Arbeit“ des KSK zu informieren.

Das was bekannt ist, müsste allerdings schon reichen, um eine solche Truppe abzuschaffen. Denn sowohl die zahlreichen Skandale im Zusammenhang mit dem Einsatz des KSK in Afghanistan als auch das offenbar weitverbreitete rechtsradikale Denken innerhalb der Einheit ist der Logik dieser Truppe selbst geschuldet - eine bessere Kontrolle durch das Parlament würde da wohl nicht viel bringen. Die Abschaffung des KSK als „Speerspitze“ der Bundeswehr als „Armee im Einsatz“ wäre ein erster Schritt hin zur Verhinderung weiterer Kriegseinsätze deutscher Soldaten.

Anmerkungen

- 1 Auftrag des KSK, URL: <http://www.deutschesheer.de>
- 2 Afghanistan-Einsatz: KSK-Task-Force seit zwei Jahren in Kundus, FAZ, 17.12.2009.

- 3 Es gibt an der Aussage der KSK-Soldaten im Zusammenhang mit den Misshandlungen von Kurnaz allerdings erhebliche Zweifel: Markus Schmidt: Problemfall KSK – Deutschlands Eliteeinheit in Verruf, MONITOR Nr. 567 am 13. September 2007.
- 4 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Informationspolitik zum Afghanistan-Einsatz, BT-Drs: 17/2884, 08.09.2010.
- 5 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die LINKE: Stand des Aufbaus der afghanischen Polizei, BT-Drs: 17/5665, 26.04.2011.
- 6 Bundeswehr verwechselt Mitläufer mit Mörder, Focus, 12.08.2011.
- 7 Deutsche Elitesoldaten jagen gezielt Taliban, Der Tagesspiegel, 16.08.2010.
- 8 KSK-Einsatz in Libyen, Frankfurter Rundschau, 28.02.2011.
- 9 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die LINKE: Verbrecherische Wehrmachtsdivision als mögliche Traditionsgeberin für das Kommando Spezialkräfte und die GSG 9, BT-Drs.: 16/5380, 21.05.2007.
- 10 Claudia Haydt: Kommando Spezialkräfte: ‚Mit der Lizenz zum Töten‘, IMI-Analyse 2008/006.
- 11 US-Army und Bundeswehr übten vor 1000 Zuschauern, Schwäbisches Tagblatt, 16.11.2011.
- 12 „Lieber Soldat,“ - Grundschüler schicken Weihnachtsgrüße nach Afghanistan, URL: <http://www.deutschesheer.de>

US-Spezialeinheiten: Geheime Kriege von baden-württembergischem Boden

Umfassende Kriege mit einer großen Anzahl an Bodentruppen sind aufgrund der desaströsen Ergebnisse der Irak- und Afghanistan-Invasionen in jüngster Zeit in den USA zunehmend in die Kritik geraten. Auf der Suche nach politisch wie ökonomisch „günstigeren“ Möglichkeiten, Länder unter Kontrolle zu bringen, hat man deshalb die Spezialeinheiten wiederentdeckt und massiv aufgewertet.

Dies begann bereits in der zweiten Amtszeit von US-Präsident George W. Bush, doch erst mit Barack Obama nimmt die Verwendung von Spezialeinheiten nun richtig Fahrt auf. So berichtete die *New York Times* am 24. Mai 2010, Ende des Vorjahres habe das Pentagon eine Direktive namens „Joint Unconventional Warfare Task Force Execute Order“ erlassen: „Das Ziel der Direktive besteht darin, Netzwerke zu bilden [...], um ‚den Boden zu bereiten‘ für künftige Angriffe amerikanischer oder lokaler militärischer Kräfte“. Das Aufgabenprofil dieser Spezialeinheiten reicht von gezielten Tötungen über Sabotage und die systematische Destabilisierung missliebiger Staaten, u.a. durch die Ausbildung und Aufrüstung „befreundeter“ Oppositionsgruppen wie etwa in Syrien und zuvor in Libyen. Aktuell operieren US-Spezialeinheiten wohl mindestens in 76 Ländern, andere Quellen sprechen von bis zu 120 Staaten, in denen sich diese geheimen Krieger herumtreiben. Dementsprechend wuchs auch deren Umfang von 37.000 in den 1990er Jahren auf 58.657 im Jahr 2011. US-Präsident Barack Obama kündigte eine weitere Vergrößerung auf etwa 70.000 Spezialeinheiten bis zum Jahr 2015 an. Ebenso konsequent stieg auch das Budget des zuständigen „Special Operations Command“ (SOCOM) von 2,3 Mrd. Dollar im Jahr 2001 auf 9,8 Mrd. Dollar 2011 steil an.

Während das „Special Operations Command“ für die allgemeine Planung sowie die Bereitstellung und Ausbildung von Truppen zuständig ist und sich in den USA befindet (Tampa, Florida), werden konkrete Einsätze von den Regionalkommandos geleitet. Für Europa, Russland und den Kaukasus ist das US-EUCOM in Stuttgart zuständig und etwaige Spezialeinsätze in diesen Länder werden vom „Special Operations Command Europe“ (SOCEUR) geleitet, das dem EUCOM unterstellt ist. Genauso verhält es sich mit dem „Special Operations Command Africa“ (SOCAFRICA), das Teil des ebenfalls in Stuttgart beheimateten US-AFRICOM ist.

Vor allem in Afrika sind diese Truppen nicht nur für die Destabilisierung missliebiger Staaten zuständig, sie bilden auch die Einheiten zahlreicher „befreundeter“ Regierungen im Anti-Terror-Kampf aus, was zu einer großflächigen Militarisierung des Kontinents geführt hat. Dennoch gab der AFRICOM-Kommandeur Carter Ham Ende 2011 zu Protokoll: „Der Bedarf nach Einheiten für Spezialoperationen in Afrika [...] ist ziemlich groß. Ich hätte gerne mehr Spezialeinheiten.“



Deutsch-Französische Brigade

Die Entscheidung zur Gründung der Deutsch-Französischen Brigade (DFB), mit heute rund 6.000 Soldaten, geht auf eine 1987 zwischen Helmut Kohl und Francois Mitterrand getroffene Vereinbarung auf einem Gipfeltreffen in Karlsruhe zurück. Die offizielle Gründung erfolgte 1989 in Böblingen. 1990 wurde die Brigade in Dienst gestellt. Die Brigade untersteht heute dem 1993 gegründeten Eurokorps in Straßburg.

Die deutschen und französischen Soldaten der Brigade sind in gemischte und rein nationale Verbände aufgeteilt. Bis 2010 waren alle Einheiten der DFB in Deutschland stationiert. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2009 verständigten sich Angela Merkel und Nicolas Sarkozy auf eine künftige Stationierung deutscher und französischer Truppenteile auch in Frankreich.

Der aus deutschen und französischen Soldaten bestehende Brigadestab hat seit 1992 seinen Sitz in Müllheim. Das ebenfalls gemischte Versorgungsbataillon ist auch in Müllheim sowie in Donaueschingen verortet. Der aus rein französischen Soldaten bestehende Anteil der DFB ist mit dem 3. Husarenregiment in Metz und mit dem 110. Infanterieregiment in Donaueschingen beheimatet. Das aus rein deutschen Soldaten bestehende Jägerbataillon 291 ist im französischen Illkirch-Graafenstaden südlich von Straßburg stationiert. Der restliche deutsche Anteil an der DFB verteilt sich auf folgende Standorte: das Jägerbataillon 292 in Donaueschingen, die Panzerpionierkompanie 550 in Immendingen und das Artilleriebataillon 295 in Immendingen, es soll allerdings zeitnah nach Stetten am Kalten Markt verlegt werden. Neben dem zuletzt genannten Standort existieren noch Außenstellen der Brigade in Villingen, Meßstetten und Sigmaringen.

Die deutschen Truppenteile der DFB sind als Eingreifkräfte klassifiziert. Nach der „Vereinbarung über die

Deutsch-Französische Brigade“ vom 26. Oktober 2004 stelle die DFB den Kern einer „Initial Entry Force“ (Verband für den „Ersteintritt“ ins Operationsgebiet) im Rahmen des Eurokorps dar. Nach Eigenangaben sei die Brigade ein „durchsetzungsfähiges Instrument zur Friedenssicherung“.

Der Zweck der Brigade wird folgendermaßen beschrieben: „Beide Länder entwickeln die Brigade zum Kernelement der schnellen Eingreiffähigkeit der Europäischen Union, zu ihrer stets verfügbaren und universell einsetzbaren ‘Speerspitze’ weiter. Schon heute ist sie personell und materiell so ausgestattet, dass sie im gesamten Aufgabenspektrum von NATO und EU eingesetzt wird.“ Dementsprechend sind Truppenteile der Brigade der

Schnellen Eingreiftruppe der NATO (NATO Response Force) sowie den EU-Battlegroups zugeordnet und in den Auslandseinsätzen Deutschlands und Frankreichs praktisch im Dauereinsatz auf dem Balkan oder in Afghanistan aktiv: „Wir stellen ständig sowohl größere Truppenteile (...) für alle deutschen und französischen Einsatzkontingente als auch Einzelpersonal (...) rund um den Globus ab. In diesem Jahr leisten rund 2.000 unserer Soldatinnen und Soldaten ihren Dienst fern der Heimat.“

Der DFB wird „Modellcharakter“ zugeschrieben und sie sei „ein Symbol für die deutsch-französische Zusammenarbeit und die immer konkreter werdende Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.“ Wegen ihrer Interoperabilität, also der Fähigkeit der deutschen und französischen Soldaten militärisch zusammen zu agieren, soll die Brigade „richtungsweisend in Europa“ werden.

Anmerkung: Alle Zitate und Angaben wurden der Homepage der Deutsch-Französischen Brigade www.df-brigade.de mit Stand vom 20. Mai 2012 entnommen.



Karlsruhe: Patenschaft mit Kriegsschiff hinterfragt

2012 will die Stadt Karlsruhe das 100-jährige Bestehen der Patenschaft mit dem gleichnamigen Kriegsschiff feiern. Ein Grund für kritische Fragen? Sie wurden bereits einmal gestellt.

Als 1983 der Gemeinderat der Grünen Dr. Jürgen Seebacher erstmals die Aufkündigung der Patenschaft forderte, lehnte der damalige Oberbürgermeister Otto Dullenkopf dies mit der Begründung ab, die Patenschaft mit der Fregatte „Karlsruhe“ und ihren Vorgängerinnen sei traditionsreich und in weiten Kreisen der Bevölkerung fest verankert. Seit der Indienststellung der vierten „Karlsruhe“ im Jahr 1982 hätten sich enge, freundschaftliche, fast familiäre Beziehungen entwickelt. „Karlsruher besuchen ihr Patenschiff, und die Männer der ‚Karlsruhe‘ besuchen ihre Patenstadt, beschenken Kinder und pflegen weitverzweigte feste Beziehungen und Bindungen zum Gemeinderat, zur Verwaltung, zu Unternehmen wie zu Sportvereinen, zur Polizei oder zur Marinekameradschaft.“

Tatsächlich, eine ungebrochene Tradition trägt und formt die Patenschaft zum Kriegsschiff „Karlsruhe“. Eine kurze Chronik:

- 1912: Stapellauf des ersten Kreuzers „Karlsruhe“ im Beisein von Bürgermeister Siegrist. Nach Kriegsbeginn 1914 versenkt der Kreuzer 17 britische Handelsschiffe, danach sinkt er durch Selbstexplosion mit 261 Seeleuten und Kapitän Erich Köhler.
- 1916: Indienststellung des zweiten Kreuzers „Karlsruhe“, dessen Besatzung ihn nach Kriegsende 1919 in Skapa Flow selbst versenkt.
- 1927: Stapellauf des dritten Kreuzers „Karlsruhe“ im Beisein von Oberbürgermeister Dr. Finter und „Taufe“ durch die Witwe Erich Köhlers. 1941 bei der „Norwegen-Expedition“ durch englisches U-Boot angeschossen und dann durch eigenes Torpedoboot versenkt.
- 1959: Stapellauf der Bundeswehrfregatte, der vierten „Karlsruhe“. „Getauft“ durch die Frau des Oberbürgermeisters, Hanna Klotz. 1983 im Rahmen der NATO-Militärhilfe an türkische Marine übergeben.
- 1982: Stapellauf und „Taufe“ der fünften Fregatte „Karlsruhe“ der Klasse F 122 durch die Frau des Oberbürgermeisters, Edeltrud Dullenkopf. Es beginnt erneut die intensive Pflege einer Patenschaft mit Gründung des Freundeskreises der Fregatte Karlsruhe und einer Gesellschaft zu dessen Förderung.

1985 jedoch kam es in Karlsruhe zu einer erregten Debatte. Angeregt durch das Absurde eines Bildberichts der örtlichen Badischen Neuesten Nachrichten BNN über Stadträtinnen und Bürgermeisters-Ehefrauen, die badische Weihnachtsplätzchen für die „Blauen Jungs“ der Fregatte buken, - ausgerechnet in der Küche einer Schule, die den Namen der Pazifistin Bertha-von-Suttner trägt -, recherchierten Mitglieder des Christlichen Friedensforums Karlsruhe über die Patenschaft, ihre Geschichte, ihre Hintergründe, ihre Spuren in Pressearchiven. Allzu sehr ähnelten sich Sprache, Rituale und Beteiligte in alten und neuen Artikeln über die Traditionspatenschaft. Allzu harmlos verschwanden Zweck und

Gewaltpotential des Kriegsschiffes hinter der bürgerlich-humanitären Traditionspflege. Es entstand die Broschüre „Militarismus wie gehabt? Anmerkungen zur Patenschaft der Stadt Karlsruhe mit den Kriegsschiffen ‚Karlsruhe‘ und ihrer Darstellung in der Presse“.

Die Dokumentation ging an die Stadtverwaltung, den Gemeinderat, den Kapitän der Fregatte, später an die Presse und kirchliche Adressaten. Ihre Schlussfolgerung lautete:

„Nach allen aufgeführten Gesichtspunkten kann die Konsequenz nur lauten, die Stadt Karlsruhe aufzufordern, diese Patenschaft nicht länger aufrechtzuerhalten. Als Gründe für diese Aufforderung seien zusammenfassend genannt:

a) Menschliche Beziehung zu den Soldaten der Fregatte zu pflegen ist als Ziel der Patenschaft anzuerkennen. Sie sind jedoch nur ein Nebenprodukt und können auch anders, für die Matrosen als Staatsbürger und Einzelpersonen angemessener erreicht werden.

b) Die eigentlich tragenden Elemente der Traditionspatenschaft sind andere:

- Bewunderung und Liebe zur Marine,
- gegenseitige Bestätigung der Identität und Bedeutung von Stadt und Kriegsschiff,
- Reiz und Glanz sich wiederholender gesellschaftlicher Ereignisse an Bord und in Karlsruhe,
- Anlässe zur Zusammenkunft von „Alten Kameraden“.

c) Die Traditionspatenschaft verhindert eine realistische und tiefgehende Auseinandersetzung mit unseligen militaristischen Traditionen von Volk, Stadt und Marine und leistet einer erneuten Militarisation der Stadt Vorschub.

d) Sie fördert latenten Militarismus durch

- Verharmlosungen militärischer Potentiale,
- Vermischung von Zivilem und Militärischem,
- Wiederbelebung alter Flottenherrlichkeit,
- Herausheben der Bundeswehr als wichtigstem Garanten von Frieden, Freiheit und Demokratie.

e) Sie lenkt mit ab von der gefährlichen Problematik gegenwärtigen Wettrüstens zu Lande, zu Wasser, in der Luft und im Weltraum. Sie leistet dem Irrtum Vorschub, als könne mit dem Ziel der Sicherung von Nation und Bündnis alles derzeitige Rüsten gerechtfertigt und als normal hingestellt werden. Sie liefert Stoff für einen Nährboden - sublimen Gewaltbereitschaft, der in allen Ländern zu den Voraussetzungen des Weiterrüstens gehört.“

Die Reaktionen auf diese Aktion waren laut und heftig. Ritterlich wurde das Plätzchenbacken verteidigt. Vor allem der Vorwurf von latentem Militarismus löste Wut und beleidigende Angriffe aus wie: „Unduldsame Agitation“, „militärische Unkenntnis“, „absurde Thesen“, „schlechtes Beispiel für politischen Dialog“, „Vertrauensmissbrauch“. Juristische Folgen wurden angedroht, Rundfunk und Presse nahmen Anteil,

Kommentare und Leserbriefe erschienen. Eine Einladung von Kapitän Hoffmann auf sein Schiff erfolgte, der Besuch kam aber nicht zustande. Die Evangelische Kirchenleitung mahnte, der Vorwurf latenten Militarismus' treffe doch auch Christen in Stadt und Bundeswehr, die ebenfalls ihrem Gewissen gefolgt seien und auch keinen Militarismus wollten.

Lediglich die Gemeinderäte der Grünen Liste unterstützte die Kritik: „Die massenhaft erzeugte Liebe zum Militär stärkt die Macht all derer, die nur in Overkill-Kategorien denken können.“ Und Reinhard Fiehler von der Fakultät für Linguistik und Literaturwissenschaft der Universität Bielefeld schrieb den Autoren: „Unsere Analysen zu Funktion und Stellenwert von Sprache/Kommunikation im ‚Krieg um die Köpfe‘ sind leider selten so hautnah und von der Wirkung her praktisch orientiert wie Ihre Untersuchung ‚Militarismus wie gehabt?‘ Ich finde dies ein spannendes und sehr illustratives Stück praktischer Friedensarbeit.“

Die anderen Parteien stellten sich mehr oder weniger offen und entschlossen hinter die Patenschaft. Der Gemeinderat tagte und wies insgesamt die Forderung nach Schluss der Patenschaft zurück. Die Wogen glätteten sich langsam. Zwei Jahre später jedoch, am 7. April 1987, beschloss der Gemeinderat nach erneut heißer Debatte, dem Antrag von SPD und Grüner Liste stattzugeben, eine Patenschaft mit der Zivildienstschule in Karlsruhe einzugehen, um zu bezeugen, „dass Militärdienst und Zivildienst gleichwertig sind“. Mit einem Miniprogramm wird diese Patenschaft seitdem praktiziert.

Die Fregattenaktivitäten dagegen gehen wie gehabt, ja verstärkt weiter. Es werden Plätzchen gebacken, die Matrosen verkaufen Bilder der Fregatte und T-Shirts von ihrer Piratenjagd und präsentieren sich auf dem Weihnachtsmarkt; es gibt Stadtempfänge, Bescherungen im Kinderheim, Skiausflüge, Schiffsbesuche usw. Im Mai 2004 behandelte eine städtische Ausstellung mit Bildern und Fakten „20 Jahre Fregatte Karlsruhe“. Ab 2016 jedoch ist die Indienststellung einer Fregatte

der neuen Serie F 125 als „Mehrbesatzungsmodell“ geplant, wobei das Schiff am Einsatzort bleiben kann und nur die Mannschaften alle vier Monate komplett wechseln. Dies wird die Patenschaft evtl. umformen.

Eine erneute Betrachtung der Patenschaft, vielleicht aus Anlass ihrer 100 - Jahr - Feier, müsste den folgenden Kontext berücksichtigen:

1. Die Verwendung des Schiffs im Rahmen der NATO und neuer Verteidigungsrichtlinien. So nahm die Fregatte Karlsruhe seit 1993 u.a. an folgenden Einsätzen teil:

- 1993 Embargo-Operation Sharp Guard in der Adria,
- 1994 Rückführung des dt. Unterstützungsverbands Somalia,
- 2001/2002 Operation Active Endeavour zum Schutz des Seeverkehrs im östlichen Mittelmeer,
- 2002 und 2005 Operation Enduring Freedom „gegen Terror“,
- 2006/07 UNIFIL II, UNO-Mission zur Friedenssicherung im Libanon,
- 2008 Standing Naval Maritime Group SNMG der NATO im Mittelmeer und nahem Osten,
- 2008-09 EU-Operation „Atalanta“ gegen Piraterie vor Somalia.
- 2010 Großes NATO-Manöver in der Nordsee und erneut bei Active Endeavour und SNMG

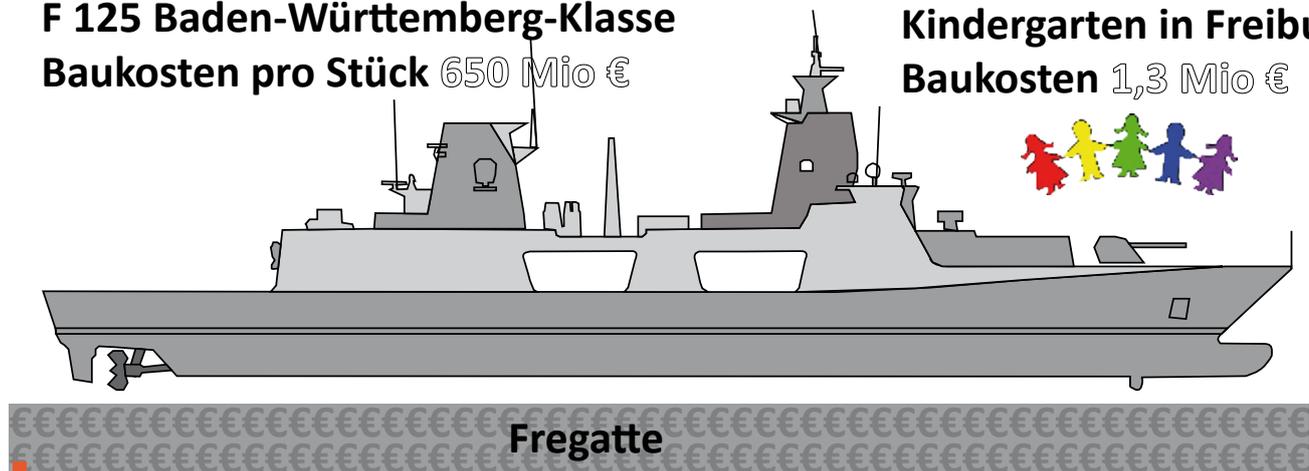
Dazu a) der Kommentar eines ehemaligen Matrosen zu einem Einsatzbericht im Internet: „Manoman, da kommen Gefühle hoch, war 1989-1990 als Wehrdienstleistender (Schreibfunker) auf der Karlsruhe! War toll... jetzt im Nachhinein.... Karibik, Kanada, Azoren, ne tolle Zeit, na ja, war auch viel „Rödeln“ dabei..

- und b) die Erläuterungen des Presse- und Informationszentrums der Marine in Wilhelmshaven von 2010 zur „Standing NATO Maritime Group SNMG“ und zur „Operation Active Endeavour“:

„Der Verband SNMG besteht in der Regel aus mehreren Schiffen der Seestreitkräfte nahezu aller NATO-Mitgliedsstaaten. Er wurde 1967 unter dem Namen „Standing Naval Force Atlantic“ gegründet. Im Januar 2005 erhielt er seine jetzige Be-

**EINE KLASSE FÜR SICH:
F 125 Baden-Württemberg-Klasse
Baukosten pro Stück 650 Mio €**

**AUCH KLASSE:
Kindergarten in Freiburg
Baukosten 1,3 Mio €**



KiTa - man könnte 500 Kindertagesstätten statt einer Fregatte bauen



zeichnung. Aufgaben des Verbands sind die Kontrolle und der Schutz strategisch wichtiger Seewege. Dazu operiert er im Nordatlantik sowie in der Nordsee und kann bei Bedarf sofort in andere Krisengebiete verlegt und dort eingesetzt werden. Darüber entscheidet der NATO-Rat bei Bedarf. Deutschland ist permanent mit mindestens einem Schiff an dem Verband beteiligt.

Die "Operation Active Endeavour" hat seit dem 26. Oktober 2001 das Ziel, NATO-Solidarität und Entschlossenheit zu demonstrieren und zur Entdeckung und Abschreckung terroristischer Aktivitäten im Mittelmeer beizutragen. Im Wesentlichen findet dabei eine Seeraumüberwachung zur Erfassung und Dokumentation des zivilen Seeverkehrs und der daran teilnehmenden Handelsschiffe statt. Die erfassten Daten sind Grundlage für präventive Maßnahmen gegen terroristische Aktivitäten und werden auch für andere Marineeinsätze im Mittelmeerraum - wie zum Beispiel dem UNIFIL-Einsatz der Deutschen Marine vor dem Libanon verwendet. "

Die Frage müsste gestellt werden, wie sinnvoll und notwendig all solche „Operationen“ sind. Oft besteht der Eindruck, es sollten Einsatzmöglichkeiten für nach dem kalten Krieg nutzloses Potential geschaffen werden. Gegen wen ist noch „Entschlossenheit zu demonstrieren“? Lässt sich Terrorismus mit Kriegsschiffen aufspüren und beseitigen? Ist der Schutz vor Piraten eine militärische oder eher eine polizeiliche Aufgabe, wie kritisch auch aus der Admiralität zu hören ist? Wo ist u.U. der Unterschied zwischen dem Schutz der Handelswege und einer Intervention? Wieweit wird die Bundesmarine in Aktionen hineingezogen, die nicht der deutschen Politik entsprechen, siehe den Libyenkrieg?

Werden innerhalb der Patenschaft solche Fragen zugelassen? 2. Mit Abschaffung der Wehrpflicht wird sich auch das Bild des „Bürgers/der Bürgerin in Uniform“ und die Beziehung der Bevölkerung zu ihm und ihr ändern. Geht der Weg hin

zu Funktionsteams, die weder einem bestimmten Schiff noch einer Stadt zuzuordnen sind? Wird die Patenschaft dann zum reinen Traditionskrampf?

3. Da Nachwuchs gebraucht wird – dient die Patenschaft verstärkt der Soldatenwerbung?

4. Wie ist das Verhältnis der Schiffspatenschaft zu anderen Bereichen der Militarisierung, zu den Bundeswehraktivitäten in Schulen, zu Militäraufträgen in Forschungseinrichtungen, gerade in Karlsruhe? Zu Schulpatenschaften von Rüstungsfirmen, zur Nutzung der Bundeswehr als deren Werbeträger? Zur neuen Fregatte F125 heißt es im Heft „Europäische Sicherheit“ 8/2007: „Das Projekt F125 trägt maßgeblich zum Erhalt wehrtechnischer Fähigkeiten in Deutschland bei und sichert die Grundausrüstung auf den beteiligten Werften bei ThyssenKrupp Marine Systems.“

Vorläufiges Fazit: Je länger je mehr ist die Patenschaft zu hinterfragen. Was steht alles hinter der gutgemeinten Beziehungspflege und wird mittransportiert? Wer sind die „Patente“? Was wollen sie - und was bewirken sie?

Patenschaften zwischen Gemeinden in BaWü und Marineeinheiten der Bundeswehr bestehen zwischen:

Karlsruhe – F 212 – Fregatte der Bremen-Klasse
 Bad Rappenau – M 1067 – Minenjagdboot der Frankenthal-Klasse - Marineschutzkräfte
 Rottweil – M 1061 – Minentaucher-Einsatzboot der Frankenthal-Klasse – Spezialisierte Einsatzkräfte der Marine

Kein Job wie jeder andere

In der Theorie entscheidet sich heute jeder Mensch freiwillig für oder gegen eine mit erheblichen körperlichen und psychischen Risiken verbundene Tätigkeit bei der Bundeswehr. Der Beruf in der Bundeswehr ist jedoch keineswegs mit zivilen Arbeitsbereichen vergleichbar. Als Soldat muss man sich damit abfinden, zu töten und in einem Einsatz getötet oder verwundet zu werden. Von den 99 seit 1992 im Ausland ums Leben gekommenen Bundeswehrangehörigen starben 19 (jeder Fünfte!) von eigener Hand, wie eine Anfrage des SPD-Bundtagsabgeordneten Hans-Peter Bartels an die Bundesregierung ergab. Diejenigen, die aus dem Ausland zurückkehren, können mit Depressionen und Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) konfrontiert sein (siehe die diesbezüglichen Tabellen). Von einer hohen Dunkelziffer ist aber zudem sicherlich auszugehen.

Von Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) betroffene Soldaten und Soldatinnen

Einsatzgebiete	1996-2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
KFOR	213	12	38	24	125	19	42	43
EUFOR	105	4	8	4	7	-	6	-
ISAF	30	84	75	55	130	226	418	557
Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	129
Gesamt	348	100	121	83	149	245	466	729

An anderer psychischen Erkrankungen leidende Soldaten und Soldatinnen

Einsatzgebiete	1996-2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
KFOR	382	79	59	65	37	39	36	21
EUFOR	134	9	11	10	13	5	5	-
ISAF	43	56	52	60	106	135	135	313
Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	34
Gesamt	559	144	122	135	156	179	176	368

Quelle: Bundestagsdrucksache 17/4792

Bundeswehr im Einsatz

ISAF

NATO-Mission / Einsatzgebiet: Afghanistan, Usbekistan

4.799 Soldaten (+455 im Rahmen des Kontingentwechsels); zusätzlich 95 Soldaten bei NATO-AWACS; Beginn: Dezember 2001; Kosten: 1.0609 Mrd. € (1.3.2011-31.1.2012)

KFOR

NATO-Mission / Einsatzgebiet: Kosovo

1.231 Soldaten; Beginn: Juni 1999; Kosten: 76 Mio. €/Jahr.

Atalanta

EU-Mission / Einsatzgebiet: Horn von Afrika

291 Soldaten; Beginn: Dezember 2008; Kosten: 50 Mio. €/Jahr.

UNIFIL

UN-Mission / Einsatzgebiet: Libanon und Seegebiet vor Libanon

190 Soldaten; Beginn: September 2006; Kosten: 31,9 Mio. €/Jahr.

Strategischer Verwundetentransport (STRATAIRMEDEVAC)

Ausgangsland: Deutschland
41 Soldaten

Operation Active Endeavour

NATO-Mission / Einsatzgebiet: Mittelmeer

207 Soldaten; Beginn: November 2001; Kosten: 4 Mio. €/Jahr.

EUFOR

EU-Mission / Einsatzgebiet: Bosnien-Herzegowina

3 Soldaten; Beginn: Dezember 2004; Kosten: 7,7 Mio. €/Jahr.

UNMISS

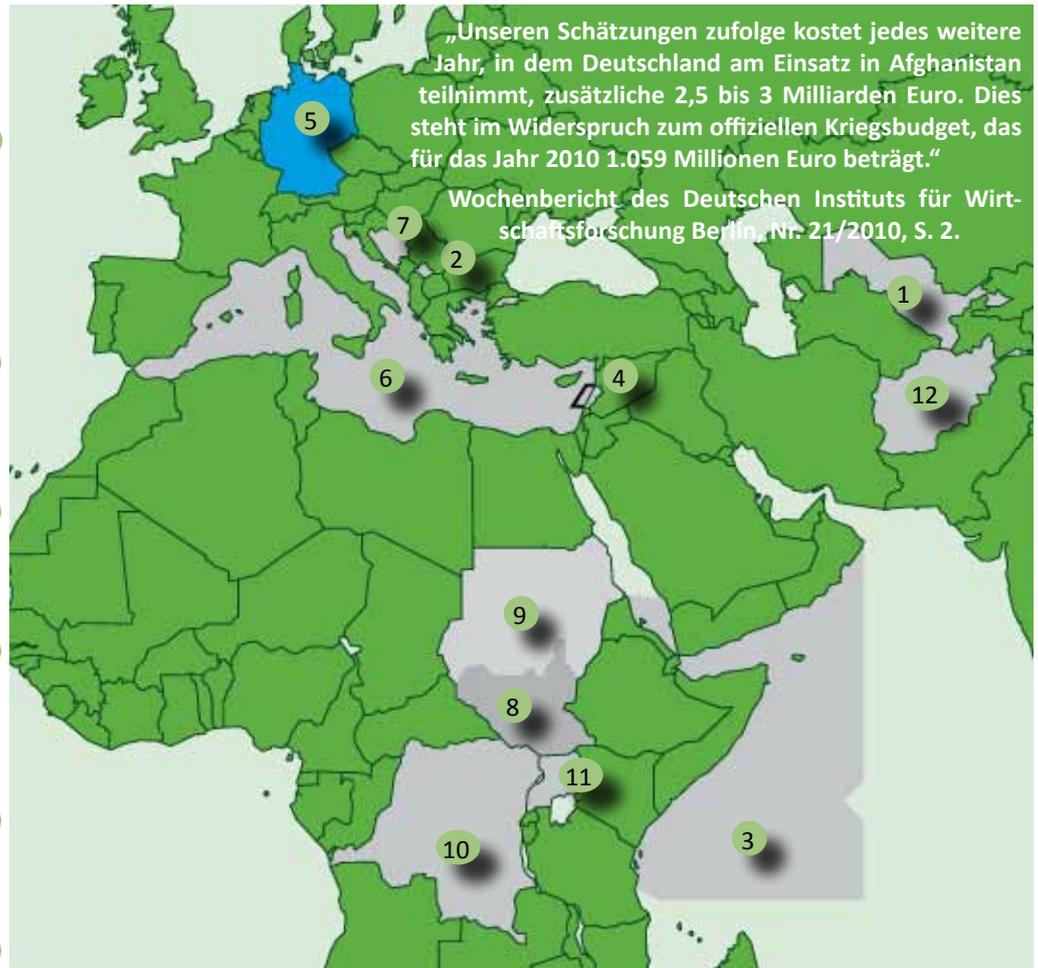
UN-Mission / Einsatzgebiet: Südsudan

13 Soldaten; Beginn: Juli 2011

UNAMID

AU/UN-Hybrid-Operation / Einsatzgebiet: Sudan

8 Soldaten; Beginn: November 2007; Kosten: 1,2 Mio. €/Jahr.



EUSEC RD Congo

EU-Mission / Einsatzgebiet: Dem. Rep. Congo
3 Soldaten; Beginn: Mai 2005

EUTM Somalia

EU-Mission / Einsatzgebiet: Uganda
14 Soldaten; Beginn: Mai 2010

UNAMA

UN-Mission / Einsatzgebiet: Afghanistan
1 Soldat; Beginn: März 2002

*Jährliche Kosten werden auf dem Stand 2010/2011 angegeben.

Aussetzung der Wehrpflicht als Konsequenz der „Armee im Einsatz“!

Zum 1. Juli 2011 wurde die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland als Teil der Reform der Bundeswehr ausgesetzt. Die allgemeine Wehrpflicht war nach dem 2. Weltkrieg in der BRD 1956 und in der DDR 1962 wieder eingeführt worden. Die Aussetzung dieses staatlichen Zwangsdienstes für junge Männer ist sicherlich erfreulich. Diese Aussetzung geschah jedoch nicht aus Gründen der Abrüstung oder mit Rücksichtnahme auf die Willensfreiheit der jungen Menschen. Das Hauptmotiv der Entscheidung war ein nüchternes Kosten-Nutzen-Kalkül. Der Streitkräftetyp einer Interventionsarmee erfordert in Ausbildung, Fähigkeiten, Struktur und der Beherrschung neuer Waffensysteme eher spezialisierte Soldaten als Wehrpflichtige, die hinsichtlich des neuen Aufgabenprofils zunehmend unbrauchbar wurden. Maßgeblich war, dass Wehrpflichtige nicht in den Auslandseinsatz geschickt werden durften. Dieser Verzicht war unter den Fraktionen des Bundestages Konsens und dürfte auf die Überlegung zurückgegangen sein, dass eine Entsendung Wehrpflichtiger in ausländische Konfliktgebiete öffentlich kaum zu rechtfertigen

wären gewesen wäre. Zumal das Bundesministerium der Verteidigung, zuletzt in den „Eckpunkten für die Neuausrichtung der Bundeswehr“, öffentlich zugab, dass die Aufrechterhaltung der Wehrpflicht in erster Linie der Nachwuchsgewinnung diene. Aus diesen Gründen liegt es nahe, dass Wehrpflichtige mit der Fokussierung auf Auslandseinsätze zum juristischen, medialen und funktionalen Ballast für die „Armee im Einsatz“ wurden. Aus Sicht der Bundesregierung wurde die Wehrpflicht nun konsequenterweise über Bord geworfen.

„Der radikale Umbau der deutschen Streitkräfte wird unter anderem mit der Aussage begründet, die Bundeswehr mit insgesamt 252.000 Soldatinnen und Soldaten könne dauerhaft nur indiskutable 7.000 Soldaten ins Ausland schicken. [...] Nur hat diese Rechnung einen Schönheitsfehler: Sie ist falsch. [...] Die Eingreifkräfte, die man inzwischen sogar von 35.000 auf 50.000 aufgestockt hatte, wurden in dieser Diskussion unterschlagen. Ein Blick auf diese 50.000 Eingreifkräfte, die im Gegensatz zu den Stabilisierungskräften nach Ausbildung und Ausrüstung die erste Kategorie darstellen, macht jedoch

deutlich, dass die allenthalben beklagte Diskrepanz zwischen dem Gesamtumfang der Bundeswehr und der geringen Zahl einsatzbereiter Soldaten eine Schimäre ist. [...] Neben den nur noch zirka 35.000 einsatzfähigen Stabilisierungskräften verfügt die Bundeswehr also über weitere 50.000 kriegsverwendungsfähige Eingreifkräfte, über die die politische und militärische Führung verfügen kann. Zwar sind sie auf reaktionsschnelle Einsätze von kurzer Dauer optimiert, sie können aber auch über einen längeren Zeitraum außerhalb Deutschlands eingesetzt werden. In Afghanistan sind Soldaten der Eingreifkräfte bereits über Monate hinweg im Einsatz. Die Bundeswehr hat das Problem, aus 70.000 Stabilisierungskräften 7.000 dauerhaft einsetzbare Soldaten zu generieren. Die Bundeswehr könnte aber unter Einbeziehung der 50.000 Eingreifkräfte weit mehr Soldaten in den Einsatz schicken.“

Hans Rühle: Die Bundeswehr kann mehr, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Mai 2011. Rühle ist Ministerialdirigent im Bundesministerium der Verteidigung.



Werbeoffensive der Bundeswehr

Die Bundeswehr hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Inzwischen ist es Alltag, dass deutsche Soldaten in Afghanistan, im Kosovo, im Golf von Aden und anderswo agieren. Um diese Kriege führen zu können, war und ist eine grundlegende Umstrukturierung der Bundeswehr hin zu einer Interventionsarmee notwendig. Mit der derzeitigen „Strukturreform“ will die Bundesregierung einen weiteren Schritt dahin unternehmen. Ziel ist es, immer mehr Soldaten gleichzeitig in den Auslandseinsatz schicken zu können und die Bundeswehr zur Durchsetzung unterschiedlichster Interessen (vom Zugang zu Rohstoffen, über die Freihaltung von Handelsrouten bis hin zur Bekämpfung des Terrorismus) einzusetzen.

Allerdings lehnt ein großer Teil der Bevölkerung in Deutschland diese Politik ab und immer weniger Jugendliche sind bereit, für diese so genannten deutschen Interessen in den Krieg zu ziehen. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht hat sich vor allem das Rekrutierungsproblem der Bundeswehr deutlich verschärft. Um diese „Probleme“ zu lösen, wurde die Bundeswehr auf Werbe- und Rekrutierungstour geschickt. Dabei setzt sie vor allem bei Jugendlichen an, die nicht nur von der Sinnhaftigkeit dieser militarisierten Außenpolitik überzeugt, sondern auch als Soldaten für diese Kriege gewonnen werden sollen. Aus diesem Grund kommen Jugendoffiziere und Wehrdienstberater an Schulen und Universitäten, veranstaltet die Bundeswehr „Events“ für Jugendliche, finden Gelöbnisse wieder im öffentlichen Raum statt, wirbt die Bundeswehr in Internet, Zeitungen, Kino und Fernsehen für den Soldatenberuf, Wehrdienstberater arbeiten eng mit den Arbeitsagenturen zusammen.

Die Schule ist sicherlich einer der besten Orte für die Bundeswehr, auf Jugendliche einzuwirken. Wenn der Jugendoffizier oder der Wehrdienstberater in den Unterricht kommt, ist die Teilnahme normalerweise Pflicht. Hinzu kommt, dass Offiziere in der Schule für eine Zeit die Rolle des Lehrers einnehmen und zusätzlich zu ihrer Uniform auch durch diese Position Autorität bekommen. In der Schule ist es für Jugendliche am Schwersten, sich dem Einfluss der Jugendoffiziere und Wehrdienstberater zu entziehen. Sie ist aber auch der Ort, an dem sich der meiste Protest gegen die Aktionen der Bundeswehr regt, nicht nur von Seiten der Schüler, sondern auch von Lehrern und Eltern.

Auch wenn der Einfluss der Bundeswehr in den Schulen schon heute sehr groß ist, will das Bundesverteiligungsministerium, dass die Bundeswehr mit allen Bildungsministerien Kooperationsabkommen schließt, um ihr hierrüber den Zugang zu den Schulen zu erleichtern. In acht Bundesländern bestehen bereits heute solche Kooperationsabkommen.

Warum wird jemand Soldat?

Manche Menschen wählen diesen „Beruf“ mit der Überzeugung, dass dies der richtige Job für sie ist. Allerdings wurden und werden viele Menschen nur deshalb Soldat, weil sie für sich nur schlechte oder überhaupt keine Chancen auf dem zivilen Arbeits- und Ausbildungsmarkt sehen. Dies ergeben Studien, die das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr erstellt.

„Wer berufliche Alternativen hat, geht nicht zur Bundeswehr. [...] Wer über ausreichende berufliche Chancen verfügt, zieht die Möglichkeit, Soldat der Bundeswehr zu werden, gar nicht in Betracht“

Nina Leonhard, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr in: *Nina Leonhard u.a. (2005): Militärsoziologie, S.260.*

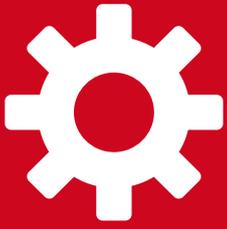
Es ist nicht nur die Angst, keine Arbeit zu finden, es ist auch der Druck, der durch Hartz IV entsteht. Jungen Menschen unter 25 Jahren, die Hartz IV beziehen, wird viel schneller die Hilfe gekürzt. Auch wenn bisher niemand dazu gezwungen werden kann, Soldat zu werden, zwingt die Angst vor Armut die Jugendlichen dann doch.

2008 unterhielt die Bundeswehr in elf Arbeitsagenturen dauerhaft Büros, in 204 finden regelmäßig Rekrutierungsveranstaltungen statt. Im Februar 2010 schlossen Generalmajor Wolfgang Born und der Vorsitzende der Bundesagentur für Arbeit Frank-Jürgen Weise - der bezeichnenderweise gleichzeitig die Bundeswehr-Strukturkommission leitete - ein Abkommen zwischen der Bundesagentur für Arbeit und der Bundeswehr. Darin sagt die Arbeitsagentur der Bundeswehr zu, sie bei der Rekrutierung jugendlicher Arbeitsloser zu unterstützen. „Die Einstellung als Soldat/in auf Zeit (SaZ) in den Laufbahnen der Mannschaften, Unteroffiziere oder Offiziere bedeutet für Jugendliche einerseits für Jahre ein gesichertes Einkommen und entlastet andererseits den Arbeitsmarkt“, heißt es darin.



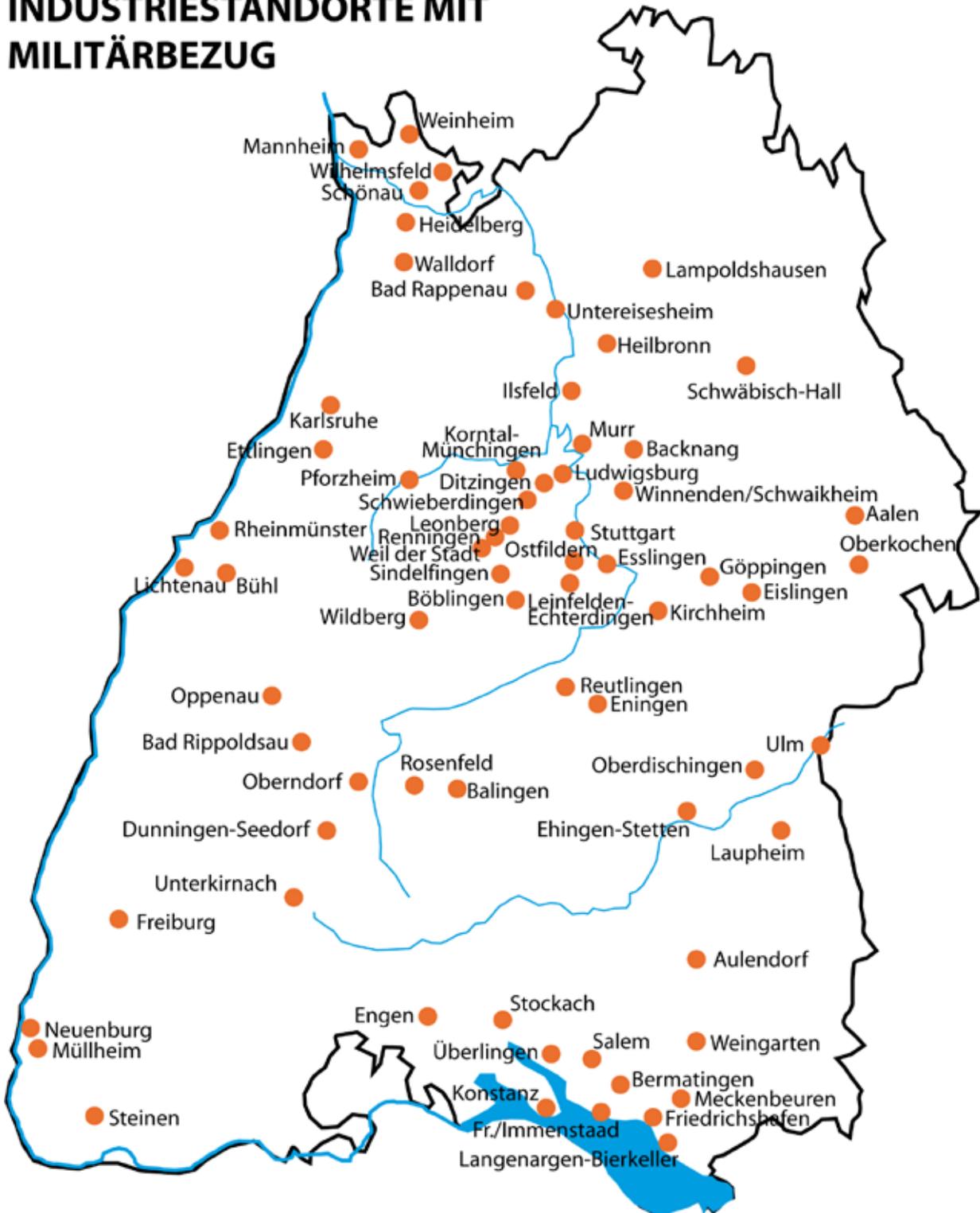
 **Siehe Seite 66**





RÜSTUNG

INDUSTRIESTANDORTE MIT MILITÄRBEZUG





Rüstungsproduktion in Baden-Württemberg:

Schwäbische Präzision für den Krieg

Der Mittelstand, so stellt es Christian-Peter Prinz zu Waldeck, Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) lapidar fest, „ist mit mehr als der Hälfte an der Wertschöpfung der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie beteiligt und damit eine unverzichtbare Säule der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“.* Natürlich sind es die großen Unternehmen EADS (mit Cassidian, Airbus, Eurocopter, MBDA und Astrium), Rheinmetall, Diehl, Krauss-Maffei und Thyssen Krupp, die mit ihren Umsätzen im Weltranking des Stockholmer SIPRI unter den 100 größten Rüstungsfirmen mitspielen und auch in Deutschland als Synonym für „Wehrindustrie“ gelten. Aber es gibt eben auch den namenlosen, weitgehend unbekanntem Mittelstand, der mit seinen Produkten das Handwerkszeug für die Durchführung von Kriegen liefert. Die Karte und die Auflistung von Firmen in diesem Atlas geben einen Eindruck davon, wer alles in Baden Württemberg in das Geschäft mit dem Tod verwickelt ist: Erstaunlich und erschreckend VIEL. Im Umkehrschluss bedeutet das allerdings nicht, dass hier eine „Abhängigkeit“ vorhanden ist, die uns, mit Rücksicht auf Arbeitsplätze, davon abhalten sollte, den Verzicht auf jegliche Rüstungsproduktion nachdrücklich einzufordern. Bei aller Massierung von Firmen in diesem Bundesland, so ist doch für diese selbst das Geschäft mit Rüstungsgütern oftmals nur ein Geschäft unter vielen. Es gibt selbstverständlich auch die Firmen, die voll auf die Karte der Rüstung setzen und es gibt auch solche, die massiv von den Kriegen profitieren, die weltweit geführt werden.

Die Baden-Württemberger Unternehmen, die in diesem Verzeichnis aufgeführt sind, sind aufgrund von technischem Knowhow als Zulieferer zu den großen Konzernen tätig. Durch spezielle Verfahrenstechniken oder Erfahrungen in der Feinmechanik oder Elektronik sind sie prädestiniert, Komponenten zu fertigen und Entwicklungen durchzuführen, die die Systemhersteller, wie z.B. EADS schon längst nicht mehr leisten können. Diese sind es, die abhängig von dem Unternehmensspektrum sind, an das sie aus Kostengründen Entwicklungen ausgelagert haben. Es ist dieser Stolz auf die technische Innovation, der viele der noch zu nennenden Unternehmen eint – sie geben auf ihren Webseiten und bei Messeauftritten ihrem „Stolz“ hierauf Ausdruck.

Geografisch gesehen gibt es unterschiedliche Schwerpunkte in der Verteilung der Industriebereiche in Baden Württemberg – sie spiegelt historische Entwicklungen, aber auch das Vorhandensein von Forschungskapazitäten wieder (siehe weiter hinten im Atlas). Als große Cluster lassen sich die Rheinebene von Mannheim bis Karlsruhe, der Bodenseeraum und der Ballungsraum Stuttgart ausmachen. Zwei ganz wesentliche Standorte sind aber auch Oberndorf, das sich als Sitz der Firma Heckler und Koch bereits als „Waffenstadt“ diffamieren lassen musste und Ulm, wo sich „Kompetenzen“ im Bereich der Lenkflugkörperproduktion (u.a. MBDA) massieren. Entlang des Rheins finden sich die Zubehörteile für einen „modernen“, „sauberen“ Krieg: Überwachungstechnologieproduzenten, Sensorik und Detektion und die passende Software, um Kriege effektiv und „kostengünstig“ durchzuführen. Am Bodensee ist ausgehend von den Zeppelin-Werken nach wie vor viel Luft- und heute Raumfahrttechnik zu finden. Und mit MTU-Friedrichshafen hat ein Motorenhersteller seinen Sitz am See, dessen Aggregate in U-Booten und Fregatten weltweit ihren Einsatz finden. Rund um Stuttgart schließlich ist ein Schwerpunkt in der Metallverarbeitung für den Einsatz in Kriegsgerät auszumachen, aber auch anderen Bereiche sind vertreten.

Der Abschnitt „Rüstung“ in diesem Atlas besteht aus vielen Einzelteilen, die in ihrer Gesamtheit nicht nur einen Überblick über die Rüstungsproduktion in diesem Bundesland vermitteln, sondern auch zum Nachdenken und Widerstand auf lokaler Ebene anregen sollen. Kern ist das nach Orten gegliederte Verzeichnis, das neben dem Namen und der Adresse der Firma jeweils auch einen kurzen Satz über dessen Ausrichtung, bzw. auch Verflechtung enthält. Darüber hinaus haben wir einige Firmen herausgegriffen, die ein wenig detaillierter vorgestellt werden. Weitere thematische Beiträge zu Informationstechnologie, Rüstung und Gewerkschaften, Graf Zeppelin und zum Bodenseeraum runden das Kapitel ab. Eröffnet wird der Abschnitt mit einem Beitrag zu Rüstungsexporten.

Anmerkung:

- * Behördenspiegel - Newsletter: Verteidigung, Streitkräfte und Politik, Nr. 44 (Sondernewsletter Eurosatory 2012), Juni 2012.



Rüstungsexporte

Deutsche Waffen sind weltweit gefragt – Deutschland belegt Platz drei der internationalen Exporteure hinter den USA und Russland. Die Regierung in Berlin charakterisiert Deutschland als verantwortungsbewussten Exporteur von Kriegsgeschütz und führt als Beleg die strengen Auflagen und Verfahren an, die nötig sind, kriegsfähiges Material zu exportieren.¹ Ein Großteil der Exporte geht in NATO-Länder oder solchen, die diesen „gleichgestellt“ sind - weniger geht an andere und arme Länder. Mit den Lieferungen an NATO-Ländern erfüllt man dann in erster Linie „Bündnisverpflichtungen“. Ein schönes Bild mit vielen Rissen, die sichtbar werden, wenn man näher hinschaut.

Das Genehmigungsverfahren: Transparenz unerwünscht

Der Rüstungsexport unterliegt einer ganzen Reihe von Vorschriften und Gesetzen, darunter das Kriegswaffenkontrollgesetz, das Außenwirtschaftsgesetz sowie der Außenwirtschaftsverordnung. Darüber hinaus unterwirft sich die Regierung den Leitlinien, wie sie in den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ festgehalten sind. Auch wenn alle Anträge auf Rüstungsexporte geprüft werden, so werden doch nur die überhaupt näher diskutiert, die in sogenannte Drittländer erfolgen - d.h. solche, die nicht in EU-, NATO-Länder und die Gleichgestellten (das sind derzeit: Australien, Neuseeland, Japan, Schweiz) erfolgen. Auch bei den Gütern wird unterschieden zwischen sogenannten Kriegswaffen, deren Transport und Lagerung bereits genehmigungsbedürftig ist (für alle und immer), und sonstigen Rüstungsgütern, die (nur) einer Exportgenehmigung nach dem Außenwirtschaftsgesetz und der Außenwirtschaftsverordnung bedürfen, die aber auch nur unter bestimmten Bedingungen versagt werden kann. Das bedeutet, dass z.B. für wesentliche „Teile“ wie Motoren von Fregatten ggf. keine Exportgenehmigung erfolgen muss, auch wenn der Adressat/Empfänger ein zweifelhaftes Regime ist. Um das Prozedere noch komplexer zu machen wird zudem in unterschiedliche Arten von Genehmigungen unterschieden - es existieren Sammelgenehmigungen und Einzelgenehmigungen, die fortlaufende Geschäfte mit bestimmten Empfängern vereinfachen sollen, bzw. der Bundesregierung einen Eingriff ermöglichen. Auch der Export von Lizenzen und damit der eigentlichen (Waffen-) Technologie unterliegt der Genehmigungspflicht. Entscheidende Behörde für diesen Prozess ist das dem Wirtschaftsministerium unterstellte Bundesamt für Außenhandel, das federführend Genehmigungen erteilt. Bei Fällen *besonderer Tragweite* wird die Entscheidung der Bundesregierung vorgelegt, dass hierfür als Gremium den *Bundessicherheitsrat* unterhält.

Über sogenannte „Voranfragen“ kann ein Exporteur weit vor dem eigentlichen Geschäft prüfen lassen, ob eine Genehmigung erfolgen wird. Bei Kriegswaffe tritt er damit an das Außenministerium, bei allen anderen Gütern an das Bundesamt für Außenhandel heran. *Blackbox* aller Entscheidungen ist der Bundessicherheitsrat, ein Gremium beim Kanzleramt, dem neben dem Kanzler/der Kanzlerin, das Wirtschafts-, Außen-, Verteidigungs-, Innenministerium, sowie das Ministerium für Justiz und das der Wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung angehören. Entscheidungen des Bundessicherheitsrates werden dokumentiert.

So schön dies in der Theorie klingt, so intransparent bleiben die Kriterien im Einzelfall. Entgegen den politischen und sonstigen Leitlinien sind immer wieder Exporte in Länder erfolgt, die unmittelbar in Konflikte involviert waren, oder deren Menschenrechtssituation Bedenken hätten aufkommen lassen müssen. Jüngste Beispiele wie der geplante Export von Leopard II Panzern nach Saudi Arabien, oder der Export von Kriegsschiffen nach Angola bilden dabei nur die Speerspitze.

Das konkrete Genehmigungsverfahren bei Rüstungsexporten verschwindet hinter einem Nebel von Geheimhaltung – mal aus Gründen staatlicher Sicherheit, mal aus Gründen möglicher wirtschaftlicher Nachteile bei Versagung von Genehmigungen – und politischem Gebaren. Rüstungsexporte erfüllen nicht nur eine Funktion in den auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik, sondern sind ebenfalls ein Moment der Verteidigungspolitik. Darüber hinaus sollen sie als Instrumentarium der Wirtschafts- und Strukturpolitik in Deutschland erhalten. Wie diese unterschiedlichen Anforderungen als Argumente im Verfahren zum Tragen kommen, bleibt aber der Spekulation überlassen.

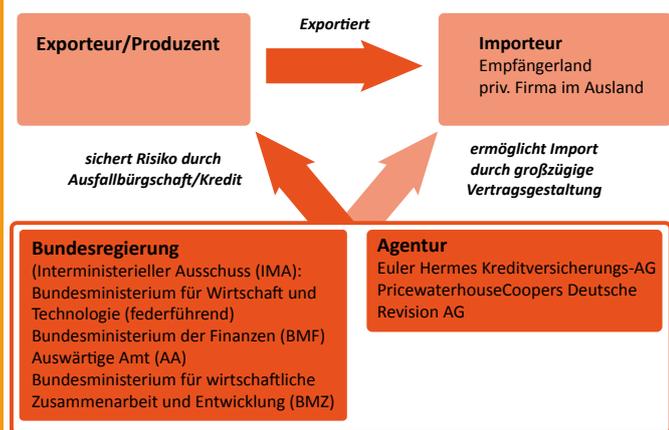
Das Berichtswesen: Verlässlichkeit geht anders

Die *Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung* (GKKE) bemängelt seit Jahren in ihren parallel zu den Berichten der Bundesregierung erscheinenden Darstellungen, dass die Transparenz und Verlässlichkeit der Berichte der Bundesregierung zu wünschen übrige lassen² – die Konsequenz mit der die Bundesregierung an diesen Vorschlägen vorbearbeitet, lassen lediglich den Schluss zu, dass diese explizit nicht gewollt sind.

An konkreten Mängeln werden unter anderem angeführt, dass Daten in anderen Publikationen der Bundesregierung, z.B. für den Bericht an die EU, deutlich detaillierter sind, dass bestimmte Güter pauschal außen vor gelassen werden (z.B. Dual-Use-Güter), dass der Bericht mit deutlicher Verspätung gegenüber dem Berichtszeitraum erscheint und in keinster Weise die Entscheidungsgrundlagen offen legt.



Hermes - Bürgschaften



Exportkreditgarantien als Beitrag zu einer globalen nachhaltigen Entwicklung.

Kriterien sind:

- positiven wirtschaftlichen Auswirkungen eines Exportgeschäftes für die Binnenstruktur
- positive ökologische, soziale und entwicklungspolitische Auswirkungen im Zielland; insbesondere: Umweltpflichtprüfung des Exportgeschäftes / Förderung klimafreundlicher Exporte / Fairer Wettbewerb - Korruptionsprävention / Niedrigeinkommensländer

Die nach der Euler Hermes Kreditversicherungs-AG benannten Hermes-Bürgschaften sind ein Instrument der Bundesregierung zur Exportförderung. Unternehmen haben dabei die Möglichkeit, ihre Geschäftsrisiken bei Exporten abzusichern. Sie werden gewährt, wenn positive Effekte für den heimischen Arbeitsmarkt vorliegen bzw. positive Effekte im Zielland zu erwarten sind. Strukturpolitische aber auch außenpolitische Überlegungen sind dabei leitend. In den letzten Jahren sind weitere Kriterien hinzugekommen, die eine erhöhte Sensibilität gegenüber ökologischen, sozialen und wirtschaftlich-politischen Folgen (z.B. Korruption) von Exportgeschäftes in den Zielländern darstellen können - in der Praxis bleibt dies zweifelhaft. Waffenexporte mit Hermes-Bürgschaften abzusichern stellt diese Grundkriterien vollends auf den Kopf: sie können keinen positiven Effekt entfalten.

Das Zahlenwirrwarr des Berichtes und viele Unterpunkte suggerieren eine detaillierte Abbildung der eigentlichen Exporte, doch das Gegenteil ist der Fall. Kleinwaffen z.B. sind strukturell Sportwaffen gleichgestellt, worauf zwar eine Fußnote im Bericht hinweist, aber damit eigentlich nur zum Ausdruck gebracht wird, dass man keine konkrete validierbare Auskunft über den tatsächlichen Export von Gewehren und Pistolen geben möchte.

Ein großer Mangel an den Berichten ist auch, dass die Bundesregierung zwar Zahlen anderer Institutionen wie SIPRI wiedergibt, sie aber pauschal als wenig zutreffend abqualifiziert. Auch hier kommt zum Ausdruck, dass man an einer Auseinandersetzung mit den Kriterien anderer Erhebungen nicht interessiert ist.

Auch eine der zentralen Regeln der Exportkontrolle, nämlich den „Endverbleib“ von Kriegsgütern bereits vor dem Export sicher zu stellen, ist bei näherem Besehen nicht überprüfbar. Beispiele wie das Auftauchen von Heckler und Koch Gewehren in Libyen oder in mit einem Exportembar-go belegten Provinzen Mexikos, lassen zudem Zweifel daran aufkommen, dass das Zuwiderhandeln gegen die Regel in irgendeiner Form geahndet wird.

Aufrechterhaltung der nationalen Rüstungsindustrie

Bei allem Gerede von einer zunehmenden Europäisierung der Politik wird bei der Rüstungsindustrie konsequent an einem „nationalen“ Weg festgehalten. Begründung hierfür ist der Versuch eine „Abhängigkeit“ von anderen Rüstungslieferanten zu vermeiden und den technischen Vorsprung innerhalb der europäischen Rüstungsindustrie halten zu wollen, um nicht „angreifbar“ zu werden. Steigende Kosten für die Entwicklung und die Produktion von Waffen und Waffensystemen wurden lange Zeit auf die Steuerzahler abgewälzt – ein Modell, das immer weniger funktioniert. Das (vermeintlich rapide) schrumpfende Budget des Verteidigungsministeriums und geringere Anschaffungsmengen von Rüstungsgütern lassen eine wirtschaftliche Produktion schon länger nicht mehr zu. Würde die Rüstungsindustrie unter Bedingungen der normalen Wirtschaft funktionieren, würde die Zahl der am Markt befindlichen Firmen rapide sinken. Da in Europa allenthalben die gleichen Tendenzen zu beobachten sind, würden Fusionen und die Bereinigung des Marktes unausweichlich sein. Die EU hat unter anderem aus diesem Grund die *European Defense Agency* gegründet, die die Wehrfähigkeit der EU erhöhen und dazu beitragen soll, teure Parallelentwicklungen und nationalstaatliche Einzellösungen zu reduzieren. In der Tat hat die EDA dazu beigetragen die Industriekapazitäten einzelner Länder zu reduzieren, nationale Einzellösungen existieren immer noch, aber eben nur bei den „großen“ Ländern der EU. Deutschland strebt ebenfalls „Synergieeffekte“ in bestimmten Bereichen an, beharrt aber bei anderen auf der Existenz seiner eigenen, nationalen Industrie. Der Steuerzahler finanziert diese Eskapaden teuer mit, insbesondere im Schiffbau. Um die Kosten zumindest in der Optik zu reduzieren wendet die Bundesregierung zwei entscheidende Strategien an.

Zum einen hilft man der Industrie, indem man ihnen den Einstieg in neue Märkte ermöglicht – die sich pikanter Weise aber nur im Ausland finden, womit man wieder beim bewussten Abbau von Exportschranken ist. Man fördert sie zusätzlich, indem auch für diese Geschäfte Hermes-Bürgschaften bereitgestellt werden (siehe Kasten). Die Bundeswehr wird für Waffenvorfürungen im Ausland als Werbeträger eingespannt, indem beispielsweise neue Fregatten und Korvetten als Demonstrationsobjekte Häfen in aller Welt ansteuern. Ziel ist es, über die Erhöhung der zu produzierenden Stückzahlen den „Einzelpreis“ so weit zu senken, dass er politisch akzeptabel wird.

Die größten deutschen Rüstungsunternehmen: Waffenverkäufe im Jahr 2010 - Gesamtvolumen 7,4 Mrd. USD

Rheinmetall 2.660 m. USD Platz 31 (SIPRI-Ranking)	Krauss-Maffei Wegmann 1.590 m. USD Platz 52
	Diehl 1.210 m. USD Platz 63
	Thyssen-Krupp 1.340 m. USD Platz 56
	MTU Aero Engines 640 m. USD Platz 100

Quelle: SIPRI 2012 (ohne EADS, Angaben in Mio. Dollar)

Zum anderen kaschiert man Ausgaben für Forschung und Erprobungen, die früher direkt im Etat des Verteidigungsministeriums ausgewiesen waren, indem sie als zivile Forschung umdeklariert werden. Die Industrie profitiert hier in zweifacher Weise, zum einen bleibt die Subvention der Waffenforschung erhalten, zum zweiten werden Güter geschaffen, die das Label „zivil“ tragen und damit einfacher zu exportieren sind. Unter dem Deckmantel der *Forschung für die zivile Sicherheit* werden z.B. nicht selten Techniken entwickelt, deren spätere Verwendung vor allem militärisch sein wird. Solchermaßen „zivile“ Sicherheitstechniken unterliegen zudem nicht den für Waffen geltenden Exportbestimmungen, womit man wiederum dem Export Vorschub leistet.

Folge dieser verfehlten Politik ist, dass Deutschland weiterhin auf Export setzen und Waffen sowie Sicherheitstechnik an repressive Regime liefern wird/muss, da sich die Fiktion einer nationalen Rüstungsindustrie letztlich nur so aufrechterhalten lässt.

Nach wie vor fließen milliardenschwere Subventionen in den Bereich der Rüstung - durchaus auch mit dem Argument, Arbeitsplätze erhalten zu wollen. Hochwertige Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie sind also so wichtig, dass man erhebliche Steuermittel für ihren Erhalt aufwenden muss. Bei näherer Betrachtung ist die Anzahl in der Rüstungsindustrie Beschäftigten in den letzten 20 Jahren kontinuierlich gesunken und ist heute mit ca. 80.000 geringer, als jemals zuvor.³ Richtiger ist vielmehr, dass sich mit der gleichen Menge Geld, an anderer Stelle deutlich mehr und nachhaltigere Arbeitsplätze im zivilen Bereich schaffen ließen.⁴ Mit Rüstung wird vor allem viel Geld verbrannt, was an anderer Stelle in diesem Land deutlich besser investiert wäre.

Rüstungsexporte sind bei aller scheinbaren Rationalität von Arbeitsplatzertahl, Aufrechterhaltung von „Wehrfähigkeit“ und Erfüllung von Bündnisverpflichtungen in erster Linie ein Instrument der Außenpolitik. Mit Waffenlieferungen sichert sich die Bundesregierung die politische Loyalität anderer Regierungen und beeinflusst die politischen Prozesse in anderen Ländern.

Anmerkungen

- 1 Siehe auch den Kasten zu den Rüstungsexportberichten
- 2 Siehe als Beispiel nur die entsprechenden Passagen im GKKE-Rüstungsexportbericht 2010, S. 68ff.
- 3 Siehe den Beitrag „Quartalslüge: Die Rüstungsindustrie schafft Jobs“ in Lunapark21, 17/2012, S.2-3.
- 4 Dies muss man sich sogar in den USA eingestehen, wo nach einer Studie 1 Milliarde USD in Militär investiert gerade mal 11.200 Job brächten, aber bis zu 26.700 im Bereich Bildung. Robert Pollin/ Heidi Garrett-Peltier, „The U.S. Employment Effects of Military and Domestic Spending Priorities: 2011 Update“, University of Massachusetts 2011.

Rüstungskontrollberichte der Bundesregierung

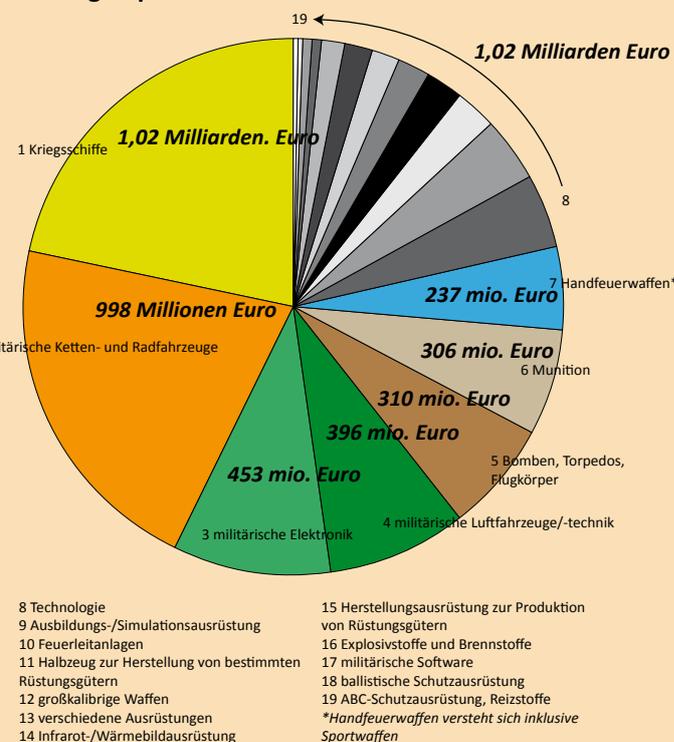
Die öffentlichen Berichte der Bundesregierung zu ihrer Praxis der Entscheidungen bezüglich Waffen- und Rüstungsgüterexporten erscheinen jährlich und geben umfangreich Auskunft über genehmigte Ausfuhranträge - hingegen nicht über die nicht-genehmigten Ausfuhranträge. Sie enthalten eine Liste der tatsächlichen Ausfuhren beschränkt auf die expliziten Kriegswaffen und lassen damit die wesentlichen Bereich der Waffenbestandteile, Rüstungsgüter und Rüstungstechnologie unberücksichtigt. Exporteure werden nicht namentlich genannt. Die Berichte umfassen eine Erklärung zu den Verfahren der Ausfuhr, den entscheidenden Institutionen und den Kriterien der Entscheidung über eine Genehmigung. Sie erscheinen in der Regel zum Ende des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres - der Bericht über das Jahr 2010 erschien im Dezember 2011.

2010 genehmigte die Bundesregierung Einzelgenehmigungen im Wert von 4,75 Milliarden Euro und Sammelgenehmigungen im Wert von 737 Millionen Euro - die Grafik zeigt, wie sich die Einzelgenehmigungen auf unterschiedliche Produkte verteilen.

Die Bundesregierung charakterisiert sich in ihrem Bericht als verantwortungsbewusster Akteur im internationalen Waffenhandel, der sich selbst restriktiven Kriterien unterwirft. Gerade im Handel mit Drittländern, die nicht der EU oder der NATO angehören oder diesen gleichgestellt sind, verortet sie sich selbst auf Platz 9 der Exporteure - nach den USA, Russland, China, Schweden, Großbritannien, Frankreich und anderen. Misst man alle Waffenexporteure, so rangiert Deutschland nach den USA und Russland auf Platz drei der Rangliste der internationalen Waffenexporteure.

Parallel zum Bericht der Bundesregierung veröffentlicht die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) ihren eigenen Bericht zur Exportsituation und kritisiert darin die Bundesregierung für die Praxis, ärmsten und von Krieg bedrohten Ländern trotz der strengen Kriterien doch noch Waffen zu liefern. In der Tat sind es weniger die Kriterien der Bundesregierung, die Anlass zum Klagen geben, als vielmehr die Umsetzung derselben.

Ausfuhrgenehmigungen laut Rüstungsexportbericht 2010



Links zu Rüstungsexportberichten:

Wirtschaftsministerium -

www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Service/publikationen,did=460150.html

Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung - www3.gkke.org/65.html

Bonner International Center for Conversion - www.bicc.de/ruestungsexport/

Stockholmer International Peace Research Institute - www.sipri.org



DIEHL

Die Firma Diehl kann geradezu als Inbegriff eines Rüstungskonzerns gelten. Wie viele andere dieser Konzerne hat sie ihre Ursprünge in der zivilen verarbeitenden Industrie und hat sich erst in Vorfeld und Verlauf der beiden Weltkriege zunehmend auf Rüstungsgüter spezialisiert. Wie die meisten anderen Rüstungskonzerne besteht sie heute aus einem umfangreichen Netzwerk an Subunternehmen und Joint-Ventures, die sowohl im explizit militärischen als auch im zivilen Bereich aktiv sind sowie in den immer größeren Marktsegmenten wie Luftfahrt, Logistik, Sensorik und Sicherheitsanwendungen, welche eine Überschneidung beider Bereiche darstellen.

Der „Mutterkonzern“ ist die 1902 in Nürnberg als Kunstschmiede gegründete Diehl Stiftung und Co. KG. Darunter ist der Konzern heute in die Geschäftsbereiche „Metall“, „Controls“, „Defence“, „Aerosystems“ und „Metering“ aufgeteilt. 1916 nahm das Unternehmen im Kontext des 1. Weltkriegs die Produktion von Munitionsteilen auf, 1939 wurde es als „kriegswichtiger Betrieb“ eingestuft und stellte seine Produktion auf die Fertigung von Zündern und Patronen um, bei der auch Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. Nach der Demontage der unmittelbaren Rüstungsproduktion im Zuge der Niederlage im 2. Weltkrieg konzentrierte sich das Unternehmen kurzfristig auf die feinmechanische Fertigung, um (Zeitschalt-)Uhren und Rechenmaschinen herzustellen. Noch im Jahr 1955 wurde im Kontext der einsetzenden Wiederbewaffnung Deutschlands (auch) offiziell die „wehrtechnische Produktion“ wieder aufgenommen. Im Anschluss erfolgte eine umfangreiche Expansion v.a. durch die Übernahme weiterer Gießereien und Technologiebetriebe bis Mitte der 1990er Jahre überwiegend

in Deutschland, später auch weit darüber hinaus. Während insbesondere mit der Firma Junghans AG die Weiterentwicklung von Präzisions-Zeitmessern und Rechnersystemen vorangetrieben wurde, vergrößerte sich die Rüstungssparte insbesondere durch die Übernahme der Mauser-Werke (Oberndorf) 1979 und später durch Joint-Ventures mit Rüstungskonzernen wie Rheinmetall (1997), Lockheed Martin (1999), SAAB (2000), Raytheon (2004) und Thales (2008). Hilfreich hierbei war die ab 1989 mit dem Erwerb der Bodenseewerk Gerätetechnik GmbH (BGT) sich intensivierende Entwicklung von Luft-Luft-Raketen, Artilleriesystemen und Such-Gefechtsköpfen, für die Diehl umfangreiche Aufträge der Bundeswehr und aus anderen NATO-Staaten erhielt. Beispielhaft sei hier das Raketensystem IRIS-T genannt, das federführend von Diehl BGT Defence entwickelt, jedoch von mehreren NATO-Staaten finanziert wurde. Diese Waffe, die etwa 400.000 Euro pro Stück kostet, wurde dabei als



Industriestandorte: Von Aalen bis Winnenden

Das Verzeichnis der wehrtechnischen Industrie in Baden-Württemberg, welches hier folgt, basiert auf den öffentlich greifbaren Informationen über diese Firmen. Ausgangspunkte unserer Recherche waren Anzeigen in einschlägigen Militärzeitschriften und dem Handbuch der Bundeswehr, dem Mitgliederverzeichnis des Bundesverbandes der Wehrtechnischen Industrie, Verzeichnisse weiterer Verbände mit Militärbezug und Ausstellerverzeichnisse großer Waffenmessen. Die genannten Details sind den Internetauftritten der Firmen oder Berichten der Presse entnommen. Vorhandene kritische Darstellungen wurden genutzt. Von den ca. 120 Einträgen entfallen viele auf Firmen, deren Namen nur regional bekannt sein dürfte. Bei der Recherche wurde klar, dass nicht jede wirklich offen über ihr Engagement im Bereich Militär informiert, sondern vielmehr bestimmte Formen der Verschleierung und Verharmlosung existieren, die kurz angesprochen werden sollen. „Wir können alles“ - stellt eine Strategie dar, die militärische Nutzung hinter einer technischen Innovation zu verstecken. Produkte werden dabei als technisch hochklassig, materialmäßig perfekt oder optimal verarbeitet dargestellt. Die Firmen, die sich so charakterisieren, stellen sich als Technologieträger dar, die nichts mit der späteren Verwendung zu tun haben wollen - es sind nicht selten „Zulieferer“ zu anderen.

Militärische Produkte werden als Werkstücke präsentiert. „Wir können es besser“ - ist eine ähnlicher Ansatz, der aber entscheidend darüber hinaus geht: angeboten werden nicht einzelne Werkstücke, sondern komplexe Systeme. Man rühmt sich nicht nur, ein Technologieträger zu sein, sondern auch „Entwicklungen“ durchführen zu können, die das (End-)Produkt verbessern. Hier wird nicht mehr unbedingt verschleiert, sondern offensiv damit geworben, ein zuverlässiger Partner für die Truppen zu sein - internationale Kontakte und Exporte zeigen dann die angebliche Neutralität an. Systemzulieferer dieser Art fühlen sich nicht für die Folgen des Einsatzes ihrer Produkte zuständig, sondern nur für deren Funktionsfähigkeit. Eine perfide Variante ist es, ein mehrheitlich militärisches Engagement „mit zivilen Bildern zu verdecken“ - dabei wird das militärisch genutzte Produkt im Kontext von z.B. Feuerwehr oder Rettungseinsätzen gezeigt, womit bewusst der Eindruck erzeugt wird, es handle sich um ein Produkt für den Katastrophenschutz. Erst beim Blättern durch die eigentlichen Produktbeschreibungen wird dann deutlich, dass militärische Anforderungen und Spezifikationen bei der Entwicklung Pate gestanden haben. Beliebte ist auch das „zweite Geschäftsfeld“, dass immer dann angeführt wird, wenn es einen großen zivilen Geschäftsbereich gibt, den man von der schädlichen Optik der Produktion für den Krieg sauber halten will. Dabei wird das Geschäft mit Rüstungsgütern oder der Zulieferung zur militärischen Industrie keinesfalls

verschwiegen, man gliedert es vielmehr in eine andere Firma aus, oder verbannt es in einen Extrabereich auf der Homepage, auf den man nur stößt, wenn man danach sucht. Beispiele hierfür sind z.B. Losberger oder Kärcher, die ihre Zulieferung zu den Armeen der Welt in Unterfirmen wie Losberger RDS oder Kärcher Futuretech ausgegliedert haben. Es gibt einzelne Firmen, die diese Sonderbereiche auf ihren Homepages mit einem Passwortschutz versehen haben und nur zugänglich sind, wenn man sein Geschäftsinteresse per mail äußert. Es gibt selbstverständlich auch die „offene Darstellung“ des Firmenzwecks und der militärischen Produkte - sie ist vor allem bei den Firmen anzutreffen, die ausschließlich im Wehrbereich arbeiten.

Das Verzeichnis hier ist bei weitem nicht vollständig aber es erfüllt aus unserer Sicht seinen Zweck, den geneigten Leser, einen Einstieg in die Materie zu liefern und Fragen aufzuwerfen, die man sich im regionalen Kontext stellen sollte. Falls dem einen oder anderen Leser weitere Firmen bekannt sind, die aufgenommen werden sollten (z.B. in einer Neuauflage dieses Rüstungsatlas), so bitten wir um eine kurze Mitteilung: rustungsatlas@imi-online.de.

Aalen

Carl Zeiss Vision GmbH
Turnstr. 27, 73430 Aalen

Siehe den Eintrag zu Zeiss bei Oberkochen

Standardausrüstung für andere transnationale Rüstungsprojekte wie den Eurofighter oder den Eurocopter Tiger konzipiert, womit eine langfristige Nachfrage generiert wurde.

Durch seine Beteiligung an dem Public-Private-Partnership-Projekt Heeresinstandsetzungslogistik GmbH (HIL), an dem das BMVg 49,5% der Anteile hält und das auch die Wartung im Einsatz umfasst, hat der Konzern weitere langfristige Abhängigkeiten und einen Wettbewerbsvorteil geschaffen.

Diehl zeichnet sich also – wie alle wirklich erfolgreichen Rüstungsunternehmen – durch eine große Nähe zu politischen Entscheidungsträgern und eine zielsichere Verortung in der jeweiligen geopolitischen Konstellation aus. Zeitschriften der deutschen und zunehmend auch europäischen Rüstungslobby unterstützt der Konzern seit jeher mit großzügigen Anzeigen. Diehl war früh an der Ausbildung europaweiter Lobby-Strukturen und der Ausarbeitung des Europäischen Sicherheitsforschungsprogramms beteiligt, von dessen Förderungsgeldern der Konzern nun profitiert. Diehl war auch ein wichtiger Akteur bei der Entwicklung von Zukunftstechnologien und deren Einführung auf dem Rüstungsmarkt, beteiligte sich früh an der Herstellung von Droh-

nen und „weniger tödlichen Waffen“. Sein Sensocopter kreist heute im Auftrag der Polizei über den „Problemvierteln“ Liverpools, auch am EU-finanzierten Großprojekt IMSK („Integrated Mobile Security Kit“), das Technologien zur großräumigen Videoüberwachung, zur Sicherung von Kontrollpunkten und zur Detektion von Gefahrstoffen zur „Wiederherstellung der Sicherheit in Krisenfällen“ integrieren soll, ist Diehl umfangreich beteiligt. Während Diehl sich also wie andere Rüstungskonzerne auch innerhalb der EU zunehmend auf „Sicherheitsanwendungen“ ausrichtet, die sowohl militärisch, als auch zivil in „asymmetrischen Konfliktlagen“ zum Einsatz kommen sollen, baut es seine Geschäftskontakte für konventionelle Rüstungsgüter systematisch über den NATO-Rahmen hinaus auf. Aus einer massiven Präsenz auf Rüstungsmessen auf der Arabischen Halbinsel und im südostasiatischen Raum gingen nun bereits erste Kooperationsprojekte mit dortigen Rüstungsunternehmen und Regierungen hervor, nach Vertretungen in Bangkok, Ankara und Abu Dhabi eröffnete Diehl Defence Ende März in Anwesenheit von Regierungsvertretern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz auch eine Repräsentanz in unmittelbarer Nachbarschaft des indischen Verteidigungsministeriums in Neu Delhi. www.diehl.com/de/diehl-defence.html



MIL-KABEL-SYSTEMS GmbH

Am Nesselbach 25, 73434 Aalen

Der Anbieter von Kabelsystemen aus Aalen ist seit 15 Jahren im Geschäft mit Militär und Industrie. Mit der Spezialisierung auf die Fertigung kleiner Serien oder Prototypen und einem hohem technischem Niveau bei der Fertigung von Kabelbäumen und Steckerverbindungen ist er geradezu ideal als Zulieferer für die Rüstungsindustrie geeignet.

RUD Ketten Rieger & Dietz GmbH u. Co KG

Friedensinsel, 73432 Aalen

RUD fertigt Ketten für Reifen von PKW, LKW und Nutzfahrzeugen. Die Bundeswehr und NATO-Partner werden mit Gleitschutzketten sowie Anschlagketten zur Ladungssicherung und als Hebegeschirr beliefert.

Aulendorf

Boger Electronics GmbH

Grundesch 15, 88326 Aulendorf

Boger ist dem Hobby-Funker als Onlineshop für die ganze Bandbreite des Funker-Bedarfs bekannt. Das Boger Systemhaus ist darüber hinaus eine Entwicklungsfirma für Funkaufklärung und Funküberwachungssysteme, die Behörden und Militär beliefert. Boger vertreibt Antennen, COMINT-Systeme, Signalanalysegeräte, GSM-Monitoring und Jamming-, Tracking- und Überwachungssysteme. Auch akustische Kanonen

für den Einsatz gegen Piraten sind im Katalog. Oder, wie sie es auf ihrer Website ausdrücken: „Schutz für den Menschen. Schlagkraft für den Staat. boger electronics bietet GSM-Aufklärung in einer neuen Dimension. Überwacht werden können Telefongespräche innerhalb des GSM-Netzes 900/1800 und 850/1900MHz, einschließlich des erweiterten GSM-Frequenzbereichs.“ Boger engagiert sich in der Dualen Hochschule Baden-Württemberg.

Backnang

Tesat-Spacecom GmbH & Co.KG

Gerberstr. 49, 71522 Backnang

Tesat-Spacecom entwickelt satellitengestützte Kommunikationsplattformen, die immer öfter auch Anwendung beim Militär finden. Oder, wie sie in ihrer Selbstdarstellung schreiben: „Ausgehend von ihrer Führungsposition im kommerziellen Satellitenmarkt und den dort notwendigen höchsten Qualitätsstandards werden die Produkte des Backnanger Unternehmens auch immer stärker in verschiedenen raumgestützten Systemen für den Sicherheits- und Verteidigungssektor in Deutschland, Europa und den USA eingesetzt.“ Das Unternehmen entwickelt derzeit ein Verfahren zur Übermittlung großer Datenmengen via Laserstrahl. Es ist ein Beispiel für ein Unternehmen der im Kern zivilen Raumfahrt, das an das Militär „verkauft“ und in kleinerem Bereich entwickelt. Tesat ist Teil des EADS-

Teilkonzerns Astrium und damit eingebunden in einen militärisch ausgerichteten Konzern. Siehe auch den Eintrag zu EADS/Daimler bei Stuttgart.

SELEX Communications GmbH

Spinnerei 48, 71522 Backnang

Selex gehört zum italienischen Finmeccanica-Konzern, einem der größten Rüstungskonzerne weltweit und ist auf die Entwicklung anspruchsvoller Kommunikationslösungen für den Betrieb in der Wirtschaft und dem Militär spezialisiert. Neben Navigationselementen für die Luft- und Raumfahrt offeriert man integrierte militärische Kommunikation für strategische, taktische, seegestützte und satellitengestützte Applikationen. Auch „sichere“ Kommunikationsinfrastruktur wird von Selex entwickelt.

Bad Rappenau

Losberger GmbH/ Losberger Rapid Deployment Systems

Gottlieb-Daimler-Ring 14, 74906 Bad Rappenau

Losberger ist ein im Messe- und Hallenbau bekanntes Unternehmen, das mit seiner Sparte RDS speziell den Markt militärischer Zelte und Hallen bedient. Konzepte für schnell aufstellbare Flugzeughangars sind genauso vorhanden, wie Zelte für Feldlager – die Firma geht zurück auf die ehemaligen Militärzeltproduzenten Bachman, TMB und Losberger AIS.



Heckler&Koch

Deutschland belegt den dritten Platz beim Export von kleinen und leichten Waffen – also solchen Waffen, die von einzelnen Personen getragen und in der Regel auch bedient werden können.¹ Ein wichtiger und wohl der bekannteste Produzent von Kleinwaffen in Deutschland ist Heckler und Koch aus Oberndorf.

Polizeien, Armeen und sonstige bewaffnete Gruppen überall auf der Welt sind mit Gewehren und Pistolen von Heckler und Koch ausgerüstet. Das G3 wurde nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt und sollte das erste Standartgewehr der Bundeswehr werden. Exportiert wurde das Gewehr in über 80 Länder, in einigen gehört es zu Standardausrüstung von Armeen und Polizeien. Die Bundesrepublik, die über die Patentrechte verfügte, verkaufte die Lizenz zur Produktion des G3 an 15 Länder, unter anderem an den Iran, Malaysia, Mexiko, Birma, Pakistan, Saudi-Arabien und den Sudan. Die Vergabe von Lizenzen ist an eine Unterzeichnung einer Endverbleibserklärung gebunden, d.h. die Lizenznehmer erklären, dass die Waffen nur für den nationalen Markt, nicht allerdings für den Export produziert werden. Die Einhaltung dieser Erklärung, die nicht nur bei der Vergabe von Lizenzen sondern auch bei einfachen Rüstungsexporten erfolgt, wird von der Bundesregierung allerdings nicht kontrolliert. So wird weltweit nicht nur mit G3 aus Oberndorf, sondern auch mit solchen, die im Iran, in Pakistan oder in anderen Ländern produziert werden, getötet. Obwohl G3 von Heckler und Koch so selbst in Länder verkauft wurden, die zu diesem Zeitpunkt unter einem Waffenembargo standen, wird weiterhin der Export ganzer Produktionsanlagen genehmigt, die Bundesregierung sieht es nicht einmal als notwendig an, die Einhaltung der Endverbleibserklärung zu überprüfen.²

Die unmittelbare Erfahrung, dass in Drittländern produzierte Waffen in Länder exportiert werden, die unter einem Waffenembargo stehen, hat jedoch nicht dazu geführt, dass Lizenzen und das Wissen nicht mehr an Dritte weiterver-

kauft werden. In Saudi-Arabien wurde erst kürzlich eine Produktionsanlage für das Nachfolgemodell des G3 – das G36 – errichtet. Es gibt bereits jetzt Hinweise darauf, dass das Gewehr auch für den Export produziert werden soll.³

Allerdings werden häufig auch Waffen aus deutscher Produktion von Heckler und Koch in Ländern aufgefunden, in die der Export durch die Bundesregierung aus unterschiedlichen Gründen untersagt war. Dies führt immer wieder zu strafrechtlichen Ermittlungen gegen Heckler und Koch. 1993 beispielsweise exportierte Heckler und Koch Waffen über Großbritannien in die Vereinigten Arabischen Emirate, ohne dass es dafür eine Exportgenehmigung gegeben hätte. Verurteilt wurde das Unternehmen allerdings nicht, da es sich um Waffenteile und nicht um funktionsfähige Waffen gehandelt habe – der Schlagbolzen wurde erst nachher eingesetzt.⁴ Auch zurzeit laufen mehrere Ermittlungen gegen das Unternehmen. So hat Heckler und Koch G36 in Bundesstaaten in Mexiko geliefert, in die die Bundesregierung den Export nicht genehmigt hat, da in diesen Staaten die Polizei und das Militär besonders stark in Menschenrechtsverletzungen und den Drogenhandel verwickelt sind. Auch in einem Quartier des ehemaligen Staatsoberhauptes von Libyen, Muammar al-Gaddafi, wurden G36 gefunden, die offensichtlich in Oberndorf produziert wurden. Auch für diese Waffen gab es keine Exportgenehmigung. www.heckler-koch.com

Anmerkungen

- 1 Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage im Bundestag: Ausfuhren von Kleinwaffen und Produktionsanlagen zur Herstellung von Kleinwaffen, BT-Drs: 17/7926, 29.11.2011.
- 2 Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage im Bundestag: Waffenexporte – Kontrolle des Endverbleibs deutscher Kriegswaffen und Rüstungsgüter, BT-Drs: 17/3861, 23.11.2010.
- 3 Umstrittener Rüstungsexport - Deutsche Gewehrfabrik für Saudi-Arabien, ARD-Kontraste, 11.08.2011.
- 4 Planet der Waffen, Die ZEIT, 06.07.2007.

F C S GmbH, Field Camp Services

Gottlieb-Daimler-Ring 14, 74906 Bad Rappenau

Losberger hat mit den Firmen ADCO (unter anderem Betreiber der Dixi-Mobiltoiletten), Liesenfeld International und TBSG (einem Generalausrüster aus Bremen) eine gemeinsame Firma für den Betrieb von Feldlagern und Notcamps geschaffen, die vom Firmensitz in Bad Rappenau gesteuert wird. Angeboten wird von der Aufstellung bis zum Betrieb alles - auf Wunsch mit Kantinenbetrieb. Kunden sind neben dem Roten Kreuz und der deutschen Welthungerhilfe die US-Army, die Bundeswehr, die NATO und viele militärische Institutionen mehr.

Bad Rippoldsau Schapbach

Rapp Präzisionstechnik GmbH

Rippoldsauer Str. 49. 7776 Bad Rippoldsau Schapbach

Rapp baut für die Wehrtechnik Mechanik- und Hydraulikkomponenten, Simulationsgeräte und sorgt mit Instandsetzungs- und Logistikdienstleistungen für einen reibungslosen Betrieb. Sie bezeichnen selbst die Wehrtechnik als eines ihrer Standbeine.

Balingen

NARR Vertriebs GmbH

Ohnrastr. 23, 72336 Balingen

Die Firma NARR entwickelt, produziert und vertreibt seit 50 Jahren Isolierelemente für die Kälte-, Klima-, und Reinraumtechnik. Eines der Standbeine der Firma sind Klimatelemente für Container bzw. Containerräummodule, die in mobilen, kurzfristig und temporär aufzustellenden Lagern zum Einsatz kommen. Oder wie sie selbst beschreiben: „Diese Containerräummodule sind vielseitig und äußerst flexibel einsetzbar. Durch die einfache und schnelle Auf- und Abbauphase und verpackt in einem ausgereiften Logistikkonzept, sind sie überall dort gefragt, wo über einen befristeten Zeitraum z.B. Büroräume, Unterkünfte, Laborräume, Feldküchen, Kranken/Pflegestationen benötigt werden. Unsere Produkte haben sich bereits in vielen Bereichen der Bundeswehr und anderen ausländischen Armeen im Einsatz bewährt.“

Bermatingen

Ziegler GmbH

Bergstr. 5, 88697 Bermatingen

Ziegler ist unter anderem Zulieferer für EADS, Liebherr, Diehl, ZF und MTU – gefertigt werden von einzelnen Teilen bis zu kompletten Baugruppen alles, was die Drehbank hergibt. Das Unternehmen ist Spezialist für Metallverarbeitung

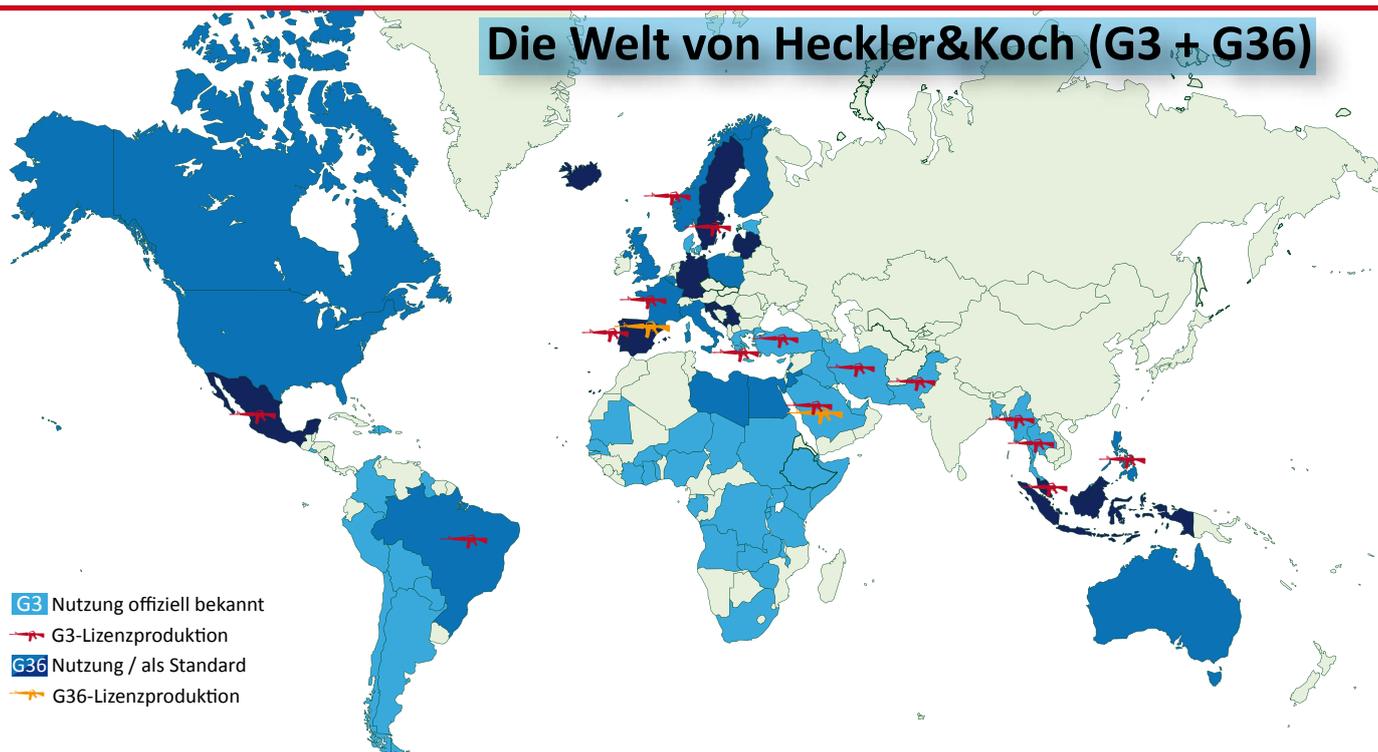
Böblingen

Moog GmbH

Hanns-Klemm-Str. 28, 71034 Böblingen

Als Tochterfirma der amerikanischen Moog-Gruppe wird der Vertrieb der gesamten Produktpalette von Böblingen aus gesteuert – inwieweit hierzu auch die militärischen Produkte und Dienstleistungen (u.a. Stabilisatoren für Lenkflugkörper, Fahrzeugausrüstung, Elektronik für Zielerfassung) der Moog Space and Defence Group gehören, bleibt offen. Moog ist Mitglied im Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

Die Welt von Heckler&Koch (G3 + G36)



- G3** Nutzung offiziell bekannt
- G3-Lizenzproduktion
- G36** Nutzung / als Standard
- G36-Lizenzproduktion

Die Welt von Heckler&Koch

Lizenzen (mit Jahr der Vergabe):

G3: Brasilien (ca. 1976); Frankreich (1970); Griechenland (1977); Iran (1967); Malaysia (nicht gesichert); Mexiko (1979); Myanmar (Birma) (1981); Norwegen (1967); Pakistan (1963); Philippinen (nicht gesichert); Portugal (1961); Saudi Arabien (1969); Schweden (1964); Thailand (1971); Türkei (1967)

G36: Spanien (1999); Saudi-Arabien (2008)

Einsatzländer:

G36 als Standardgewehr von Polizei (P), Militär (M) oder einzelnen Spezialeinheiten (S) jeweils mit Angabe der Zuordnung zu P oder M
 Deutschland: Bundeswehr, GSG9, KSK; Indonesien S-M; Island M; Kosovo Kosovo Security Force; Kroatien P,M; Lettland M; Litauen M; Malaysia S-M; Mexiko P (nicht in allen Staaten); Montenegro M; Philippinen M; Portugal S-M; Schweden S-P; Serbien S-M; Slowenien S-M; Spanien Guardia Civil, P, M

Nutzer:

G3: Angola, Argentinien; Äthiopien; Bahrain; Bangladesch; Bolivien; Brunei; Burkina Faso; Burundi; Chile; Dänemark; Demokratische Republik Kongo; Dominikanische Republik; Dschibuti; El Salvador; Elfenbeinküste; Estland; Gabun; Ghana; Griechenland; Guyana; Haiti; Indonesien; Irak; Iran; Island; Jordanien; Katar; Kenia; Kolumbien; Kroatien; Lettland; Libanon; Libyen; Litauen; Malawi; Malaysia; Marokko; Mauretanien; Mexiko; Myanmar/Birma; Niger; Nigeria; Norwegen; Pakistan; Paraguay; Peru; Philippinen; Portugal; Ruanda; Sambia; Saudi-Arabien; Schweden; Senegal; Simbabwe/Rhodesien; Somalia; Südafrika; Sudan; Tansania; Togo; Tschad; Türkei; Uganda; Vereinigte Arabische Emirate; Zypern.

G36: Ägypten P; Australien P; Belgien P; Brasilien P; Finnland P; Frankreich P; Georgien M*; Großbritannien P,M; HongKong P; Indonesien M; Island P, M; Italien P; Jordanien P; Kanada P; Kroatien P,M; Lettland M; Libanon M; Libyen S-M*; Litauen M; Malaysia P, S; Mexiko P*; Montenegro M; Norwegen M; Philippinen M; Polen M; Portugal M, S; Serbien M; Slowenien M; Spanien M,S; USA P.

* Zumindest teilweise illegal dahin gekommen

SILVER ATENA Electronic Systems Engineering GmbH

Hanns-Klemm-Str. 5, 71034 Böblingen

Silver Atena ist ein international tätiges Entwicklungs- und Consultingunternehmen, das sicherheitsrelevante Systeme für die Luft- und Raumfahrt anbietet. Oder, wie sie es auf ihrer Website formulieren: „SILVER ATENA hat Engineering Kompetenz in einigen der weltweit bedeutendsten Verteidigungsprogrammen unter Beweis gestellt.“ Kunden sind unter anderem MTU Aero Engines, EADS, LFK (siehe Ulm). Der Hauptsitz des Unternehmens ist Großbritannien.

Bühl

GMT GmbH, Gummi Metall Technik

Liechtersmatten 5, 77815 Bühl

GMT ist Zulieferer der Rüstungsindustrie und Entwickler von Gummikomponenten für Dichtungen, Lager, Umlenkrollen, Fahrzeugschutzelementen etc. Ihre enge Verbindung zum Auftraggeber beschreiben sie folgendermaßen: „Voraussetzung für die Erfüllung der Zielvorgaben und Aufgaben der Streitkräfte ist funktionsfähiges und modernes Material, das auch unter Ex-

trembelastungen anforderungsgerecht zum Einsatz gebracht werden kann. Die ganzheitliche, systemgerechte Betrachtungsweise der Aufgabenstellungen und der hohe Standard der fertigungstechnischen Gegebenheiten und Einrichtungen ermöglichen es, Einzelelemente und komplette Systeme zu entwickeln, herzustellen, einsetzungsgerecht zu prüfen und im Bedarfsfall wieder aufzuarbeiten.“

Ditzingen

Thales (ehem. Thomson-CSF)

Thales beschäftigt in Deutschland über 6.000 Mitarbeiter an 24 Standorten. Der Hauptsitz ist derzeit Stuttgart, wird aber 2014 nach Ditzingen verlegt, wo er mit den bisherigen Niederlassungen Korntal-Münchingen und Pforzheim fusioniert wird. Darüber hinaus ist der Konzern in Baden Württemberg noch in Dunningen-Seedorf, Überlingen, Ulm und Laupheim präsent. Thales ist ein Mischkonzern mit militärischer und ziviler Sparte. Weltweit rangiert Thales als viertes großes europäisches Rüstungsunternehmen hinter dem britischen BAE, dem europäischen Konzern EADS und dem italienischen Hersteller Finmeccanica auf Platz 11

in der Rangliste der weltgrößten Waffenhersteller (Sipri 2012). Bisher ist in Stuttgart die Bahntechnik, in Korntal-Münchingen werden Navigationssysteme für Flugzeuge entwickelt. In Pforzheim ist der Defece & Security Systems angesiedelt in dem 429 Mitarbeiter „Kommunikationslösungen“ für militärische und zivile Sicherheitsorganisationen entwickeln und fertigen. Pforzheim ist einer von vier Standorten, von denen aus die militärischen Produkte von Thales vermarktet werden. In Ulm werden Wanderfeldröhren fabriziert, wie sie in der Wissenschaft und bei Nachrichten- und Kommunikationssatelliten verwendet werden – sie werden auch in Lenkflugkörpern verbaut. Am Standort Laupheim fertigt man zusammen mit Diehl Flugzeugkabinen für die zivile Luftfahrt. Überlingen ist der Hauptsitz von Diehl-Aerospace - dem Joint-Venture zwischen Thales und Diehl (49% zu 51%). Die Firma produziert u.a. für Airbus Kabinen und elektronische Systeme für Cockpits – darüber hinaus sind sie auch an den Rüstungsprogrammen „Typhoon“ und „A-400M“ beteiligt. Zu Diehl siehe den Eintrag bei Überlingen.



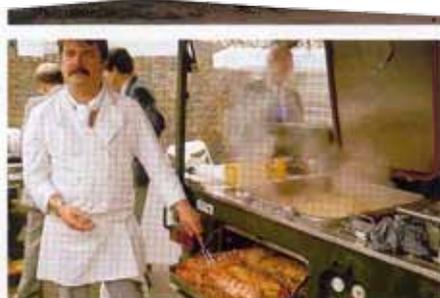
KÄRCHER FUTURETECH – Für eine bessere Welt von Morgen!

Mit diesem Slogan auf ihrer Firmenhomepage wirbt die Kärcher Futuretech GmbH mit Sitz in Schwaikheim bei Stuttgart für ihre Produkte im Bereich des ABC-Schutzes (Dekontaminationsgeräte und -mittel), der mobilen Wasseraufbereitung und Trinkwasserabfüllung, der Feldlagersysteme, der ABC-Schutzkleidung sowie der mobilen Verpflegung und Materialerhaltung. Futuretech ist eine Tochtergesellschaft der 1935 gegründeten Alfred Kärcher GmbH & Co. KG mit Hauptsitz in Winnenden, 20 Kilometer nordöstlich von Stuttgart. Das Familienunternehmen gehört mit über 7.400 Mitarbeitern in 47 Ländern mit einem Umsatz 2010

von 1,5 Mrd. Euro zu den Weltmarktführern bei Hochdruckreinigungsgeräten.

Die Kärcher Futuretech GmbH produziert und vermarktet laut Eigenangabe auf ihrer Homepage Produkte für den „speziellen Bedarf öffentlicher Auftraggeber, wie Bundeswehren, Feuerwehren, Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen.“ Ihre Produktpalette würde „gemeinsam mit den Verteidigungsministerien der führenden Nationen und deren Experten für eine weltweite Mission entwickelt: Friedenserhaltung und schnelle Hilfe für die Betroffenen nach einer Katastrophe“. Das Ziel der Firma sei es „der weltweit stärkste Leistungsträger im Bereich der Friedenssicherung und der Fürsorge nach Katastrophen“ zu werden, sowie zum „Weltmarktführer für ‚Professionelle Systeme für Friedenskräfte‘ aufzusteigen.“¹

Die Darstellung von Kärchers' Produktangebot ist dabei nicht nur auf die Unterstützung von Bundeswehr und Katastrophenhilfe in der Heimat beschränkt. „Vor dem Hintergrund zunehmender Terrorakte ist eine wirksame ABC-Abwehr von grundsätzlicher Bedeutung für die Streitkräfte sowie den Zivil- und Katastrophenschutz. Für unterschiedliche Bedarfsfälle entwickelt, produziert und liefert Kärcher Futuretech (...) Produkte an seine Kunden in aller Welt. Die rechtzeitige und wirksame Dekontamination von Personen, Panzern und anderen Fahrzeugen, Luft- und Wasserfahrzeugen, persönlicher Bewaffnung, Bekleidung und Ausrüstung sowie empfindlichem Gerät sichert



Kennen Sie die wichtigste »Waffe« jeder Armee?

Weitweit ist allen erfahrenen Kommandeuren klar, daß der gut motivierte Soldat die wichtigste »Waffe« einer modernen Armee ist. Die richtige Verpflegung sichert dessen Motivation und Einsatzbereitschaft und somit die Moral der ganzen Truppe. Ein täglich warmes, schmackhaftes Essen ist hierfür entscheidend! Sichern Sie sich die Moral Ihrer Truppe durch die neue von Kärcher entwickelte Taktische Feldküche TFK 250. Sie wurde

Kärcher der Spezialist für mobile Verpflegungssysteme, entwickelt, testet, erprobt und produziert zukunftsweisende Küchentechnik für den mobilen Einsatz bei Streitkräften, Zivil- und Katastrophenschutz und karitativen Organisationen.



Dunningen-Seedorf

JUNGHANS Microtec GmbH

Unterbergenweg 10, 78655 Dunningen-Seedorf

Junghans ist ein schwäbisches Unternehmen mit Erfahrungen in technischer Präzision – seit 140 Jahren werden hier Zünder und Patronen gefertigt. Junghans Zünder sind Bestandteil von Panzermunition und Raketenköpfen. Junghans ist Teil des Diehl-Konzerns, der in Baden-Württemberg noch weitere Standorte betreibt (siehe den Eintrag bei Überlingen) – ein weiterer Mit-eigentümer ist der französische Thales-Konzern (siehe den Eintrag bei Ditzingen).

Ehingen-Stetten

AVS Aggregatebau GmbH

Salemstr. 43, 89584 Ehingen-Stetten

Mit Stromaggregaten von AVS lässt sich die Versorgung mit Strom an fast jeden Ort sicher stellen. AVS benennt neben Stadtwerken und humanitären Organisationen auch das Militär als Kunden. Hier werden Sonderaggregate nach Kundenwünschen für Auslandseinsätze geliefert.

Eisligen

MAIBACH Industrie-Plastic GmbH

Steinbeisstr. 11, 73054 Eisligen

Die Produktpalette von Maibach umfasst Transportbehälter aus Plastik, die speziellen Anforderungen (be-

züglich Dichtigkeit und Belastbarkeit) gerecht werden. Darüber hinaus beschäftigt man sich mit Polster- und Halterungssystemen. In Maibach Transportbehältern werden Militärgüter - z.B. nach Afghanistan - transportiert.

Engen

allsafe JUNGFALK GmbH & Co. KG

Gerwigstr. 31, 78234 Engen

Jungfalk produziert Ladungssicherungssysteme unter anderem für Transportmaschinen der Bundeswehr.

Eningen

Vallon GmbH

Im Grund 3, 72800 Eningen

Vallon entwickelt und produziert Metall- und Sprengstoffdetektoren für den Einsatz beim Militär und den Sicherheitsbehörden z.B. an Flughäfen. Die Systeme werden unter anderem bei Minenräumungen eingesetzt. Hierfür hat Vallon zudem die Firma ForceWare gegründet, die komplette Minenräumungsausrüstungen inklusive aller Zubehörteile anbietet. Die Firma vertreibt auch komplette Checkpoints bei Straßensperren (vom Schutzschild bis zum Spiegel, den man unter das zu kontrollierende Auto schieben kann). ForceWare hat am ELROB-Wettbewerb 2008 teilgenommen (siehe im Teil zu Forschung).

Esslingen

J. Eberspächer GmbH & Co. KG

Eberspächerstr. 24, 73730 Esslingen

Der Verweis darauf, dass die eigenen Produkte vom Militär abgenommen werden, soll als Beleg für die hohe Qualität dienen. So argumentieren viele Unternehmen – auch Eberspächer. Kühlcontainer für „Profi-Anwender“ werden als so vielseitig und robust dargestellt, dass sie beim Militär eingesetzt werden können: „Hier überzeu-gen Kühlboxen als Sonderversionen in Feld- und Großküchen“, so heißt es auf der Webseite. Darüber hinaus verkauft man auch Fahrzeugheizungen, die in Militärfahrzeugen verbaut werden.

Ettlingen

Bruker Optik GmbH/Bruker BioSpin

Rudolf-Plank-Str. 27, 76275 Ettlingen

Die Firma Bruker produziert an zwei Standorten in Baden-Württemberg (Ettlingen und Karlsruhe). Der Standort Ettlingen entwickelt vor allem Spektrometer für den Einsatz in der Wissenschaft (u.a. für Luftuntersuchungen und in der pharmazeutischen Forschung). Spektro Sensoren für die Fernerkundung sind ebenfalls ein Produktbereich. Darüber hinaus produziert die Firma Bruker auch Analysegeräte für den Einsatz im militärischen Bereich z.B. auf chemische Kampfstoffe oder toxischer Industriechemikalien (Bruker Daltonics RAID-XP).

die Überlebensfähigkeit der betroffenen Truppe, Zivilbevölkerung, Polizei, Grenzschutz usw.“ Im Bereich der Feldlagersysteme wird besonders deutlich, dass diese direkt für die Gewährleistung militärischer Interventionsfähigkeit in globalen Konfliktgebieten angeboten werden. „Das Kärcher Futuretech Feldlager ist eine verlegbare militärische Einrichtung, die (...) Lebens- und Arbeitsbedingungen wie im Heimatland des Soldaten auch während längerer Auslandseinsätze bietet. Das Feldlager bildet die Basis für die kontinuierliche Einsatzbereitschaft, Durchhaltefähigkeit und Motivation der Soldaten unter extremen Klimabedingungen bei unzureichender Infrastruktur.“

Kärcher Futuretech befindet sich nach eigener Auskunft mit zwei Projekten – dem Water Bottling (Wasserabfüllung) und der CBRN Dekontamination – in Geschäften mit der US-Armee. Beide Projekte bezeichnet die Firma als „echte Erfolgsgeschichte“, mit denen sie auf dem Jahrestreffen der „Association of the United States Army“ (Vereinigung der Armee der Vereinigten Staaten) um neue internationale Kunden warb. Das Treffen stand unter dem Motto „America’s Army: The Strength of the Nation“ (America’s Armee: Die Stärke der Nation) und wurde im Oktober 2011 in Washington zusammen mit einer wehrtechnischen Messe abgehalten. Die Firma lieferte bereits Wasserabfüllanlagen für mehrere US-Stützpunkte in Afghanistan und konnte einen weiteren Auftrag der US-Armee für 811 M-26 Dekontaminationssysteme im Wert von elf Millionen Dollar verbuchen. Zuvor schon wurden im Rahmen eines Fünfjahresvertrages mehr als 5.000 dieser Systeme bestellt. Diese seien „bei der US Army, dem US Marine Corps und der US Navy im weltweiten Einsatz

eingeführt worden.“ Kärcher Futuretech betont dabei besonders ihre Fähigkeit „gewerbliche Hochdruckreinigungssysteme geschickt zu modifizieren, so dass sie militärischen Dekontaminationsanwendungen gerecht werden.“ Mit der Bereitstellung dieser Anlagen und Systeme ist Kärcher indirekt am Krieg der US-Armee in Afghanistan beteiligt.

Kärcher umwirbt den militärischen Markt mit Anzeigen in Militärzeitschriften, Auftritten auf internationalen Messen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (z.B. IDEX in Dubai) und indem ausländische Militärattachés regelmäßig nach Winnenden zu Vorführungen eingeladen werden.

www.karcher-futuretech.com

Anmerkungen

- 1 Alle Zitate sind der Homepage der Firma entnommen: <http://www.karcher-futuretech.com/>

HINWEIS

CIMIC

Zum Komplex Zivil-Militärischer Zusammenarbeit sei auf folgende kurze Studie als Einstieg verwiesen:

Zivil-militärische Zusammenarbeit

CIMIC als Legitimations- und Effektivierungsinstrument deutscher Kriegspolitik

von Tobias Pflüger

www.imi-online.de: Ausdruck 2/2005

Freiburg

Northrop Grumman LITEF GmbH

Lörracher Str. 18, 79115 Freiburg

Das Unternehmen entwickelt und produziert Navigationssysteme für den breiten Einsatz in Fahrzeugen und Raketen. Mit Stabilisierungs- und Positionssensoren werden unter anderem landwirtschaftliche Fahrzeuge oder führerlose Transportfahrzeuge auf der Spur gehalten und mit entsprechenden Navigationscomputern ganze Schiffe. Diese Systeme werden aber auch - dank einer guten Anbindung an den Mutterkonzern Northrop - in Schiffe der Kriegsmarine, in Panzer, Kampf- und Transportflugzeuge, Hubschrauber sowie Drohnen und Lenkflugkörper eingebunden. Nach Aussage ihrer Homepage macht der militärische Anteil am Geschäft ca. 45% aus.

Friedrichshafen/Immenstaad

Cassidian Electronics /EADS

Claude-Dornier-Str., 88090 Immenstaad

Der Standort produziert Elektronik für Flugzeuge und Radaranlagen, darüber hinaus sind mobile Systeme in der Fertigung. Cassidian ist die Rüstungssparte des EADS-Konzerns. Siehe auch den Eintrag zu EADS/Daimler bei Stuttgart.

Infoterra, Astrium/ EADS

Claude-Dornier-Straße, 88090 Immenstaad

Infoterra tritt als Verkaufsgesellschaft für Satellitenbilder in Erscheinung vermarktet aber auch Monitoring-

dienste für die Sicherheit und Verteidigung. Das Produktspektrum reicht von militärischer Kartierung und Erstellung von „Opportunity Maps im Zusammenhang mit regionalen Krisen“ bis hin zur Langzeitbeobachtung von sicherheitsrelevanten Einrichtungen. Siehe auch den Eintrag zu EADS/Daimler bei Stuttgart.

Astrium /EADS

Claude-Dornier-Straße, 88090 Immenstaad

Neben der Vermarktungsfirma Infoterra ist Astrium am Bodensee auch mit der Entwicklung und Fertigung von Wettersatelliten und Sonden für die Forschung vertreten. Ob hier auch entsprechende Satelliten nach militärischen Spezifikationen gebaut werden, ist nicht sicher. Siehe auch den Eintrag zu EADS/Daimler bei Stuttgart.

Matrium GmbH

Graf-von-Soden-Str., 88090 Immenstaad

Der Logistiker Matrium ist als Vertragspartner für MTU-Friedrichshafen u.a. für den weltweiten Versand von Ersatzteilen zuständig. Matrium arbeitet auch für Cassidian (EADS) und EURO-ART International und damit für zwei Hersteller aus der Waffen- und Sicherheitsindustrie, für die er jeweils Logistikaufgaben wahrnimmt. Weitere Standorte des Unternehmens sind Ulm und Überlingen.

ND SatCom Defence GmbH / ND SatCom GmbH

Graf-von-Soden-Str., 88090 Immenstaad

Die ND SatCom Defence GmbH spielt international eine wichtige Rolle für militärische Anwendungen

in der Satellitenkommunikation. Als Tochtergesellschaft der ND SatCom AG liefert das Unternehmen Satellitennetzwerkklösungen an militärische und staatliche Organisationen weltweit.

Friedrichshafen

Avitech AG

Bahnhofsplatz 1, 88045 Friedrichshafen

Avitech ist eine Firma, die sich auf die Bereitstellung von Software für die Flugüberwachung spezialisiert hat. Neben Systemen, die im Tower eines Flughafens Anwendung finden, werden auch Systeme für das Informationsmanagement von Flug- und Kommunikationsdaten bereitgestellt. Zu den Kunden von Avitech gehören neben zivilen Behörden auch einige militärische Einrichtungen.

Liebherr-Aerospace Lindenberg GmbH

Adelheidstr. 40, 88046 Friedrichshafen

Der für seine zivilen Produkte bekannte Liebherr-Konzern bringt sein Fachwissen auch im militärnahen Bereich ein und fertigt Teile und Baugruppen für Luftfahrzeuge und Hubschrauber auch für das Militär (Kunden sind EADS, Eurocopter, NH-Industries, RUAG, Israel Aircraft Industries). Einer der Standorte, für die eine solche Produktion festzustellen ist, ist Friedrichshafen. Liebherr liefert überdies die mobilen Kräne des Heeres als Abwandlungen aus seinem zivilen Programm (Produktionsstandort ist dann Ehingen).



MTU-Friedrichshafen

MTU-Friedrichshafen ist ein Hersteller von Dieselmotoren und Antriebssystemen sowohl für zivile als auch militärische Fahrzeuge. Dieses Unternehmen ist seit 2006 Kernunternehmen der Unternehmensgruppe Tognum, nachdem es von der DaimlerCrysler AG verkauft worden war. Inzwischen allerdings hält die DaimlerAG gemeinsam mit Rolls-Royce fast 99% der Tognum-Aktien.¹

Der Homepage des Unternehmens ist zu entnehmen, dass Motoren sowohl für militärische Fahrzeuge (explizit genannt sind Kampfpanzer, Erkundungs- und Patrouillenfahrzeuge, Artilleriefahrzeuge, Sonderfahrzeuge, Schützenpanzer und Mannschaftstransporter) als auch für militärische Schiffe und Behördenschiffe (Patrouillenschiffe und -boote, Korvetten, Fregatten und Zerstörer, U-Boote, Spezialschiffe und Minenabwehrschiffe) hergestellt werden. Werden militärische Fahrzeuge, die mit MTU-Motoren laufen, exportiert, so gelten die Rüstungsexportrichtlinien, wie beispielsweise beim geplanten Verkauf von 200 Leopard II Panzern nach Saudi-Arabien. Dies ist nicht der Fall, wenn die Motoren einzeln exportiert werden, auch wenn sie dann im Empfängerland in militärische Fahrzeuge eingebaut werden. Da gilt

dann in der Regel keine Genehmigungspflicht, da es sich bei diesen Komponenten der Bundesregierung zufolge nicht um Waffen handelt, auch wenn die Motoren für Militärfahrzeuge geliefert werden.² So konnte MTU ohne Genehmigung Motoren in die Ukraine verkaufen, wo diese wiederum in Panzer eingebaut und anschließend nach Thailand exportiert wurden.³

Über 10.000 Einheiten für militärische Schiffe seien dem Unternehmen zufolge seit 1950 an beinahe alle Marinen dieser Welt ausgeliefert worden. Im Bereich der U-Boot-Antriebe sei MTU seit Jahrzehnten führend: Weltweit seien die meisten konventionellen U-Boote MTU-motorisiert. Motoren für militärische (Land-)Fahrzeuge seien an „anspruchsvolle militärische Kunden“ in über 20 Ländern der Welt verkauft worden.

www.mtu-online.com

Anmerkungen

- 1 Übernahme von Tognum ist perfekt, Handelsblatt, 16.11.2011.
- 2 Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die LINKE: Rüstungsexporte deutscher Motoren und Getriebe, BT-Drs. 17/5272, 25.03.2011.
- 3 MTU Friedrichshafen, <http://www.waffenvombodensee.com>.

MTU-Schiffsmotoren für die Kriegsflotten der Welt

Land	Art +Anzahl	Finnland	Korvette: 1; P-boot: 5; Minenleger: 1	Kroatien	P-boot:1	Südafrika	U-boot: 1; Fregatte: 1
Ägypten	Patrouillenboot: 2	Georgien	P-boot: 1	Malaysia	Fregatte: 1; Korvette: 1	Sudan	P-boot: 1
Argentinien	Unterseeboot: 2	Griechenland	U-boot: 2; Fregatte: 1	Marokko	Fregatte: 1; P-boot: 2	Südkorea	U-boot: 2; Zerstörer: 2; Korvette: 1; Fregatte: 1; P-boot: 2
Australien	Fregatte: 1	Honduras	P-boot: 1	Myanmar	P-boot: 4	Taiwan	P-boot: 2
Bahrain	Korvette: 1; P-boot: 1	Indien	U-boot: 1	Nigeria	Fregatte: 1	Thailand	Flugzeugträger: 1; Fregatte: 2; Korvette: 2
Bangladesch	P-boot: 2	Indonesien	U-boot:1; Fregatte: 2; P-boot: 3	Oman	P-boot: 1	Tunesien	P-boot: 1
Brasilien	U-boot: 2; Fregatte: 1; Korvette: 2; P-boot:2	Iran	P-boot: 1	Pakistan	U-boot: 1; P-boot: 1	Türkei	U-boot: 2; Fregatte: 1; P-boot: 3
Brunei	P-boot: 1	Israel	U-boot: 1; Korvette: 1; P-boot: 4	Peru	U-boot:1	VAE	Korvette: 2; P-boot: 1
Chile	U-boot: 1; P-boot: 4	Jordanien	P-boot: 1	Philippinen	P-boot: 2	Venezuela	U-boot: 1; Fregatte: 1; P-boot 2
China	U-boot: 1; Zerstörer: 4; Fregatte: 2	Kasachstan	P-boot: 1	Portugal	U-boot: 1; Fregatte 1		
Ecuador	U-boot: 2; Korvette: 1; P-boot: 1	Kolumbien	U-boot: 1; Korvette: 1; P-boot: 3	Katar	P-boot: 2		
Estland	Minenleger: 1			Saudi Arabien	Korvette: 1; P-boot: 1		
				Singapur	Korvette: 1; P-boot: 2		

Quelle: <http://www.wir-kaufen-keinen-mercedes.de/dokumente/Dokumentation-Tognum-Ruestungsprodukte-April-2010.pdf>

MTU Friedrichshafen GmbH

Maybachplatz 1, 88045 Friedrichshafen

MTU-Friedrichshafen ist ein Hersteller von Dieselmotoren und Antriebssystemen sowohl für zivile als auch militärische Fahrzeuge. Das Unternehmen ist Teil der Unternehmensgruppe Tognum, die wiederum einem Konsortium von Daimler und Rolls-Royce gehört. Dem Internetauftritt des Unternehmens ist zu entnehmen, dass Motoren sowohl für militärische Fahrzeuge (z.B. Kampfpanzer wie Leopard I und II, Erkundungs- und Patrouillenfahrzeuge, Artilleriefahrzeuge, Sonderfahrzeuge, Schützenpanzer und Mannschaftstransporter) als auch für militärische Schiffe und Behördenschiffe (Patrouillenschiffe und -boote, Korvetten, Fregatten und Zerstörer, U-Boote, Spezialschiffe und Minenabwehrschiffe) hergestellt werden.

Zeppelin Mobile Systeme

Siehe den Eintrag bei Meckenbeuren.

ZF Friedrichshafen AG

88038 Friedrichshafen

Der Automobilzulieferer ZF ist ein weltweit agierender Konzern, der sich auf Antriebs- und Fahrwerkstechnik spezialisiert hat. Neben der zivilen Sparte entwickelt und baut ZF auch Antriebsaggregate für Panzer und gepanzerte Wagen, sowie Antriebe für Hubschrauber. Im Geschäftsbericht 2010 verweist man darauf, dass die Produktion für das Militär Umsatzeinbußen in anderen Bereichen aufgefangen habe, ja sogar noch Steigerungen möglich geworden sind - wie z.B. bei der Instandhaltung und Prüfung von Hubschrauberantrieben. Oder, wie es im Geschäftsbericht 2009 steht: „Die Strategie, sich als militärischer Gesamtdienstleister zu etablieren, verzeichnete im Bereich der Modifikationen und der Ersatzteilfertigung weitere Erfolge beim Kunden BWB [Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung].“ ZF ist als Konzern mit einer ganzen Reihe von Hochschulen verbandelt und finanziert dort Forschung sowie Stipendien und Abschlussarbeiten.

Göppingen

T-Systems International GmbH

Salamanderstr. 25-31, 73035 Göppingen

Telekom ist als „T-Systems“ Großkunden-Dienstleister. Dabei wurde auch eine Sparte „Innere und Äußere Sicherheit“ gebildet, die spezielle Lösungen im Kommunikations- und Netzbereich anbietet. So gehören Überwachungssysteme genauso dazu wie „Führungs- und Waffeneinsatzsysteme“. Zitat von der Webseite: „T-Systems entwickelt in enger Kooperation mit den Auftraggebern leistungsfähige ICT-Lösungen für den Führungs- und Waffeneinsatz. Sie sorgen beispielsweise dafür, dass bislang getrennte Systeme und Netze an Bord eines Kampfschiffes in einem Gigabit-schnellen Glasfasernetz zusammengefasst werden.“ Niederlassungen von T-Systems in Baden-Württemberg sind in Göppingen, Leinfelden-Echterdingen, Weingarten und Stuttgart.

Green IT – White IT - Das saubere Geschäft mit Software

Mit SAP hat eines der größten Software-Unternehmen der Welt seinen Sitz im beschaulichen Walldorf südlich von Heidelberg. Schon 2005 entschied sich die Bundeswehr dafür, sich bestimmte Softwarelösungen von SAP entwickeln zu lassen. Im Prospekt der SAP klingt das dann so: „*Auf der Basis von SAP NetWeaver Business Intelligence und SAP Strategic Enterprise Management entwickelt die Bundeswehr mit Hilfe von SAPSoftware ein bundeswehrweites Informationssystem, das alle Führungsebenen verknüpft und harmonisierte Informationen aus allen Bereichen ebenengerecht zur Verfügung stellt. Diese Informationen unterstützen schnelle und kompetente Entscheidungen in allen Bereichen.*“¹

Was hier als technische Innovation daher kommt, hat unmittelbare Folgen für die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr: mit der Software soll es gelingen, Personal und Material effektiv zu steuern und bereitzustellen. Und doch macht man noch eine Unterscheidung in weiße und grüne IT – weiß für all jene Prozesse, die nicht unmittelbar mit dem Kampfgeschehen zu tun haben, und grün für all jene Software, die im Zusammenhang mit den unmittelbaren Einsatz von Soldaten verwendet wird.

High-tech ist heute Bestandteil aller Kriege weltweit und dies nicht nur in Form von Mikrochips, sondern vor allem in Form von Programmen, die für den jeweiligen Einsatz zugeschnitten werden. Steuerungssoftware für Lenkwaffen oder Zielerfassung, Verschlüsselungstechnologien und auch solche zur Decodierung von verschlüsselten Daten, Steuerungssoftware für Drohnen und die automatische Auswertung von Lagebildern durch andere Computerprogramme sind nur einige Beispiele. Moderne Software macht es überhaupt erst möglich, dass Kriege von weit entfernten Kommandoständen in Europa gesteuert werden können – mit Livebildern und zusätzlicher Satellitenüberwachung. Der Feldherrenhügel ist heute ein Platz vor zehn Bildschirmen: Krieg wird zu einem Videospiel - jedoch nur für die Intervenierenden.

In der IT-Szene fehlt es nicht an Debatten über den Schutz von Daten und der persönlichen Identität, aber es fehlt oftmals an der Sensibilität demgegenüber, was ein „Kunde“ damit bezweckt: Kostenreduktion ist nur ein Element des Bundeswehrinteresses an SAP-Software, ein anderer ist Kampfkraftsteigerung.

Auch hier lässt sich feststellen, dass der erweiterte Sicherheitsbegriff negative Auswirkungen auf den Alltag eines jeden Einzelnen hat. Unter dem Deckmantel von Forschung für die „zivile“ Sicherheit werden Programme z.B. zur Auswertung von Videoaufnahmen von Überwachungskameras entwickelt, die die Erfassung auffälliger Verhaltensweisen erlauben. Eingesetzt wird die Software dann dort, wo es den Bedarf gibt, aus großen Datenmengen schnell die Elemente zu selektieren, die für weitere Entscheidungen notwendig sind: oftmals beim Militär. In den USA wird solche Forschung konsequenter Weise vom Militärstellen wie z.B. der DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency)² befördert – in Europa gibt man solchen Forschungsprogrammen einen zivilen Anstrich, entwickelt sie aber mit und für Rüstungsunternehmen.

Einige der Unternehmen, die sich mit der GreenIT auseinandersetzen und für die Bundeswehr spezielle Lösungen entwickeln, sind im Branchenverband AFCEA Bonn e.V. (Anwenderforum für Fernmeldetechnik, Computer, Elektronik und Automatisierung) zusammengeschlossen – ein Verband, der praktischer Weise von einem Generalmajor geleitet wird. Mit SAP, Connet, Atos, IBM, Berner&Mattner sind nur einige IT-Unternehmen angesprochen, die Niederlassungen in Baden Württemberg haben.

Anmerkungen

- 1 <http://www.sap.com/germany/industries/defense-security/customer-success/index.epx>
- 2 Siehe als Einstieg z.B. den Radiobericht NDR 10.3.2012 Streitkräfte und Strategie. http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesendemanuskript343.pdf

Heidelberg

Rockwell Collins

Grenzhöfer Weg 36, 69123 Heidelberg

Rockwell Collins Deutschland ist ein Teil der amerikanischen Firmengruppe Rockwell Collins, die sich auf Luftfahrtelektronik im weitesten Sinne spezialisiert hat. Neben Navigationssystemen und Kabinensystemen für die zivile Luft- und Raumfahrt ist jedoch die Bereitstellung von Navigations- und Zielsystemen für das Militär das Hauptgeschäft für Rockwell Collins. Die deutsche Abteilung beschäftigt ca. 600 Mitarbeiter, produziert Stabilisierungskomponenten für Satelliten und vertreibt die komplette Palette des Unternehmens. Insbesondere bei der Entwicklung von Raketenkontrollsystemen des Tornado, Systemkomponenten des Eurofighter „Typhoon“, der CH-53GA-Hubschrauber und von Drohnen ist das Haus beteiligt. Rockwell Collins liefert die Elektronik für „intelligente“ Bomben und Granaten.

Heilbronn

AIM INFRAROT-MODULE GmbH

Theresienstr. 2, 74072 Heilbronn

Als Hersteller von Wärmebildgeräten für den Einsatz in See-, Luft- und Landfahrzeugen sowie in Handfeuerwaffen, Drohnen und Lenkflugkörpern bedient AIM vor allem militärische Kundschaft. Produktionsstandorte sind Heilbronn und Ulm. Verbaut werden die Module unter anderem von den Firmeneignern Diehl Defense und Rheinmetall in Panzer und Kanonen, aber auch in Kampfhubschraubern zur Aufklärung oder Zielerfassung. Die zivile Nutzung der Module selbst ist auch möglich (z.B. in der Industrie aber auch im Umweltschutz), doch selbst ihre Imagebroschüre verzichtet darauf, ein konkretes Beispiel zu gebildern, dafür sind Drohnen, Gewehre und Militärhubschrauber in ausreichender Fülle vorhanden. AIM ist Teil des Rheinmetall-Konzerns, der noch an den Standorten Neuenburg, Oberndorf und Stockach anzutreffen ist.

Siehe auch den Eintrag zu Rheinmetall bei Neuenburg. Zu Diehl siehe den Eintrag bei Überlingen.

Ilsfeld

König Komfort- und Rennsitze GmbH

Steinbeisstraße 5, 74360 Ilsfeld

König baut Sitze, die unter anderem in Produkten des Panzerherstellers Kraus Maffei Wegmann verbaut werden. Als Spezialsitzhersteller stattet er aber z.B. auch die Deutsche Bahn aus und entwickelt Lösungen für Krankenwagen und den Rennsport. Die Firma tritt auf internationalen Waffenschau wie der Eurosatory mit einem eigenen Stand auf.

Karlsruhe

Bruker AXS GmbH

Östliche Rheinbrückenstr. 49, 76187 Karlsruhe

Bruker AXS ist Teil der Bruker Gruppe und produziert an zwei Standorten in Baden-Württemberg (Karls-



Gewerkschaften und Rüstung

Gemeinsame Sache mit dem Tod?

Neben Bayern und der Küstenregion gibt es in Deutschland heute wohl kaum eine Region, die mehr Rüstungsbetriebe vorweist, als am Rande der „Freudenträne Gottes“ - am Bodensee. Hier ist sie wohl gelitten, denn wer am Bodensee jenseits des Tourismus, der Gesundheitsindustrie oder in den Verwaltungen sein Geld verdient, der arbeitet in einem der großen Rüstungsbetriebe am „See“. Er gehört damit zu den bestbezahlten abhängig Beschäftigten in der Region. In den siebziger Jahren war ich selbst gleichzeitig Zahnrad und Sand im dortigen Rüstungsgetriebe. Über ein Dutzend größerer Rüstungsfirmen entwickeln und produzieren am Bodensee z.B.: Diehl Defence, Cassidian, die Rüstungstochter des Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS, Tognum und MTU. Und mindestens so bekannt ist auch die Zahnradfabrik Friedrichshafen (ZF), in der auch ich arbeitete. Weltweit kennt man ZF als Automobilzulieferer. Dabei gibt es im Unternehmen die Sparte „Sonder-Antriebstechnik“. Unter diesem Tarnnetz versteckt sich das Produktsegment Militärfahrzeuge. Der Wohlstand am Bodensee ist verzahnt mit den Rüstungsbetrieben. Ihre höchst profitable Situation wird von den Ankündigungen der Bundesregierung, den Verteidigungsetat zu kürzen, nur unwesentlich tangiert. Es sieht hier am See gegenwärtig nicht so aus, als wären die Arbeitsplätze in der Rüstung in Gefahr.

Subjektives

Auch deshalb machen sich derzeit allzu wenige Kollegen, die in der Rüstungsindustrie arbeiten, Gedanken über die moralische und soziale Seite der Rüstungsproduktion. Zwei Beispiele:

H. F. war in seiner Freizeit Hilfsprediger einer Freikirche. Beruflich war er einige Zeit Leiter der Flugzeugsimulation bei Dornier in Friedrichshafen/Immenstaad und wirkte an

der Entwicklung des Cockpits des Kampfflugzeugs Alpha-jet mit. Gegenüber der Presse erklärte er vor Jahren: „Wenn man an der Waffe arbeitet, trennt man zwischen Treibsatz und Sprengsatz, und so kann man immer weiter unterteilen, bis das eigene Teil dann einwandfrei ist.“

Der Ingenieur G. R. arbeitete über 40 Jahren bei Maybach/MTU im zivilen Bereich. Kurz vor der Rente ließ er sich versetzen, um den Motor des neuen Schützenpanzers Puma zu optimieren. Er suchte für sich, wie er sagte, „noch mal eine Herausforderung“ Was denkt ein Hochqualifizierter wie er, wenn er von immer neuen Todesopfern im Irak oder Afghanistan hört, über die Rüstungsproduktion? R.: „Wenn ich im Fernsehen die Bilder sehe, dann weiß ich: Unsere Soldaten in Afghanistan brauchen das. Da habe ich kein schlechtes Gewissen“.

Das Argument Arbeitsplätze

Ein wesentliches Argument zur Verteidigung von Rüstung lautet jedoch: Es geht um Arbeitsplätze, gar noch um qualifizierte, gut bezahlte Arbeitskräfte ... und um einen Sektor mit oftmals gutem gewerkschaftlichem Organisationsgrad.

Auf den ersten Blick wirken die offiziell genannten Zahlen in diesem Sinn beeindruckend: Allein 20.000 inländische Arbeitsplätze sollen direkt von der Produktion des Kampfflugs Eurofighter abhängig sein. Für das Militärtransportflugzeug A400M werden 7000, für den Schützenpanzer Puma 4000 und im Fall der Fregatte F125 rund 1100 Arbeitsplätze genannt. Nach Angaben der Regierung wurden seit 2002 und bis 2010 Aufträge im Wert von 32,2 Milliarden Euro für militärische Beschaffungen oder für die Entwicklung und Erprobung von Waffensystemen erteilt. Die deutschen Rüstungskonzerne setzen rund 16 Milliarden Euro um, wovon ungefähr 70 Prozent aus dem Export kommen.

ruhe und Ertlingen, siehe auch Eintrag dort). Bruker AXS baut Geräte für die Werkstoffanalyse.

COMSOFT GmbH

Wachhausstr. 5a, 76227 Karlsruhe

Comsoft ist der Produzent des militärischen Radardatennetzes der Bundeswehr (MilRADNET), liefert aber auch an eine Reihe von Rüstungsunternehmen weltweit. Hauptkunden sind jedoch zivile Stellen, wie die Deutsche Flugsicherung oder die Flugsicherungen fast aller europäischen Staaten.

Kirchheim

AUTOFLUG Steuerungs- und SensorTechnik

GmbH

Wolf-Hirth-Str. 7, 73230 Kirchheim

Autoflug ist in zwei großen Bereichen tätig – der Mess- und Sensortechnik für Fahr- und Flugzeuge sowie der Sicherheitstechnik. Im ersten Bereich, der eine Fertigung in Baden-Württemberg erfährt, werden vor allem kreiselgestützte Sensoren entwickelt, die z.B. bei der Stabilisierung von Fluggeräten benötigt werden, aber auch Sensoren für den Stand von Treibstoff werden

gefertigt. Darüber hinaus produziert man auch Spezialverkabelungen für zivile und wehrtechnische Kunden. Der zweite Bereich ist vor allem die Ausrüstung von Hubschraubern, Transportmaschinen und Panzern mit Sitzen sowie der Fertigung von Sicherheitsanzügen für militärische Jetpiloten. Darüber hinaus werden auch Fallschirme produziert. Hauptsitz ist in Rellingen in Schleswig-Holstein.

Konstanz

ATM Tec-Knowledge/ATM ComputerSysteme GmbH

Max-Stromeyer-Str. 116, 78467 Konstanz

„Ihr“ Ansprechpartner für die mobile militärische Datenverarbeitung hat sich auf das Zusammenstellen und Anpassen von (zivilen) Computerkomponenten für den militärischen Bedarf spezialisiert. ATM liefert die passende Software, um die Komponenten unter anderem im Bereich der Kommunikation zu betreiben und mit bestehenden Systemen kompatibel zu machen. Als Teil von Krauss-Maffei-Wegmann ist sichergestellt, dass die Produkte der ATM in Militärfahrzeugen und mobilen Führungsständen weltweit verbaut werden.

Korntal-Münchingen

Thales Deutschland

Lilienthalstraße 2 70825 Korntal-Münchingen

Zu Thales siehe den Eintrag bei Ditzingen.

Lampoldshausen

Astrium (EADS)

Langer Grund, 74239 Lampoldshausen

Astrium gehört zum EADS-Konzern. In Lampoldshausen werden Triebwerke und Düsen für Satelliten gefertigt. Astrium hat eine stark ausgeprägte militärische Sparte, die von Satellitenkommunikation für die Truppe im Einsatz bis zur Entwicklung und Bereitstellung militärischer Satelliten reicht. Siehe auch den Eintrag zu EADS/Daimler bei Stuttgart und zu Infoterra bei Friedrichshafen/Immenstaad. Mit Tesat hat eine Tochterfirma von Astrium ihren Sitz in Backnang. In unmittelbarer Nachbarschaft befindet sich das DLR (siehe unter Forschung).

Insgesamt arbeiten in den deutschen Rüstungsbetrieben rund 80.000 Beschäftigte. Im Durchschnitt erarbeitet also jeder Beschäftigte 200.000 Euro im Jahr.

Natürlich ist jede Art Rüstungsproduktion unverantwortlich und aus moralischen und sozialen Gründen abzulehnen. Das gilt auch dann, wenn es sich um einen übermächtigen Wirtschaftsfaktor handeln würde. Doch es handelt sich nicht um einen solchen. Wenn in den Gewerkschaften für den Rüstungssektor mit dem Argument „Arbeitsplätze“ geworben wird, dann entweder aus Ignoranz, also Unkenntnis, oder es stecken andere Gründe dahinter. Der gesamte Umsatz der deutschen Rüstungsproduktion in Höhe von 16 Milliarden Euro macht gerade mal einen Anteil von 0,64 Prozent am deutschen Bruttoinlandsprodukt von 2500 Milliarden Euro aus. Die genannten 80.000 Beschäftigten entsprechen bei insgesamt 28,5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einem Anteil von 0,28 Prozent. Auch dies ist gesamtwirtschaftlich betrachtet eine marginale Größe. Und die Produktivität? In der Deutschen Tabakindustrie arbeiten beispielsweise heute noch etwa 10.000 Beschäftigte. Der Umsatz dieser Branche liegt bei 20 Milliarden Euro. Das sind mit zwei Millionen Euro pro Beschäftigten rund zehn Mal mehr als in der Rüstungsindustrie. Zynisch könnte man die Todesopfer, die Rüstung mit sich bringt, mit den 40.000 Rauchertoten pro Jahr in ein Verhältnis setzen, um eine spezifische Form „tödlicher Produktivität“ zu errechnen und zu vergleichen.

Auch die Dynamik der Beschäftigung im Rüstungssektor sieht völlig anders aus, als gemeinhin dargestellt. 1990 gab es auf deutschem Boden noch 400.000 Beschäftigte in der Rüstungsbranche; in den alten Bundesländern 280 000 und in den neuen Bundesländern 120.000. Heute sind es 80.000. Das entspricht einem Fünftel des 1990er Niveaus.

Langenargen-Bierkeller

AC&S GmbH

Friedrichshafener Str. 149-151, 88085 Langenargen-Bierkeller

Als Bestandteil der ESG-Group (siehe den Eintrag bei Sindelfingen) hat sich AC&S (Aerospace Consulting & Services) als Systemzulieferer für die Luftfahrtindustrie spezialisiert. Zu den vielen Projekten, an denen man in Langenargen beteiligt ist, gehören die Airbus Projekte A310 MRTT und A400 M, aber auch der Tiger, NH 90 und andere Eurocoptermodelle. Sie sind ebenfalls in die Entwicklung des Waffensystems des Eurofighter integriert.

Laupheim

Diehl Aircabin GmbH

Am Flugplatz, 88471 Laupheim

Das Joint-Venture zwischen den Rüstungskonzernen Diehl (siehe Eintrag bei Überlingen) und Thales (siehe Eintrag bei Ditzingen) produziert Flugzeugkabinen vor allem für den zivilen Bereich.

W. Piekenbrink GmbH

Vorholzstr. 40, 88471 Laupheim

Als Zulieferer von Form- und Composit-Teilen bedient das kleine Unternehmen auch Kunden aus dem Rüstungsbereich wie Eurocopter, EADS und Diehl. Es wirbt auf seiner Webseite u.a. mit einem Bildchen vom Kampfwagen Boxer.

Leinfelden-Echterdingen

T-Systems International GmbH

Fasanenweg 5, 70771 Leinfelden-Echterdingen

Siehe Göppingen: T-Systems.

Leonberg

AXON Kabel GmbH

Hertichstr. 23, 71229 Leonberg

Als Zulieferer mit technologischen Kompetenzen in nur einem Segment ist Axon nicht primär auf die Wehrtechnik ausgerichtet, sondern bedient ein breites Feld unterschiedlicher Firmen mit seinen Produkten. Nichts destotrotz entwickelt Axon Stecker und Spezialkabel speziell für die Wehrtechnik – sie kommen dann

Gewerkschaften pro Rüstung

Trotz dieser klaren Fakten entwickelten sich gerade in jüngerer Zeit in den Gewerkschaften Positionen zugunsten der Rüstungsbranche. Schon 2005 wurde in einer Studie der Hans Böckler - Stiftung zur Sicherung von Arbeitsplätzen die *Ausweitung der staatlichen Exportförderung für Rüstungsgüter* gefordert. Dort hieß es: „Da der Staat der privaten Industrie heute kaum noch eine Bestandsgarantie geben kann, ist der Export zur Sicherung der erforderlichen Mindestkapazitäten umso notwendiger.“ Die IG Metall verspricht sich von den wachsenden deutschen Rüstungsexporten neue Jobs bzw. mindestens deren Erhalt. „Wir für die Marine“ stand z.B. auf einem Transparent mit IG Metall-Logo, auf einem anderen: „Kiel braucht die Marine, die Marine braucht Kiel“. Auch die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di steht offiziell hinter „unserer“ Truppe. „Die Bundeswehr ist Teil unserer demokratischen Gesellschaft“. Mit diesen Worten distanzierte sich der Vorsitzende Frank Bsirske von Protesten aus den eigenen Reihen gegen eine Rekrutenwerbung beim Hesttag 2011. „Es ist für ver.di selbstverständlich, dass für den Eintritt in die Bundeswehr auch geworben wird“, so Bsirske. Auf dem letzten ver.di-Bundeskongress im September 2011 kam es dann aber doch zu einer Diskussion über den Umgang mit der Bundeswehr. Zahlreiche Delegierte forderten einen Beschluss, wonach man jegliche Beteiligung der Bundeswehr an kriegerischen Auseinandersetzungen ablehne. Andere Delegierte konterten, dies sei inakzeptabel, weil damit die Bundeswehr an sich in Frage gestellt werde. Achim Meerkamp, der im Bundesvorstand für die Beschäftigten bei der Bundeswehr zuständig ist, argumentierte schließlich, ein solcher Beschluss würde „die Arbeitsplätze vieler Mitglieder“ bedrohen. Am Ende gab es den folgenden Kompromiss: „Ver.di setzt sich dafür ein, dass die Bundeswehr ausschließlich der

in militärischen Fahrzeugen und Kommandoständen zum Einsatz.

Lichtenau

LS telecom AG

Im Gewerbegebiet 31-33, 77839 Lichtenau

LS telecom hat sich auf Software und Systeme zum Management von Funkfrequenzen spezialisiert und bietet in diesem Rahmen auch Produkte für das Militär an (Aufklärung, Frequenzmanagement).

roda computer GmbH

Landstr. 6, 77839 Lichtenau

Roda hat sich auf die Entwicklung und Produktion von Computern für den Einsatz in Kampfbedingungen spezialisiert. Ihre Tablett-PCs finden Verwendung in fast allen Kampffahrzeugtypen der Bundeswehr (Dingo, Puma, Leopard, Boxer, etc.), spezielle Handheldcomputer hat man für den Infanterist der Zukunft entwickelt, und große Displays finden ihren Einsatz in den Feuerleitstäben.



Landesverteidigung dient. Auslandseinsätze sind vom Parlament zu beschließen und auf humanitäre Blauhelm-Einsätze im Rahmen der UNO-Charta zu begrenzen“. Beim Thema Rüstungsexport wurde man konkreter: „Ver.di fordert, dass die Bundesrepublik Deutschland den Export von Waffen durch eine gesetzliche Präzisierung stoppt.“

Nun kann sich ver.di eine Forderung eher erlauben; die Rüstungsindustrie tangiert ihren eigenen Organisationsbereich weniger als denjenigen der IG Metall. Ver.di hat vor allem Mitglieder unter den Zivilbeschäftigten der Bundeswehr.

Auf dem IG Metall-Kongress im Oktober 2011 forderten die Delegierten, „eine klare Positionierung gegen Krieg und für Abrüstung“. Doch die Debatte wurde vom Vorsitzenden Bertold Huber höchstpersönlich rasch unterbunden. Huber gab von sich, er sei dagegen, dass sich die IG Metall von der Diskussion in der Rüstungsindustrie „abkoppelt“, die immerhin 80.000 Arbeitsplätze stelle. Wie der IG Metall-Vorstand insgesamt in dieser Frage „tickt“, illustriert anschaulich die IGM-Broschüre „Perspektiven der deutschen militärischen Schiffsbaukapazitäten im europäischen Kontext“. Der hauptverantwortliche Kollege für diesen Bereich war Kai Burmeister, zuständig für den beim Vorstand angesiedelten Arbeitskreis „Wehrtechnik und Arbeitsplätze“. In dieser Struktur sind etliche Betriebsräte aus der Rüstungsindustrie aktiv. In der Broschüre wird festgestellt, dass „Rüstung den Export fördert.“ Es wäre eine große Chance, dass „einige Schwellenländer milliardenschwere Beschaffungen von Marineeinheiten“ pflanzen. Die „Einsatzfähigkeit“ der Kriegsmarine gegen die „Bedrohung des freien Warenverkehrs“ müsse ebenso sicher gestellt werden, wie die „Exportfähigkeit“ deutscher Waffen. Die Verantwortlichen für diese Broschüre schlagen sogar einen „industriepolitischen Dialog zwischen Regierung, Unternehmen und IG Metall“ zur „Sicherung der industriellen Kernfähigkeiten im Bereich des Marineschiffbaus“ vor. Dies sei für die IG Metall von „nationaler Bedeutung“. Weiter wird eine „Koordination in den

Hauptsegmenten des deutschen Marineschiffbaus“, gefordert, damit „für die Einsatzfähigkeit der deutschen Marine als auch für die Exportfähigkeit der jeweiligen Produkte eine leistungsfähige Basis“ sichergestellt werden kann.

Konversion

Rüstungsproduktion ist antihuman, asozial und tödlich. Sie muss daher so schnell wie möglich beendet werden. Die Steuergelder, die bisher in die Rüstungsindustrie fließen, müssen in ein Konversionsprogramm umgeleitet werden. Damit wird die Umstellung auf die Herstellung ziviler Produkte möglich, ohne dass Arbeitsplätze gefährdet werden. Ja, es könnten am Ende neue Arbeitsplätze entstehen. Mit einem solchen Ansatz lassen sich auch Beschäftigte und Gewerkschaften für ein Ende der Rüstungsproduktion begeistern. Grundsätzlich forderten die Gewerkschaften dies auch. Mitte der 1980er Jahre, also inmitten des Kalten Kriegs, konnte man noch in einer Gewerkschaftszeitung lesen: „Die Rüstungsbranche steuert einer krisenhaften Entwicklung entgegen... Die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie können nur sicherer werden, wenn statt Waffen für den Tod mehr Produkte für das Leben hergestellt werden.“ (Gewerkschafter 9/84). Im DGB-Grundsatzprogramm von 1996 ist zu lesen: „Rüstungsexporte müssen dauerhaft reduziert, Rüstungsausgaben nachhaltig gesenkt werden.“ Seit 1998 verfügt die IG Metall über ein „Aktionsprogramm Rüstungskonversion“. Das deckt sich auch mit deutlichen Mehrheiten in der Bevölkerung. Eine repräsentative Emnid-Umfrage Anfang Oktober 2011 ergab: Eine große Mehrheit lehnt Rüstungsexporte ab. Gefragt „Sollte Deutschland Ihrer Meinung nach Waffen und andere Rüstungsgüter in andere Länder verkaufen oder nicht?“ antworteten 78 Prozent mit „nicht verkaufen“. Auf die Frage; „In den Kriegs- und Krisengebieten werden die meisten Menschen durch Pistolen, Gewehre und Maschinenpistolen getötet. Sollte Deutschland den Verkauf solcher Waffen ins Ausland grundsätzlich verbieten?“, antworteten

Ludwigsburg

CONET Group

Schwieberdinger Str. 52, 71636 Ludwigsburg

Conet mit Hauptsitz in Bad Honnef ist Dienstleister im Bereich IT für die Bundeswehr und optimiert eigene und fremde Software auf die Bedürfnisse der Bundeswehr. So entwickelten sie Kommunikations- und Logistiksysteme, aber auch die Software, mit der die Webseite der Bundeswehr betrieben wird. Sie haben überdies viele zivile Kunden. In Baden-Württemberg ist Conet mit zwei Standorten vertreten: Ludwigsburg und Walldorf.

Mann+Hummel GmbH

Hindenburgstr. 45, 71638 Ludwigsburg

Mann und Hummel produziert für eine breite Palette von Einsatzmöglichkeiten Filter - einige von ihnen kommen dann in Militärfahrzeugen und anderen Bereichen beim Militär zum Einsatz. Der Hersteller ist auf der Eurosatory, einer der größten Waffen- und Sicherheitsmessen in Europa präsent.

Mannheim

Graeff Container und Hallenbau GmbH

Ruhrorter Str. 2-4, 68219 Mannheim

Die Kundenliste des Hallen- und Containerherstellers Graeff ist lang und wirkt zivil: von Schulen über das Rote Kreuz bis hin zu Gemeinden und Kommunen beliefert Graeff alle mit passenden vorgefertigten Hallen. Die Firma scheut sich aber auch nicht, dort zu bauen, wo man einen besonderen Bedarf hat, Kampfflugzeuge, Material, Panzer und Soldaten adäquat zu schützen: in Afghanistan und im Kosovo. Auftraggeber ist dann oft die Bundeswehr. Graeff profitiert massiv von den Auslandseinsätzen.

Mercedes-Benz

Hanns-Martin-Schleyer-Str. 21-57, 68305 Mannheim

Das Werk in Mannheim produziert Motoren unter anderem für die unterschiedlichen LKW-Reihen, die in Wörth am Rhein (Rheinland-Pfalz, nahe Karlsruhe) gefertigt werden. LKW für den militärischen Bereich werden in Wörth entwickelt und gebaut. Neben der Bundeswehr setzen Armeen weltweit Mercedes-Benz-Militärfahrzeuge ein.

Meckenbeuren

Zepplin Mobile Systeme GmbH (ZMS)

Zepplinplatz 1, 88074 Meckenbeuren

Die Firma produziert Leichtbaucontainer, die mit den unterschiedlichsten Funktionen belegt werden können. Liest man die Liste der Kunden und beginnt beim Roten Kreuz oder dem Malteser Hilfsdienst glaubt man eine vor allem am zivilen ausgerichtete Firma vor sich zu haben. Beginnt man hingegen bei EADS oder der NATO als Kunden, so erkennt man schnell, dass sich hinter ZMS einer der weltweit führenden Hersteller von Containern vor allem für den militärischen Einsatz verbirgt. Kassenschlager sind unter anderem mobile Fernmeldekabinen, die über 10.000 mal an Armeen weltweit verkauft wurden. ZMS liefert auf Wunsch komplette Feldlager mit allen Einrichtungen, entwickelt und baut aber auch Containermodule für bestimmte Waffen- und Überwachungssysteme. Kein Einsatz ohne ein mobiles System von ZMS: „Die permanenten Anstrengungen von ZEPPELIN MOBILE SYSTEME, um neuen militärischen Anforderungen zu entsprechen (z.B. ballistischer oder ABC-Schutz)

73 Prozent mit Ja. Die Gewerkschaftsbewegung kann und darf nie und nimmer Ja zu mehr Rüstung und damit Ja zu Krieg und Gewalt sagen. Gewerkschaften dürfen sich nicht als Lobbyisten des Todes missbrauchen lassen. Sie müssen bei diesem Thema so klare Worte wie Albert Einstein finden: „Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen. Ein Zehntel der Energien, die die Krieg führenden Nationen im Krieg verbrauchen, ein Bruchteil des Geldes, das sie mit Handgranaten und Giftgasen verpulvert haben, wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen, sowie die Katastrophe der Arbeitslosigkeit in der Welt zu verhindern. (...) Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu Essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen oder -traditionen zu machen.“

Der vorliegende Beitrag von Manfred Dietenberger erschien erstmals in Lunapark21, Heft 17, Frühjahr 2012.

www.lunapark21.net



machten die Firma zu einem zuverlässigen und wertvollen Partner von mehr als 30 Armeen in der ganzen Welt.“

Murr

Sagem Navigation GmbH

Gottlieb-Daimler-Str. 60, 71711 Murr

Die Sagem gehört zum französischen Rüstungskonzern SAFRAN. Sagem beschäftigt sich mit optischen Schaltkreisen und arbeitet als Zulieferer für die Luftfahrt und Maschinenbauindustrie. Rotationssensoren und Navigationssysteme von Sagem werden in der zivilen und militärischen Luftfahrt verwendet. Oder in eigenen Worten: „Die Sagem Navigation GmbH hat sich als innovativer, kompetenter und zuverlässiger Partner der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie etabliert und baut zusammen mit der Muttergesellschaft Sagem Défense Sécurité kontinuierlich ihre Kernkompetenzen auf dem Gebiet von Navigationssystemen für Schiffe, Luft- und Landfahrzeuge, Kurs-/Lagereferenzsysteme, kreiselstabilisierte Plattformen, Wärmebildkameras, Visiere für Hubschrauber und Kampffahrzeuge, Datenaufzeichnungssysteme für Flugzeuge, Autopiloten für Hubschrauber, Drohnen und Periskope für U-

Was die Landesregierung auch nicht wissen wollte

Im Februar 2010 antwortete das Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg auf eine Anfrage der GRÜNEN im Landtag aus dem Januar. Es wurde detailliert gefragt, wie das Land in Rüstungsproduktion, Rüstungsexporte und Rüstungsforschung verstrickt sei und welche konkreten Zahlen der Regierung in Stuttgart vorliegen.

Geantwortet wurde ausführlich nichtssagend mit der Drucksache 14/5761, die das Wirtschaftsministerium erstellte. Die konkrete Frage nach den umsatzstärksten Unternehmen in der Wehrwirtschaft Baden-Württembergs wurde ausweichend beantwortet mit „es gibt mehrere Unternehmen, die [...] wehrtechnische Güter herstellen. [...] Darüber hinaus ist es schwierig, eine Grenze für eine Einstufung als Rüstungsunternehmen zu ziehen. Auch das Krankenhausbett und das Verbandsmaterial, das in ein Bundeswehrkrankenhaus geliefert wird, könnte unter enger Betrachtungsweise zur Rüstungsindustrie gerechnet werden.“ Mit Verweis auf die Geheimhaltung von Ausfuhrzahlen sieht sich die Landesregierung letztlich auch nicht in der Lage, diese Frage wirklich zu beantworten, sondern verweist auf das zuständige Bundesministerium.

Der von der Bundesregierung herausgegebene Rüstungsexportbericht ist bei der nächsten Frage der Abgeordneten nach Kleinwaffenexporten aus Baden-Württemberg ein dankbarer Verweis. Das Wirtschaftsministerium macht sich nicht einmal die Mühe, den Haupthersteller (Heckler&Koch) überhaupt zu benennen. Ähnlich übrigens auch die Antwort auf die Frage nach Zulieferern für U-Boote, bei denen der Laie sicherlich bald auf den Namen MTU stößt - ein Hersteller, der dem Ministerium fremd zu sein scheint.

Dass die Wehrindustrie für Baden-Württemberg eine Bedeutung hat, wird dann doch noch bestätigt – so vage man das sagen kann: „Große Unternehmen der Wehrtechnik bzw. Unternehmen mit einem erheblichen Anteil an wehrtechnischen Produkten haben bzgl. des Arbeitsplatzangebotes und des Gewerbesteueraufkommens sicherlich eine große Bedeutung für die jeweiligen Standortkommunen.“

Das Wirtschaftsministerium, so muss man nach der Antwort festhalten, interessiert es nicht sonderlich, womit der Reichtum im Ländle aufrechterhalten wird und ob man sich an Krieg und Tod durch Nichtstun beteiligt. Aktive Konversion militärischer in zivile Produktion ist nicht ihr Ziel.

Boote aus.“ (Selbstdarstellung beim „Forum Luft- und Raumfahrt Baden Württemberg e.V.“ www.lrbw.de) Safran entwickelt auch umfangreiche Konzepte zur Bevölkerungskontrolle und elektronischen Identität (z.B. Morpho IDent mit dem Werbespruch: Die Wahrheit in deiner Hand).

Müllheim

Schott AG

Industriestr. 3, 79379 Müllheim

Die im Eigentum der Carl Zeiss Stiftung (siehe auch Oberkochen) befindliche Schott AG hat neben einem umfangreichen zivilen Sortiment auch einige Produkte im Angebot, die den militärischen Bedarf decken. Auf ihrer Homepage schreiben sie stolz: „Die Produkte für die Verteidigung von Schott Lighting and Imaging versetzen die Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie in die Lage, Nachtsichtgeräte, Displays, Sensoren und andere Technologien zu entwickeln, die kleiner, leichter und effektiver sind.“ (Übersetzung: IMI) In Baden-Württemberg sind sie am Standort Müllheim vertreten – die Mehrzahl der Niederlassungen befindet sich allerdings außerhalb Baden-Württembergs.

Neuenburg

Rheinmetall Waffe Munition GmbH, Niederlassung Buck Neuenburg

Hans-Buck-Str. 1, 79395 Neuenburg

Rheinmetall ist einer der maßgeblichen Produzenten von Rüstungsgütern in Deutschland und Europa. Es befindet sich auf Platz 31 der größten Unternehmen der Rüstungsbranche weltweit (Sipri 2012). Aufgeteilt in mehrere Geschäftsfelder ist es eine nahezu unüberschaubare Firma. Rheinmetall deckt mit seinen Produkten von der Drohne bis zur Gewehrpatrone das komplette Spektrum militärischen Bedarfs ab. Rheinmetall fertigt an vier Standorten in Baden-Württemberg unterschiedliche Produkte. In Neuenburg und Oberndorf werden Waffen und Munition gefertigt, in Heilbronn und Stockach liegen weitere Fertigungsanlagen.

Oberdischingen

LEWICKI microelectronic GmbH

Allee 35, 89610 Oberdischingen

Zum Unternehmen Silicon Sensor (Berlin) gehörig produziert man in Oberdischingen Schaltkreise, gekapselte Sensoren und andere Komponenten für die elek-



Position aus der Friedensbewegung: Der Rüstungsraum Bodensee

Man kann die Geschichte der Rüstungsindustrie am Bodensee mit Ferdinand Graf von Zeppelin beginnen. Ab dem Jahr 1899 baut er am Bodensee das erste Luftschiff, und zwar in einer schwimmenden Montagehalle wenige Kilometer westlich von Friedrichshafen.

Jedes Luftschiff benötigt mindestens einen Motor. So entstand die Motorenfabrik in Friedrichshafen. Zuerst trug sie den Namen Maybach, dann MTU, jetzt Tognum-MTU. Diese Firma hat Panzermotoren für Hitlers Armee gebaut. Heute baut sie Panzermotoren für den Leopard 2, für den chinesischen Panzer ZTZ 99, für den indischen Kampfpanzer Arjun und für viele andere Panzer. Und außerdem für Kriegsschiffe, zum Beispiel für israelische, chinesische, griechische, pakistanische und indische U-Boote und Fregatten.

Ein Schüler des Grafen von Zeppelin hieß Claude Dornier. Dieser hat erkannt, dass die Zukunft eher nicht bei den großen, langsamen Zeppelin liegt, sondern bei den schnelleren, kleineren Flugzeugen. So entstand die Firma Dornier. Diese Firma hat viele Kriegsflugzeuge gebaut. Zum Beispiel für die Bombardierung Londons in den Jahren 1940 und 1941. Dabei wurden 27.450 Zivilisten getötet und 32.138 verletzt.

Die Firma Dornier wurde von der European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) aufgekauft. Diese Firma baut heute in Immenstaad am Bodensee Elektronik für Drohnen (Eurohawk, Talarion), Militärsatelliten (Paz, Musis), Dual-Use-Satelliten (Sentinel), Elektronik für den Eurofighter und vieles andere mehr.

Im Umfeld von MTU und Dornier entstand auch die Firma "Bodenseewerk Gerätetechnik (BGT) in Überlingen. Diese Firma baut heute unter dem Namen Diehl-Defence Raketen mit Infrarot-Zielsuchkopf (IRIS-T). Außerdem unterhält diese Firma – unter dem Deckmantel der Wieder-

gutmachung – seit Jahrzehnten sehr freundschaftliche Beziehungen zu israelischen Militärs und Rüstungsfirmen.

Manche Ingenieure, die in den großen Firmen am Bodensee begonnen haben, haben sich später selbständig gemacht. So entstand zum Beispiel die Firma „Radar Systemtechnik“ (RST) in Salem, heute „Raumfahrt Systemtechnik“; sie wurde von der Firma OHB aufgekauft. Und es entstand die Firma Aerospace Consulting & Services (AC&S) in Langenargen, sie wurde von der Firma ESG aufgekauft. In Konstanz baut die Firma ATM rüttelfeste, hitzefeste und kältefeste Bordcomputer für Panzer und Kriegsschiffe, auch für den Leopard 2. ATM wurde von KMW aufgekauft.

Ein Zulieferer für die Rüstungsindustrie ist auch die Firma Liebherr. Sie baut nicht nur Kräne, Bagger und Kühlschränke, sondern sie baut in den drei Werken Lindenberg im Allgäu, Lindau und Friedrichshafen auch Fahrwerke für Militärhubschrauber, Kabinendruckkontrollgeräte und Steuerungselektronik für Kampfflugzeuge.

Auf der Schweizer Seite des Bodensees gibt es die Firma Mowag. Sie baut in Kreuzlingen jene Radpanzer, mit denen im Frühjahr 2011 in Bahrain der Aufstand Opposition niedergeschlagen wurde. Außerdem gibt es auf der Schweizer Seite die Firma Hartchrom in Steinach. Sie veredelt Panzerrohre. An der österreichisch-schweizerischen Grenze gibt es die Firma Vectronix. Sie baut in Heerbrugg/CH Nachtsichtgeräte für das Militär.

Man kann nicht genau sagen, wie viele Rüstungsfirmen es am Bodensee gibt. Im Bereich von fünf Kilometern um den See herum gibt es ungefähr zehn Rüstungsfirmen, wenn man als „Rüstungsfirma“ eine Firma bezeichnet, die mehr als 20 % ihres Umsatzes mit Rüstungsgütern macht. Im Abstand von 20 Kilometern um den See herum sind es ungefähr 20 Firmen, die einen Rüstungsanteil von über 10 % haben.

tronische Industrie. Neben Produkten speziell für den medizinischen Bedarf, produziert man auch gern für die Sicherheits- und Wehrindustrie.

Oberkochen

Carl Zeiss Optronics GmbH

Carl-Zeiss-Str. 22, 73447 Oberkochen

Als Spezialist für optische Geräte entwickelt Zeiss die Komponenten für Ziel- und Aufklärungssysteme – unverzichtbar für moderne Kriegsführung. Oder, wie sie es selbst formulieren: „Überwachen, aufklären, bekämpfen – mit unseren Systemen behalten Sie die Übersicht und den Gegner immer im Blick. Unsere Sensoren bieten den Kommandanten von Gefechtsfahrzeugen den klaren Durchblick: Zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Mit unseren Visieren behalten Soldaten auch in scheinbar unübersichtlichen Situationen den Überblick: jederzeit, bei Tag und bei Nacht.“ (Quelle: Website) Carl Zeiss Optronics und die Schott AG (siehe Müllheim) sind im Besitz der Carl Zeiss Stiftung. Jüngst wurde bekannt, dass die Militärsparte an EADS verkauft werden soll.

Oberndorf

Heckler und Koch

Heckler & Koch-Str. 1, 78727 Oberndorf

Es ist Europas größter Schusswaffenproduzent, der in Oberndorf am Neckar seinen Sitz hat. Der Export-schlager von H&K ist das Schnellfeuergeehr G3, das in vielen Ländern der Welt in Lizenz produziert wird. Das Nachfolgemodell G36 ist ebenso erfolgversprechend: 1999 erhielt H&K die Zusage, dass sowohl für die „Krisenreaktionskräfte“ der Bundeswehr als auch für die spanischen Streitkräfte das G36 als Standardmodell eingeführt wird. Auch die Maschinenpistole MP5 gehört zu den Erfolgsmodellen der H&K-Waffenfamilie: In 61 Ländern wird offiziell die MP5 eingesetzt und mit ihr Menschen getötet. Heckler & Koch ist weltweit eines der führenden Unternehmen in der Entwicklung, der Herstellung und dem Verkauf solcher Gewehre und deren Lizenzen.

Rheinmetall Waffe Munition GmbH, Nieder-

lassung Mauser Oberndorf

Werkstraße 2, 78727 Oberndorf am Neckar

Die militärische Abteilung des Traditionsunternehmens Mauser wurde 2004 in den Rheinmetall Konzern integriert und produziert seither Bordkanonen unter anderem für den Eurofighter. Siehe zu Rheinmetall auch den Eintrag bei Neuenburg (Buck).

Oppenau

Doll Fahrzeugbau AG

Industriestr. 13, 77728 Oppenau

Doll fertigt Pritschenaufbauten, Anhänger, Sattelauflieger und verschiedene maßgeschneiderte Aufbauten für Schwerlast- und Lastkraftwagen. Panzertransporter der kanadischen oder englischen Armee werden z.B. von Doll gefertigt. Und, wie sie auf ihrer Website schreiben: „Bei ausländischen Militärprojekten berücksichtigt DOLL den „local content“ und bietet verschiedene Abstufungen der Fertigungstiefe: Möglich sind SKD- und CKD-Bausätze, Komponenten-Lieferung oder Lizenz-Fertigung.“

Das sind Schätzungen! Auch die Zahl der Arbeitsplätze ist schwer zu schätzen. Viele kleine Betriebe profitieren indirekt von den Rüstungsfirmen. Die Schulen, Ärzte, Kirchen ... eigentlich alle profitieren indirekt von den großen Rüstungsfirmen.

Außerdem gibt es zum Beispiel bei der MTU die Verwaltung. Sie ist gleichermaßen für zivile wie für militärische Motoren zuständig. Dennoch hier der Versuch einer Schätzung: Es existieren am Bodensee rund 7.000 Vollzeit-Arbeitsplätze direkt in der Konstruktion, Produktion und im Verkauf von Waffenteilen.

Zwischen den Rüstungsfirmen am Bodensee und den öffentlichen Einrichtungen gibt es Verflechtungen, man könnte fast sagen Verfilzungen: In Überlingen sponsert die Firma Diehl die jüdischen Kulturstage. In Friedrichshafen sponsert MTU-Tognum ein katholisches Kindersommerferienlager. In Friedrichshafen sponsert EADS das Gemeindepsychiatrische Zentrum.

Außerdem gibt es personelle Verflechtungen: Im Kirchenchor singt die Tochter eines EADS-Managers, deshalb predigt der Pfarrer nicht öffentlich gegen EADS. Im Gymnasium sitzen die Kinder der DIEHL-Manager, deshalb sagt der Lehrer nichts gegen die Firma DIEHL. Die Lokalredaktionen haben schon immer gute Beziehungen zu den großen Firmen am Ort.

In der Bevölkerung weiß man zwar, „am Bodensee gibt es viele Rüstungsindustrie“, aber kaum jemand informiert sich über die Details: Welche Fabrik baut in welchem Werk welche Waffenteile? In welche Länder werden diese Waffen(teile) geliefert? In welchen Kriegen werden diese Waffen eingesetzt? Und welche Menschen werden durch diese Waffen verletzt oder getötet?

Im Jahr 2010 hat sich die „Initiative gegen Waffen vom Bodensee“ gegründet. Sie organisiert Runde Tische, macht Pressearbeit, Mahnwachen, informiert und versucht mit den Angestellten der Rüstungsbetriebe ins Gespräch zu kommen.

www.waffenvombodensee.com

Geschätzte Zahl der Arbeitsplätze mit Rüstungsbezug

Name	Ort	Anteil von Rüstungs- an der Gesamtproduktion	Mitarbeiter am Bodensee	Geschätzte Zahl der in der Rüstung am Bodensee Beschäftigten
AC&S	Langenargen/D	50 %	26	13
ATM	Konstanz/D	95 %	130	123
Avitech	Friedrichshafen	15 %	40	6
CWDT	Nhs.a.Rheinfall	50 %	100	50
DEP imag.	Widnau/CH	50%	80	40
Diehl-Gruppe	Überlingen/D	Def. 100 % Aero 20 %	1.700 1.200	1.700 240
EADS	Immenstaad/D	Cass. 80 % Astr. 20 %	1.600 1.000	1.280 200
FFA	Altenrhein/CH	20 %	50	10
Hartchrom	Steinach/CH	10 %	400	40
Konzept Info. Syst.	Meersburg, Kreuzlingen	20 %	50	10
Liebherr	FN, Lindau und Lindenberg i.A.	25 %	2.320	580
Matrium	ÜB und FN	25 %	60	15
Mowag	Kreuzlingen/CH	95 %	800	760
MTU Togn	Friedrichshafen	20 %	6.000	1.200
ND SatCom	Immenstaad/D	60 %	80	48
RdA	Salem/D	50 %	60	30
Rheinmetall	Stockach/D	100 %	100	100
RST	Salem, Thal	30 %	20	6
Swiss Arms	Nhs.a.Rheinfall	100 %	400	400
Tecnotron	Weißenberg/D	50 %	50	25
Vectronix	Heerbrugg/CH	50 %	200	100
Zep.Mob.S.	Friedrichshafen	25 %	300	75
ZF	Friedrichshafen	2 %	8.133	163

Zusammen 7.214 Arbeitsplätze

Quelle: www.waffenvombodensee.com

Ostfildern

telerob Gesellschaft für Fernhantierungstechnik mbH
Vogelsangstr. 8, 73760 Ostfildern

Telerob baut Roboter für den Einsatz in Situationen, in denen Menschen hoher Gefahr ausgesetzt sind. Die Geräte kommen beispielsweise bei der Entschärfung von Bomben oder in verstrahlten oder brennenden Fabrikanlagen zum Einsatz. Für den Bereich der Fernerkundung und ausstattbar mit unterschiedlichsten Anwendungen sind aber auch militärische Szenarien in die Konstruktion mit eingeflossen. Für ein Produkt heißt das dann so auf der Homepage: „OSCAR erlaubt durch eine Vielzahl möglicher optischer, physikalischer und elektronischer Sensoren eine umfangreiche und zuverlässige Lageeinschätzung aus sicherer Entfernung, ohne eigenes Personal zu gefährden. Seine flache Signatur und sein geräuschoptimierter Antrieb bei gleichzeitiger hoher Mobilität und Geschwindigkeit eröffnen für militärische wie auch für polizeiliche Szenarien neue Möglichkeiten für einen unauffälligen und schnellen Erkundungseinsatz.“ Die Firma kooperiert mit dem Rüstungsunternehmen Rheinmetall. Telerob

ist Teilnehmer des ELROB-Wettbewerbs (siehe im Teil zur Forschung).

Pforzheim

CADI-Luftfahrttechnik GmbH

Westliche Karl-Friedrich-Str. 65, 75172 Pforzheim
Cadi-Luftfahrttechnik ist Zulieferer der Luftfahrtindustrie und spezialisiert auf Metallverarbeitung: „Herstellung und Auslegung von Strukturkomponenten und Transportsystemen für fliegende Anwendungen in der Luft- und Raumfahrt sowie bei Wirksystemen gehören zu unseren Kernkompetenzen.“

Elma Electronic GmbH

Stuttgarter Str. 11, 75179 Pforzheim

Der Platinen-Hersteller und Drehknopfertiger ELMA verbaut seine patentierten Konzepte in Waffen und Fahrzeuge für den Militärgebrauch. Als Komponentenlieferant erbringt er wichtige Leistungen für die Wehrindustrie und ist Mitglied im Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

EuroAvionics Navigationssysteme GmbH

Karlsruher Str. 91, 75179 Pforzheim

Ihre Navigations- und Missionssystemen für Hubschrauber bietet die Firma für zivile, wie militärische Kunden in unterschiedlichen Varianten an.

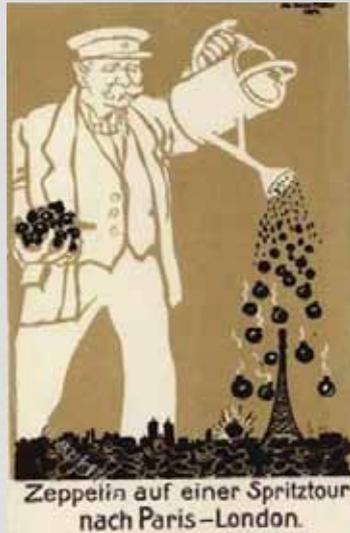
PROCITEC GmbH

Rastatter Str. 41, 75179 Pforzheim

Procitec ist, laut ihrer Homepage „spezialisiert auf die Entwicklung von Softwareprodukten und Systemen in den Bereichen Nachrichtentechnik und Informations-Technologie, die insbesondere der Erfassung und Verarbeitung ziviler und militärischer Funksignale dienen.“ Als Teil der PLATH-Gruppe mit Sitz in Hamburg kann die Firma das komplette Spektrum strategischer und taktischer Funkaufklärungssysteme anbieten. Eine andere Firma der Gruppe in Baden Württemberg ist die Innosystec in Salem.

Thales Business Domain Defense & Security Systems
Ostendstr. 3, 75175 Pforzheim

Der Standort soll bis 2014 aufgelöst werden - die Vertriebsagentur für die militärischen Leistungen des



DER MILITANTE GRAF

Die Charakterisierung „Militarist“ auf den „Luftfahrtpionier“ und multiplen Unternehmensgründer Graf Zeppelin in Friedrichshafen anzuwenden, ist ein schweres Sakrileg, aber vollkommen berechtigt. Im I. - Weltkrieg brachten Zeppeline von oben aus der Luft Tod und Verderben, weit hinter die Front zu hilflosen „Nichtkombattanten“. Der Graf träumte nicht nur den unschuldigen Traum vom Fliegen. Nein es ging ihm auch um militaristische Großmannsucht und Profit. Das belegen auch nicht wenige seiner militanten Sprüche. „Ganz England muss brennen!“, war einer davon. Seine Luftschiffe machte Zeppelin zu allererst der Marine und dem Heer schmackhaft. Im Ersten Weltkrieg fanden die Zeppeline sowohl bei der Aufklärung wie auch der Bombardierung Verwendung. Erst nach dem Krieg folgte die *Blüte der zivilen Luftschiffahrt*, mit Linien-„Fahrten“ nach New York und bis nach Südamerika. Geboren wurde der ehrgeizige Graf Ferdinand von Zeppelin am 8. Juli 1838 als Sohn des Hofmarschalls Friedrich Graf von Zeppelin und dessen Frau Amélie in Konstanz. Als Kadett beginnt der Graf seine militärische Laufbahn 1855 in der Kriegsschule Ludwigsburg, als Leutnant der württembergischen Armee verlässt er sie zwei Jahre später wieder. Statt in den kommenden Jahren wie angekündigt „Friedensarbeit in seiner Garnison“ zu leisten,

nimmt er als Militärbeobachter am US-amerikanischen Sezessionskrieg teil. Am Deutsch-Französischen Krieg nimmt er 1870/71 begeistert als Kavallerie- und Generalstabsoffizier teil. 1866 macht ihn der König von Württemberg zum Hauptmann und seinen Adjutanten und 1885 ernennt der König ihn sogar noch zum Württembergischen Militärbevollmächtigten in Berlin. 1890 geht Zeppelin in Pension und widmet sich ab da der Realisierung seiner Luftschiffahrtspläne. Seine Könignähe war dabei äußerst hilfreich. Der König überließ dem Grafen z.B. ein zu seiner Domäne gehörendes Grundstück an der Manzeller Bucht am Bodenseeufer. Der Standort war geradezu ideal für einen möglichst sicheren Probetrieb, besonders bei Start und Landung der Prototypen von lenkbaren Luftschiffen. Claude Dornier wurde 1917 Geschäftsführer der Lindauer Zeppelinwerke zum Bau von Klein-Kriegsflugzeugen. Dank des sich schon früh abzeichnenden kommenden Krieges und im Rahmen dessen Vorbereitung bestellte die deutsche Marine 5 und die Oberste Heeresleitung 9 Zeppelin-Luftschiffe. Während des I. - Weltkrieges konnten 88 Kriegsluftschiffe – davon wurden 59 in Friedrichshafen gebaute - verkauft werden. In Friedrichshafen arbeiteten rund 1100 Arbeiter und stellten Luftschiffe, Flugzeuge, Motoren und Getriebe her. Allein im Kriegsjahr 1917 konnte ein Reingewinn von 7,7 Millionen Mark erzielt werden. Alfred Colsmann, Geschäftsführer der Zeppelin-Stiftung, sagte 1925 im Rückblick auf diese Zeit: „Ohne militärische Aufträge war aber damals ein Luftschiffbauunternehmen mit Aussicht auf Erfolg kaum denkbar.“ Aus diesen Anfängen heraus entwickelten sich vier miteinander verbundene Unternehmen: Luftschiffbau Zeppelin GmbH (Radaranlagen, Peilanlagen, Fallschirme, Teile für Flugzeug- und Raketenbau) Maybach-Motorenbau GmbH (Fertigung aller Motoren für die Kettenfahrzeuge der Wehrmacht allerdings nicht alle am Standort Friedrichshafen) Zahnradfabrik AG (Getriebe für alle schweren Fahrzeuge) Dornier-Werke GmbH (Flugzeuge). Damit war der Rüstungscluster Bodensee entstanden, der selbst die Verheerungen zweier Weltkriege schadlos überstand.

Thales-Konzerns wird dann nach Ditzingen umgesiedelt. Siehe den Eintrag dort.

Witzenmann GmbH

Östliche Karl-Friedrich-Str. 134, 75175 Pforzheim

Witzenmann produziert flexible metallische Elemente wie z.B. Schläuche für verschiedene Branchen. Unter anderem werden Unternehmen der Luft- und Raumfahrtbranche mit Spezialanfertigungen für Triebwerke und Abgassysteme versorgt - benannt werden unter anderem EADS und Thales.

Renningen

STOP-CHOC Schwingungstechnik

Benzstr. 42, 71272 Renningen

Das Unternehmen hat sich auf die Produktion von Dämpfern für alle möglichen Anwendungen spezialisiert, seien es Lager für Maschinen, Klimaanlage oder Brücken. Für die Wehrtechnik mit ihrer erhöhten Anforderung an Langlebigkeit und Belastbarkeit hat die

Firma eigene Produkte und beteiligt sich auch an der Entwicklung neuer Produkte. In der Eigendarstellung der Website klingt das dann so: „Unsere Produkte kommen fast im gesamten Spektrum wehrtechnischer Anwendung zum Einsatz, so z.B. in Jagdflugzeugen und Hubschraubern, in gepanzerten und nicht gepanzerten Fahrzeugen sowie in Über- und Unterwasserschiffen.“

Reutlingen

A S C Germany

Keltenstr. 26-28, 72766 Reutlingen

Armored Specialty Cars in Reutlingen hat sich auf die Verstärkung und Panzerung von Fahrzeugen aller Art spezialisiert. Im Portfolio sind unter anderem auch die Kräne von Liebherr, die von ASC für den Einsatz im Krieg fit gemacht werden könnten. Zu den Kunden von ASC gehören Regierungen, Chefetagen der Industrie und Spezialeinheiten unterschiedlicher Polizeien weltweit. Mit einer eigenen Werkstatt in Kabul sind sie nah am (Kriegs-)Geschehen.

SAMTECH Deutschland GmbH

Oskar-Kalbfell-Platz 8, 72764 Reutlingen

Die weltweit agierende Firma Samtech entwickelt Simulationssoftware für die Optimierung von Bauteilen. Electronic-engineering-Kunden, wie Rheinmetall, verbessern damit Panzer. Samtech ist, wie viele Hersteller von Software, nicht primär am Rüstungsgeschäft beteiligt, liefert aber die Grundlage für die Optimierung von militärischen Komponenten – auf ihrer Homepage werben sie unter anderem mit Animationen sich bewegender Panzer.

Rheinmünster

Becker Avionics, Becker Flugfunkwerk GmbH

Baden-Airpark B 108, 77836 Rheinmünster

Vornehmlich am zivilen Kleinflugzeugbau ausgerichtet, verfolgt Becker auch das ein oder andere militärische Projekt. So produziert Becker unter anderem die Kommunikationssysteme (Intercom) für Eurocopter (NH 90) und andere Militärflugzeugproduzenten.

Motorflug Baden-Baden GmbH

Summersite Avenue C-312, 77836 Rheinmünster (auch 76490 Baden-Baden)

Die Firma ist Teil der Eurocopter-Group (EADS-Konzern) und eine der größten Reparaturwerkstätten für Hubschrauber – ob der militärisch ausgelegte NH90 hier auch repariert wird, ist nicht klar. Siehe auch den Eintrag zu EADS/Daimler bei Stuttgart.

Rosenfeld**Beutter Präzisions-Komponenten GmbH & Co. KG**

Butzensteigleweg 4-6, 72348 Rosenfeld

Beutter produziert eine breite Palette von hochwertigen Metallteilen. Der Betrieb ist auch auf „Kleinserien“ eingestellt und markiert damit eine besondere Kompetenz für komplizierte Komponenten. Als klassischer „Zulieferer“ ist man eher an der Komplexität eines Bauteils, als an seiner schlussendlichen Verwendung interessiert – somit produziert Beutter (auch) für die Wehrtechnik – ganz besonders stolz ist man z.B. auf einen „schnelllaufenden Rotor für das Kreiselssystem eines Lenkflugkörpers aus Schwermetall“ oder einen „Schlagbolzen für eine Faustfeuerwaffe aus Einsatzstahl“.

Salem**innoSysTec GmbH**

In Oberwiesen 16, 88682 Salem-Neufrach

Wie Procitec gehört Innosystec zur Plath-Gruppe, die sich auf Funkaufklärung und Datenbankauswertungen für die Sicherheitsbranche spezialisiert hat. Siehe den Eintrag zu Procitec bei Pforzheim.

RST Radar Systemtechnik GmbH

Bahnhofstr. 132, 88682 Salem

RST ist unter anderem an der Entwicklung des militärischen Satellitenprojektes SAR-Lupe beteiligt gewesen und hat sich auf die Entwicklung von „Ground Penetration Radar“ und „Synthetic Aperture Radar“ spezialisiert. Mit letzterem ist es möglich, Daten auch bei schlechtem Wetter oder in Dunkelheit zu gewinnen. RST ist Mitglied der Bremer OHB-Technology Group.

Schönau**COMTRONIC GmbH**

In den Kreuzwiesen 26, 69250 Schönau

Die Display- und Bedienelemente der Firma Comtronic werden in einer Vielzahl von Militärflugzeugen und Hubschraubern eingesetzt. Die Liste der Referenzen enthält unter anderem Airbus A 400 M, NH 90, Tiger, Tornado, Apache, F 16 aber auch U-Boote wie 212A oder Panzer wie den Leopard II. Comtronic gehört mit dem italienischen Cockpit- und Luftfahrtausrüster Logic zu den Marktführern im Segment.

Schwäbisch-Hall**Mahle Behr Industry GmbH & Co. KG**

Dr.-Manfred-Behr Str. 1, 74523 Schwäbisch Hall – Sulzdorf

Siehe den Eintrag bei Stuttgart.

Schwieberdingen**Brugg Kabel GmbH**

Daimlerstr. 8, 71701 Schwieberdingen

Die schweizer Kabelfirma Brugg produziert für den militärischen Bereich Kommunikations- und Stromversorgungskabel für hohe Belastungsanforderungen. Unter anderem bestückt es den militärischen Kabelverlegungsservice und sorgt mit Schulungen für ordnungsgemäße Reparaturen. Vertrieben wird die Militärsparte über die deutsche Niederlassung.

Sindelfingen**ESG Stuttgart**

Neckarstr. 16, 71065 Sindelfingen

Die 1963 von AEG-Telefunken, Rhode&Schwarz, Siemens und SEL gegründete ESG ist eine der zentralen Firmen für die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr. Die ESG entwickelt und implementiert IT-Systeme für die unterschiedlichsten Anforderungen der Armee. Sie rühmt sich, seit über 40 Jahren die Logistik der Bundeswehr im Griff zu haben und benötigte Teile zeit- und ortsgerecht zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus entwickelte die ESG Avionik-Systeme für Großwaffen wie den Eurofighter, NH 90, Tornado und Tiger und Waffeneinsatzsysteme z.B. ADLER mit. Nach eigenen Aussagen sorgen sie dafür, dass technische Innovation ihren Weg in die Streitkräfte finden. Neuestes Produkt ist das taktische Führungssystem Taranis, das auf der Basis von Apps auch auf Smartphones funktionieren soll. Neben der Bundeswehr exportiert die ESG ihre Leistungen auch zu anderen Armeen. Verteilt auf über 20 Standorte in Europa, den USA und Südafrika sind zwei Niederlassungen auch in Baden-Württemberg (ESG Stuttgart in Sindelfingen und AC&S in Langenargen). Zusammen mit der schweizerischen SWISS UAV AG führt ESG Tests mit Helikopterdrohnen durch.

Steinen**Rotzler GmbH & CO. KG**

Robert-Bosch-Str. 4, 79585 Steinen

Rotzler beschreibt sich selbst auf ihrer Webseite als „kompetenter und verlässlicher Partner für namhafte Fahrzeughersteller und -ausrüster der wehrtechnischen Industrie.“ Ihre Produkte sind Seilwinden und Seilwindensysteme als Bestandteile von Bergesystemen vieler Panzer und gepanzerter Fahrzeuge.

Stockach**MineWolf Systems AG, Manufacturing, Training & Logistics Office**

Winterspürer Str. 17-19, 78333 Stockach

Das sympathische Produkt eines Minenräumers wird von einer Firma mit Hauptsitz in der Schweiz entwickelt. Die deutsche Niederlassung ist in Stockach.

Rheinmetall Soldier Electronics GmbH

Winterspürer Str. 17-19, 78333 Stockach

Das Unternehmen fertigt in Stockach Laser-Zielidentifikationssysteme und -Markierer, die bei der Infanterie zum Einsatz kommen. Andere Standorte von Rheinmetall in Baden Württemberg sind Oberndorf (Mausier), Neuenburg (Buck) und Heilbronn (AIM).

Stuttgart**Astos Solution**

Meitnerstr. 8, 70563 Stuttgart

Siehe den Eintrag zu Astos bei Unterkirnach

Atos Origin GmbH

Curierstr. 5, 70563 Stuttgart

In Stuttgart befindet sich eine Niederlassung von Atos Origin, einer Consulting Firma, die an einer ganzen Reihe von Projekten in Kooperation mit Rüstungsfirmen wie z.B. Thales oder Rockwell Collins beteiligt ist. Die Firma Atos ist vor kurzem mit Siemens eine strategische Partnerschaft eingegangen und ist damit zu einem der größten IT-Dienstleister in Europa geworden – ein weiterer Partner in Baden Württemberg ist SAP. Schwerpunkte der Arbeit sind IT-Sicherheit und Interoperabilität. Atos ist damit letztlich einer der Auftragsnehmer für Outsourcing der Bundeswehr. Die Firma erprobt unter anderem ein IT System (von Thales, siehe Ditzingen), das den Austausch von Daten zwischen der deutschen und der französischen Armee verbessern soll. Das System wurde am hessischen Truppenübungsplatz Wildflecken getestet. Atos ist auch innerhalb des Forschungsprogramms für Zivile Sicherheit (siehe Forschung) engagiert – dort sind sie Projektpartner bei SOGRO (Sofortrettung bei Großunfall) mit dem Roten Kreuz und den Universitäten Paderborn, Freiburg und Stuttgart.

Berner & Mattner

Wankelstr. 14, 70563 Stuttgart

Die Firma mit einer Reihe von Standorten in Deutschland hat ein breites Produktportfolio und bietet als Systemhaus die Spezifikation und den Test komplexer Elektroniksysteme an. Kunden sind vor allem im Bereich der Autoindustrie zu finden, darüber hinaus aber auch mit MBDA ein Lenkwaffenhersteller, mit EADS ein Technologiekonzern mit hohem Militäranteil und mit der Bundeswehr direkt eine Armee. Berner&Mattner testen z.B., inwieweit einzelne Komponenten in die elektronische Lagebeschreibungssysteme integrierbar sind oder ob die Software zur Steuerung von Drohnen einwandfrei funktioniert.

HEYNE C

JÜRGEN GRÄSSLIN
SCHWARZBUCH
WAFFEN
HANDEL
Wie Deutschland am Krieg verdient

**Tipps zum Weiterlesen:**

Jürgen Grässlin
Schwarzbuch Waffenhandel
Wie Deutschland am Krieg verdient
Taschenbuch, 368 Seiten

Erscheint 2013 im Heyne-Verlag





EADS - European Aeronautic Defence and Space Company

EADS wurde im Jahr 2000 durch eine Fusion der deutschen DASA (Daimler Aerospace AG), der französischen Aérospatiale-Matra und der spanischen Construcciones Aeronáuticas S.A. (CASA) gegründet. Heute hält die Daimler AG 22,5% der Anteile an EADS. Dem Stockholmer Friedensinstitut SIPRI zufolge ist EADS das weltweit siebtgrößte Rüstungsunternehmen.

Bei EADS wird offiziell zwischen einer zivilen und einer rüstungsindustriellen Sparte unterschieden – wobei SIPRI zufolge 27% der Umsätze 2010 mit Rüstungsgütern gemacht wurden. Die Rüstungssparte, früher EADS Defence & Security – seit 2010 Cassidian – entwickelt oder entwickelte den Eurofighter, Lenkflugkörper, den Transporthubschrauber NH 90, den Kampfhubschrauber „Tiger“, versuchte sich an der Entwicklung der Drohne Talarion und baut in zahlreichen Ländern Grenzanlagen auf, u.a. in Katar, Marokko, Saudi-Arabien etc. Es ist jedoch nicht nur Cassidian im Rüstungsgeschäft aktiv, auch die EADS Töchter Astrium, Airbus Military und Eurocopter forschen, entwickeln und produzieren fürs Militär – eine Trennung von ziviler und rüstungsindustrieller Produktion ist demnach in der Praxis nicht möglich.

Obwohl kaum ein Produkt von EADS in der versprochenen Zeit, mit den versprochenen Fähigkeiten und zu den vereinbarten Kosten geliefert wurde, meldete die Frankfurter Allgemeine Zeitung erst Anfang März 2012: „Die Gewinne wurden im abgelaufenen Jahr [2011] fast verdoppelt und übertrafen damit noch die Schätzungen der Analysten“.¹ Ursache für die hohen Gewinne – der operative Gewinn lag 2011 bei 1,7 Milliarden Euro (2010: 1,05 Milliarden €) – ist unter anderem das Engagement der Regierungen Frankreichs, Spaniens, Englands und vor allem Deutschlands, die nicht nur die Produkte trotz enormer Kostenexplosionen, technischer Mängel und Verspätungen abnehmen sondern

auch keine Gelegenheit auslassen, im Ausland für EADS-Produkte zu werben. Zumindest die Bundesregierung entsendet häufiger auch deutsche Soldaten und Polizisten zu Ausbildungszwecken, Vorführungen und anderen Unterstützungsleistungen für EADS ins Ausland. Im Februar 2010 flogen Bundeswehrsoldaten mehrere Eurofighter der Bundeswehr nach Indien, um diese dort vorzuführen. Ziel der Veranstaltung war, die indische Regierung davon zu überzeugen, 126 Eurofighter für das indische Militär bei EADS zu bestellen, die Kosten für diese Werbeveranstaltung wurden nur teilweise von EADS erstattet.² Auch Angela Merkel warb bei jeder Möglichkeit für den Kampffjet, schrieb einen Werbebrief und schickte den damaligen Verteidigungsminister Guttenberg zu einer Flugschau nach Bangalore, um für EADS zu werden. Die Reise des Verteidigungsministers sollte eigentlich auch nach Pakistan gehen. Da man allerdings befürchtete, dass das Interesse Deutschlands, den Indern die Kampffjets zu verkaufen, in Pakistan nicht so gut ankommen könnte, wurde die Reise nach Pakistan (!) kurzerhand abgesagt.³ Trotz aller Bemühungen der deutschen Regierung entschied sich die indische Regierung schließlich dennoch gegen den Eurofighter. Wesentlich erfolgreicher waren EADS und die Bundesregierung in Saudi-Arabien: 2009 erhielt der europäische Rüstungskonzern EADS vom saudi-arabischen Regime den Auftrag, eine Grenzsicherungsanlage rund um das Königreich aufzubauen. Allerdings wäre der Deal nicht zustande gekommen, wenn die Bundesregierung nicht gleichzeitig die Entsendung von Bundespolizisten zur Ausbildung der saudi-arabischen Grenzpolizei offensiv angeboten hätte. Seither sind gleichzeitig bis zu 44 Bundespolizisten vor Ort, die bis heute 1674 saudi-arabische Grenzpolizisten fortbildeten, laut FAKT jedoch weniger in für Grenzpolizisten typischen Bereichen wie „Pass- und Gepäckkontrollen“, sondern vielmehr im „Umgang mit sogenannten Großlagen, wie

Daimler Benz AG / Mercedes Benz/EADS Daimler AG, Unternehmenszentrale, Mercedesstr. 137, 70327 Stuttgart

Mit dem Hauptsitz in Stuttgart ist der Weltkonzern mit dem Stern umfangreich in das Geschäft mit dem Krieg verwickelt. In Baden-Württemberg stechen einige Dinge hervor. So werden in Mannheim unter anderem Motoren für die LKW-Serien gefertigt, die in Militär-LKW in Wörth am Rhein verbaut werden. Daimler Benz fertigt mit dem Wolf auch eine Ableitung aus der G-Serie als Militärfahrzeug. Daimler hält zusammen mit Rolls-Royce die Mehrheit an MTU (siehe Friedrichshafen). Vor allem ist die Daimler AG mit 22,46 % an dem EADS-Konzern beteiligt – andere Eigentümer sind Sogead (Lagardère und Französischer Staat) mit ebenfalls 22,46 % und die spanische Staatsholding SEPI, Eigentümerin der CASA Flugzeug- und Rüstungswerke mit 5,47%. Militärsparte des EADS-Konzerns ist Cassidian, aber auch in den anderen Bereichen (Airbus, Eurocopter, Astrium) finden sich militärische Anteile. EADS rangiert als zweitgrößtes europäisches Rüstungsunternehmen auf Platz 7 der weltweiten Rangliste (Sipri 2012). EADS ist an Unternehmen wie MBDA beteiligt (siehe Ulm). Standorte

in Baden-Württemberg mit militär- oder EADS-bezogen sind neben Mannheim (Mercedes) die Standorte Backnang, Lampoldshausen (beide Astrium), Rheinmünster (Eurocopter), Ulm und Friedrichshafen/Immenstaad (Cassidian).

IBM Deutschland GmbH Geschäftsbereich

Verteidigung

Pascalstr. 100, 70569 Stuttgart

IBM ist als Großunternehmen der IT-Branche in der Lage, Bedürfnisse von anderen Großunternehmen und der Bundeswehr, in besonderer Art und Weise zu erfüllen. IBM modernisiert die gesamte „nichtmilitärische IT- und Telekommunikations-Infrastruktur der Bundeswehr“ im Rahmen des Projekts HERKULES (weiterer Beteiligter: Atos). Hauptsitz ist in Ehningen, der Geschäftsbereich Verteidigung ist in Stuttgart angesiedelt.

itk-Engineering, Niederlassung Stuttgart

Liebknechtstr. 33, 70565 Stuttgart-Vaihingen

Itk ist in den Branchen Automobil, Robotik, Medizintechnik, Automatisierung und Luft- und Raumfahrt tätig und betreibt über den Hauptsitz in Herxheim hinaus noch vier weitere Standorte in Deutschland und

jeweils einen in den USA und Japan. Das „professionelle Software- und System-Engineering“ kommt dabei auch Firmen wie MBDA (siehe Ulm) zugute. Man rühmt sich, zu sicherheitskritischen Softwareentwicklungen auf der Basis von DO 178 B für den Gebrauch in Militärflugzeugen in der Lage zu sein.

M+W Germany GmbH

Lotterbergstr. 30, 70499 Stuttgart

Die M+W plant, baut und betreibt anspruchsvolle Bauten für die Wissenschaft, Entwicklung und für das Militär. Dazu gehören: Command and Control Facilities; Mission Critical Data and Communications; Military/Aerospace Research and Development; Electronics and Avionics Production; Military Housing and Base Support Facilities; Force Training and MOUT Facilities (Quelle: Unternehmenswebsite). Sie sind zudem stolz darauf, dass sie die neuesten Antiterrorismus- und Schutzstandards für gefährdete Einrichtungen mitgestaltet haben.

Mahle Behr Industry GmbH

Heilbronner Str. 380, 70649 Stuttgart

Mahle hat sich auf Entwicklung und Produktion von Kühlaggregaten für mobile Systeme spezialisiert.

Die 10 größten Rüstungskonzerne im Jahr 2010

Weltweit (Umsatz in der Rüstungssparte)

1. Lockheed Martin (US) 35.730
2. BAE Systems (GB) 32.880
3. Boeing (US) 31.360
4. Northrop Grumman (US) 28.150
5. General Dynamics (US) 23.940
6. Raytheon (US) 22.980
7. EADS (Trans-EU) 16.360
8. Finmeccanica (IT) 14.410
9. L-3 Communications (US) 13.070
10. United Technologies (US) 11.410

Quelle: SIPRI 2012 (Angaben in Mio. Dollar)

EADS Nr. 7 in den Top 100-Rüstungsunternehmen: Waffenverkäufe im Jahr 2010 - Gesamtvolumen 16,36 Mrd. USD



Quelle: SIPRI 2012 (Angaben in Mio. Dollar)

Demonstrationen und Aufständen“ sowie „im Besetzen und Durchsuchen von Häusern“. Faszinierend an diesem Deal ist auch, wie sehr sich die Bundesregierung und EADS verrenken, um die Unterstützung durch die Bundespolizei überhaupt erst möglich zu machen. EADS kann die BPol nicht direkt bezahlen, da Polizisten vonseiten Dritter keine Entlohnung annehmen dürfen. Daher zahlt EADS die Honorare der BPol ausgerechnet an die Durchführungsorganisation der deutschen Entwicklungshilfe (GIZ), die diese dann wiederum an die Polizisten auszahlt: „Die Deckung der [...] auslandsbedingten Mehrkosten der BPol erfolgt, indem EADS die erhaltenen Mittel im Rahmen einer Zahlungsvereinbarung an die GIZ weiterleitet. Die GIZ leistet – wie im Vertrag zwischen dem Bundesministerium des Innern und der GIZ geregelt – die Zahlungen an die Trainer der BPol [...]“, erklärt die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage im Bundestag zum Thema.⁴

Zukünftig könnte die deutsche Regierung noch enger mit EADS zusammenarbeiten: die Daimler-AG kündigte an, ihre Anteile am Rüstungskonzern verkaufen zu wollen – eventuell an die staatlichen „Kreditanstalt für Wiederaufbau“.⁵

Anmerkungen

- 1 Luftfahrt- und Rüstungskonzern EADS verdoppelt Gewinn, FAZ, 08.03.2012.
- 2 Millionen für die Rüstungsindustrie, WDR-Monitor, 04.08.2011.
- 3 Reisepläne geändert, Der Spiegel, 31.01.2011.
- 4 Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Die LINKE: Einsatz der Bundespolizei im Auftrag der European Aeronautic Defence and Space Company in Saudi-Arabien, BT-Drs. 17/6102, 06.06.2011.
- 5 Daimler-Ausstieg: Berlin sorgt sich um EADS-Gleichgewicht, Manager Magazin, 07.02.2011.

Verbaut werden diese nicht nur in Schienenfahrzeugen und Flugzeugen der zivilen Luftfahrt, sondern - mit besonderen Spezifikationen - auch in Militärflugzeuge, Hubschrauber, sowie Rad- und Kettenfahrzeugen, die in der Bundeswehr zum Einsatz kommen. Kühlungen für Motoren und Mannschaftsräume werden unter anderem an Airbus, Thales, BAE Systems und Eurocopter geliefert. Mahle betreibt weltweit Standorte, vier weitere in Deutschland, davon einen bei Schwäbisch Hall.

ROHDE & SCHWARZ SIT GmbH Werk Stuttgart

Hemminger Str. 41, 70499 Stuttgart
Der Kryptographiespezialist Rhode und Schwarz produziert für die Bundeswehr und Behörden Geräte zur Ver- und Entschlüsselung von Daten und Sprache. Ohne verschlüsselte Kommunikation, bzw. „sichere“ Kommunikation sind moderne Kriege kaum führbar. SIT ist ein Tochterunternehmen von Rohde&Schwarz, das auch in anderen Geschäftsfeldern für die Bundeswehr und Sicherheitsbehörden tätig ist und eine eigene Abteilung hierfür in Köln betreibt.

ROTINOR GmbH

Flachter Str. 32, 70499 Stuttgart

Rotinor entwickelt und verkauft kleine Jetantriebe,

mit deren Hilfe sich Taucher unter Wasser schnell bewegen können. Ganz offensichtlich setzt Ronitor ausschließlich auf militärische Kunden, die es mit dem martialischen Firmenvideo auf seiner Homepage ködern will.

T-Systems International GmbH

Nauheimer Str. 98-100, 70372 Stuttgart

Siehe Göppingen: T-Systems

Thales Deutschland

Lorenzstraße 10, 70435 Stuttgart

Bis 2014 ist in Stuttgart die Sparte Bahntechnik angesiedelt – sie wird danach nach Ditzingen umziehen, wo sie mit dem für Sicherheit und Verteidigung zuständigen Abteilungen aus Pforzheim zusammengelegt wird. Siehe den Eintrag zu Thales bei Ditzingen.

Überlingen

Diehl BGT Defence GmbH & Co. KG, Werk

Überlingen

Alte Nußdorfer Str. 13, 88662 Überlingen

Der Großkonzern Diehl gliedert sich in ein undurchsichtiges Netz von einzelnen Firmen und Beteiligungen.

Die BGT Defense wird von Überlingen aus geleitet und hat noch Niederlassungen in Bayern (Rothenbach) und im Saarland (Nonnenweiler). Produkte umfassen Lenkflugkörper, Artilleriemunition (darunter auch so genannte intelligente Munition), Sensoren für Panzer und Schiffe sowie unbemannte Aufklärungseinheiten (Camcopter, David-Aufklärungstorpedo). Ebenfalls im Programm sind Täuschkörper gegen Lenkraketen, Nebelwerfer und Apparaturen, um verfolgende Fahrzeuge außer Gefecht zu setzen sowie Trainingsgeräte für den Waffeneinsatz. Diehl betreibt in Baden-Württemberg noch weitere Produktionen: AIM in Heilbronn und Junghans in Dunningen-Seedorf. Im SIPRI-Ranking der 100 größten Rüstungsunternehmen 2010 rangiert Diehl auf Platz 63.

Diehl Aerospace GmbH

Alte Nußdorfer Str. 13, 88662 Überlingen

Das Joint-Venture Aerospace zwischen Thales (49%) und Diehl (51%) ist als eigenständiges Unternehmen innerhalb von Diehl geführt und produziert Cockpit- und Kabinensysteme vor allem für die zivile Luftfahrt, ist aber auch an einzelnen Projekten (z.B. Airbus A 400 M) aus dem militärischen Bereich beteiligt. Zu dem Mischkonzern Thales siehe den Eintrag bei Ditzingen.



DROHNEN - neues Produkt für den Krieg

Drohnen sind unbemannte Flugzeuge und werden im englischen Fachjargon UAV genannt: die Abkürzung für unmanned, uninhabited oder unpiloted aerial vehicle. Sie werden automatisiert über ein Programm oder von einer Bodenstation aus mittels Funksignalen und per Satellit gesteuert. Für ferngesteuerte UAVs ist die Bezeichnung RPV (remotely piloted vehicle) oder RPAS (remotely piloted aircraft systems) gebräuchlich. Die Größe der verschiedenen Drohnenmodelle reicht von den wenigen Millimetern eines Insekts, das nur einige Meter hoch fliegen kann, bis zu der eines normalen Verkehrsflugzeugs, das eine Höchstflughöhe von 20 Kilometern erreicht und bis zu knapp 48 Stunden in der Luft bleiben kann.

Drohnen finden in militärischen wie zivilen Zusammenhängen Verwendung. Im militärischen Bereich dienen UAVs hauptsächlich zur Aufklärung und Zielmarkierung, das heißt, sie erfüllen Unterstützungsfunktionen zur Effektivierung von Kampfmaßnahmen. In geringerem Maße werden Drohnen auch zum Raketenabschießen in der so genannten Terrorismus- und Aufstandsbekämpfung eingesetzt, also direkt für Kampfhandlungen. Bisher griffen nur die USA, Großbritannien und Israel auf den Einsatz von Kampfdrohnen für den letztgenannten Zweck zurück. Gegenwärtig planen Dutzende weiterer Staaten, diese Fähigkeit auch für ihr Militär zu erwerben. Besonders die Praxis der gezielten Tötung von Personen mittels Drohnen steht in der Kritik. Vor allem, wenn die Personen ohne die Chance auf ein rechtsstaatliches Verfahren auf sog. capture-or-kill-Listen

(Gefangennehmen oder Töten) gesetzt wurden, wurde die Praxis auch von den Vereinten Nationen scharf verurteilt. Die hohe Anzahl Unschuldiger, darunter auch Kinder, die bei Drohnenangriffen bislang getötet wurden, bildet ein weiteres Moment in der Kritik.

Der zweite Kontext in dem Drohnen zum Einsatz kommen (sollen), ist innerstaatlich die polizeiliche Überwachung in Städten und öffentlichen Plätzen, bei Demonstrationen und anderen Großveranstaltungen sowie bei der Grenzkontrolle. Bislang war der Einsatz von Drohnen ausschließlich der Bundeswehr und der Polizei vorbehalten. Im Januar 2012 hat der Deutsche Bundestag ein neues Luftverkehrsgesetz verabschiedet. Seither ist es in Deutschland erlaubt, dass neben den von Piloten gesteuerten Flugzeugen auch unbemannte Drohnen privater Betreiber gleichberechtigt am Luftverkehr teilnehmen. In den letzten zwei Jahren wurden über 500 Zulassungsanträge hierfür gestellt. Die Spannweite der Antragssteller reicht von hauptsächlich gewerblichen Stellen bis zu Hochschulen, Privatpersonen und dem Technischen Hilfswerk (THW).

Die Einführung dieser Technologie ist jedoch mit erheblichen Gefahren belastet, die vom Gesetzgeber ignoriert wurden. So sind Fragen des Datenschutzes, mögliche Aspekte der Beeinträchtigungen des Versammlungsrechtes und vor allem Bedenken bezüglich der Sicherheit der Flugkörper nicht ausreichend geklärt worden. Wenn man bedenkt, dass von den 330 Drohnen der Bundeswehr inzwischen schon 17 abgestürzt sind, so ist das kein positives Zeichen.

Matrium GmbH

Am Langäcker 2, 88662 Überlingen-Bamberg

Siehe den Eintrag zu Matrium bei Friedrichshafen Immenstaad.

Ulm

AIM Infrarot-Module GmbH

Söflingerstr. 100, 89077 Ulm

Siehe den Eintrag bei Heilbronn.

Cassidian Electronics / Cassidian Systems /

Cassidian EADS

Wörthstr. 85, 89077 Ulm

Die örtliche Niederlassung des EADS-Teil Konzerns Cassidian, der einige der militärischen Aktivitäten der EADS zusammenfasst, ist in enger Nachbarschaft zu der MBDA und LFK (siehe unten) angesiedelt. In Ulm werden luft- und seegestützte elektronische Systeme gefertigt, aber auch Funk- und Radarlagen. Siehe auch den Eintrag zu EADS/Daimler bei Stuttgart.

Iveco Magirus AG Defence Vehicles

Nicolaus-Otto-Straße 25-27, 89079 Ulm

Iveco Magirus ist einer der führenden Hersteller von Transportfahrzeugen für das Militär. Produziert werden Lastkraftwagen, die zum Transport von Panzern und anderem schweren Kriegsmaterial ausgelegt sind, wie auch Transportfahrzeuge für Treibstoffe und andere Güter, die eine besondere Panzerung bedürfen oder unter erschwerten Bedingungen zum Einsatz kommen. „Mit einem umfassenden militärischen Produktprogramm bietet IVECO Transport- und Problemlö-

sungen auch für alle militärischen Einsatzaufgaben. Besonderer Entwicklungsschwerpunkt ist dabei die Integration von hoher Mobilität und auf den spezifischen Einsatz abgestimmter Schutz für die Besatzung. Hierbei stützt sich die IVECO auf langjährige Partnerschaften und den Dialog mit zahlreichen Streitkräften in aller Welt und in Deutschland besonders mit der Bundeswehr.“ (Quelle: Internetauftritt)

LFK-Lenkflugkörpersysteme GmbH

Wörthstr. 85, 89077 Ulm

LFK ist der Ableger des EADS-Teil Konzerns Cassidian, der sich auf den Bau und den Vertrieb von Lenkflugkörpern spezialisiert hat (siehe auch den Eintrag zu EADS/Daimler bei Stuttgart) – 2012 wurde es aufgelöst und in die MBDA übernommen, d.h. die LFK ist nicht viel mehr als ein Briefkasten.

Matrium GmbH

Wörthstr. 85, 89077 Ulm

Siehe den Eintrag zu Matrium bei Friedrichshafen Immenstaad.

MBDA Missilesystems

Wörthstrasse 85, 89077 Ulm

Als Jointventure von EADS (37,5%), Finmeccanica (25%) und BAE-Systems (37,5%) ist MBDA der Systemlieferant vieler Armeen in Europa. Produziert werden Raketen jedweder Art für den Kampfeinsatz. In Deutschland produziert MBDA an vier Standorten: Ulm in Baden Württemberg, sowie Schrobenuhausen, Unterschleißheim und Ansbach am Inn (Bayer Chemie GmbH), alle in Bayern. In Europa beschäftigt MBDA

ca. 10.000 Leute. Zu den Stars der Produktpalette gehören landbasierte Systeme wie MEADS, aber auch luftgestützte bunker-brechende Waffen wie Taurus und solche, die speziell für den Einsatz von Drohnen aus konzipiert sind, wie Sabre oder Viper. Milan und Eryx werden von Infanteristen eingesetzt, wohingegen Pars und Mistral unter Hubschrauber passen. Auch für den Einsatz vom Schiff aus ist etwas im Angebot.

Serco GmbH - Integrated Services Ulm

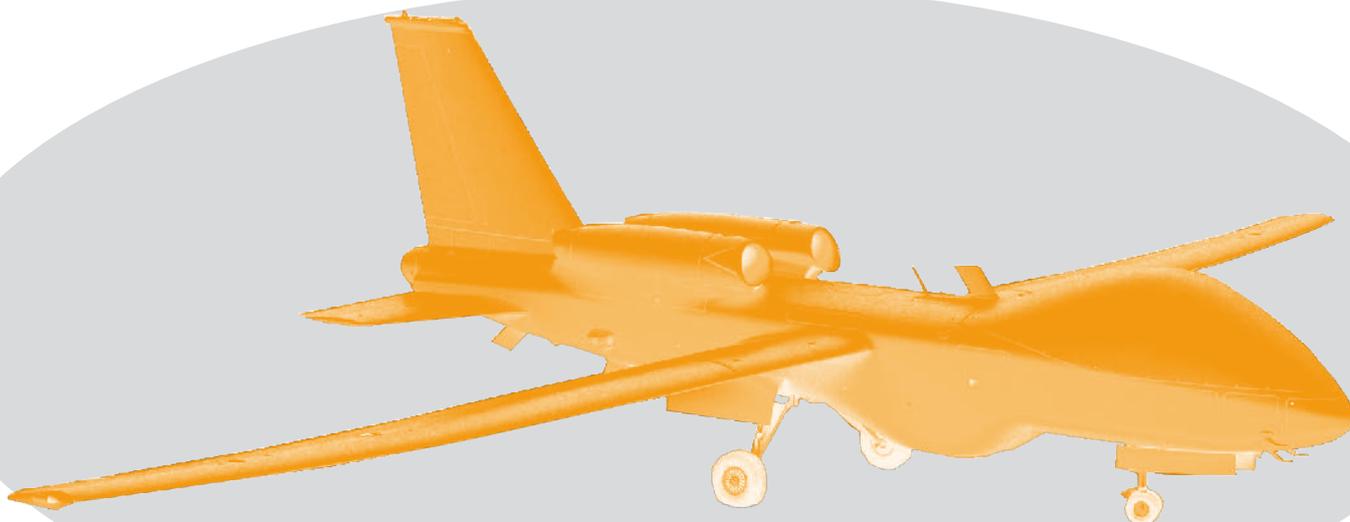
Söflinger Str. 100, 89077 Ulm

Mit Hauptsitz in Bonn ist Serco ein Ableger des britischen Serco-Konzerns, der sich auf Dienstleistungen im Facility-Management spezialisiert hat. In Ulm ist Serco an der gleichen Adresse wie AIM und Thales untergebracht. Serco bezeichnet sich aus seiner Webseite selbst als Spezialisten für die Integration innovativer Funktionssysteme und Kommunikationssysteme in mobile Anlagen. Sie beliefern die Bundeswehr (und Polizei sowie Hilfsorganisationen) mit komplett ausgerüsteten mobilen Operationszentralen, Rechenzentren und Krankenstationen. Im Bereich des Facility-Managements werden auch Sicherheitslösungen betrieben. Serco betreibt z.B. die JVA Hünfeld. In Baden-Württemberg ist Serco an verschiedenen Standorten aktiv.

Telefunken RACOMS GmbH & Co. KG

Eberhard-Finckh-Str. 55, 89075 Ulm

Telefunken Radio Communication Systems hat sich auf die Funk-Kommunikation spezialisiert und baut seit Jahren entsprechende Geräte für die Bundeswehr und andere Militärs.



Menschen- und Datenschutzrechte sollten auch leitend sein, wenn Drohnen für den Export vorgesehen werden. Der Export von Drohnen an repressive Regime ist kein Beitrag zu Sicherheit und Frieden. Insbesondere in den letzten zehn Jahren nahm die technologische Entwicklung in der unbemannten Luftfahrt rasant zu, so dass heute von einem Multi-Milliarden-Euro-Markt mit stetig steigenden Wachstumszahlen gesprochen wird. Mit Abstand die meisten Drohnen werden in den USA produziert. Aber auch in Israel, China, Russland und einigen EU-Staaten, darunter auch Deutschland, ist die Drohnen-Industrie beheimatet. Von diesen Staaten aus werden die Drohnen oder Produktionsteile für Drohnen in Staaten exportiert, deren Regime

diese neue Technologie für die Überwachung und Kontrolle ihrer Bevölkerung – in naher Zukunft auch in einer militärischen Verwendung in Konfliktgebieten – einsetzen werden; mutmaßlich ohne auf die Anforderung menschenrechtlicher Mindeststandards Rücksicht zu nehmen.

In Baden-Württemberg und auch kurz hinter den Landesgrenzen in der Schweiz, aber auch in Bayern wird an verschiedenen Drohnenprojekten gearbeitet. An den Universitäten Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen wird zu Drohnen und Drohnensteuerung geforscht. Am Institut für Soziologie der Universität Freiburg wird zum Drohneinsatz unter gesellschaftlichen Aspekten gearbeitet.

Thales Electron Devices GmbH

Söflinger Str. 100, 89077 Ulm

In Ulm fabriziert Thales "Wanderfeldröhren", die als Verstärkerkomponenten in Satelliten, Radaranlagen und Lenkflugkörpern verbaut werden. Siehe auch den Eintrag zu Thales bei Ditzingen.

Untereisesheim

SINUS Electronic GmbH

Schleifweg 10, 74257 Untereisesheim

Sinus produziert und vertreibt elektronische Bauteile für ein breites Spektrum von Anwendungen – immerhin so viel für das Militär, dass es ihnen einen eigenen Eintrag auf ihrer Website und der regelmäßige Besuch von Wehr- und Sicherheitstechnikmessen wert ist.

Unterkirnach

Astos Solutions GmbH

Grund 1, 78089 Unterkirnach

Astos ist eine der vielen Softwarefirmen, die im Bereich der Luftfahrt letztlich auch Dienstleister der Wehrindustrie sind. Als Produzenten einer Simulations-, Prüf- und Optimierungssoftware, die unter anderem bei jeglicher Form von Raketen eingesetzt wird, tragen sie zur Entwicklung und Optimierung von Lenkflugkörpern und „high performance vehicles“ (z.B. Jagdflieger) bei. Kleines Schmäckerl: wer privat schon immer mal eine Rakete bauen wollte, kann sich hier auch helfen lassen (beim bürokratischen Teil, versteht sich). Astos firmiert unter der Adresse in Unterkirnach (Impressum Website) hat aber offensichtlich sein Büro in Stuttgart.

Walldorf

CONET Group

BT D1, Partner-Port (Building 12), Alttrotzstr. 31, 69190 Walldorf

Eine Niederlassung ist in der Nähe des Partners SAP untergebracht, eine andere in Ludwigsburg, siehe Eintrag zu Conet dort.

SAP Deutschland AG & Co. KG

Hasso-Plattner-Ring 7, 69190 Walldorf

SAP hat als großes deutsches Softwarehaus auch eine Sparte für den militärischen IT Bedarf aufgebaut. Unter anderem hat das Unternehmen für die Bundeswehr Applikationen auf der Basis der SAP Business Suite entwickelt. „Dies befähigt die Streitkräfte auf der Grundlage umfassender und aktueller Informationen Einsätze schnell, präzise und mit dem richtigen Kräfteaufwand durchzuführen und führt zu einer nachhaltigen Verbesserung der Einsatzfähigkeit“, so auf ihrer Webseite. Mit ihrer Technologieplattform NetWeaver unterstützt SAP die Bundeswehr dabei, sich nahtlos in die militärischen Führungs-informationssysteme der NATO einzufügen. Ein Partner, auch im Geschäftsbereich Militär, ist Atos (siehe Stuttgart).

Wangen

Stender GmbH Technische Dokumentation

Kopernikusweg 34, 88239 Wangen

Die Firma Stender hat sich auf technische Dokumentation, d.h. die Redaktion und Publikation von Handbüchern und Anleitungen spezialisiert und arbeitet unter anderem für eine Reihe namhafter Rüstungs-

produzenten. So gehören Heckler und Koch, MBDA und ESG, Diehl und Cassidian, sowie direkt die Bundeswehr und das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung zu den Kunden.

Weil der Stadt

MICCAVIONICS Defense Systems GmbH

Am Lindenberg 8, 71263 Weil der Stadt

Das „taktische Missions-Management-System Miccavionics“ ist das Kernprodukt der kleinen Firma. Es kommt vor allem in militärischen Hubschraubern bei Gefechten zum Einsatz - es ist aber auch so ausgelegt, dass sich polizeiliche Überwachungen und Verfolgungen ebenfalls realisieren lassen.

Weingarten

Schuler Pressen GmbH

Werk Weingarten, Schussenstraße 11, 88250 Weingarten

Aus der Pressenfabrik Müller-Weingarten hervorgegangen, wird am Standort Weingarten auch an speziellen Lösungen für die Verteidigungsindustrie gearbeitet und mit diesen auch z.B. im Bundeswehrhandbuch geworben: „Unsere Kunden profitieren von unserem Know-how bei der Auslegung von Bauteilen, bei Produktionslösungen für Land-/Luft-/Marinesysteme und den Munitionsbereich sowie von unserer Kompetenz für umfassende Servicedienstleistungen.“

T-Systems International GmbH

Brielmayerstr. 2, 88250 Weingarten

Siehe Göppingen: T-Systems.



Weinheim

ASG Luftfahrttechnik & Sensorik GmbH

Junkersstr. 2, 69469 Weinheim

ASG Luftfahrttechnik baut Komponenten für die Luftfahrtindustrie wie Joysticks, Kraftstoff- und Wasserventile, aber auch Sensoren für Füllstände oder Temperaturen - jeweils sowohl für militärische, wie zivile Projekte. ASG ist Mitglied in der Deutschen Gesellschaft der Wehrtechnischen Industrie.

Wildberg

Kissling Elektrotechnik GmbH

Bohnland 16, 72218 Wildberg

Der Schalter- und Relaishersteller beliefert die Produzenten von Fahrzeugen aller Art - im Bundeswehrhandbuch sind sie stolz, dass ihre Produkte in Panzern (Leopard I +II, Challenger 2, M1 und K2) und gepanzerten Fahrzeugen (Puma, Marder, Wiesel, Fuchs, Piranha, Boxer, Howitzer Paladin, Dingo, Eigel etc.) verbaut wurden.

Wilhelmsfeld

Comtronic GmbH Verbindungstechnik

Johann-Wilhelm-Str. 44, 69259 Wilhelmsfeld (auch: 69253 Heiligkreuzsteinach)

Comtronic hat sich auf den Bau von Steckerverbindungen spezialisiert und beliefert die militärische Industrie.

Winnenden / Schwaikheim

Kärcher Futuretech GmbH

Max-Eyth-Str. 35, 71364 Winnenden

Die zum Kärcher-Konzern gehörende Futuretech hat sich als Dienstleister für NGOs und Armeen weltweit nahezu unentbehrlich gemacht. Futuretech produziert ganze Feldlager, Feldküchen, Wasseraufbereitungsanlagen, Schutz- und Dekontaminationssysteme und Reparaturanlagen. Die Firma leistet überdies die Wartung für ihre Geräte - auch vor Ort in den jeweiligen Einsatzgebieten. Futuretech bezeichnet sich selbst als Weltmarktführer bei Peacekeeping-Systemen.

Zusätze

In der Aufstellung und in der Standortkarte sind längst nicht alle Firmen erfasst, die einen Bezug zur Rüstungsindustrie haben - Vollständigkeit wäre zwar schön, ist aber kaum leistbar. Hier sollen noch weitere Unternehmen erwähnt werden, die wir als strategisch wichtig für die Wehrindustrie ansehen, deren Niederlassungs-, bzw. Unternehmenspolitik es einem aber nicht einfach macht, konkrete Standorte einer bestimmten zivilen oder militärischen Verwendung zuzuordnen.

Siemens ist als Technologiekonzern in vielen Geschäftsfeldern vertreten und somit auch in der Wehrindustrie. Siemens-Bauteile oder Dienstleistungen sind Bestandteile vieler Waffen- und Überwachungssysteme weltweit - z.B. als Brennstoffzellen in U-Booten. In Baden-Württemberg ist Siemens mit mehreren Standorten vertreten. Bis Dezember 2010 war Siemens Miteigentümerin des Panzerherstellers Krauss-Maffei Wegmann. Siemens ist eine Partnerschaft mit Atos (siehe bei Stuttgart) eingegangen, an dem es 15% der Anteile hält - Atos hat einen ausgeprägten Defense and Security-Bereich.

Ähnlich verhält es sich mit der Firma **Bosch**, die einen eigenen Bereich zu Sicherheitssystemen unterhält und unter anderem am nationalen Programmausschuss Sicherheitsforschung beteiligt ist. Bosch-Produkte werden in verschiedensten Bereichen der Wehrindustrie verbaut.

Thyssen-Krupp hat allein in Deutschland 99 Tochterfirmen mit noch einmal weiteren Standorten. Viele

dieser Firmen sind ausschließlich zivil - z.B. Aufzugssysteme für den Flughafenbereich - andere haben einen hohen militärischen Anteil, wie z.B. Thyssen-Krupp Marine-Systems oder Thyssen-Krupp Aerospace. Letztere ist z.B. der Lieferant von Blechen für die Luftfahrtindustrie, seien diese dann für Kampfhubschrauber oder Lenk Waffen oder eben für Kleinflugzeuge für den zivilen Bedarf. Thyssen-Krupp Marine-Systems ist einer der führenden U-Boot-Hersteller weltweit. Thyssen und Tochterfirmen sind auf vielfältige Weise mit Waffengeräten wie EADS oder Diehl verbunden.

Als der Gelbe Riese bekannt, verdingt sich die **Deutsche Post/DHL** als Logistiker für die Bundeswehr in alle Teile der Welt. Sie sind so engagiert in diesem Geschäft, dass DHL auch schon als Deutsche Heeres Logistik bezeichnet wurde. DHL ist wichtiges Bindeglied zwischen Deutschland und den Einsatzorten in Afghanistan.

Index

AC&S GmbH Langenargen-Bierkeller
AIM INFRAROT-MODULE GmbH Heilbronn, Ulm
allsafe JUNGFAK GmbH & Co. KG Engen
A S C Germany Reutlingen
ASG Luftfahrttechnik & Sensorik GmbH Weinheim
Astos Solutions GmbH Unterkirnach, Stuttgart
Astrium Lampoldshausen, Immenstaad (siehe auch EADS)
ATM Tec-Knowledge/ATM Computer Systeme GmbH Konstanz
Atos Origin GmbH Stuttgart
AUTOFLUG GmbH Kirchheim
Avitech AG Friedrichshafen
AVS Aggregatebau GmbH Ehningen-Stetten
AXON Kabel GmbH Leonberg
Becker Avionics, Becker Flugfunkwerk GmbH Rheinmünster
Berner & Mattner Stuttgart
Beutler Präzisions-Komponenten GmbH Rosenfeld
Boger Electronics GmbH Aulendorf
Bosch siehe unter Zusätze
Brugg Kabel GmbH Schwieberdingen
Bruker AXS GmbH Karlsruhe
Bruker Optik GmbH/Bruker BioSpin Ettlingen
CADI-Luftfahrttechnik GmbH Pforzheim
Carl Zeiss Oberkochen, Aalen
Cassidian Electronics / Cassidian Systems / Cassidian EADS Ulm, Immenstaad (siehe auch EADS/Daimler)
COMSOFT GmbH Karlsruhe
COMTRONIC GmbH Schönau
Comtronic GmbH Verbindungstechnik Wilhelmsfeld
CONET Group Ludwigsburg, Walldorf
Deutsche Post/DHL siehe unter Zusätze
Diehl GmbH Überlingen, Laupheim, Dunningen-Seedorf (siehe auch den Textbeitrag)
Doll Fahrzeugbau Oppenau
EADS/Daimler Benz AG / Mercedes Benz Stuttgart, Mannheim, Ulm, Immenstaad, Friedrichshafen (siehe auch den Textbeitrag)
Elma Electronic GmbH Pforzheim
ESG Stuttgart Sindelfingen
EuroAvionics Navigationssysteme GmbH Pforzheim
F C S GmbH, Field Camp Services Bad Rappenau
forceWare (Vallon) Eningen
GMT GmbH, Gummi Metall Technik Bühl
Graeff Container und Hallenbau GmbH Mannheim
Heckler und Koch Oberndorf (siehe auch den Textbeitrag)
IBM Deutschland Stuttgart
Infoterra Immenstaad (siehe auch Astrium/EADS)
innoSysTec GmbH Salem-Neufrach
itk-Engineering Stuttgart-Vaihingen
Iveco Magirus AG Ulm
J. Eberspärcher GmbH Esslingen

JUNGHANS Microtec GmbH Dunningen-Seedorf (siehe auch Thales und Diehl)

Kärcher Futuretech GmbH Winnenden (siehe auch den Textbeitrag)

Kissling Elektrotechnik GmbH Wildberg

König Komfort- und Rennsitze GmbH Ilsfeld

LEWICKI microelectronic GmbH Oberdisingen

LFK-Lenkflugkörpersysteme GmbH Ulm

Liebherr-Aerospace Lindenberg GmbH Friedrichshafen

Losberger GmbH/ Losberger Rapid Deployment Systems Bad Rappenau

LS telcom AG Lichtenau

M+W Germany GmbH Stuttgart

MAHLE Behr Industry GmbH & Co. KG Schwäbisch Hall, Sulzdorf

MAHLE Behr Industry GmbH Stuttgart

MAIBACH Industrie-Plastic GmbH Eisingen

Mann+Hummel GmbH Ludwigsburg

Matrium GmbH Ulm, Friedrichshafen Immenstaad, Überlingen-Bamberg

Mausier Oberndorf (siehe auch Rheinmetall)

MBDA Missilesystems Ulm

Mercedes-Benz Mannheim (siehe auch EADS)

MICCAVIONICS Defense Systeme GmbH Weil der Stadt

MIL-Kabel-Systeme GmbH Aalen

MineWolf Systems AG Stockach

Moog GmbH Böblingen

Motorflug Baden-Baden GmbH Rheinmünster

MTU GmbH Friedrichshafen (siehe auch den Textbeitrag)

NARR Vertriebs GmbH Balingen

ND SatCom Defence GmbH / ND SatCom GmbH Immenstaad

Northrop Grumman LITEF GmbH Freiburg

Procitec GmbH Pforzheim

Rapp Präzisionstechnik Bad Rippoldsau

Rheinmetall Stockach, Neuenburg, Oberndorf am Neckar

Rockwell Collins Heidelberg

roda computer GmbH Lichtenau

Rohde & Schwarz SIT GmbH Stuttgart

Rotinor Stuttgart

Rotzler GmbH Steinen

RST Radar Systemtechnik GmbH Salem

RUD Ketten Rieger & Dietz GmbH Aalen

Sagem Navigation GmbH Murr

Samtech Deutschland GmbH Reutlingen

SAP Deutschland AG & Co. KG Walldorf

Schott AG Müllheim

Schuler Pressen GmbH Weingarten

Selex Communications GmbH Backnang

Serco GmbH - Integrated Services Ulm

SILVER ATENA Electronic Systems Engineering GmbH Böblingen

Siemens siehe unter Zusätze (siehe auch Atos)

Sinus Electronic GmbH Untereisesheim

Stender GmbH Wangen

STOP-CHOC Schwingungstechnik Renningen

Telefunken RACOMS GmbH Ulm

Telerob Ostfildern

Tesat-Spacecom GmbH Backnang

Thales (ehem. Thomson-CSF) Ditzingen, Pforzheim, Korntal-Münchingen, Stuttgart, Ulm, Dunningen-Seedorf

Thyssen-Krupp siehe unter Zusätze

T-Systems Leinfelden-Echterdingen, Göppingen, Stuttgart, Weingarten

W. Piekenbrink Laupheim

Witzenmann GmbH Pforzheim

Vallon GmbH Eningen

Zeppelin Mobile Systeme GmbH (ZMS) Meckenbeuren, Friedrichshafen

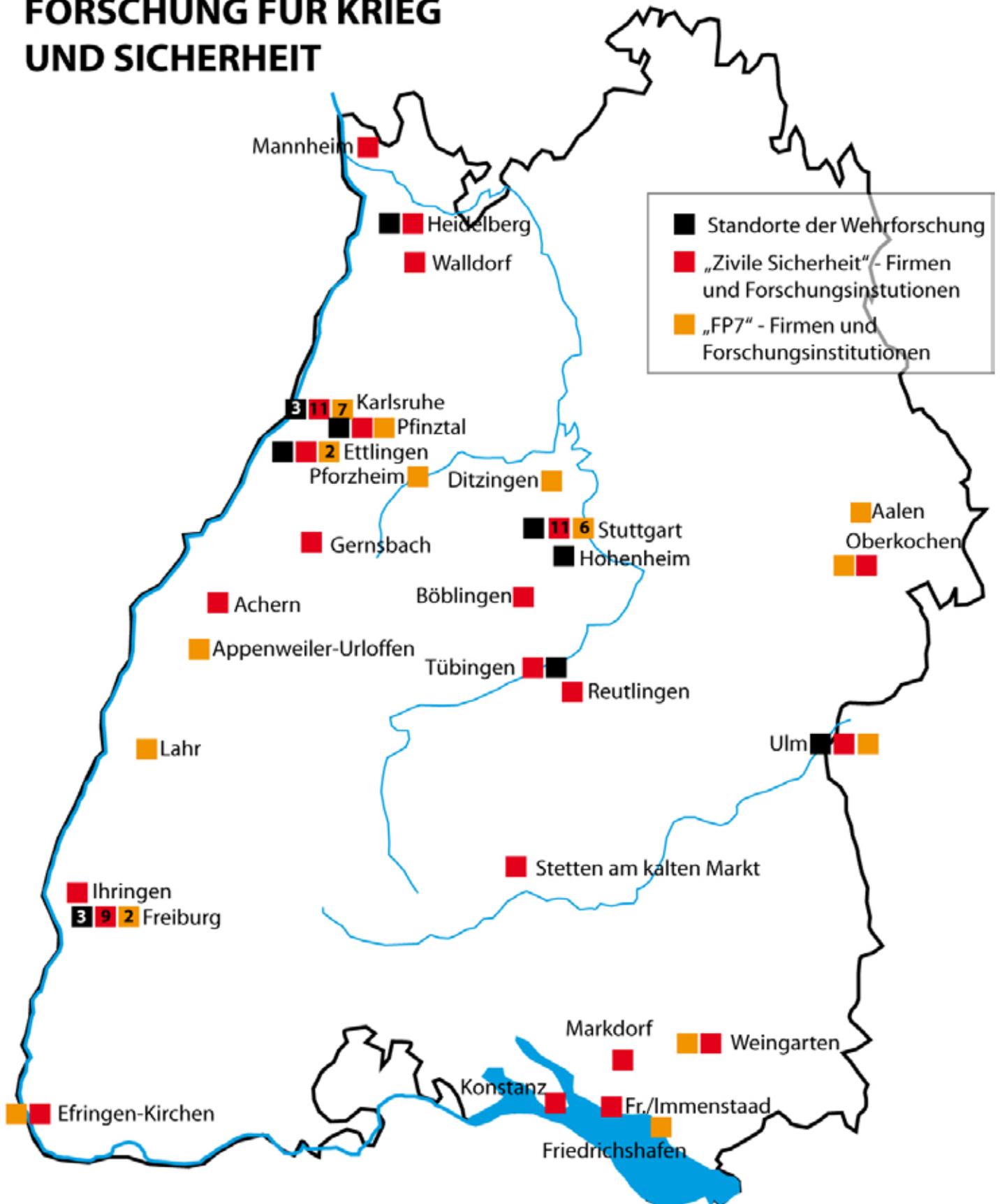
ZF Friedrichshafen AG Friedrichshafen

Ziegler GmbH Bermatingen



FORSCHUNG

FORSCHUNG FÜR KRIEG UND SICHERHEIT





Wo beginnt der Krieg?

Der Wissenschaftsbetrieb muss in die Verantwortung genommen werden

Über die aktuelle Militarisierung von Forschung und Lehre kann nicht gesprochen werden, ohne den Kontext zu beschreiben, in dem sie stattfindet. Wir befinden uns hoch offiziell in einer Phase der „Transformation der Bundeswehr“ zu einer „Armee im Einsatz“. Knapp 10.000 Bundeswehrsoldaten sind gegenwärtig in über 15 Ländern der Welt im Einsatz. Etwas weniger als die Hälfte davon beteiligen sich in Afghanistan an einem regelrechten Krieg, wo auch die Bundeswehr etwa alle zwei Tage in handfeste Gefechte verwickelt ist und regelmäßig Luftnahunterstützung anfordert. Von dort reicht das Spektrum der Einsätze über Stabilisierungsmissionen auf dem Balkan hin zu Beobachter- und Ausbildungsmissionen, die in der Öffentlichkeit kaum bekannt und auch vom Bundestag nicht mandatiert sind, wie gegenwärtig in Uganda oder zuvor auch im Jemen. Bei stetig wachsendem Etat des Verteidigungsministeriums werden diese neuen Aufgaben mit einer immer geringeren Zahl von Soldaten erfüllt.

Möglich wird dies einerseits durch eine Technisierung des Krieges und andererseits durch eine Spezialisierung der Bundeswehr auf die eigentliche Kriegsführung. Nahezu alle Aufgabenbereiche, die den Alltag einer Verteidigungsarmee in Vorbereitung auf den Verteidigungsfall geprägt haben – Instandhaltung, Ausbildung, Lagerhaltung und Logistik – werden gegenwärtig an private Unternehmen ausgegliedert.¹ Aber auch in den eigentlichen Einsätzen – insbesondere sog. Sicherheitssektorreformen – wird verstärkt auf Vertragsarbeiter_innen und Polizist_innen zurückgegriffen sowie – gerade bei handfesteren Kriegen – einheimisches Personal rekrutiert oder über die UN auf Infanteristen aus Entwicklungs- und Schwellenländern zurückgegriffen.² Zwei weitere Bereiche, die mit dem neuen Einsatzprofil der Bundeswehr exorbitant gewachsen sind, ohne dass sie von der Bundeswehr eigenständig zu bewältigen wären, ist die weltweite Aufklärung – insbesondere Human Intelligence – und Strategieentwicklung; Schließlich reicht es nicht mehr, eine Front und einen Gegner zu beobachten, heute müssen hunderte potentielle Einsatzgebiete überwacht und jeweils Konzepte für Interventionen ausgearbeitet werden. Das ist der „sicherheits“politisch-strategische Hintergrund der aktuellen Militarisierung der Hochschulen, der zugleich auf begünstigende Entwicklungen durch die Bologna-Reformen (Abhängigkeit von Drittmitteln, Anwendungsorientierung) und eine schlechte Arbeitsmarktlage für Akademiker_innen trifft.

Ansatzpunkte für Auseinandersetzungen

Die massiven Bemühungen der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie, in jüngster Zeit ihre Zusammenarbeit mit den Hochschulen auszubauen, waren Anlass für die „Na-

turwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V.“ (Natwiss), am 9.7.2010 in Braunschweig zu einem Vernetzungstreffen zum Thema Zivilklauseln einzuladen. Zivilklauseln gibt es nach aktuellem Kenntnisstand an der Technische Universität Berlin und den Hochschulen in Konstanz, Bremen, Bremerhaven, Dortmund, Oldenburg, Kassel, am mittlerweile im Karlsruher Institute of Technology (KIT) aufgegangenen Kernforschungszentrum Karlsruhe und nun auch in Tübingen.³ Dabei handelt es sich um Formulierungen – meist in den Satzungen der Universitäten – welche in unterschiedlicher Deutlichkeit die Ziele von Forschung und/oder Lehre auf „friedliche“ und/oder „zivile“ Zwecke beschränken. Bei dem Treffen wurde aber schnell klar, dass die bloße Existenz einer solchen Zivilklausel oft keinerlei Effekt hat und Wehrforschung oder rüstungsnahe Forschung keineswegs unterbindet. Eine Zivilklausel kann aber ein fruchtbarer Anlass sein, um die Auseinandersetzung darum zu beginnen, welche Forschung und welche Lehrveranstaltungen die Verantwortung der Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft verletzen. Deshalb wurde auf dem Treffen in Braunschweig festgestellt, dass die Forderung nach Zivilklauseln bzw. deren Einhaltung stets auch mit Debatten, Aktionen und möglicherweise auch Institutionen einhergehen müssen. Als Voraussetzung hierfür wurde eine erste Kategorisierung von potentieller „Kriegsforschung“ vorgenommen, die im Folgenden am Beispiel Tübingen mit möglichen Fallstricken und Ansatzpunkten für Protest vorgestellt werden soll.

Rüstungsforschung

Unter Rüstungsforschung ist naturwissenschaftlich-technische Forschung zu verstehen, die unmittelbar vom Verteidigungsministerium und/oder der Rüstung bezuschusst werden und deren Ergebnisse absehbar in die Entwicklung und Verbesserung von Waffensystemen im weiteren Sinne – also auch Aufklärungssysteme und Panzerungen – eingehen sollen. Die staatliche Rüstungsforschung wurde bislang zu großen Teilen über die Bundeswehr selbst und ihre Universitäten oder Institutionen wie das Deutsche Zentrum Luft- und Raumfahrt (DLR) oder die Fraunhofer-Gesellschaft (und die mittlerweile in dieser aufgegangenen Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften e.V.) durchgeführt. Allerdings kommt es häufig zu oft undurchsichtigen Kooperationen dieser Institutionen mit zivilen Universitäten. Ein aktuelles und herausragendes Beispiel hierfür ist die Gründung der Fakultät Munich Aerospace, die offiziell am 9.7.2010 – dem Tag des Braunschweiger Treffens – vollzogen wurde. Dabei handelt es sich um ein Kooperationsprojekt der Tech-

nischen Universität München, der Bundeswehruniversität München, des DLR sowie des „Bauhaus Luftfahrt“. Beim „Bauhaus Luftfahrt“ handelt es sich um einen gemeinnützigen Verein, der von den drei Rüstungsunternehmen EADS, Liebherr Aerospace und MTU Aero Engines gemeinsam mit dem Bayerischen Wirtschaftsministerium gegründet wurde. Unter Förderung durch das Wirtschafts- und das Wissenschaftsministerium sollen mit insgesamt 55 Professuren „Forschungs- und Fertigungskompetenzen“ integriert, der „Forschungs- und Technologiestandort München“ gestärkt und „die Potenziale von universitären und außeruniversitären Partnern sowie Partnern aus der Wirtschaft konstruktiv und zielorientiert zusammengeführt werden können“. Geforscht werden soll zunächst u.a. zu unbemannten Flugsystemen – sog. Drohnen – und Raketenantriebssystemen.⁴

Während die Gründung der Fakultät Munich Aerospace öffentlich zelebriert wurde, ist man bei vielen anderen Kooperationsprojekten – gerade wenn diese ohne öffentliche Förderung stattfinden – auf Zufallsfunde in Pressemitteilungen, der Lokalpresse oder auch Aushängen in der Universität angewiesen. So wurde auch bekannt, dass einer der größten Hersteller von Militärhubschraubern weltweit, Eurocopter, mit der Fakultät für Luft- und Raumfahrttechnik und Geodäsie der Universität Stuttgart ein Partnerschaftsabkommen geschlossen hat. „Ziel ist die Zusammenarbeit bei technologischen Themen sowie bei der Ausbildung künftiger Ingenieure. Geplant ist eine Vorlesungsreihe mit Eurocopter-Ingenieuren als Referenten über Hubschraubertechnologie, Firmenbesichtigungen für Studierende und das Angebot von Praktikums- und Diplomandenstellen... Konkrete Anwendungsbereiche sind die Herstellung von Rotorblättern, Hubschrauberstrukturen sowie die Fertigung von Airbus-Türen.“⁵

In Tübingen findet laut Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion keine durch den Bund finanzierte wehrtechnische Forschung statt.⁶ Betrachtet man allerdings die im Rahmen der Europäischen Sicherheitsforschung in Tübingen geförderten Projekte, so wird deutlich, dass gerade diese eine Zusammenarbeit zwischen Rüstungsunternehmen bzw. auch in der Rüstung tätigen Unternehmen und Universitätsinstitute, v.a. aus der Informatik und der Biologie vorantreibt. Geforscht wird dabei insbesondere an Mensch-Maschine-Schnittstellen, Simulatoren und Steuerung bzw. Selbstlokalisierung von Drohnen, wie sie u.a. auch in Afghanistan zum Einsatz kommen.

Wehrmedizinische Forschung

Wehrmedizinische Forschung findet, finanziert durch das Verteidigungsministerium, an den Bundeswehrkrankenhäusern, den Universitäten der Bundeswehr in Hamburg und München sowie an zahlreichen deutschen Hochschulen statt, darunter auch in Tübingen. Hier wird im Auftrag des Verteidigungsministeriums zu Lärmtraumata, zu Organophosphaten und zur Wirkung nuklearer Strahlung auf Körperzellen

geforscht. Mittels Internetrecherche konnte bislang nur das Projekt zur Erforschung von Lärmtraumata identifiziert werden, das auch die offensichtlichsten Bezüge zur Einsatzrealität der Bundeswehr aufweist. So sind Lärm- und Knalltraumata unter den häufigsten Formen von Verletzungen von Bundeswehrsoldaten in Afghanistan und auch jenseits des konkreten Kriegseinsatzes leiden viele Soldaten wegen ihres unmittelbaren Umgangs mit Gewehren, Explosionswaffen, Flugzeugen und Hubschraubern unter chronischen Hörschäden. Am zur Universität gehörenden Tübingen Hearing Research Centre auf dem Gelände der Universitätsklinik werden bzw. wurden im Auftrag des Verteidigungsministeriums der Haarzellverlust infolge von Schalldruck und mögliche Behandlungsmöglichkeiten untersucht. Als Grundlage der Forschung diente die experimentelle Beschallung und anschließende Untersuchung von Meerschweinchen. Ob diese Tierversuche selbst in Tübingen stattfanden und weiter stattfinden, ist jedoch bislang nicht eindeutig geklärt.

In mehrfacher Hinsicht schwerer einzuschätzen ist – insbesondere für medizinische Laien – die Forschung zu Organophosphaten. Mehrere an der Universität Tübingen Beschäftigte haben zu diesem Thema gemeinsam mit Bundeswehrangehörigen Artikel veröffentlicht – darunter u.a. Angestellte der Sektion für Experimentelle Anaesthesiologie an der Universitätsklinik sowie der Zoologie. Eine bundesweit führende Rolle bei der wehrmedizinischen Forschung zu Organophosphaten scheint das Institut für Pharmakologie und Toxikologie der Bundeswehr in München zu spielen. Möglicherweise lassen sich über Kooperationsprojekte dieses Instituts mit der Universität Tübingen Rückschlüsse über die Inhalte der wehrmedizinischen Forschung zu Organophosphaten in Tübingen ziehen. Bis dahin ist eine weite Bandbreite von militärischen Bezügen in Betracht zu ziehen: zahlreiche chemische Kampfstoffe gehören dieser Stoffgruppe an, zugleich werden Organophosphate als Ursache des sog. Golfkriegssyndroms diskutiert und können diese Stoffe bei der Bombardierung von oder Unfällen in chemischen Fabriken in großen Mengen freigesetzt werden und tödliche Vergiftungen bei den eingesetzten Soldaten und der Bevölkerung verursachen. Ob die Forschung in Tübingen jedoch eher darauf abzielt, eigene Soldaten zu schützen, Kollateralschäden bei zukünftigen Angriffskriegen zu reduzieren oder dem Schutz von Zivilisten im Inland dienen soll, ist somit bislang unklar. Keinesfalls ist die Organophosphatforschung pauschal zu verurteilen, da sie auch wichtig für den Bevölkerungsschutz ist. Zu kritisieren ist jedoch in jedem Falle, dass diese Forschung intransparent und im Auftrag des Verteidigungsministeriums durchgeführt wird – womöglich sogar unter Geheimhaltung steht und damit die Forschungsergebnisse nicht öffentlich gemacht werden. Dasselbe gilt auch für die Strahlenforschung, die womöglich durchaus notwendig und nutzbringend ist, jedoch besser im Dienste eines zivilen Bevölkerungsschutzes aufgehoben wäre.



„Zivile“ Sicherheitsforschung

Sowohl auf nationaler, wie auch auf europäischer Ebene wurden in den vergangenen Jahren massive Programme zur Förderung von Sicherheitsforschung ins Leben gerufen. Dem vorangegangen war eine intensive Lobbyarbeit der europäischen Rüstungsindustrie und das erklärte Ziel dieser Forschungsförderung besteht auch neben dem vermeintlichen „Schutz der Bürger“ in einer „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ der deutschen und europäischen Rüstungs- und Sicherheitsindustrie, die zunehmend zur Deckung kommen.⁷ Rüstungsunternehmen sind und waren sowohl an der Konzeption der Forschungsprogramme beteiligt wie sie auch – gemeinsam etwa mit der europäischen Rüstungsagentur EDA – im Gutachterkreis des europäischen Forschungsprogramms vertreten sind, der letztlich über die Förderung im Einzelnen entscheidet. Entsprechend sind sie auch an den meisten der geförderten Projekte beteiligt.

Dies ist auch deshalb naheliegend, weil im Rahmen der Forschungsprogramme überwiegend „Dual-Use-Forschung“ betrieben wird, die Ergebnisse also sowohl für zivile als auch für militärische Anwendungen genutzt werden können. So lässt sich eine deutliche Schwerpunktsetzung auf die Bereiche Sensorik und Robotik erkennen. Hochauflösende und „intelligente“ Kameras werden sowohl entwickelt, um im Inland belebte Plätze oder kritische Infrastrukturen zu beobachten als auch, um in den Einsatzgebieten der Bundeswehr verdächtige Personengruppen oder plötzliche Menschenansammlungen aufzuklären. Montiert werden diese auch an unbemannten Fahrzeugen und Flugkörpern, die im Rahmen der Sicherheitsforschung für den Grenzschutz entwickelt und zugleich in Afghanistan für die Feindaufklärung eingesetzt werden. Mit der technischen Fokussierung geht ein eindimensionaler Sicherheitsbegriff einher, der die Existenz verschiedener Bedrohungen voraussetzt und diese eindämmen oder abwehren will. So befassen sich zahlreiche geförderte Projekte mit der Verhinderung oder der Schadensbegrenzung im Falle eines terroristischen Anschlages, ohne dass ein Projekt erkennbar etwa den Einfluss der deutschen Kriegführung in Afghanistan auf die Wahrscheinlichkeit eines solchen Anschlagsversuches einbeziehen würde. Letztlich stehen somit selbst die Projekte, die lediglich einen verbesserten Schutz der Bevölkerung gegen Anschläge ermöglichen sollen, in dem Verdacht, dass sie primär die „Durchhaltefähigkeit“ der Bevölkerung in einem eskalierenden „Krieg gegen den Terror“ gewährleisten sollen.

In Tübingen findet im Rahmen des „Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit“ des Bundesministeriums hingegen eines der wenigen Projekte sozialwissenschaftlicher Begleitforschung statt. Unter dem Projekttitel „THEBEN, Terahertz-Detektionssysteme: Ethische Begleitung, Evaluation und Normenfindung“ sollen ethische Fragestellungen im Bezug auf den Einsatz sog. „Nacktscanner“, beispielsweise an Flughäfen, untersucht werden – allerdings durchaus anhand „konkreter Anwendungsfragen“ und mit dem Ziel von „Anwendungsempfehlungen“. Dabei sollen die Forschergrup-

Spaßige Spielchen – ELROB und andere Wettbewerbe

European Land-Robot Trial, kurz ELROB, ist ein interessanter Roboter-Konstruktions-Wettbewerb der jährlich an unterschiedlichen Orten abgehalten wird. Jeweils wechselnd mit militärischem und zivilem Szenario präsentieren Hochschulen und Firmen ihre neuesten Entwicklungen im Bereich der Robotik. Sie sind ein Bindeglied zwischen angewandter Forschung an öffentlichen Institutionen und Interessenten aus der Industrie und dem Militär. In den Informationen zum Wettbewerb 2012 heißt es: „[M-] ELROB [2012] ist kein ‚Kampf von Konkurrenten‘ mit High-Tech-Visionen als vielmehr ein Forum zur Präsentation der Möglichkeiten der Robotik, um die technologischen Entwicklungen in Europa zu befördern und Lösungen für aktuelle militärische Herausforderungen zu finden.“ (www.elrob.org)

ELROB ist bei weitem nicht der einzige Wettbewerb dieser Art in Europa oder auf der Welt. Das besondere dieser Wettbewerbe besteht jedoch darin, dass hier die Zuarbeit zur Rüstungsindustrie spielerisch verpackt wird und technologischer Feuereifer in militärische Bahnen gelenkt wird.

Auch Baden-Württembergische Hochschulen beteiligen sich z.B. an ELRO, wie das Institut für Unbemannte fliegende Systeme der Hochschule Offenburg (M-ELROB 2012). Beteiligte Firmen aus Baden-Württemberg sind z.B. Autoflug und Telerob.

Siehe ausführlicher den Beitrag von Ralf E. Streibel in der FIFF-Kommunikation, März 2012, S. 21-25

www.fiff.de



pen, welche sich um die technische Umsetzung kümmern, „begleitet“ und „Betroffene“ befragt werden.⁸ Selbst wenn man den beteiligten Wissenschaftlern des Internationalen Zentrums für Ethik in den Wissenschaften (IZEW) der Universität Tübingen eine kritische Haltung gegenüber dieser – ebenfalls im Militärischen einsetzbaren – Technologie unterstellt, leisten sie dennoch einen Beitrag zu deren Einführung. So steht spätestens seit Januar 2010 fest, dass deutsche Flughäfen zukünftig mit „Nacktscannern“ ausgerüstet werden sollen. In der Zwischenzeit waren Bundesinnenministerium und Bundespolizei gemeinsam mit dem DLR damit beschäftigt, juristische Probleme technisch auszuräumen. So könnten Angehörige einzelner Religionen oder Menschen mit Implantaten sich durch die Abbildung ihres nackten Körpers oder die Offenlegung etwaiger „Behinderungen“ diskriminiert fühlen und erfolgreich hiergegen klagen. Deshalb wird gegenwärtig an Software gearbeitet, die bei Nacktscannern nur das zum Vorschein kommen lassen soll, was wirklich entdeckt werden soll, wobei auf die Arbeit des IZEW zurückgegriffen werden kann, das in einem zweiten Projekt des IZEW zur Terahertz-Technologie, TERASEC, auch unmittelbar mit dem DLR zusammenarbeitet. Wird diese Technologie aber erst einmal großflächig eingeführt, wird dies absehbar auch eine gesellschaftliche Enttabuisierung und sinkende Stückkosten zur Folge haben, woraus sich weitere Anwendungsmöglichkeiten im privaten, öffentlichen und militärischen Bereich ergeben. Eine antimilitaristische Kritik an den Projekten des IZEW scheint deshalb durchaus angebracht, kann aber in diesem Falle vielleicht auch mit den beteiligten Wissenschaftler_innen gemeinsam entwickelt werden.

„Anwendungsorientierte“ Sozialwissenschaften

Mit der Transformation der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz hat sich das außenpolitische Repertoire der Bundesrepublik um die militärische Komponente erweitert, rund die Hälfte des Globus ist zum potentiellen Einsatzgebiet geworden, es sind neue Beschäftigungsfelder für Sozialwissenschaftler_innen entstanden und haben sich alte einer militärischen Logik geöffnet. Die Möglichkeit einer militärischen Intervention weckt häufig bei Lehrenden wie Lernenden übersteigerte Erwartungen an damit einhergehende Gestaltungsmöglichkeiten, die Beschäftigung mit fernen Konflikten betrifft weniger deren langfristigen Ursachen als kurzfristige „Lösungsvorschläge“ und das Interesse an fremden Kulturen lässt sich in den Dienst der Sicherheitspolitik stellen. Nicht immer muss dies so offensichtlich stattfinden, wie beim an der Uni Oldenburg angesiedelten „Forschungsverbund Interventionskultur“, der die „sozialen Auswirkungen von militärisch gestützten humanitären Interventionen“ untersuchen will und zwar sowohl in den „Zielgesellschaften der Intervention“ als auch in den Gesellschaften, aus denen die intervenierenden Soldaten stammen.⁹ Es besteht kein Zweifel, dass die Untersuchungen darüber, wie Entwicklungsprojekte oder ein bestimmtes Auftreten der Soldaten

die Akzeptanz von Besatzungstruppen erhöhen oder darüber, wie der Umgang mit getöteten Soldaten den „Heimatsdiskurs“ verändern kann, für eine Armee im Einsatz und die dahinter stehende Politik von großem Nutzen sein kann. Die Studierenden gleich mit denjenigen Fragen zu konfrontieren, die später für sie von ganz praktischer Relevanz sein können, ist auch Ziel des neuen Masterstudienganges „Military Studies“ an der Universität Potsdam, den die Institute für Soziologie und Geschichte gemeinsam mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr und dem Sozialwissenschaften Institut der Bundeswehr anbieten. Offensichtliches Ziel des Studiengangs ist der Aufbau einer größeren „Strategischen Gemeinschaft“ in Deutschland und entsprechend gehört auch ein Vollzeit-Praktikum bei NGOs, Ministerien, der Bundeswehr oder anderen Stellen zum Studiengang. Auf diese Weise sollen auch Personen mit militärischem Fachwissen in zivile Behörden und Organisationen vermittelt werden. Um den „vernetzten Ansatz“ deutscher Außenpolitik umsetzen zu können, ist es eben auch notwendig, dass auch die Mitarbeiter etwa des BMZ oder des Wirtschaftsministeriums, Angestellte von internationalen NGOs oder Organisationen der Technischen Zusammenarbeit ein Wissen über militärische Abläufe und Möglichkeiten besitzen.

Dies ist einer der Hintergründe, weshalb Jugendoffiziere und andere Bundeswehrangehörige in den letzten Jahren an zahlreichen Universitäten selbst Seminare anboten, Seminare begleitet oder durch das bundeswehreigene Simulationsspiel „Politik und internationale Sicherheit“ (Pol&IS) geführt haben. Betroffen sind hiervon u.a. die Wirtschafts- und Kulturwissenschaftlichen Institute sowie die Friedens- und Konfliktforschung, die sich explizit an Studierende richtet, die anschließend in den „Gebieten der Krisenprävention, Konfliktbearbeitung, Friedensförderung und des Weltregierens“ tätig sein möchten.¹⁰

Mit der Universität Tübingen bestehen nach Angaben der Jugendoffiziere „erfreulich intensive Kooperationen“. Zwar haben hier Jugendoffiziere nach Angaben der Bundesregierung bis Ende 2008 noch keine eigenen Seminare angeboten, wohl aber begleitete ein Jugendoffizier im Rahmen des Seminars „Internationale Sicherheitspolitik in Europa“, angeboten durch Dr. Nielebock, eine zehntägige Exkursion „zu den ‚Schaltzentren der Macht‘ ... bei einschlägigen internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen in Brüssel, Straßburg und Wien“.¹¹ Mittlerweile hat jedoch auch an der Abteilung für Ethnologie ein vollwertiges Hauptseminar stattgefunden, das durch eine Angestellte des Zentrums für Geoinformationswesen der Bundeswehr gehalten wurde und sich explizit mit den Beschäftigungsmöglichkeiten und -inhalten von Ethnolog_innen beim Militär beschäftigte. Auch das Tübinger Institut für Politikwissenschaft hat im Rahmen der von den Gleichstellungsbeauftragten des Instituts organisierten Reihe „Frauen im Politikfeld Sicherheitspolitik“ eine Mitarbeiterin der Bundeswehruniversität zu einem Vortrag mit dem Titel „Die Bundeswehr als potenzieller Arbeitgeber: Frauen in der Minderheit“ eingeladen.



Dies sind zweifellos Indizien dafür, dass das Militär in den Universitäten durchaus als ganz normaler Arbeitgeber und auch als ganz normales Mittel der Außenpolitik bewertet wird. Dieselbe Auffassung wurde auch von der Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage hinsichtlich des Simulationsspiels Pol&IS zum Ausdruck gebracht. Die Frage, ob in diesem „Militäreinsätze ... als legitimes Mittel der Politik dargestellt“ würden, wurde lapidar beantwortet mit dem Satz: „Als Abbildung der weltweiten sicherheitspolitischen Realität berücksichtigt POL&IS alle Konfliktlösungsstrategien“.¹² Die Darstellung von Militäreinsätzen als „Konfliktlösungsstrategie“ entspricht der offiziellen Darstellung der Bundeswehr als einer Armee „im Einsatz für den Frieden“ und etwa auch des Krieges in Afghanistan als „friedensstabilisierender“ Einsatz, wie er eben auch in der Politikwissenschaft / Friedens- und Konfliktforschung diskutiert wird. Große Teile des wissenschaftlichen Betriebs haben offenbar mit der Transformation der Bundeswehr Schritt gehalten und eilig die entsprechenden Neudefinitionen von „Frieden“ und „Konfliktlösung“ vorgenommen.

Die Frage, wann der Krieg beginnt, ist keine wissenschaftliche!

Wenn die Bundeswehr nach herrschender Auffassung in Afghanistan „im Einsatz für den Frieden“ ist, Krieg also dem Frieden dient, dann hilft auch eine Zivilklausel wie in Tübingen alleine nicht weiter, wenn sie festhält: „Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen“. Selbst unmittelbare Rüstungsforschung ließe sich somit – überspitzt gesagt – damit legitimieren, dass verbesserte Waffensysteme der Bundeswehr ihren „Einsatz für den Frieden“ erleichtern und somit selbst dem Frieden dienen würden.

Auf dem Treffen in Braunschweig wurde hingegen festgehalten, dass es sich bei der Forderung nach Zivilklauseln und der Auseinandersetzung um deren Geltung nicht um einen (reinen) Abwehrkampf, sondern um eine positive Forderung handle, die Forderung nach einer zivilen Forschung und Lehre, nach zivilen Hochschulen. Diese Auseinandersetzung muss angesichts orwellischer Friedensbegriffe, wie sie innerhalb der wissenschaftlichen Eliten vorherrschen, um die Frage geführt werden, was zivil eigentlich bedeutet und wo der Krieg anfängt. Eine Debatte, die angesichts der Transformation der Bundeswehr mehr als überfällig ist und offensichtlich nicht der Wissenschaft überlassen werden darf. Vielmehr muss wieder verstärkt die Gesamtgesellschaft ihre Forderungen an die Wissenschaft formulieren und diese in die Verantwortung nehmen, nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Eliten als Geld- und Arbeitgeber. Denn die Wissenschaft erforscht und ermöglicht Technologien und Praktiken, die unseren Alltag bestimmen: ob wir zu einer „Interventionsgesellschaft“ werden, in einem kriegsführenden Staat leben und einer erhöhten Bedrohung durch den Terrorismus ausgesetzt sind, wie weit der (Informations-) Zugriff durch staatliche Stellen und (deren) private Sicherheitsdienstleister auf unsere Leben und unsere Körper geht und wie dieser legitimiert wird und wer im Falle einer Katastrophe den Bevölkerungsschutz übernimmt, im Ausnahmezustand souverän wird. Das sind Fragen, die auch wissenschaftlich im wissenschaftlichen Betrieb diskutiert werden können, wobei die hier stets beanspruchte „Objektivität“ jedoch aufgrund der Interessenlagen – erinnert sei nur beispielhaft an die Geldgeber – zweifelhaft erscheint. Die Frage, wo der Krieg beginnt und was als Kriegsforschung anzusehen ist, welche Forschung der Verantwortung der Wissenschaft für die Gesellschaft gerecht wird und welche dieser schadet, muss hingegen von der gesamten Gesellschaft auf vielfältige Weise gestellt werden. Das bedeutet auch, dass wir nicht ewig nach „Verbündeten“ innerhalb der jeweiligen Institutionen suchen dürfen, sondern auch von außen mit Protesten an diese Institutionen herantreten müssen.

Zugriff durch staatliche Stellen und (deren) private Sicherheitsdienstleister auf unsere Leben und unsere Körper geht und wie dieser legitimiert wird und wer im Falle einer Katastrophe den Bevölkerungsschutz übernimmt, im Ausnahmezustand souverän wird. Das sind Fragen, die auch wissenschaftlich im wissenschaftlichen Betrieb diskutiert werden können, wobei die hier stets beanspruchte „Objektivität“ jedoch aufgrund der Interessenlagen – erinnert sei nur beispielhaft an die Geldgeber – zweifelhaft erscheint. Die Frage, wo der Krieg beginnt und was als Kriegsforschung anzusehen ist, welche Forschung der Verantwortung der Wissenschaft für die Gesellschaft gerecht wird und welche dieser schadet, muss hingegen von der gesamten Gesellschaft auf vielfältige Weise gestellt werden. Das bedeutet auch, dass wir nicht ewig nach „Verbündeten“ innerhalb der jeweiligen Institutionen suchen dürfen, sondern auch von außen mit Protesten an diese Institutionen herantreten müssen.

Anmerkungen

- 1 Christoph Marischka: Die privatwirtschaftliche Basis einer Armee im Einsatz, IMI-Studie 2009/11, <http://imi-online.de/download/CM-privatwirtschaft-Studie.pdf>
- 2 Jonna Schürkes: Boots on the Ground – Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften in Drittstaaten, in: IMI: Krisenmanagement - „Sicherheitsarchitektur“ im globalen Ausnahmezustand, <http://www.imi-online.de/download/Kongressdoku-2009-web.pdf>
- 3 Natascha Bisbis: Zivilklausel für alle Hochschulen, in: Wissenschaft & Frieden 3/2010.
- 4 „Internationale Adresse der Luft- und Raumfahrt: Fakultät Munich Aerospace startet“, Pressemitteilung der TU München vom 09.07.2010, <http://portal.mytum.de>
- 5 „Partnerschaftsabkommen mit Eurocopter“, Meldung des „Uni-Kurier“ auf www.uni-stuttgart.de/uni-kurier/.
- 6 Bundestags-Drucksache 16/10157.
- 7 Ben Hayes: Arming Big Brother - The EU's Security Research Programme, Transnational Institute Briefing Series No. 2006/1, TNI&Statewatch, 2006, <http://www.statewatch.org/analyses/big-brother.pdf>
- 8 „THEBEN“, www.izew.uni-tuebingen.de, 13.7.2010.
- 9 Michael Daxner u.a.: Interventionskultur - Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften, VS-Verlag, 2010.
- 10 Thomas Nielebock: Universität Tübingen - Masterstudiengang ‚Friedensforschung und Internationale Politik‘, in: „Frieden studieren“, Dossier Nr. 48, Wissenschaft & Frieden 1/2005.
- 11 Konstanze Jüngling: „Vom Politikinstitut direkt in die sicherheitspolitische Praxis“, Tübinger Universitätsnachrichten (TUN Nr. 142) vom 24.11.2008, www.uni-tuebingen.de.
- 12 Bundestags-Drucksache 16/11015.



Erklärung des Tübinger Zivilklauselkongresses am 28. und 29.10.2011

Anlässlich der offensichtlichen Unterwanderung der Tübinger Zivilklausel – u. a. durch die Honorarprofessur des Herrn Ischinger und die anhaltende wehrmedizinischen Forschung – versammelten sich Studierende und Aktive aus Friedens- und Gewerkschaftsinitiativen aus zwölf Universitätsstädten (Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Stuttgart, Tübingen, Braunschweig, Bremen, Darmstadt, Frankfurt, Gießen, Jena und Marburg), um über die Militarisierung von Forschung und Lehre sowie über mögliche Gegenstrategien zu beraten.

Der Kongress begann mit der Verlesung eines bewegenden Grußworts des 86jährigen naziverfolgten Widerstandskämpfers Martin Löwenberg. Er erinnerte daran, dass 1945 galt: „Mit den Waffen des Geistes – gegen den Geist der Waffen!“, und an den damaligen Konsens der „vier D’s“: Denazifizierung, Demonopolisierung, Demokratisierung und eben auch Demilitarisierung aller Bereiche des öffentlichen Lebens. Ausdrücklich begrüßte er, dass der ver.di-Bundeskongress die Friedensverpflichtung durch Zivilklauseln für alle Hochschulen gefordert hatte.

Angesichts des Umbaus der Bundeswehr zur „Armee im Einsatz“ gibt es seit einigen Jahren die erklärte Strategie, Bereiche wie Ausbildung, Aufklärung und Strategieentwicklung an Private und Hochschulen auszugliedern. Die letzteren sollen durch verstärkte Aktivitäten von Jugendoffizieren und Reservisten, durch Stiftungs- und Honorarprofessuren in den sogenannten „sicherheitspolitischen Dialog“ des Militärs eingebunden werden, auch um Nachwuchs zu gewinnen („Celler Appell“ 2008).

Wer mit dem Verweis auf die „Freiheit der Wissenschaft“ die Hochschule für diese Strategien öffnen will, verkennt oder verklärt den politischen Gehalt dieser Freiheit und auch der heutigen Wissenschaft. Zivilklauseln sind ein Ansatz, um tatsächlich eine Kommunikation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit in Gang zu bringen, Lehrinhalte und Forschungsziele zu hinterfragen. Das kann über die Kritik an militärischer Indienstnahme von Lehre und Forschung hinaus gehend auch den Blick auf deren ökonomische Grundlagen lenken. Auch einer Verwischung jeder Grenzziehung zwischen militärischer und ziviler Forschung im Rahmen der Doktrin der „vernetzten Sicherheit“ muss entgegengesteuert werden.

Im Rahmen der lebhaften, teilweise auch kontroversen Diskussion wurde auf dem Kongress über folgende Punkte Einigkeit erzielt:

1. Forschung im Auftrag des Verteidigungsministeriums ist ebenso wie Forschung an Rüstungsgütern abzulehnen und widerspricht jeder Zivilklausel. Ebenso wenig wie zwischen Schwert und Rüstung oder einem Panzer und seiner Panzerung kann auch nicht zwischen sogenannten Offensiv-

waffen und Defensivwaffen unterschieden werden. Beide dienen der Kriegsführung und Durchhaltefähigkeit im Gefecht. Dieser Grundsatz gilt auch für die wehrmedizinische Forschung.

2. Da von der Bundesregierung militärische und zivile Sicherheitsforschung bewusst vermengt werden, ist für alle entsprechenden Projekte zu fordern, dass sie vor ihrer Durchführung öffentlich dargestellt und zur Diskussion gestellt werden. Insbesondere Projekte der „zivilen“ Sicherheitsforschung eröffnen oft neue Zugriffsmöglichkeiten auf die individuelle Privatsphäre und offenbaren damit den Konflikt zwischen angeblicher Freiheit der Wissenschaft und der Freiheit der von den technologischen Entwicklungen betroffenen Individuen.

3. Auch wenn sie unter dem Etikett der „Friedens- und Konfliktforschung“ daher kommt, dient sogenannte Interventionsforschung der Legitimation und Politikberatung für neokolonialistische Projekte und damit nicht dem Frieden. Nicht nur die Politikwissenschaft, sondern auch die Theologie – Stichwort: Mission – sollte die eigene Rolle bei solchen Projekten in der Vergangenheit und Gegenwart kritisch hinterfragen.

4. Forschung und ihre Förderung müssen ebenso wie die Vergabe von Honorar- und Stiftungsprofessuren im Vorfeld öffentlich diskutierbar und transparent sein. Notwendig ist eine grundlegende Demokratisierung der Hochschulen, ihre finanzielle Autonomie und ihre Öffnung gegenüber anderen gesellschaftlichen Akteuren. Insbesondere an den Hochschulen, an denen bereits Zivilklauseln existieren, müssen Mechanismen entwickelt werden, die diese Transparenz sicherstellen und die Einbeziehung möglichst breiter Kreise in die daraus entstehenden Debatten garantieren. Wie mit der Tübinger Ischinger-Professur Fakten geschaffen wurden, ist unerträglich – diese Ernennung muss zurückgenommen werden.

5. Die Durchführung von Lehrveranstaltungen und Vorträgen durch Bundeswehrbedienstete und aktive Reservisten in den Räumen der Universität und im Rahmen des Curriculums ist abzulehnen.

6. Die Regierungsparteien in Baden-Württemberg sind an ihren Wahlkampfaussagen zu messen. Wenn das KIT-Gesetz und das Landeshochschulgesetz novelliert werden, müssen sie eine klare verbindliche Zivilklausel für alle Hochschulen vorsehen. Die Wissenschaftministerin soll im Rahmen des anstehenden Bildungstreiks daran erinnert werden. Es waren die Studierenden des Bildungstreiks 2009 gewesen, die die Tübinger Zivilklausel forderten und letztlich durchsetzten.

Die Teilnehmenden des Tübinger Zivilklauselkongresses am 28./29.10.2011.



Blackbox: Drittmittel – Externe Forschungsfinanzierung

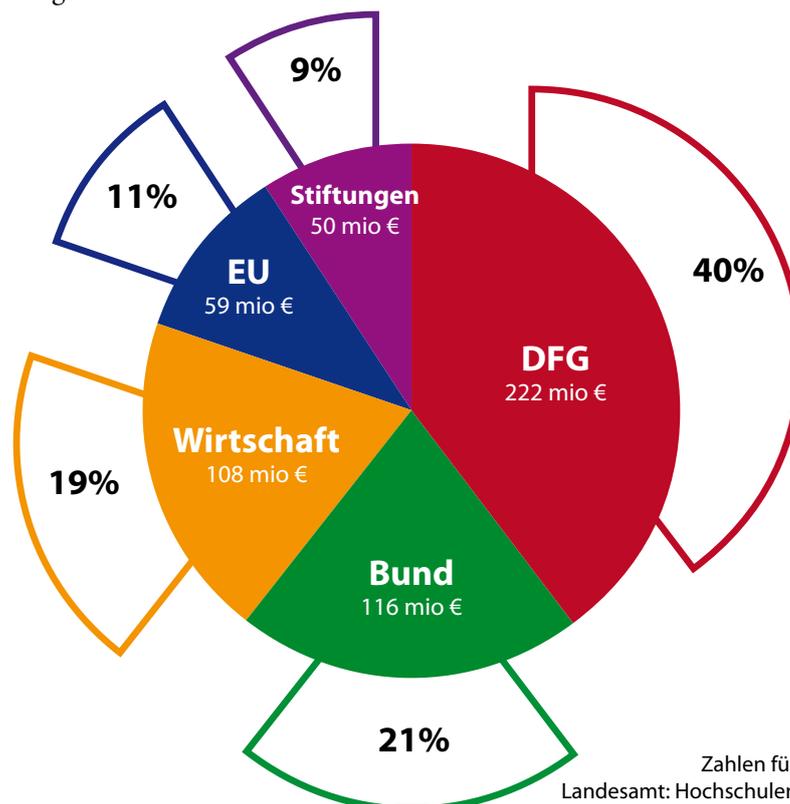
Die baden-württembergischen Hochschulen sind erfolgreich, Drittmittel einzunehmen. Das zuständige Ministerium weist auf seinen Internetseiten auf den Erfolg hin. So kommen zu den im Einzelplan 14 des baden-württembergischen Haushalts 2012 ausgewiesenen 4,46 Milliarden für die Hochschulen und Forschung und Entwicklung fast 1 Milliarde € von Drittmittelgebern hinzu (695 Mio an Hochschulen und 286 Mio an Universitätskliniken). Sie sind damit ein wesentlicher Faktor, die Ausrichtung der Forschung mit zu bestimmen.

Unter Drittmitteln versteht man hier Gelder, die von Institutionen außerhalb des württembergischen Staatshaushalts zu Forschungszwecken vergeben werden. Wissenschaftler an Einrichtungen des Landes stellen dabei Anträge bei den jeweiligen Institutionen und erhalten entsprechende Zuweisungen. Neben den Stiftung, denen man oftmals Ideen präsentieren kann, basieren die meisten Förderungen auf „Programmlinien“ die inhaltliche und oftmals auch formale Vorgaben machen – ist eine Zusage beim Ersten an der wissenschaftlichen Qualität orientiert, sind beim Zweiten die Erfüllung der Vorgaben Kriterium der Entscheidung. Bei bestimmten Förderungen, z.B. bei vielen von der EU finanzierten Programmen, ist die Beteiligung von Wirtschaftsunternehmen an der jeweiligen Forschung eine Grundbedingung – dies soll eine Verwertung der Forschungsergebnisse sicherstellen. Das Ministerium unterscheidet für seine Statistik fünf Gruppen, die Hochschulen selbst zählen darüber hinaus für ihre Statistiken auch das Land als einen Drittmittelgeber, da bestimmte Förderungen auch vom Land

an Programmlinien gebunden sind. Diese Gelder sind aber im angesprochenen Staatshaushalt enthalten. Größter Geldgeber für Forschung an Hochschulen in Deutschland ist die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die sich zu 100 % aus Geldern des Bundes finanziert. Die DFG hat sowohl Programmlinien, wie auch Mittel, die auf freien Anträgen basieren und dann durch ein kompliziertes Verfahren begutachtet werden. Das Fördergebaren der DFG ist, so monieren Kritiker, nicht sonderlich transparent. Der Bund tritt auch selbst in Gestalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Verteidigungsministeriums oder anderer Ministerien als Förderer der Forschung

auf. Hier dominiert die Förderung über Programmlinien, die ganz wesentlich an politischen Visionen orientiert sind (z.B. Sicherheitsforschung), oder einen ministeriellen Bedarf an Forschung abbilden (Resort-Forschung). Die EU hat mit dem Forschungsrahmenprogramm ebenfalls ein eigenes Instrument der Forschungsförderung. Auch hier sind Programmlinien die Regel – begleitet, abhängig von der Programmlinie, oftmals von dem Zwang, Wirtschaftsunternehmen mit einzubinden. Die EU versteht ihre Wissenschaftsförderung explizit als Wirtschaftsförderung. Weitere Förderer der Wissenschaft sind aber auch Stiftungen, die sich z.B. der Förderung bestimmter Bereiche verschrieben haben – sie werden meist zusammen gezählt mit privaten Spenden an Hochschulen. Bekannteste Institutionen sind z.B. die Hertie-Stiftung, Volkswagenstiftung, Thyssen-Stiftung, etc. Stiftung sind nicht immer vollkommen selbstlos, sondern verfolgen mit ihrer Stiftung und Geldvergabe Ziele und sei es nur, die Wissenschaft in eine bestimmte Richtung hin zu entwickeln. Es gibt auch die Förderung durch Wirtschaftsunternehmen, die ganz unterschiedliche Ziele mit ihrer Förderung verfolgen. Von der direkten Förderung einzelner Projekte, die zur unmittelbaren Verbesserung eines Produktes führen sollen, bis zur weitgehend unspezifischen Förderung eines Fachbereiches, von dem man sich besser vorgebildetes Personal erhofft, sind fast alle Facetten der Motivation zu finden.

Die Grafik zeigt die grundsätzliche Verteilung der Herkunft von Drittmitteln in Baden-Württemberg 2008.



Zahlen für 2008 nach Statistisches Landesamt: Hochschulen in Baden-Württemberg (1998-2008), Stuttgart 2010, S. 47

Unternehmen – aber auch Programmlinien verschiedener öffentlicher Institutionen – tangieren nicht selten das Feld auch von Wehr- bzw. Sicherheitsforschung. Dabei ist klar, dass eine Hochschule keinen Auftrag zur expliziten Entwicklung einer Waffe bekommen wird, aber sie deckt dafür andere Bereiche ab.

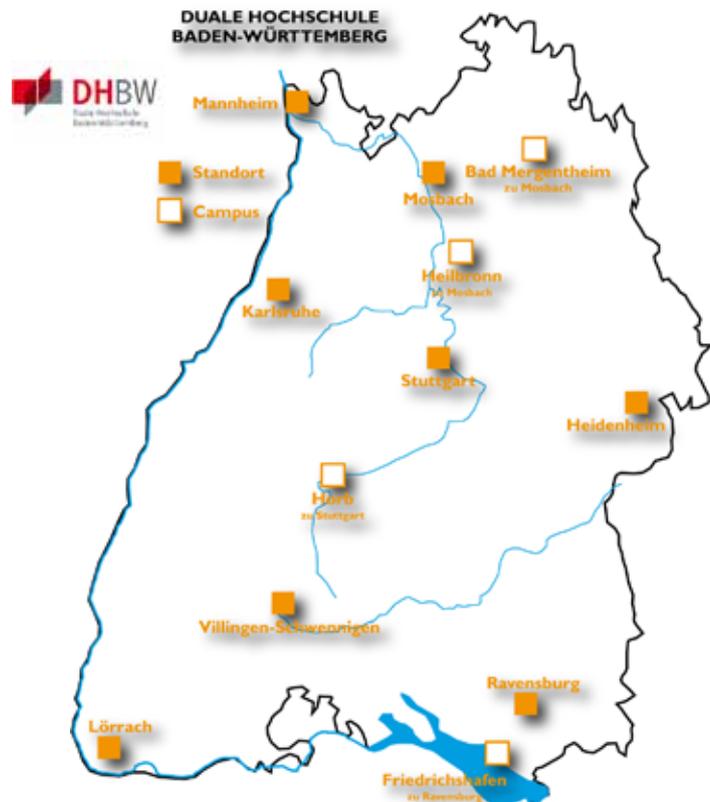
Nicht jede Hochschule ist gleich erfolgreich im Einwerben von Drittmitteln – je nach Struktur unterscheiden sich die Einwerbungen erheblich. Besonders erfolgreich im Bereich Drittmittel ist z.B. die Universität Konstanz, wo 2010 ca. 74 Mio.€ Landesgelder und 9 Mio.€ Studiengebühren, Drittmiteleinahmen von fast 51 Mio.€ gegenüber standen. Dh. 38% aller Mittelzuflüsse kamen von externen Quellen, bei der Universität Tübingen betrug dies zum Vergleich (ohne Medizin) knapp 26 %.

Drittmittel sind, so sieht es z.B. Wolfgang Neef, Ausdruck der Kolonisierung der Wissenschaften – sie sind ein Hilfsmittel, um ökonomische Überlegungen zu handlungsleitenden Maximen der Forschung zu erheben. Ganz unzweifelhaft sind sie unmittelbares Steuerungsinstrument der Forschungslandschaft geworden. Über sie gelingt es Hochschulexternen, die Ausrichtung der Forschung zu bestimmen und Schwerpunkte zu setzen. Die oftmals postulierte Forschungsfreiheit existiert inzwischen ausschließlich im gesetzten Rahmen ausgelobter Fördertöpfe: Frei ist sie nur dort, wo der Forscher in der Lage ist, Geld für seine Forschung zu akquirieren – also immer weniger an der Hochschule direkt, sondern über das Element der Drittmittel.

Wie sehr die Akquirierung von Drittmitteln zum bestimmenden Element der Hochschule geworden ist, erkennt man auch daran, dass sich Gehälter von Wissenschaftlern, wie auch bereits ihre Berufung oder Einstellung am zu erwartenden Drittmittelpotential und der Drittmiteleinwerbung orientieren. „Exzellenz“ in der Forschung bedeutet keinesfalls erfolgreiche Forschung, sondern erfolgreiche Drittmiteleinahme.

Ethische oder sonstige Bedenken gegenüber bestimmten Forschungsinhalten bleiben hier hinter zurück. Die Diskussion um die Einführung von Zivilklauseln zeigt, dass man mehr Angst davor hat, einen Geldgeber zu vergraulen, als davor, dass die eigene Forschung zum Tode vieler Menschen führen kann. Die Forderung nach der Neuausrichtung der Hochschulfinanzierung, also einer Vollfinanzierung der Forschung durch den Staat, ist richtig, aber sie ist unabhängig zu betrachten von der Forderung nach ziviler Forschung.

Duale Hochschule Baden-Württemberg Enge Verzahnung von Wirtschaft und Studium



Die Duale Hochschule ist aus den 1974 gegründeten Berufsakademien hervorgegangen. 2009 hat man alle diese Einrichtungen zu einer Hochschule zusammengefasst und damit deutlich aufgewertet. Das eigentliche theoretische Studium findet in enger Verzahnung mit Praxisphasen in Partnerunternehmen statt. Das ermöglicht den Studierenden praktische Einblicke in ihr späteres Arbeitsfeld und die damit verbundenen Fragestellungen. Die Unternehmen profitieren durch die Ausbildung nahe am Stand der Forschung. Insgesamt studieren ca. 26.000 Studierende an den acht Standorten. Unter den ca. 9.000 Partnerunternehmen finden sich auch fast alle genannten Unternehmen der Rüstungsbranche - mit den zu erwartenden Massierungen in entsprechenden Studiengängen und an bestimmten Standorten. So nennt die Hochschule Ravensburg (Fakultät Technik) als beteiligte Firmen (u.a.): Astrium, Cassidian, DLR, Diehl Aerospace, Lieberherr-Aerospace, Northrop Grumman, OHB-Systems, MTU, Eurocopter, Rhode & Schwarz.

Hochschule Villingen-Schwenningen - beteiligte Firmen (u.a.): Heckler & Koch, Northrop Grumman, Rheinmetall, Diehl, Junghans, EADS, Astrium, Cassidian, LFK-Lenkflugkörper.

Inwieweit in den jeweiligen Studiengängen spezifische Fragestellungen der Wehrtechnik eine Rolle spielen, ist von außen sicher nicht zu ermesen. Dennoch trifft jede Kritik an der Wehrindustrie auch die Hochschule selbst, da sie bis zu einem gewissen Grad als Vermittler der Ausbildungsplätze auftritt.



Wehrforschung in Baden-Württemberg

Die Bundesregierung ist sehr zurückhaltend, was Informationen über Wehrforschung und konkrete Forschungsprojekte angeht. Durch verschiedene Anfragen im Bundestag kam immerhin heraus, dass sich Wehrforschung nicht allein auf Institute der Fraunhofer-Gesellschaft (s.u.) beschränkt. Zwischen 1991 und 2005 gab es laut Bundestagsdrucksache (BT 16/2431) ebenfalls an den Universitäten Freiburg, Heidelberg, Hohenheim, Stuttgart und Ulm Empfänger von Geldern des Verteidigungsministeriums. In weiteren Bundestagsdrucksachen (BT 16/10154 und 16/10156) ist die Rede davon, dass seit dem Jahr 2000 die Universität Karlsruhe direkt an wehrtechnischer Forschung beteiligt ist und die Universitäten Heidelberg, Freiburg, Ulm, Hohenheim und Tübingen wehrmedizinische Forschung betreiben.

Kernträger der Auftragsforschung durch das Bundesministerium der Verteidigung sind neben den Bundeswehreinrichtungen die Fraunhofer Institute, in die auch die früher eigenständigen und ebenfalls mit Wehrforschung betrauten Institute der Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN) 2009 integriert worden sind. Hier engagierte Fraunhofer-Institute erhalten eine kontinuierliche Basisfinanzierung durch das BMVg. Zehn Fraunhofer Institute mit Bezug zur Wehrforschung haben sich zum Fraunhofer Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung VVS zusammengeschlossen. Seine Aufgabe beschreibt der Verbund folgendermaßen:

„Die zehn Mitgliedsinstitute des Verbunds schaffen intelligente und umfassende Lösungen zum besseren Schutz der Gesellschaft gegen Bedrohungen - seien sie von Mensch oder Natur verursacht. Als Exzellenzzentrum für die Sicherheit von Infrastrukturen, für den Schutz der Menschen, für Krisenmanagement und Überwachung entwickelt der Verbund Spitzentechnologie und anspruchsvolle Konzepte, die gleichzeitig sowohl auf zivile Sicherheit als auch auf Verteidigung abzielen. Indem sie Expertise auf höchstem Niveau bündelt, fungiert die Fraunhofer-Gesellschaft somit als Schlüsselpartner, um gegen das gesamte

Spektrum potenzieller und neu entstehender Sicherheitsbedrohungen einschließlich ihrer jeweiligen Entwicklungen vorzuzugehen und angemessen zu reagieren.

Dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) verpflichtet, hat sich der Verbund inzwischen als treibende Kraft im ganzen Verteidigungs- und Sicherheitsbereich durchgesetzt. Auch auf europäischer Ebene verkörpert der Verbund einen der Hauptakteure und ermöglicht eine intensive Vernetzung mit vielversprechenden gemeinschaftlichen Forschungsaktivitäten. Mit Pioniergeist und durch herausragende Leistungen trägt die Fraunhofer-Gesellschaft wesentlich zur künftigen strategischen Ausrichtung des europäischen Sicherheits- und Verteidigungsforschungsprogramms bei.“

Der Vorsitzende des Verbundes und Leiter des Ernst Mach Instituts (EMI), Prof. Dr. rer. nat. Klaus Thoma, ist dabei die Personifizierung des Übergangs von der Wehr- zur Sicherheitsforschung und eine der zentralen Gestalten nicht nur innerhalb der Forschung, sondern auch innerhalb der Politik. Als gefragter Ratgeber ist er sowohl an der Konzeption des „Forschungsprogramms für die zivile Sicherheit“ (Wissenschaftlicher Programmausschuss der Bundesregierung zur Sicherheitsforschung) wie auch bei der Neustrukturierung der Beschaffung der Bundeswehr (Weise-Kommission) beteiligt gewesen, ebenso an der europäischen Institutionen ESRAB/ESRIF, in denen eine Vernetzung (wehr-)industrieller Akteure und der Wissenschaft und Politik betrieben wurde. Jüngste Schöpfungen in diesem Bereich sind der Fraunhofer Innovationscluster Urbane Sicherheit, der vom EMI aus gesteuert wird und wiederum bestückt ist mit Vertretern der Wehrindustrie, sowie das an der Freiburger Universität angesiedelte Centre for Security and Society. Am EMI ist eine Stabsstelle der Bundeswehr untergebracht. Fünf der Fraunhofer-Institute des VVS (• siehe Kasten unten) sind in Baden-Württemberg angesiedelt und vielfältig vernetzt. Zu den Kooperationspartnern der Institute inner-

Die Zehn Mitgliedsinstitute des VVS:

- **Fraunhofer-Institut für Angewandte Festkörperphysik IAF**

Tullastr. 72, 79108 Freiburg [Gründungsjahr 1957/ Mitarbeiter 280/Haushalt 27 Mio. Euro]

- **Fraunhofer-Institut für Kurzzeitdynamik, Ernst-Mach-Institut, EMI**

Eckerstr. 4, 79104 Freiburg [Gründungsjahr 1959/ Mitarbeiter 300/Haushalt 22 Mio. Euro]

- **Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung IOSB**

Standort Karlsruhe, Fraunhoferstr. 1, 76131 Karlsruhe, Standort Ettlingen, Gutleuthausstr. 1, 76275 Ettlingen [Gründungsjahr 2010/Mitarbeiter 390/ Haushalt 37 Mio. Euro]

- **Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI**

Breslauer Str. 48, 76139 Karlsruhe [Gründungsjahr 1972/Mitarbeiter 220/Haushalt 21 Mio. Euro]

- **Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie ICT**

Joseph-von-Fraunhofer-Str. 7, 76327 Pfinztal [Gründungsjahr 1959/Mitarbeiter 495/Haushalt 32 Mio. Euro]

- **Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen IIS**

Am Wolfsmantel 33, 91058 Erlangen [Gründungsjahr 1985/Mitarbeiter 800/Haushalt 94 Mio. Euro]

- **Fraunhofer-Institut für Nachrichtentechnik, Heinrich-Hertz-Institut, HHI**

Einsteinufer 37, 10587 Berlin [Gründungsjahr 1928/Mitarbeiter 285/Haushalt 34 Millionen €]

- **Fraunhofer-Institut für Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen INT**

Appelgarten 2, 53879 Euskirchen [Gründungsjahr 1974/Mitarbeiter 100/Haushalt 7,2 Mio. Euro]

- **Fraunhofer-Institut für Hochfrequenzphysik und Radartechnik FHR**

Neuenahrer Str. 20, 53343 Wachtberg [Gründungsjahr 1957/Mitarbeiter 245/Haushalt 24 Mio. Euro]

- **Fraunhofer-Institut für Kommunikation, Informationsverarbeitung und Ergonomie FKIE**

Neuenahrer Str. 20, 53343 Wachtberg [Gründungsjahr 1963/Mitarbeiter 330/Haushalt ca. 25 Mio. Euro]



Fraunhofer
VVS

halb und außerhalb Baden-Württembergs gehören (Auswahl):

Institut	Industrie	Hochschulen
IAF	AIM, Diehl BGT Defence, Cassidian, ESG, Rheinmetall defence, Rohde&Schwarz	Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br., Karlsruher Institut für Technologie KIT, Hochschule Offenburg, Universität Konstanz, Universität Stuttgart, Universität Ulm, US Naval Research Lab. Washington, US Army Research Lab. Washington
EMI	Diehl BGT Defence, Bruker, Safran (siehe Sagem), Schott	KIT, Universität Freiburg, Hochschule der Bundeswehr München
ICT		Duale Hochschule BaWü, KIT, Universität Stuttgart
IOSB		KIT, Hochschule der Bundeswehr München

Neben dem Verteidigungsministerium fördert auch die NATO direkt die Erforschung unterschiedlicher wehrtechnischer Aspekte - und auch hier finden sich Teilnehmer aus dem Bereich der Fraunhofer-Institute in Baden Württemberg (ICT Pfnitzal: NATO STANDEX) aber auch aus dem Bereich der Universitäten (Uni Tübingen: Sfp-Bacterial Infection Test).

Dank der Fraunhofer-Institute ist Baden-Württemberg ein wichtiger Standort für die Wehrforschung in Deutschland und Dank der intensiven Zusammenarbeit mit der Industrie in doppelter Weise.

www.vvs.fraunhofer.de www.fundforpeace.org

„Sicherheitsforschung“ im Rahmen des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms

Adressen werden nur dann angegeben, wenn sie nicht bereits im Teil „Rüstungsindustrie“ oder der Liste von Forschungsinstitutionen im Rahmen des deutschen Sicherheitsforschungsprogramms genannt wurden - in eckigen Klammern werden die Projekttitel genannt.

Atos [STRAW] ; **Bruker Daltonic [LOTUS; IMSK]** ; **Carl Zeiss Optronics GmbH [AMASS]**; **Diehl BGT Defence [IMSK]**; **Fraunhofer EMI [VITRUV; SPIRIT]**; **Fraunhofer ICT [RAPTOR; DECOTESSC1; CAST]**; **Fraunhofer IIDT [AMASS; WIMA²S]**; **Fraunhofer IOSB [FASTID]**; **KIT [BOOSTER]**; **Klocke Pharma-Service GmbH**, Straßburger Str. 77, 77767 Appenweier-Urloffen [**SAFEmed**]; **Klocke Verpackungs-Service GmbH**, Max-Becker-Str. 6, 76356 Weingarten [**SAFEmed**]; **NANO 4 U GmbH**, Mozartstr. 7, 76133 Karlsruhe [**SAFEmed**]; **PTV AG, Planung Transport Verkehr AG**, Stumpfstr. 1, 76131 Karlsruhe bzw. PTV AG Karlsruhe, Haid-und-Neu-Str. 15, 76131 Karlsruhe [**SeRoN**]; **PTV AG Stuttgart**, Kriegerstr. 15, 70191 Stuttgart [**SeRoN**]; **Rohde&Schwarz [EULER]**; **Schüssler-Plan Ingenieurgesellschaft [VITRUV; SPIRIT]**; **Siemens**, versch. Standorte [**ESCoRTS**]; **Thales Defence Deutschland [SEABILLA]**; **Universität Freiburg**, FMF - Freiburger Materialforschungszentrum, Stefan-Meier-Str. 21, 79104 Freiburg i. Br. [**COCAE**]; **Universität Stuttgart [A4A]**; **Universität Ulm**, Bundeswehrinstitut für Radiobiologie [**MULTIBIODOSE**]; **WHL Wissenschaftliche Hochschule Lahr**, Hohbergweg 15-17, 77933 Lahr [**L4S**]; **YellowMap AG**, Wilhelm-Schickard-Str. 12, 76131 Karlsruhe [**E-SPONDER**]; **ZLT Zepelin Luftschifftechnik GmbH & Co KG/ Deutsche Zeppelin-Reederei GmbH**, Allmannsweiler Str. 132, 88046 Friedrichshafen [**IZC**]

EU-Sicherheitsforschung

Das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm gliedert sich in mehrere größere Bereiche der Forschungsförderung und steht Antragstellern aller EU-Staaten offen. Für jeden der Bereiche werden differenzierte Aufrufe erstellt, auf die sich Forscher, Forscherverbände, Unternehmen mit Forschungsabteilungen und Behörden bewerben können. Der Bereich „Sicherheit“ unterliegt hier besonderen Bedingungen, da er sowohl „legitime“ Interessen der Staaten an Kontrolle über ihre Sicherheit und Sicherheitsindustrie, wie auch solche der Unternehmen, an „Vermarktungsfähigkeit“ der Ergebnisse berücksichtigen muss. Die EU versteht ihr Programm explizit auch als Wirtschaftsförderungsinstrument und fördert somit auch Projekten, denen ein ökonomisches Potential zugeschrieben wird. Im Vergleich zum „Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit“ der Bundesregierung wird der sozialwissenschaftlichen Betreuung der Projekte im FP7 weniger Raum gegeben. An vielen Projekten, die von der EU aus dieser Förderlinie bezahlt werden, sind Rüstungsunternehmen beteiligt.

Die „Ettiketierung“ als Sicherheitstechniken ermöglicht einen nahezu reibungslosen Export der Endprodukte. Für die Rüstungsindustrie ist dieses Programm von besonderem Interesse, weil für Sicherheitstechnik Forschungsgelder zur Verfügung stehen, die in den klassischen „Wehrforschungsbereichen“ entfallen sind - Sicherheitsforschung kompensiert hier Ausfälle in anderen Bereichen! Die enge Verzahnung zwischen Politik und Rüstungsindustrie ermöglicht es den Unternehmen zudem, den Prozeß der Auslobung zu beeinflussen – Lobbygruppen in Brüssel und die dortige undurchschaubare Forschungsbürokratie garantieren zudem eine Diskretion, wie sie auf nationaler Ebene kaum mehr gegeben ist. Dementsprechend sieht die Fixierung der Programme aus: es geht um die Entwicklung von Überwachungstechnologien, die sowohl im Militär, wie auch bei den Sicherheitsbehörden einsetzbar sind. Selbst in einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik wurde bereits bemängelt, dass es bei den EU-Projekten vor allem um Sicherheitstechnik geht und andere Aspekte, vor allem gesellschaftliche, außen vor bleiben.

Die Zusammenstellung links verfolgt keine Wertung einzelner Projekte, sondern führt unterschiedslos alle Projekte auf, die innerhalb Baden-Württembergs aus dem FP7-Security Research gefördert werden. Grundlage der Zusammenstellung ist die Broschüre der EU zur Sicherheitsforschung: Investing into security research for the benefits of european citizens (cordis.europa.eu/fp7/security/home_en.html).



Forschen für die zivile Sicherheit

Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung 2007 erstmals ausgelobte Programm zur Sicherheitsforschung trägt den Titel „Forschung für die zivile Sicherheit“ und fokussiert anhand von „Szenarien“ auf konkrete Einsatz- und Problemstellungen und will damit sicher stellen, dass alle Forschungsdisziplinen koordiniert zusammenarbeiten. „Querschnittstechnologien“ sollen demgegenüber dafür da sein, technische Lösungen für unterschiedliche Anforderungen zu entwickeln. Dabei sollen gesellschaftliche Fragestellungen in „angemessener“ Form Berücksichtigung finden. Weitere Punkte sind die Einbeziehung von internationalen Partnern, wie auch die besondere Berücksichtigung kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Entwicklung marktfähiger Lösungen. Das Programm besteht darauf, dass jede technische Entwicklung von Sicherheitstechnologien von einer sozialwissenschaftlichen Begleitforschung unter die Lupe genommen wird.

Das Programm wurde jüngst bis 2017 verlängert und hat neue Schwerpunkte bekommen. Für die Förderphase 2012 bis 2017 will man vor allem behandeln:

- Gesellschaftliche Aspekte der zivilen Sicherheitsforschung
- Urbane Sicherheit
- Sicherheit von Infrastruktur und Wirtschaft
- Schutz und Rettung von Menschen
- Schutz vor Gefahrstoffen, Epidemien und Pandemien

Die Kritik am Programm kann an den unterschiedlichsten Punkten ansetzen und nicht jede Kritik trifft wiederum auch immer auf die einzelnen Projekte zu, doch seien einige grundsätzliche Punkte genannt. Die sozialwissenschaftliche Begleitforschung wird durch den hohen Grad an Integration in die jeweiligen Projekte nicht in ihrer kritischen Distanz gegenüber den Projektzielen gestärkt, sondern sie wird zum konstruktiven, auf Optimierung angelegten Beteiligten der Forschung. Um die gesellschaftlichen Folgen einer Technologie oder auch nur eines Forschungsdesigns abschätzen zu können, müsste sie unabhängig sein und nicht als „Mitbeantragender“ auftauchen. Der zugrunde gelegte erweiterte Sicherheitsbegriff verwischt die Grenzen zwischen „grundlegend auf einen zivilen Einsatz“ und „grundlegend auf einen militärischen Einsatz“ ausgerichteten möglichen Forschungsergebnissen – d.h. es ist dem Ministerium nicht wichtig, ob eine zu erforschende Technologie strukturell militärisch ist und keinen zivilen Nutzen entfalten wird, oder nicht. Die Beteiligung von bekannten Rüstungsunternehmen oder Forschungsinstitutionen der Bundeswehr, beides Indikatoren für eine militärische Nutzung, wird nicht ausgeschlossen, bzw. ist sogar gewünscht, um die „Kompetenzen“ einbringen zu können. Gerade die Beteiligung von Rüstungsunternehmen stellt aber den Transfer der Forschungsergebnisse in militärische Zusammenhänge und auch eine konzeptionelle Beeinflussung der Forschungsfragestellung an sich sicher.

Die hier folgende Liste basiert auf der Forschungslandkarte des BMBF (www.securityresearchmap.de) erlaubt sich

aber Adressen zu korrigieren und „übersehene“ Einträge zu ergänzen – für die Vollständigkeit sei an dieser Stelle nicht garantiert.

Unternehmen

Achern: Securiton GmbH, Security Systems

Von-Drais-Str. 33, 77855 Achern

Böblingen: AP Sensing GmbH

Herrenberger Str. 130, 71034 Böblingen

Friedrichshafen/Immenstaad: Astrium – Infoterra, Astrium Services Geo-Information

Claude-Dornier-Straße, 88090 Immenstaad

Heidelberg: NEC Laboratories Europe

Kurfürsten-Anlage 36, 69115 Heidelberg

Ihringen: Emergent Actio KG

Wasenweiler Str. 3, 79241 Ihringen

Karlsruhe: b.i.g.-Gruppe

Ehrmannstr. 6, 76135 Karlsruhe

– Copura GmbH, Event management, consulting, communication

Aschenbrödelweg 4, 76199 Karlsruhe

– Videmo Intelligente Videoanalyse GmbH & Co. KG

Haid-und-Neu-Str. 7, 76131 Karlsruhe

Karlsruhe/Stuttgart: Schüssler-Plan Ingenieurgesellschaft

St.-Franziskus-Str. 148, 40470 Düsseldorf: Niederlassungen u.a. in Karlsruhe und Stuttgart

Markdorf: Senstar GmbH

Riedheimerstr. 8, 88677 Markdorf

Oberkochen: Carl Zeiss Optronics GmbH

Carl-Zeiss-Str. 22, 73447 Oberkochen

Reutlingen: eyevis

In Laisen 76, 72766 Reutlingen

Stetten am kalten Markt: primion Technology AG

Steinbeisstr. 2-4, 72510 Stetten am kalten Markt

Stuttgart: BVB Consult GmbH

Industriestr. 25/28, 70565 Stuttgart

– nanoCrypt AG

Am Wallgraben 99, 70565 Stuttgart

Ulm: derivo GmbH, semantische Systeme

James-Franck-Ring, 89081 Ulm

Walldorf: SAP AG

Dietmar-Hopp-Allee 16, 69190 Walldorf

Hochschulen:

Hochschule Ravensburg-Weingarten, Fakultät Elektrotechnik und Informatik, Labor für mobile Robotik

Postfach 1261, 88241 Weingarten

Universität-Freiburg, Institut für Mikrosystemtechnik, Lehrstuhl für Elektrische Mess- und Prüfverfahren

Georges-Koehler-Allee 103, 79110 Freiburg

Universität Freiburg, Lehrstuhl für Kommunikationssysteme, Rechenzentrum

Hermann-Herder-Str. 10, 79106 Freiburg

Universität Freiburg, Institut für Informatik und Gesellschaft, Abteilung Telematik

Friedrichstr. 50, 79098 Freiburg

Universität Freiburg, Kompetenzverbund Sicherheit und Gesellschaft – Neue Sicherheitsarchitektur

Rempartstr. 15, 79098 Freiburg

Universität Freiburg, Institut für Psychologie, Abteilung für Rehabilitationspsychologie und Psychotherapie

Engelbergerstr. 41, 79106 Freiburg

Universität Freiburg, Centre for Security and Society

Starkenstr. 44, 79104 Freiburg

Universität Stuttgart, Institut für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme

Pfaffenwaldring 47, 70569 Stuttgart

Universität Stuttgart, Institut für Wasserbau

Pfaffenwaldring 61, 70550 Stuttgart

Universität Stuttgart, ZIRN - Interdisziplinärer Forschungsschwerpunkt Risiko und Nachhaltige Technikentwicklung am Internationalen Zentrum für Kultur- und Technikforschung (IZKT)

Seidenstr. 36, 70174 Stuttgart

KIT, Institut für Theoretische Elektrotechnik und Systemoptimierung

Kaiserstr. 12, 76128 Karlsruhe

KIT, Institut für Mikro- und Nanoelektronische Systeme (IMS)

Hertzstr. 16, 76187 Karlsruhe

KIT, Institut für Nachrichtentechnik

Fritz-Haber-Weg, 76128 Karlsruhe

KIT, Fakultät für Informatik, Institut für Algorithmen und Kognitive Systeme (IAKS), Europäisches Institut für Systemsicherheit (E.I.S.S.)

Am Fasanengarten 5, 76131 Karlsruhe

KIT, Center for Disaster Management and Risk Reduction Technology, CEDIM, Geophysikalisches Institut

Hertzstr. 16, Geb. 6.42, 76187 Karlsruhe

Universität Konstanz, Fachbereich Physik

Fach M700, 78457 Konstanz

Universität Tübingen, Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW)

Wilhelmstr. 19, 72074 Tübingen

Universität Ulm, Arbeitsgruppe Strahlenmedizinische Forschung und Liaison-Institut der WHO im Bereich Strahlenunfallmanagement

Helmholtzstr. 20, 89081 Ulm

Weitere (Forschungs-)Institutionen:

Steinbeis GmbH & Co. KG, Steinbeis-Transferzentrum an der Hochschule Mannheim

Windeckstr. 110, 68163 Mannheim

Gernsbach, Steinbeis Hochschule Berlin, Steinbeis Business Academy

Eisenlohrstr. 23, 76593 Gernsbach

Steinbeis Advanced Risk Technologies GmbH

Willi-Bleicher-Str. 19, 70174 Stuttgart

European Virtual Institute for Integrated Risk Management EEIG (Steinbeis)

Willi-Bleicher-Str. 19, 70174 Stuttgart

DVGW-Technologiezentrum Wasser (TZW)

Karlsruher Str. 84, 76139 Karlsruhe

Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik, und Bildauswertung IOSB+IIDT

Gutleuthausstr. 1, 76275 Ettlingen/ Fraunhoferstr. 1, 76131 Karlsruhe

Fraunhofer-Institut für Kurzzeiddynamik, Ernst-Mach-Institut EMI

Eckerstr. 4, 79104 Freiburg/ Institutsteil Wintersteiler, Am Klingenberg 1, 79588 Efringen-Kirchen

Fraunhofer-Institut für Physikalische Messtechnik

Heidenhofstr. 8, 79110 Freiburg

Fraunhofer-Institut für Angewandte Festkörperphysik

Tullastr. 72, 79108 Freiburg

Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation, Information Management / Fraunhofer-Institut für Produktionstechnik und Automatisierung, Technologie-Entwicklungsgruppe / Fraunhofer-Institut für Bauphysik

Nobelstr. 12, 70569 Stuttgart

Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung

Breslauer Str. 48, 76139 Karlsruhe

Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie ICT

Postfach 1240, 76318 Pfinztal (Berghausen)

Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR), Institut für Technische Physik

Pfaffenwaldring 38 – 40, 70569 Stuttgart

Deutsch-Französisches Forschungsinstitut (ISL)

5 rue Général Cassagnou, 68301 Saint Louis (FR)

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht

Günterstalstr. 73, 79100 Freiburg i. Br.

Sicherheitslogik: Lesehinweis

Anfang März 2012 wurde in Loccum auf einer Tagung das Verhältnis eines „friedenslogischen“ Ansatzes der Konflikttransformation zu einem „sicherheitslogischen“ beleuchtet - Teile dieser Debatte sind in der Zeitschrift „Wissenschaft & Frieden“ dokumentiert (Ausgabe 2/2012, S. 42-47, 53-54). Dabei ist die grundlegende Feststellung, dass sicherheitslogische Politik jedwedes Geschehen, sei es nun eine Flüchtlingswelle oder eine Transformationsprozess oder auch nur die Verknappung von Rohstoffen, als eine „Bedrohung“ wahrnimmt und Mechanismen der Abwehr und des Schutzes entwickelt. Die Tendenz eines solchen Ansatzes ist es, das **Phänomen** reaktiv, repressiv und gewaltsam, ggf. militärisch zu bearbeiten. Sicherheitslogik ist exklusiv und abgrenzend. Demgegenüber wirkt eine friedenslogische Politik, präventiv und mit Methoden der Mediation auf die **Ursachen** ein. Nicht nur frühzeitiges Erkennen möglicher Konflikte, sondern auch das frühzeitige Reagieren im Sinne einer Konflikttransformation stehen dabei im Vordergrund. Hier könnte man weiter gehen und sagen, dass die Betrachtung der Welt durch die „Sicherheits-“Brille die Wahrscheinlichkeit eines gewalttätigen Konfliktaustrags erhöht, da das Tun des Staates auf Abgrenzung gegenüber möglichen Konflikten beruht. Die oftmals mit viel westlicher Überheblichkeit formulierte „Verantwortung“ für die Menschen in Konflikten erhöht dann nur die Wahrscheinlichkeit einer Intervention mit militärischen Mitteln. Geboten wäre eine frühzeitige Identifikation der Konflikte als solche und eine transformatorische und friedliche Bearbeitung.



Zivilklausel – Chancen und Probleme

Eine Zivilklausel ist eine Selbstverpflichtung der Universitäten, friedliche und zivile Ziele zu verfolgen – sie ist in der Regel Bestandteil der Grundordnung der Hochschule. In Baden Württemberg haben die Universitäten Konstanz und Tübingen eine Zivilklausel, sowie das Kernforschungsinstitut Karlsruhe. In Karlsruhe wurde das Institut mit der Universität zum KIT (Karlsruhe Institut für Technologie) verschmolzen, womit sich die Frage der Erhaltung der Selbstverpflichtung auf das Zivile erneut stellte. Das KIT-Gesetz, das der Landtag diskutierte, enthielt keine Zivilklausel mehr. Alle anderen Hochschulen in Baden Württemberg haben derzeit keine solche Festlegung.

Zivilklauseln können ein Instrument sein, militärische Forschung an Hochschulen und die Militarisierung der Hochschulen zu unterbinden. Der Konjunktiv ist bewusst gewählt, denn die Praxis an den Hochschulen Konstanz und Tübingen sieht anders aus. In Konstanz geht die Universität trotz Klausel eine Kooperation mit dem Rüstungsunternehmen EADS ein. In Tübingen beruft man trotz Klausel mit Wolfgang Ischinger einen Ex-Diplomaten zum Professor, der als Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz die Präferenz des Militärischen in der Außenpolitik fördert. Forschungsprojekte mit Geldern des Bundesministeriums der Verteidigung sind ebenfalls an der Uni Tübingen zu finden.

In der Tat ist eine Klausel keine Garantie für „friedliche“ oder „zivile“ Forschung und Lehre. Unmittelbar sind zwei Bereiche zu nennen, die mit einer Klausel einhergehen und mit ihr zusammen diskutiert werden müssen: die Auslegung einer Klausel und ihre Kontrolle oder Umsetzung.

Die Interpretation der Zivilklausel stellt bereits die erste Hürde dar. So ist es unstrittig (selbst unter den Gegnern), dass die Klausel die direkte Erforschung und Erprobung von Waffen unterbindet – ob aber beispielsweise die Erforschung bestimmter Materialien, die Verwendung in der Wehrindustrie finden, im Konflikt zur Klausel steht, ist damit nicht gesagt. Das Argument, dass Forschung für die Bundeswehr deshalb im Einklang mit der Klausel steht, weil diese ein Bestandteil des demokratischen Deutschlands ist, ist ein weiteres Beispiel für die Schwierigkeit der Auslegung (und grober Unfug). Gesellschaftliche Veränderungen, wie die Erweiterung des Sicherheitsbegriffes, haben die eindeutigen Zuordnungen militärisch-zivil aufgelöst – die Komplexität von Forschung und Technologie haben die Grenzen weiter verwischt. Dual-Use, als die gleichzeitige Nutzung einer Technologie im zivilen, wie militärischen Bereich, ist ein oft benutztes Schlagwort in diesem Kontext. Gegner einer Klausel setzen es als Totschlagsargument ein, da „jede gute Forschung auch für das Militär taugt“ (Prof. Birbaumer, Uni Tübingen). Befürworter der Klausel müssen sich hier selbst mit einem Kriterienkatalog ausstatten und Argumente an jedem Einzelfall prüfen. Ansatzpunkte können z.B. Quelle der Forschungsgelder, beteiligte Partner und potentielle Nutzer (z.B. bei Technologien) sein.

Der zweite Punkt ist die Überprüfung oder Kontrolle der Einhaltung der Klausel. Wer, wie, was prüft, ist mit der Existenz der Klausel nur zum Teil festgelegt. Als die Institutionen, die die Einhaltung der Grundordnung überprüfen, sind es letztlich das jeweilige Rektorat und der akademische Senat, die die Einhaltung der Zivilklausel gewährleisten müssen. Nur, wie tun sie das? Bundesweit gibt es unterschiedliche Modelle, von denen das simpelste darauf hinaus läuft, dass der Forscher, der einen Forschungsauftrag, bzw. Forschungsgelder annimmt, eine Erklärung unterschreibt, dass sein Projekt im Einklang mit der Klausel steht. Diese Form des „Nachweises“ führt dann dazu, dass tatsächliche Rüstungsforschung nicht verschwindet, sondern nur unsichtbar wird, da jeder Forscher mit einem ggf. wehrtechnischen Projekt, sich trotz allem die Friedlichkeit selbst bescheinigen kann. Diese „Nachweise“ zu prüfen, wäre ein weiterer Schritt, der oftmals nicht vorgesehen ist. Transparenz und Demokratie sind keine Stärken der bundesdeutschen Hochschulen, so dass der zweite Weg, der sicher immer öfter gegangen wird, ebenso ins Leere laufen wird. Gemeint ist die

**KEINE WISSENSCHAFT FÜR KRIEG:
ZIVILKLAUSEL JETZT!**

Einrichtung von speziellen Kommissionen, die im Zweifelsfälle eine Überprüfung der Forschungsprojekte vornehmen. Je nachdem auf welcher Ebene sie angesiedelt sind, können sie mehr oder minder effektiv sein. Auf der Ebene des Senates der Universität werden sie den Proporz der Statusgruppen reflektieren und auf Antrag hin arbeiten – sie werden hinter verschlossenen Türen tagen und ihre Entscheidung wird vom Senat oder Rektorat umzusetzen sein. Ist eine solche Kommission auf der Ebene der Fakultäten angesiedelt, ist zwar die Chance gegeben, dass jedes Forschungsprojekt geprüft werden kann und dass Fachkenntnisse vorhanden sind, ein Projekt auch wirklich zu beurteilen, allerdings hat man eben auch seinen unmittelbaren Kollegen zu beurteilen. Auch eine solche Kommission wird nicht öffentlich tagen. Dass sich solche Kommissionen Kriterienkataloge erarbeiten, mit denen sie zu einer „neutralen“ Beurteilung der Projekte kommen, ist nicht sehr wahrscheinlich. In beiden Fällen wird die Diskussion um Rüstungsforschung in Untergremien verlagert und damit der Öffentlichkeit entzogen.

Trotz Zivilklausel wird sich der Widerstand gegen die Militarisierung der Hochschule sich nicht erübrigen, sondern er wird auf allen Ebenen geführt werden müssen. Zivilklauseln sind ein Instrument, die Diskussion in den akademischen Gremien zu führen – sie sind auch ein Chance, die Zweifelsfälle öffentlich zu machen und so den Druck von außen auf die Universitäten zu erhöhen.

Forschungsfreiheit und Zivilklausel: Ein Verhältnis

Das Gutachten des Staatsrechtlers Erhard Denninger zur Zulässigkeit einer „Zivilklausel“ am KIT, das er im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung 2009 erstellt hat, hat einen Schlusstrich unter die Debatte der Vereinbarkeit von Forschungsfreiheit und der Verpflichtung auf friedliche Ziele gezogen. Nach seinem Gutachten spricht nichts dagegen, eine Zivilklausel einzurichten und damit eine Friedensfinalität vorzuschreiben. Er kommt zu dem Schluss:

Die forschungs- und ausbildungspolitische Ausrichtung einer Hochschule oder eines Forschungszentrums auf die im Grundgesetz und in den für die wiedervereinigte Bundesrepublik völkerrechtlich konstitutiven Verträgen zum Ausdruck gebrachte „Friedlichkeit“ ist nicht als Element einer verfassungsrechtlich unzulässigen „Tendenzuniversität“ anzusehen. Vielmehr ist eine solche „Friedens-Finalität“ ein zentral wichtiges und normativ hochrangiges Element der Organisation und Funktionen staatlicher Institutionen der Bundesrepublik Deutschland.

Darüber hinaus verweist auch er auf die Vergabe von Forschungsgeldern (sowohl universitäts-eigene Gelder und Drittmittel) als dem limitierenden Element der Forschungsfreiheit.

Der komplette Text:

www.boeckler.de/pdf/mbf_gutachten_denninger_2009.pdf

Der Streit um die Zivilklausel: Beispiel KIT

INITIATIVE
GEGEN MILITÄRFORSCHUNG AN UNIVERSITÄTEN

Als kurz nach dem Ende des 2. Weltkriegs in Karlsruhe das Forschungszentrum gegründet wurde, stand dies mit der dort angesiedelten Kernforschung unter dem klaren Vorbehalt, dass von Deutschland nie wieder ein Krieg ausgehen sollte. Manifest geworden ist dieser Anspruch in einer konsequent zivil ausgerichteten Grundordnung, die eine Zivilklausel enthielt. Nun, 50 Jahre später, ist davon nicht mehr viel geblieben. Die Fusion mit der Universität Karlsruhe, die in ihrer 181 jährigen Geschichte oftmals Rüstungsforschung betrieben hat, lässt den Traum einer zivilen Forschung nahezu zerplatzen. Das neue Karlsruhe Institut für Technologie (KIT) erwehrt sich der Zivilklausel mit Händen und Füßen – der Rektor ignoriert den Protest. Im Rektorat hat man Angst, dass ihnen eine Menge Forschungsgeld entgeht (siehe oben).

Doch viele Wissenschaftler und Studierende protestieren: das KIT darf nicht zu einem Abklatsch des US-amerikanischen MIT werden, das mehrheitlich vom Pentagon finanziert wird. Auch Spitzentechnologie muss zivil sein können! Mit Demonstrationen und einer Urabstimmung haben sie versucht, der zivilen Mehrheit in den Institutionen eine Stimme zu verleihen. Beisprungen sind ihnen auch der ein oder andere Wahlkämpfer, der nun an der Regierungsmacht von dem Vorhaben, die Zivilität des KIT im Gesetz festzuschreiben, nichts mehr wissen will. Karlsruhe ist neben Tübingen in Baden-Württemberg und Bremen in Deutschland einer der wichtigsten Präzedenzfälle für eine Zivilklausel geworden. Den dort Aktiven kommt das Verdienst zu, eine breite Öffentlichkeit auf das Thema aufmerksam gemacht zu haben und den Widerstand gegen Militärforchung zu dokumentieren.

www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf

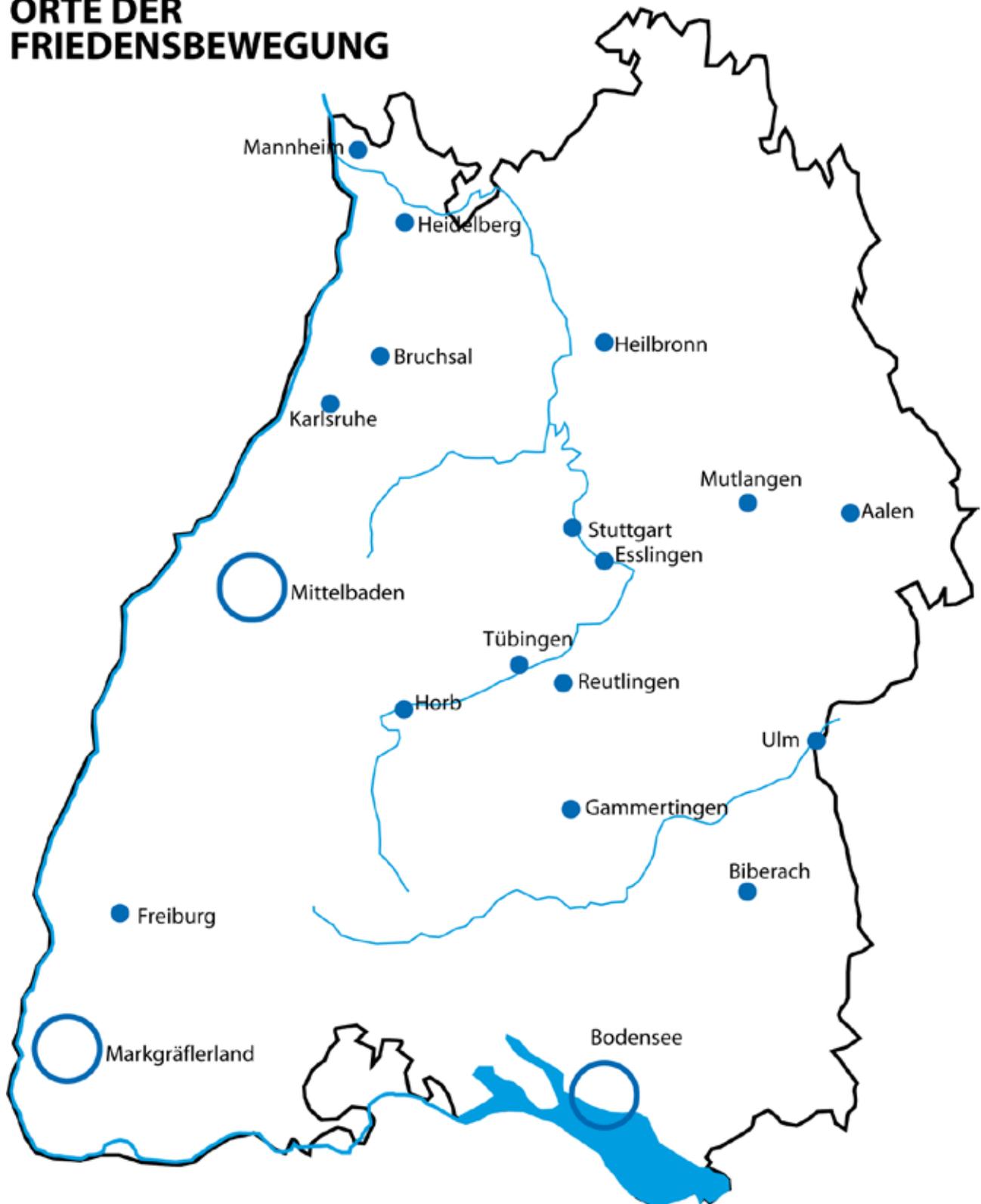


Für Zivilklauseln an allen
Hochschulen: zivilklausel.org
antimilaktionswoche.wordpress.com



FRIEDENSBEWEGUNG PROTEST ALTERNATIVEN

ORTE DER FRIEDENSBEWEGUNG



Die Friedensbewegung in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist nicht nur ein wichtiger Militärstandort und Zentrum der Rüstungsindustrie, sondern weist auch eine vielfältige und lebendige Friedensbewegung mit gut vernetzten Strukturen auf. Eine Reihe bundesweit aktiver Friedensorganisationen wie z.B. die ökumenische Initiative Ohne Rüstung Leben oder die Informationsstelle Militarisierung haben ihren Ursprung und bis heute ihren Sitz in Baden-Württemberg. Daneben besteht ein dichtes Netz örtlicher Friedensinitiativen und lokaler Friedensbündnisse, kirchlicher oder berufsbezogener Friedensgruppen. Die meisten der bundesweiten Friedensorganisationen haben aktive Landesverbände in Baden-Württemberg.

Viele dieser Initiativen und Organisationen sind bereits seit vielen Jahrzehnten aktiv. Die meisten entstanden zu Beginn der 80er Jahre. Auslöser waren die Proteste gegen die atomare Nachrüstung, an der sich Millionen von Menschen beteiligten. Teilweise geht das Engagement aber bis in die Nachkriegszeit mit dem Kampf gegen die Wiederaufrüstung zurück. Eine besonders lange Tradition hat die größte pazifistische Organisation Deutschlands – die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) die 1892 durch Bertha-von-Suttner gegründet wurde, eine wichtige Rolle bereits vor dem 1. Weltkrieg spielte und die sich seit den 1960er Jahren nachdrücklich für Tausende von Kriegsdienstverweigerern einsetzte. Die baden-württembergische Friedensbewegung wird ergänzt durch friedenspolitisches Engagement von Verbänden wie der VVN – Bund der Antifaschisten oder den Naturfreunden, Parteien und Gewerkschaften, die sich ihren antimilitaristischen Traditionen verpflichtet fühlen.

Viele Ideen und Aktionsformen, die in Baden-Württemberg geboren wurden, prägen bis heute auch die bundesweite Friedensbewegung. Zu nennen sind z.B. das 1978 initiierte Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ und der gewaltfreie Widerstand, der sich vor den Raketentoren Mutlangens und Heilbronn entwickelte, und die Menschenkette 1983 von Stuttgart nach Ulm.

Die überregionalen Organisationen Ohne Rüstung Leben, der DFG-VK Landesverband Baden-Württemberg, die katholische Friedensbewegung Pax Christi – Diözese Rottenburg-Stuttgart bzw. Freiburg, die Pressehütte Mutlangen, die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden und die Informationsstelle Militarisierung (IMI) arbeiten teilweise mit mehreren Hauptamtlichen, in den lokalen Initiativen engagieren sich viele Ehrenamtliche.

Das Friedensnetz Baden-Württemberg spielt bei der Vernetzung der vielen Initiativen seit den 1980er Jahren eine wichtige Rolle. Es koordiniert die Arbeit der vielen Initiativen und Organisationen und organisiert landesweite Aktionen und Kampagnen, wie die großen Demonstrationen gegen die Kriege in Jugoslawien, gegen den Irak, in Afghanistan



Foto der Menschenkette 1983 - Udo Leuschner



„Schulfrei für die Bundeswehr“

und anderswo. Auch der jährliche landesweite Ostermarsch wird vom Friedensnetz Baden-Württemberg organisiert.

In den letzten Jahren haben sich z.B. durch die Proteste gegen NATO-Gipfel 2009 in Kehl/Straßburg vereinzelt antimilitaristische Gruppen gebildet mit vornehmlich jüngeren Menschen.

Daneben sind Friedensbeauftragte und Friedenspfarrer in der evangelischen Landeskirche aktiv, wenden sich immer mehr StudentInnen gegen die Militarisierung an ihren Hochschulen, z.B. in Tübingen, Konstanz und Karlsruhe. Und auch in den Gewerkschaften regt sich wieder zunehmend der Protest gegen Rüstung und Militarisierung im Alltag.

Aufklärung und Aktion sind die beiden Standbeine der Friedensbewegung. Dabei stehen nicht nur Proteste und direkte Aktionen im Mittelpunkt sondern auch die Erarbeitung von Alternativen z.B. durch zivile Konfliktbearbeitung und Friedensbildung. Von zentraler Bedeutung sind dabei zunehmend thematische Kampagnen, die in Baden-Württemberg mit entwickelt wurden und von jeweils vielen Organisationen mit getragen werden: „atomwaffenfrei.jetzt“, „Aktion Aufschrei. Stoppt den Waffenhandel“ und „Schulfrei für die Bundeswehr“. Im Entstehen ist eine Kampagne gegen die Militarisierung an Hochschulen. Um der Bewegung neuen Schwung zu verleihen, wurden seit 2010 die beiden Aktionskonferenzen PAXX – Peace Action Trainings organisiert. Einen ganz wesentlichen Anteil zur Aufklärung haben seit den 1990er Jahren das Rüstungsinformationsbüro in Freiburg und die Tübinger Informationsstelle Militarisierung geleistet – durch zahlreiche Veröffentlichungen sowie durch die langjährigen sehr gut besuchten IMI-Kongresse.

Die jahrzehntelange gut vernetzte Arbeit der Friedensbewegung und die Mobilisierungsfähigkeit hat es – bei allen Schwächen – in den letzten zehn Jahren ermöglicht, dass mit die größten Aktionen in Deutschland regelmäßig in Baden-Württemberg stattfanden: etwa 30.000 demonstrieren 2001 gegen den gerade begonnenen Afghanistankrieg, nahezu 100.000 beteiligten sich an den Protesten gegen den Irakkrieg 2003 und 5.000 Menschen gingen bei der letzten Großdemo gegen den Afghanistankrieg 2008 auf die Straße.

Neben solchen immer wieder notwendigen großen gemeinsamen Aktionen der Friedensbewegung, die sich gegen die neuen Interventionskriege und allgemein gegen die zunehmende Militarisierung auch der deutschen Außenpolitik und die Umrüstung und Umwidmung der Bundeswehr zur Interventionsarmee wenden, führt die Friedensbewegung derzeit eine ganze Reihe von längerfristigen Kampagnen gegen die zunehmende Militarisierung und für Abrüstung durch.

Durch die Aussetzung der Wehrpflicht haben die Rekrutierungsmaßnahmen u.a. in Schulen, auf Messen und in Arbeitsagenturen der Bundeswehr deutlich zugenommen. Damit ist die Friedensbewegung ganz neu gefragt. Vielfach regt sich dabei schon der kreative Protest. Doch das ist erst der Anfang.

Die Bundeswehr versucht zunehmend größeren Einfluss auf das Bildungswesen zu nehmen, um die Sicherheits- (Kriegs-)politik der Bundesrepublik Deutschland darzulegen. Mittlerweile haben acht Bundesländer Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr unterzeichnet, die der Bundeswehr bzw. Jugendoffizieren Vorrang in den Bildungseinrichtungen einräumen. In Baden-Württemberg wurde diese Vereinbarung am 4. Dezember 2009 mit dem Kultusministerium getroffen. Die Arbeit von Jugendoffizieren in Schulen soll dabei verbessert werden. Insbesondere in die Ausbildung der ReferendarInnen und die LehrerInnenfortbildung sollen Jugendoffiziere stärker eingebunden und so genannte Bildungsangebote der Bundeswehr in Medien der Kultusministerien veröffentlicht werden.

Die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ ist zum Schuljahresbeginn 2010/2011 gestartet, lenkt mit einer ganzen Bandbreite von öffentlichen Aktionen (z.B. Postkartenaktionen, Flyer, E-Mail-Aktionen, Demonstrationen, Kundgebungen, direkte Aktionen) den Fokus auf die Militarisierung der Gesellschaft am Beispiel Schule in Baden-Württemberg und klärt damit gleichzeitig über die Problematik auf. Damit soll der Druck auf die Politik erhöht werden, die Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Kultusministerium zu kündigen. Dazu stehen Hintergrund- und Aktionsmaterialien zur Verfügung. Gleichzeitig sollen SchülerInnen, LehrerInnen, ReferendarInnen, Eltern und Friedensgruppen, die sich gegen den Einsatz von Jugendoffizieren an ihrer Schule wehren wollen, unterstützt und motiviert werden, selbst kreative gewaltfreie Aktionen durchzuführen. Parallel dazu werden direkte Gespräche mit politisch Verantwortlichen in der neuen grün-roten Landesregierung sowie in den Landtagsfraktionen geführt bzw. fortgeführt. Langfristig sollen alle Bildungseinrichtungen militärfrei sein! Die Kampagne wird getragen aus Friedensinitiativen sowie landesweiten und bundesweiten antimilitaristischen, pazifistischen und gewerkschaftlichen Organisationen.

Die Vernetzung und der Austausch mit landes- und bundesweiten Initiativen spielt eine wichtige Rolle – in Form von regelmäßigen Treffen, Mailinglisten usw. Für den 24.-29. September 2012 wurde eine bundesweite Aktionswoche ausgerufen.

Infos: www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr.de



„atomwaffenfrei.jetzt“

Die USA planen, die in Büchel stationierten Atomwaffen zu modernisieren – trotz des Beschlusses des deutschen Bundestages 2010 und des Koalitionsvertrags von 2009 über den endgültigen Abzug. Genau zwei Jahre nach dem fraktionsübergreifenden Bundestagsbeschluss wurde daher die Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“ am 26. März 2012 gestartet. In ihrer ersten Phase hat sie zum Ziel, Druck auf die deutsche Politik auszuüben, zu ihren Versprechen zu stehen und ihre Abzugsentscheidung nicht von den Plänen der USA konterkarieren zu lassen. Im Fokus stand dabei mit vielen Aktivitäten auch in Baden-Württemberg (Tagung, Radtour, Kundgebungen etc.) zunächst der NATO-Gipfel Ende Mai 2012. In zwei weiteren Kampagnenphasen sollen dann die beiden Hauptziele der Kampagne – ein verbindliches Verbot und die Vernichtung aller Atomwaffen weltweit – verfolgt werden.

Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen aus der ganzen Welt sorgen wir dafür, dass die Forderung der großen Mehrheit der Nationen und der Weltbevölkerung erfüllt wird, die Erde vom Damoklesschwert der nuklearen Vernichtung zu befreien.

Spätestens auf der Überprüfungs-konferenz zum Nichtverbreitungsvertrag 2015 in New York sollen Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention begonnen werden. Die großen Arsenale der offiziellen Atomwaffenstaaten, die das Potential zur hundertfachen Zerstörung allen Lebens haben, müssen abgerüstet, die nukleare Weiterverbreitung verhindert werden.

Die Kampagne wird getragen von etwa 50 deutschen Nichtregierungsorganisationen, koordiniert u.a. in Stuttgart (u.a. Sitz der US-amerikanische Kommando- und Atomwaffeneinsatzzentrale EUCOM) und ist der deutsche Partner der „International Campaign to Abolish Nuclear Weapons“ (ICAN).

Weitere Informationen und Materialien unter:

www.atomwaffenfrei.de

Das Video zur Kampagne: youtu.be/ALu5a0NsVtM



Links von oben: Bevor du unterschreibst (DFG-VK), Postkarten von atomwaffenfrei.jetzt

Recht: Vorstandstreffen von atomwaffenfrei.jetzt in Hannover



Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel

Deutschland ist der größte Waffenexporteur der EU und liegt hinter den USA und Russland weltweit an dritter Stelle der Waffenlieferanten. Die deutschen Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgütern haben sich in den letzten Jahren verdoppelt. Zu den Empfängern deutscher Waffen, Rüstungsgüter und Lizenzen zählen auch Diktaturen und autoritäre Regime.

Die Folgen der Rüstungsexporte sind in den Empfängerländern verheerend: Bestehende Konflikte werden verstärkt und eskalieren häufig gewaltsam; unzählige Menschen werden getötet, verwundet, vertrieben oder erleiden schwere Traumata. So sind ungezählte Kriegssopfer Folge der guten Exportgeschäfte deutscher Waffenproduzenten.

Jede Minute stirbt ein Mensch an den Folgen einer Gewehr- oder Handgranate oder einer Landmine. Fachleute schätzen, dass alleine durch Gewehre und Pistolen der Waffenschmiede Heckler & Koch nach dem Zweiten Weltkrieg weit mehr als eine Million Menschen ihr Leben verloren haben. Weitere ungezählte Kriegssopfer sind durch die vielen anderen waffenexportierenden deutschen Unternehmen zu beklagen.

Selbst wenn die Waffen und Rüstungsgüter nicht eingesetzt werden, sind finanzielle Mittel gebunden, die damit für Bildung und Armutsbekämpfung nicht mehr zur Verfügung stehen.

Wir wollen dem Export von Terror und Gewalt made in Germany ein Ende setzen.

Ziele der neuen Kampagne gegen Rüstungsexporte sind:

- aus der Zivilgesellschaft heraus Druck gegen die deutsche Praxis des Rüstungsexportes aufbauen und Alternativen zur Rüstungsproduktion aufzeigen
- eine grundsätzliche Veröffentlichungspflicht aller geplanten und tatsächlich durchgeführten Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern durchsetzen, um öffentliche Diskussionen und parlamentarische Entscheidungen überhaupt zu ermöglichen
- die Aufnahme eines grundsätzlichen Verbotes von Rüstungsexporten durch eine Klarstellung des Grundgesetzartikels 26(2).

Die Kampagne „Aktion Aufschrei. Stoppt den Waffenhandel“ wurde im Mai 2011 gestartet und wird mittlerweile von mehr als 100 Gruppen getragen. Schirmherrin ist Prof. Margot Kässmann.

Informationen: www.aufschrei-waffenhandel.de



Demonstration vor dem Reichstag in Berlin, Foto: IPPNW

Adressen für antimilitaristische und Friedensarbeit

Die folgende Aufstellung teilt sich in Institutionen und Initiativen, die ihren Sitz in Baden-Württemberg und solche, die ihren Sitz außerhalb dieses Bundeslandes haben. Über diese hier aufgeführten Adressen und Verweise gibt es sicher noch mehr Gruppen und Aktive an verschiedenen Orten – vielfach sind wir jedoch bei den Recherchen zu diesem Teil auf verwaiste Links und veraltete Informationen gestoßen, die uns dazu gebracht haben, zurückhaltend mit Adressinformationen umzugehen.

Wie bei allen vorangegangenen Listen dient sie in erster Linie der **Information und Orientierung** – die Nennung oder nicht Nicht-Nennung einer Adresse bedeutet nicht, dass sich die Herausgeber mit den von den Gruppen vertretenen Positionen identifizieren oder auch nicht!

Baden-Württemberg

Aalener Bündnis für den Frieden – www.aalener.buendnis.fuer.den.frieden.ms

Basis für den Frieden e.V., Mittelbaden – www.basisfuerfrieden.de

Biberacher Friedensbündnis – www.friedensbuendnis-bc.de

Bruchsaler Friedensinitiative – www.bruchsaler-friedensinitiative.de

DAKS Deutsches Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen – www.rib-ev.de/category/daks/

Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee (DMFK) - Hauptstr. 1, 69245 Bammental - www.mennoniten.de/dmfk.html

DFG-VK Landesverband Baden-Württemberg – Werastr. 10, 70182 Stuttgart, inklusive eines Verzeichnisses sämtlicher Regionalgruppen in Baden-Württemberg - www.dfg-vk.de/lv-bawue/

die AnStifter – Olgastr. 1 A, 70182 Stuttgart - www.die-anstifter.de

Die LINKE, Kreisverband Ravensburg - Erstellt einen Rüstungsatlas Oberschwaben - www.die-linke-ravensburg.de/index.php?id=6437

Entwicklungspädagogische Informationszentrum (EPiZ) Reutlingen - Wörthstr. 17, 72764 Reutlingen - www.epiz.de

Evangelische Landeskirche Baden, Arbeitsstelle Frieden – Blumenstraße 1-7, 76133 Karlsruhe - www.ekiba.de/1025.php

Friedensbündnis Esslingen – Grabenstr. 3, 72669 Unterensingen - www.friedensbuendnis-esslingen.de

Friedensbündnis Karlsruhe – www.friedensbuendnis-ka.de

Friedensbüro Heilbronn – Am Wollhaus 13, 74072 Heilbronn - www.fb-hn.de

Friedensforum Freiburg/Friedenszentrum – Stühlingerstr. 7, 79106 Freiburg - www.ffffr.de

Friedensnetz Baden-Württemberg – Spreuergasse 45, 70176 Stuttgart - www.friedensnetz.de

Friedensnetzwerk Ulm – www.friedensnetzwerk-ulm.de

Friedensplenum Mannheim / Friedensbüro – Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim - www.frieden-mannheim.de

Friedensplenum/Antikriegsbündnis Tübingen – Österbergstr. 2, 72074 Tübingen - www.friedensplenum-tuebingen.de/ friedensplenum.two-day.net

Friedensrat Markgräflerland – Friedensrat-Muellheim@gmx.de

Friedenswerkstatt Mutlangen – Forststr. 3, 73557 Mutlangen - www.pressehueette.de

Gesellschaft „Kultur des Friedens“ – Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen - www.kulturdesfriedens.de

Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg – c/o Friedensladen im EWZ, Karlstor 1, 69115 Heidelberg - www.antikriegsforum-heidelberg.de

Heidelberger Friedensratschlag – c/o Buchhandlung Himmelheber, Theaterstr. 16, 69117 Heidelberg - www.heidelberger-friedensratschlag.eu

Heilbronner Friedensrat – Winzerstr. 32, 74074 Heilbronn - www.friedensrat.de

Horber Initiative für den Frieden – www.horberfriedenstage.de

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. – www.imi-online.de

Initiative gegen Waffen vom Bodensee – waffenvombodensee.com

IPPNW Regionalgruppe Ulm – Ärzteinitiative Um - www.ippnw-ulm.de

Lebenshaus Schwäbische Alb, Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V.

– Bubenhofstr. 3, 72501 Gammertingen - www.lebenshaus-alb.de

Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung Stuttgart – www.otkm-stuttgart.tk

Ohne Rüstung Leben – Arndtstr. 31, 70197 Stuttgart, dort auch Informationen zu den Regionalgruppen

Pax Christi Bistumsstelle Freiburg - Okenstr. 15, 79108 Freiburg - www.paxchristi-freiburg.de

Pax Christi Bistumsstelle Rottenburg-Stuttgart - Jahnstr. 30, 70597 Stuttgart - www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de

Reutlinger Friedensgruppe – www.reutlinger-friedensgruppe.de

Rüstungsinformationsbüro (RIB) – Stühlingerstr. 7, 79106 Freiburg - www.rib-ev.de

Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden – Büro Heidelberg: Eine Welt Zentrum, Am Karlstor 1, 69115 Heidelberg; Büro Freiburg: Vauban-Allee 20, 79100 Freiburg - www.wfga.de

Außerhalb BaWü

[3a] *revolutionäres Bündnis antifaschistisch, antimilitaristisch, antikapitalistisch – 3a.blogspot.de

Aachener Friedenspreis e.V. – Schleidener Str. 139, 52076 Aachen - www.aachener-friedenspreis.de

AGDF e.V. Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) e.V. – Endenicher Str. 41, 53115 Bonn - www.friedensdienst.de

Antimilaktionswoche - Aufruf zu einer Aktionswoche 2012 für militärfreie Bildung und Forschung - antimilaktionswoche.wordpress.com

attac – www.attac.de/ www.attac.de/themen/globalisierung-und-krieg

Bessere Welt Links – www.bessereweltlinks.de

Bundeskoordination Internationalismus – www.buko.info

AG Friedensforschung / Bundesausschuss Friedensratschlag – Germaniastr. 14, 34119 Kassel - www.ag-friedensforschung.de

Bundeswehr-Monitoring – Ein Online-Projekt der Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung - www.bundeswehr-monitoring.de

Bundeswehr wegtreten – bundeswehr-wegtreten.org

Bündnis gegen den Celler Trialog – cellertrialog.blogspot.de

Connection e.V. – Netzwerk für Unterstützung von Deserteuren, KDV im Krieg - Gerberstr.5, 63065 Offenbach - www.connection-ev.de

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) – Bundesgeschäftsstelle, Kasseler Str. 1a, 60486 Frankfurt - www.dfg-vk.de

Kehrt Marsch, Bundeswehr-Werbefeldzug stoppen – www.kehrtmarsch.de

Kein Frieden mit der Bundeswehr – antimilitarismus.blogspot.de



Komitee für Grundrechte und Demokratie – www.grundrechtekomitee.de

Krieg beginnt hier / War starts here – antimilitarismus.blogspot.de/texte/krieg-beginnt-hier

Netzwerk Friedenskooperative – Römerstr. 88, 53111 Bonn - www.friedenskooperative.de

Netzwerk Friedenssteuer – Krennerweg 12, 81479 - www.netzwerk-friedenssteuer.de

Peace Brigades International (PBI) – Harkortstr. 121, 22765 Hamburg - www.pbi-deutschland.de

Rüstungsatlas.de - Ein Onlineprojekt von der Abgeordneten Inge Höger - www.ruestungsatlas.de

Versöhnungsbund – Referat für Friedensfragen - Schwarzer Weg 8, 32427 Minden - www.versoehnungsbund.de/friedensreferat

Waffenexporte.org – Ein Online-Projekt des hamburger Abgeordneten Jan van Aken - waffenexporte.org

Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung

Nachfolgend sind einige Institutionen aufgeführt, die sich in ihrer Forschung und Arbeit auf Frieden und Konflikte konzentrieren, nicht alle sind dabei der expliziten „Friedensforschung“ zuzurechnen oder in ihren Forschungsansätzen „friedlich“. Auf den jeweiligen Webseiten finden sich Texte und Informationen, die für Friedensarbeit oder als Argumentationshilfen nützlich sind. Mit • gekennzeichnete Institutionen haben ihren Sitz in Baden-Württemberg – mit dem SIPRI und dem ÖSFK haben wir beispielhaft zwei internationale Adresse angegeben.

Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V. - Waltherstr. 22, 80337 München - www.agfp.de

Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. (AFK) - Universität Augsburg Philosophisch-Sozialwissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung, 86135 Augsburg - www.afk-web.de

Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) der Uni Hamburg - Allende-Platz 1, 20146 Hamburg - www.akuf.de

Arbeitskreis Historische Friedensforschung - www.akhf.de

Berghof Conflict Research (Berghof Foundation) - Altensteinstr. 48 a, 14195 Berlin - www.berghof-conflictresearch.org

• **Berghof Foundation / Friedenspädagogik Tübingen** - Corrensstr. 12, 72076 Tübingen - www.friedenspaedagogik.de

Berlin Information Center for Transatlantic Security (BITS) - Rykestr. 13, 10405 Berlin - www.bits.de

Bonn International Center for Conversion (BICC) - Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn - www.bicc.de

Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung - Goetheplatz 4, 28203 Bremen

Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) - Thomas Held, Am Ledenhof 3-5, 49074 Osnabrück - www.bundesstiftung-friedensforschung.de

Forschungsinstitut für Friedenspolitik (FF) e.V. - Johann-Baur-Str. 24c, 82362 Weilheim - www.geheimdienste.info

• **Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)** - Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg - www.fest-heidelberg.de

Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit (FONAS) - www.fonas.org

Forum Friedenspsychologie – Bewusstsein für den Frieden (FFP) - Prof. Klaus Boehnke, Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS), Jacobs University Bremen, Campus Ring 1, 28759 Bremen - www.friedenspsychologie.de

Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FiFF) - Goetheplatz 4, 28203 Bremen - www.fiif.de

• **Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung e.V.** - Bergheimer Str. 58, 69115 Heidelberg - www.hiik.de

Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) - Baseler Straße 27-31, 60329 Frankfurt am Main - www.hsfk.de

• **Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.** - Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen - www.imi-online.de

Informationsstelle Wissenschaft und Frieden (IWIF) - Beringstr. 14, 53115 Bonn - www.wissenschaft-und-frieden.de / www.iwif.de

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) - Lotharstr. 53, 47057 Duisburg - www.inef.uni-due.de

Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreiheit (IFGK) - Hauptstr. 35, 55491 Wahlenau - www.ifgk.de

Institut für Friedensforschung Uni Hamburg (IFSH) - Beim Schlump 83, 20144 Hamburg - www.ifsh.de

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) - Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld - www.uni-bielefeld.de/ikg/

Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit (IANUS) - S3/04 103, Alexanderstr. 35, 64289 Darmstadt - www.ianus.tu-darmstadt.de

International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility (INES) - Schützenstr. 6a, 10117 Berlin - www.in-esglobal.com

Juristinnen und Juristen gegen atomare, biologische und chemische Waffen, Sektion BRD der IALANA - Schützenstr. 6a, 10117 Berlin - www.ialana.de

NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit e.V. (NatWiss) - Schützenstr. 6a, 10117 Berlin - www.natwiss.de

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) - Rochusplatz 1, A-7461 Stadtschlaining - www.aspr.ac.at

Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) - Kölner Str. 11, 57072 Siegen - friedenskultur.com

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung - Obenmarspforten 7, 50667 Köln - www.konfliktbearbeitung.net

• **Rüstungsinformationsbüro (RIB)** – Stühlingerstr. 7, 79106 Freiburg - www.rib-ev.de

Stiftung Entwicklung & Frieden (SEF) - Dechenstr. 2, 53115 Bonn - www.sef-bonn.org

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) - Ludwigkirchplatz 3-4, 10719 Berlin - www.swp-berlin.org

Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) - www.sipri.org

Studien-Gesellschaft für Friedensforschung e.V. - Fritz-Baer-Str. 21, 81476 München - www.studiengesellschaft-friedensforschung.de

• **Universität Tübingen - Institut für Politikwissenschaft: Friedens- und Konfliktforschung** - Melanchthonstr. 36, 72074 Tübingen - www.wiso.uni-tuebingen.de/faecher/ifp/lehrende/ipol.html

World Peace Academy, Swiss Centre for Peace Studies - Gueterstrasse 187, CH-4053 Basel - www.world-peace-academy.ch

Zentrum für Konfliktforschung - Ketzerbach 11, 35037 Marburg - www.uni-marburg.de/konfliktforschung

... und nun?

Mit dem vorliegenden Atlas haben wir versucht, ein Bild von Militär und Rüstung in Baden-Württemberg zu zeichnen, das zu regionalem Widerstand gegen Militarisation und Krieg anregen soll. Die Fülle an zusammengetragenen Informationen suggeriert eine Vollständigkeit, die wahrscheinlich nicht herstellbar ist – oder anders: Bei aller Recherchearbeit bleibt bei uns die Gewissheit, vieles übersehen zu haben.

Wir verbinden mit dem Atlas in der vorliegenden Form zwei Vorstellungen.

Die Erste: Wir hoffen, dass jemand mit den Infos arbeitet – sie sollen Argumentationen gegen Krieg und Militarisation unterstützen!

Die Zweite: Wir hoffen, dass sich jemand daran stört, dass es nicht vollständig ist und Details ergänzt und weiter recherchiert, wo wir aufgehört haben!

In der Perspektive sollen die Informationen aus dem Atlas mit denen anderer Projekte und Initiativen zusammengeführt und auf einem anderen Wege zugänglich gemacht werden. Die Informationsstelle Militarisation hat vor einiger Zeit die Idee eines online-basierten Rüstungsatlas aufgegriffen, der nicht nur verfügbare Informationen präsentiert, sondern auch dazu anregen soll, eigene Beiträge und Informationen einem breiteren Kreis zugänglich zu

machen. Wir haben die Idee „Interaktiver Rüstungsatlas“ getauft. Und sie soll im besten Fall aus folgenden Komponenten bestehen:

- eine Karte auf der mit Punkten wichtige Orte markiert sind, die einen Bezug zu den thematischen Gebieten Militär, Rüstung, Rüstungsforschung und Protest haben. Die Gebiete sollten auf Ebenen oder Layern dargestellt werden, damit man sich schnell und präzise orientieren kann.

- Markierungen auf der Karte verweisen auf kurze Infos, längere Texte oder auch auf konkrete Ereignisse (z.B. Demos).

- es muss die Möglichkeit für einen Interessierten geben, eigene Informationen einzuspeisen und Texte oder Informationen anderer zu kommentieren.

Ziel dieser interaktiven Plattform ist es, der Vernetzung und der Information der Aktiven im Bereich Antimilitarismus und Frieden Vorschub zu leisten. Die IMI startet dies als Projektinitiative, weil wir glauben, dass es notwendig ist, ein solches Hilfsmittel zu haben.

<http://www.imi-online.de/2012/04/17/interaktiver-ruestungsatlas/>

Zum Schluss bleibt aber der Hinweis, dass wir uns über Ergänzungen, Kommentare und Anregungen freuen - dafür haben wir eigenes eine eigene e-mail-Adresse eingerichtet: ruestungsatlas@imi-online.de

Bildhinweise

Titelbild, Montage: IMI auf der Basis von Fotos von Michael Schulze von Glaßer, IPPNW-Deutschland (Flickr), Munitionsfoto von Wikimedia, Grafik des Zivilklauselprotestes in Frankfurt; Karten und Grafiken der S. 5,6,7,8,12, 17, 18, 19, 21, 22, 23, 26, 27, 31, 36/37, 38, 39, 40/41, 45, 49, 54 (auf der Basis von HAP Grieshaber), 56, 57, 64: IMI; Stilisierter Verlauf der CEPS, S. 12, Foto der Fallschirmspringer, S. 16: NATO; Weltkarte, S.13: US-Defense Department; Wappen des KSK, S.15, Wappen der Orte, S. 20, 24: Wikipedia; Karte des Werbetrucks der BW, S.22: Michael Schulze von Glaßer; Iris T, S.28/29: IMI-Montage; Ausriss aus dem Typenblatt der mobilen Küche, S. 32: Kärcher-Futuretech; Postkarte aus den 20 Jahren, S. 42: eigener Scann; Foto Zeppelin, S. 42: Wikipedia; Buchcover, S. 43: Jürgen Grässlin, Heyne; Drohne, S.47: EADS; R2D2, S.52: Lukas Entertainment; Logo, S. 58: Fraunhofer VVS; Logo, S.59: EU-Kommission; Grafik, S. 62: Protestbewegung für eine Zivilklausel an der Uni Frankfurt; Logo, S. 63: Initiative gegen Militärforschung an Universitäten; Foto, S. 65: Udo Leuscher; Grafik, S. 67: DFG-VK; Foto+Postkarten, S. 67: atomwaffenfrei Jetzt; Foto, S. 68: IPPNW Deutschland.

So geht's auch: etwas Erfreuliches zum Schluss

Einer Zeitungsmeldung (Neues Deutschland, 26.7.2012) zufolge hat sich ein Betrieb in der Toskana trotz prekärer finanzieller Situation geweigert, mit der Rüstungsindustrie zu kooperieren. So bat der zum Finmeccanica gehörende Torpedo-Hersteller Whitehead Alenia Sistemi Subacquei (WASS) das mittelständische, auf Haus- und Klimatechnik spezialisierte, Unternehmen Morelato Termotecnica um die Ausrüstung einer Testwanne. Nach eingehender Prüfung und intensiver Diskussion in der Belegschaft lehnte diese den lukrativen Auftrag ab. Begründung: „Wir können unsere Fähigkeiten nicht in den Dienst einer Sache stellen, mit der man Kriegstechnologien entwickelt.“

Das Verhalten der Firma könnte Vorbildcharakter für all jene Unternehmen haben, die nicht nur von „sozialer“ und „ethischer“ Verantwortung sprechen, sondern sie auch einhalten.



Das Projekt „Rüstungsatlas Baden-Württemberg“ wurde unterstützt durch:

- DFG-VK (Landesverband Baden-Württemberg und Ortgruppe Tübingen) • attac-Karlsruhe • Deutsches Mennonitisches Friedenskomitee • Die AnStifter Stuttgart • Die LINKE Landesverband Baden-Württemberg • Die LINKE Kreisverband Stuttgart • Die LINKE Kreisverband Ravensburg • Friedensbeauftragte des Ev. Kirchenbezirks Tübingen • Initiative gegen Militärforschung an Universitäten • Initiative Waffen vom Bodensee • Offenes Treffen gegen Krieg und Militarisierung in Stuttgart • pax christi Rottenburg-Stuttgart